

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

32. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode
Dienstag, 29. November 1966
Tagesordnung
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967
Spezialdebatte
Beratungsgruppe VI: Unterricht
Inhalt
Personalien

 Krankmeldungen (S. 2305)
 Entschuldigung (S. 2305)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortung 112/AB.

Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen 379, 344, 381, 382, 386, 405, 390, 406, 416, 408, 397, 426, 427, 428, 429, 340, 362, 410 und 400 (S. 2305)

Regierungsvorlage

242: Protokoll Nr. 3 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (S. 2319)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlage 239 (S. 2319)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (204 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 d. B.)

Spezialdebatte

 Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 14: Kultus, und Kapitel 71: Bundestheater
 Spezialberichterstatter: Ing. Hofstetter (S. 2319)

Redner: Peter (S. 2321), Harwalik (S. 2329), Dr. Stella Klein-Löw (S. 2335), Ofenböck (S. 2341), Dr. Scrinzi (S. 2349 und S. 2420), Dr. Kummer (S. 2357), Zankl (S. 2359), Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (S. 2362), Zeillinger (S. 2365), Dr. J. Gruber (S. 2372), Dr. Hertha Firnberg (S. 2376), Regensburger

(S. 2381), Dr. van Tongel (S. 2382), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 2384), Doktor Broda (S. 2388), Leisser (S. 2394), Liwanec (S. 2396), Luptowits (S. 2398), Kulhanek (S. 2402), Anna Czerny (S. 2405), Haas (S. 2406), Lukas (S. 2408), Deutschmann (S. 2411), Robak (S. 2412), Ströer (S. 2416), Dr. Hauser (S. 2418) und Bundesminister für Unterricht Doktor Piffl-Perčević (S. 2421)

Ausschußentschließung, betreffend Protopenbeschleuniger in Österreich (S. 2321) — Annahme (S. 2424)

Entschließungsanträge

Kulhanek, Kostroun, Dr. Scrinzi, betreffend Lehrkanzel für Verkehr und Transport (S. 2404), und Anna Czerny, Lola Solar, betreffend Studentinnenheime (S. 2406) — Annahme (S. 2425)

 Dr. Stella Klein-Löw zur Kulturpolitik (S. 2339), Dr. Broda, betreffend Enquête über Forschungsrat (S. 2392), und Robak, betreffend Minderheitenschulgesetz für das Burgenland (S. 2416) — Ablehnung (S. 2425)
 Annahme der Beratungsgruppe VI (S. 2424)

Eingebracht wurden
Anfragen der Abgeordneten

Thalhammer, Jungwirth, Horejs und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend Abänderung und Anwendung des Fremdenpolizeigesetzes (127/J)

Mayr, Steiner, Tödling und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend die Versetzung von Oberstintendant Tomschitz (128/J)

Krempl, Fritz, Frodl und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend den Ausbau der Präßichl-Bundesstraße (129/J)

Anfragebeantwortung
Eingelangt ist die Antwort

des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Machunze und Genossen (112/A.B. zu 114/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 5 Minuten

 Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
 Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
 Dritter Präsident Wallner.

Entschuldigt ist der Abgeordnete Preußler.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Frühbauer, Dr. Tull, Dr. Kleiner, Dipl.-Ing. Wiesinger und Staudinger.

Fragestunde
Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde. Ich beginne jetzt — um 9 Uhr 8 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Finanzen

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Thalhammer (*SPÖ*) an den Herrn Finanzminister, betreffend Auslegung des § 4 des Umsatzsteuergesetzes.

379/M

Halten Sie die Auslegung des § 4 Abs. 1 Z. 24 des Umsatzsteuergesetzes, wie sie derzeit von Finanzbehörden im Bereich der Finanzlandesdirektion Linz vorgenommen wird und nach der die Besuchsgebühren für Kindergärten der Umsatzsteuer zu unterwerfen wären, für richtig?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Auslegung des § 4 Abs. 1 Z. 24 des Umsatzsteuergesetzes ist rechtlich unzutreffend.

Nach der genannten Gesetzesbestimmung ist die Aufnahme in ein Heim unter anderem zu Erziehungszwecken steuerbefreit. Mit der Aufnahme in einen Kindergarten wird auch ein Erziehungszweck verfolgt. Das Finanzministerium hat dies bereits mit Erlaß vom 4. Februar 1966, verlautbart im Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung unter Nummer 48, festgestellt.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Thalhammer: Herr Bundesminister! Diese Ihre Auffassung deckt sich auch mit der Auffassung der Gemeinden, nur hält sich die Finanzlandesdirektion nicht daran. Denn diese Überprüfung der Gemeindegebarung wurde nach dem 4. Februar 1966 durchgeführt, und trotz dieser Verlautbarung, die Sie nun bekanntgeben, ist die Finanzlandesdirektion oder sind die Herren, die geprüft haben, auf dem Standpunkt gestanden, daß ein Teil dieser Kindergartengebühren, nämlich der, der für Erziehungs-zwecke fiktiv angenommen wird, der Umsatzsteuer zu unterwerfen ist.

Sind Sie bereit, Herr Bundesminister, die Finanzlandesdirektion anzuweisen, die Verlautbarung zu beachten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Bitte mir diesen Fall bekanntzugeben, dann werde ich mich darum kümmern, daß der Erlaß eingehalten wird. Ansonsten möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Rechtsmittelfrist auch noch zur Verfügung steht und daß auch im Falle, daß die Frist verstrichen sein sollte, geprüft werden müßte, ob nicht auch im Wege der Aufsichtsbeschwerde noch etwas gemacht werden kann. Jedenfalls bin ich für einen solchen Fall sehr dankbar. Ich werde

ihn aufgreifen und dafür sorgen, daß der Erlaß vom 4. Februar 1966 eingehalten wird.

Präsident: 2. Anfrage: Abgeordneter Peter (*FPÖ*) an den Herrn Finanzminister, betreffend steuerliche Begünstigung beim Bau-sparen.

344/M

Wie begründen Sie es, daß beim Bausparen die vom kleineren Einkommen, also von geringerer Sparfähigkeit, ersparten Beträge nicht in gleichem Maße steuerlich begünstigt werden wie Ersparnisse aus höheren Einkommen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Der von Ihnen festgestellte Umstand begründet sich im Einkommensteuergesetz, und zwar im § 10 Abs. 1 Z. 3 lit. b.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Peter: Herr Minister! Sind Sie in der Lage, das Problem zu überprüfen, daß die Sparleistungen bei kleinen und mittleren Einkommen durch eine Sparprämie aus öffentlichen Mitteln anerkannt werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Ja, wir sind dabei, die Formen der Sparbegünstigung zu überprüfen. Diese steuerliche Begünstigung ist zweifellos auch nicht ganz unproblematisch, aber ich darf darauf hinweisen, daß das Hohe Haus erst vor kurzem beschlossen hat, ab 1. Jänner eine Erhöhung dieser Art der Begünstigung in Kraft treten zu lassen. Ich glaube, daß es nicht sehr zweckmäßig wäre, sehr frühzeitig das wieder abzuändern. Aber einzuräumen ist, daß das gesamte System der Sparbegünstigung einer konzeptiven Prüfung bedarf, mit der wir im Finanzministerium schon beschäftigt sind.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Peter: Herr Minister! Sind Sie in der Lage, die Überlegung in Ihre Überprüfungen einbeziehen zu lassen, daß man hier eine Staffelung grundsätzlich berücksichtigen soll, die auch dahin gehend einen Niederschlag finden soll, daß Sparleistungen bei niederen Einkommen höher bewertet werden als die gleiche Sparleistung bei einem höheren Einkommen, um hier besonders für den sozial Schwachen eine entsprechende Hilfe zu gewähren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Wir werden alle Möglichkeiten überprüfen, eine der Kritik an der jetzigen Sparbegünstigung angepaßte Änderung zu erreichen. Ich nehme an, daß

Bundesminister Dr. Schmitz

noch eine ganze Reihe von Vorschlägen — es wurden auch von den Sparkassen solche geäußert — in diesem Zusammenhang an das Finanzministerium herangetragen werden.

Präsident: 3. Anfrage: Abgeordneter Jungwirth (*SPÖ*) an den Herrn Finanzminister, betreffend Versteuerung von Stipendien.

381/M

Sind Sie bereit vorzusorgen, daß Stipendien nicht versteuert werden müssen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Meine Antwort: Stipendien aus öffentlichen Mitteln, wie zum Beispiel auf Grund des Studienbeihilfengesetzes, sind gemäß § 3 Abs. 1 Z. 6 Einkommensteuergesetz steuerfrei.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Jungwirth: Herr Bundesminister! Ich meinte nicht die Stipendien, die Sie jetzt angezogen haben, sondern im Sinne der bereits im Finanzausschuß an Sie gerichteten Frage, worüber auch ein Antrag eingebracht wurde, Stipendien, die Dienstgeber für die Kinder ihrer Dienstnehmer zur Unterstützung des Studiums geben. Ich möchte fragen, ob Sie bereit sind, dafür zu sorgen, daß die steuerfrei bleiben und nicht wie bisher der Lohnsteuer unterworfen werden.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Ich habe schon im Finanz- und Budgetausschuß die Antwort gegeben, daß das eine Frage ist, die im Rahmen der Reform der Einkommensteuer wird beantwortet werden müssen.

Präsident: 4. Anfrage: Abgeordneter Moser (*SPÖ*) an den Herrn Finanzminister, betreffend Einnahmenentfall für das IV. Quartal 1966.

382/M

Halten Sie Ihre Anfragebeantwortung vom 17. Oktober, wonach ein Einnahmenentfall für das IV. Quartal 1966 im Zusammenhang mit der Auflassung des Zentralfinanzamtes nicht entstehen wird, aufrecht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Meine Antwort darauf ist: ja.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Moser: Herr Minister! Sie haben mir am 17. Oktober auf meine Frage — wörtlich nach dem Protokoll vom 17. Oktober —: „Darf ich das also so verstehen, Herr Finanzminister, daß auch bisher schon zum

15. Oktober jeweils der Beitrag für das letzte Quartal eines laufenden Jahres eingehoben wurde? Denn nur in diesem Fall würde das keine Schmälerung der Eingänge zur Folge haben“, geantwortet: „Die Frage ist mit ja zu beantworten.“

Ich habe nun, Herr Minister, festgestellt, daß die Fälligkeiten der Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaufondsgesetz, und zwar gemäß §§ 7 und 8 dieses Gesetzes, folgendermaßen eintreten: Am 15. April eines jeden Jahres das I. Quartal, am 15. Juli das II. Quartal, am 15. Oktober das III. Quartal und am 15. Jänner eines jeden Jahres das letzte Quartal des vorangegangenen Jahres.

Also insofern stimmt Ihre damals gegebene Antwort nicht, denn meine Frage lautete, ob zum 15. Oktober eines Jahres jeweils das letzte Quartal des laufenden Jahres, bereits im voraus also, eingehoben wird.

Nun frage ich Sie, Herr Minister: Wer hebt nun bei der Fälligkeit, wie sie hier beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und im Zentralfinanzamt jederzeit feststellbar ist (*Ruf bei der ÖVP: Das ist eine Rede!*), die Beiträge für das letzte Quartal 1966 ein, da das Zentralfinanzamt ab 1. Jänner 1967 nicht mehr besteht und die Lagefinanzämter ja erst das I. Quartal 1967 zum 15. Februar und weitere Quartale zu den folgenden Terminen, die sich dort ergeben, einheben? Wer hebt also diese 12½ Millionen Schilling für das letzte Quartal 1966 ein?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Herr Abgeordneter! Ich darf zuerst feststellen, daß Sie wohl Ihre Frage, aber nicht meine Antwort vorgelesen haben. Die muß ich auch vorlesen, damit Sie nicht den Eindruck erwecken, ich hätte Ihre Fragen mit Ja beantwortet, sondern ich habe sie so beantwortet, wie ich sie damals verstanden hatte. Ich habe nämlich auf Ihre Frage gesagt: „Richtig ist, daß jeweils die letzte Rate im Jahr am 15. Oktober überwiesen wurde. Erst ab dem nächsten Jahr ist die erste Rate statt beim Zentralfinanzamt beim Lagefinanzamt zu entrichten.“

Es ist so, daß an Stelle des Zentralfinanzamtes, das bisher am 15. Jänner die Rate des vorausgehenden Vierteljahres bezahlte, am 15. Februar das Lagefinanzamt für denselben Zeitraum den Betrag überweist. Das ist eine Verschiebung um vier Wochen, aber es geht dabei kein Betrag verloren.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Moser: Herr Finanzminister! Wenn Sie sagen: Es geht kein Betrag verloren,

Moser

dann müßte das Lagefinanzamt am 15. Februar sowohl die Beiträge für das letzte Quartal 1966 als auch für das erste Quartal 1967 zusammen einheben.

Wenn Sie sagen: Es geht kein Betrag verloren, dann frage ich Sie, Herr Finanzminister, wie Sie sich den Erlaß Zl. GA 3-181/17/66 vom 12. Oktober 1966 erklären, der eine Weisung an das Zentralfinanzamt beinhaltet, in dem es ausdrücklich heißt, daß „nach Durchführung der Abschreibung für das IV. Quartal ein Saldenvergleich durchzuführen ist ...“, und so weiter, und so weiter.

Ich frage Sie daher: Wie kommt es zu diesem Erlaß, und bedeutet dieser Erlaß nicht doch, daß das IV. Quartal 1966 abgeschrieben wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Ich sehe in diesem Erlaß keinen Widerspruch zu den Erläuterungen, die ich vorher gegeben habe, aber ich werde gern überprüfen, ob der Wortlaut einen solchen Schluß zulassen würde.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

Präsident: Die 5. Anfrage wird schriftlich beantwortet, da der Abgeordnete nicht im Saale anwesend ist.

6. Anfrage: Abgeordneter Müller (*SPÖ*) an den Verkehrsminister, betreffend Rollfuhrwerk der Bundesbahnen.

386/M

Ist es richtig, daß die Absicht besteht, das Rollfuhrwerk der Österreichischen Bundesbahnen vom Bahnhof Fürstenfeld nach Güssing einzustellen?

Präsident: Der Herr Minister wird vertreten durch Herrn Staatssekretär Taus. Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

Dr. Taus: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Einnahmen der mit 1. Oktober 1953 in Betrieb genommenen und ab Fürstenfeld im Schienenersatzverkehr bedienten Güternebenstelle Güssing sind seit Jahren nicht mehr kostendeckend. Eine Untersuchung ergab auch für das Jahr 1965 einen erheblichen Verlust. Eine Weiterführung dieser Güternebenstelle wird unter diesen Umständen als nicht mehr vertretbar erachtet. Da — um den Schienenersatzverkehr kostendeckend zu gestalten — eine wesentliche Erhöhung der sogenannten Überstellungsfracht notwendig wäre, die jedoch für die betroffenen Bahnkunden

eine zu große finanzielle Belastung bedeuten würde, ist daher die Auflassung der Güternebenstelle Güssing sowie des bahneigenen Rollfuhrdienstes vorgesehen. Die Bedienung der Stadt Güssing sowie des umliegenden Gebietes im bisherigen Ausmaß soll künftig durch einen privaten Unternehmer, und zwar durch einen bahnamtlichen Rollfuhrdienst vom Bahnhof Fürstenfeld aus vorgenommen werden, sodaß die Zuführung von Express-, Eil- und Frachtstückgütern in die Wohnung oder Geschäftsstelle des Empfängers beziehungsweise — auf Antrag des Absenders — auch die Abholung solcher Sendungen aus der Wohnung oder Geschäftsstelle des Absenders und die Überstellung zum Versandbahnhof Fürstenfeld weiterhin gewährleistet ist.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Müller: Herr Staatssekretär! Der Bezirk Güssing ist der einzige Bezirk Österreichs, der keine Eisenbahnlinie besitzt. Das Burgenland ist im gesamten Entwicklungsgebiet.

Ich frage Sie, Herr Staatssekretär: Halten Sie die Einstellung des Rollfuhrdienstes mit einer regionalen Strukturpolitik der Regierung für vereinbar?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter, folgendes darauf antworten: Das primäre Problem ist, glaube ich, darin zu sehen, daß man überhaupt gewährleistet, daß die Güterbeförderung in diesem Gebiet reibungslos durchgeführt werden kann. Ich glaube, wenn nun ein bahnamtlicher Rollfuhrdienst eingeführt wird, so ist dadurch doch die Chance gegeben, daß dem Gebiet um Güssing — ich verkenne keinesfalls, daß es hier strukturpolitische Probleme gibt — rein beförderungstechnisch alle diese Möglichkeiten gegeben sind, wie wenn der bisherige Zustand aufrechterhalten worden wäre. Nur kommt es etwas billiger.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Müller: Herr Staatssekretär! Nach meinen Informationen stellt sich der Rollfuhrdienst der Bundesbahnen wesentlich billiger als der private Zustelldienst. Dadurch entstehen wieder Belastungen für dieses Gebiet.

Ich möchte Sie fragen, Herr Staatssekretär: Sind Sie bereit, diese Frage doch noch einmal zu untersuchen?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Darauf darf ich folgendes antworten: Den Informationen nach, die mir zugekommen sind, soll hier keine Versteuerung eintreten. Ich werde aber im Hin-

Staatssekretär Dr. Taus

blick auf die Informationen, die Ihnen zugekommen sind, den Herrn Minister bitten, diese Sache noch einmal untersuchen zu lassen.

Präsident: 7. Anfrage: Abgeordneter Meißl (FPÖ) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Bahnhof Unterpürkla.

405/M

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß der an der Strecke Spielfeld—Radkersburg liegende Bahnhof Unterpürkla nicht aufgelassen wird?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der an der Strecke Spielfeld-Straß—Radkersburg gelegene Geschäftsführerbahnhof Pürkla wird nicht aufgelassen, sondern wegen seines geringen Aufkommens ab 15. Dezember dieses Jahres in eine unbesetzte Halte- und Ladestelle umgewandelt.

Diese Maßnahme ist dadurch erforderlich geworden, daß zum Beispiel 1965 im Monatsdurchschnitt nur mehr drei bis vier Güterwagen be- und vier Güterwagen entladen wurden.

Der Gepäck-, Expreßgut- und Frachtstückgutverkehr ist unbedeutend, im Personenverkehr werden im Tagesdurchschnitt nur 23 Fahrkarten ausgegeben.

Die Reisenden werden daher künftig die Fahrausweise beim Schaffner im Zug zu lösen haben.

Gepäck- und Expreßgüter können beim Zug ausgeliefert und in Empfang genommen werden. Ebenso können Güterwagen auch weiterhin in Pürkla be- und entladen werden. Lediglich die Verrechnung der Frachtpapiere für solche Sendungen muß in dem etwa 4 km entfernten Bahnhof Halbenrain durchgeführt werden.

Durch diese Rationalisierungsmaßnahme wird ein Geschäftsführerposten eingespart. Das kommt einer jährlichen Ausgabenminde rung von etwa 51.000 S gleich.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Meißl: Herr Staatssekretär! Diese Dinge sind mir bekannt. Nur steht zu befürchten, daß auch ein Einnahmeentfall eintritt, da ein Teil dieser Fracht voraussichtlich wegen der Schwierigkeiten bei der Abfertigung nunmehr auf die Straße abwandern wird.

Außerdem möchte ich Ihnen zu bedenken geben, daß der von Ihnen erwähnte Bahnhof Halbenrain ein Pfarrort ist und daß bei Stoßverkehr — Samstag, Sonntag — der Schaffner in dem Zug gar nicht in der Lage ist, die Fahrkarten auszugeben. Dadurch wird zwangsläufig ein Entfall durch Schwarzfahrer eintreten.

Ich möchte Sie daher ersuchen, diese Frage doch zu überprüfen, ob hier das wirtschaftliche Moment eine solche Rolle spielt und ob man nicht auch den früher erwähnten Momenten eines an der Grenze liegenden Ortes Rechnung tragen sollte, ob hier nicht unüberlegt eine Diskriminierung dieses Gebietes durch Auflassung einer solchen Geschäftsstelle verursacht wird.

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf auf Ihre Zusatzfrage eingehen und folgendes antworten:

Zum ersten Argument, daß durch die Umwandlung eines Bahnhofes in eine Haltestelle ein Einnahmeentgang entstehen könnte, daß in Stoßzeiten unter Umständen Schwarzfahrer der Bahn ihre Fahrkarte nicht bezahlen, darf ich feststellen: Die gleiche Gefahr ist auch jetzt vorhanden, denn wir haben ja keine Bahnsteigsperrre, der Betreffende kann ja auch so einsteigen und kann schwarz fahren. Dieses Argument ist also, glaube ich, nicht von Bedeutung.

Ihr zweites Argument ist vom Standpunkt der Bundesbahn aus etwas schwerwiegender, daß nämlich ein größerer Einnahmeentgang dadurch entstünde, daß im Gepäck- und im Güterverkehr eine Abwanderung auf die Straße stattfinden könnte. Soweit mir die Informationen, die mir zugegangen sind, eine Antwort ermöglichen, möchte ich sagen, daß diese Bedenken von der Bundesbahn nicht geteilt werden, weil es sich ja hier immer nur um einige wenige Kundschaften gehandelt hat; es herrscht die Auffassung vor, daß diese Kundschaften weiterhin die Bundesbahn benützen werden. Außerdem wäre die Frachtpapierabfertigung im Bahnhof Halbenrain keine zusätzliche Belastung für die Kundschaften, weil das in der Regel die Geschäftsleute der Umgebung sind, für die diese 4 km überhaupt keine Rolle spielen.

Das sind die Informationen, die mir in dieser Frage zugegangen sind.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Meißl: Herr Staatssekretär! Ich möchte nur aufklären: Es handelt sich hier nicht um echte Schwarzfahrer, sondern um „Schwarzfahrer wider Willen“, die keine Möglichkeit haben, im Zug in dieser kurzen Zeitspanne die Fahrkarte zu lösen.

Ich möchte aber eine weitere Zusatzfrage in der Richtung stellen, ob Ihnen etwas bekannt ist — es kommt zwar noch eine Anfrage, ich möchte das dem betreffenden Kollegen nicht vorwegnehmen —, daß doch geplant sein soll, diese Eisenbahnstrecke über Radkersburg —

2310

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Meißl

Oberradkersburg nach Jugoslawien weiterzuführen. Auch aus diesem Gesichtspunkt heraus soll man nicht voreilig Umwandlungen vornehmen.

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Herr Abgeordneter! Ich darf bitten, zu gestatten, daß diese Ihre Zusatzfrage im Verlauf der nächsten Anfragebeantwortung behandelt wird.

Präsident: 8. Anfrage: Abgeordneter Pay (SPÖ) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Bahnlinie Spielfeld—Radkersburg.

390/M

Sind Meldungen richtig, wonach die Bahnlinie Spielfeld—Radkersburg in der Steiermark aufgelassen werden soll?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die betriebswirtschaftliche Untersuchung der Strecke Spielfeld-Straß—Radkersburg ist noch nicht abgeschlossen. Die bisherigen Ermittlungen zeigen allerdings eine leichte Steigerung der Frequenzen im Reiseverkehr. Das Aufkommen im Güterverkehr ist nach wie vor schwach.

Derzeit werden drei Personenzugpaare, mit Diesellok bespannt, geführt. Ein Zugpaar wird durch den Kraftwagendienst im Schienenersatzverkehr gefahren.

Ob die betriebswirtschaftliche Notwendigkeit besteht, die Einstellung des Personenverkehrs oder des ganzen Zugverkehrs vorzusehen, kann erst nach Abschluß der Ermittlungen bestimmt werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Pay: Herr Staatssekretär! Die vom Herrn Kollegen Meißl vorhin gestellte Anfrage steht mit meiner Frage in einem ursächlichen Zusammenhang. Die in der Bevölkerung bekanntgewordene Umänderung des Bahnhofes Unterpurkla hat zu den Gerüchten und Vermutungen geführt, daß in diesem Grenzgebiet, das an sich wirtschaftlich sehr benachteiligt ist, nun die Einstellung dieser für die Pendler so wichtigen Linie Spielfeld—Radkersburg unmittelbar erfolgen soll. Ich möchte sagen, daß die Einstellung sehr unverständlich wäre und von der dortigen Grenzlandbevölkerung kaum verstanden werden würde. Das Ergebnis der Überprüfung wird ja bekanntgegeben werden.

Ich darf nun zusätzlich fragen, ob es in diesem Zusammenhang stimmt, daß der Güterstückverkehr nun nicht nur mit dem Lastenzug, der die Strecke befährt, durchgeführt werden soll, sondern daß seit einiger Zeit gleichzeitig auch ein Güterstückverkehr mit Last-

kraftwagen eingerichtet worden ist. Wenn dem so ist, dann wäre das ja eine Doppelgleisigkeit. Sie haben vorhin gerade gesagt, daß der Güterstückverkehr auch relativ rückläufig ist. Nun scheint es aber zu stimmen, daß ein zweiter Güterstückverkehr mit Lastwagen abgewickelt wird. Stimmt dies?

Präsident: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Herr Abgeordneter! Ich erlaube mir darauf zu antworten: Derzeit werden drei Personenzugpaare, mit Diesellok bespannt, geführt, und ein Zugpaar wird durch den Kraftwagendienst bereits jetzt im Schienenersatzverkehr gefahren, weil Überprüfungen ergeben haben, daß das wesentlich billiger kommt.

Herr Abgeordneter! Ich darf aber vielleicht noch auf die Fragen antworten, die Sie vorhin im Zusammenhang mit dem Grenzland angezogen haben. Bei den betriebswirtschaftlichen Ermittlungen wird selbstverständlich darauf Rücksicht genommen, daß es sich dabei um ein Grenzgebiet handelt. Der Herr Bundesminister wird sicherlich über diese Frage auch dem Hohen Haus berichten.

Präsident: 9. Anfrage: Abgeordneter Doktor Scrinzi (FPÖ) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Nachsendeaufträge der Postkunden.

406/M

Warum wird von der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung Nachsendeaufträge der Postkunden auf Nachsendung auch amtlicher Sendungen mit Rückschein nicht entsprochen?

Präsident: Bitte, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Taus: Für die Zustellung von RSa- und RSb-Briefen — RSa ist Rückschein bei Zustellungen zu eigenen Händen und RSb Rückschein bei gewöhnlichen Zustellungen — gelten in erster Linie die gesetzlichen Zustellvorschriften, die in der Zivilprozeßordnung, im Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz und in der Bundesabgabenordnung enthalten sind. Nach diesen Vorschriften ist eine Nachsendung nur dann vorzunehmen, wenn dem Empfänger das zuzustellende Schriftstück rechtzeitig zukommen würde. Ob nun allerdings ein Schriftstück den Empfänger im Wege der Nachsendung rechtzeitig erreichen würde, kann vom Zustellorgan kaum beurteilt werden, weil ihm der Inhalt der Sendung ja nicht zugänglich ist und ihm daher ein allfälliger Termin in der Regel nicht bekannt sein kann.

Aus diesem Grunde werden in allen Fällen, in denen der Empfänger seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort verlassen hat, die Rückscheinbriefe — eventuell unter Angabe der der Post

Staatssekretär Dr. Taus

bekannten neuen Anschrift — gemäß den gesetzlichen Zustellvorschriften dem Absender zurückgesendet; dies auch dann, wenn der Empfänger die Nachsendung der für ihn einlangenden Postsendungen verlangt hat.

Präsident: Danke, Herr Staatssekretär.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: 10. Anfrage: Abgeordneter Schmidl (SPÖ) an den Herrn Bautenminister, betreffend Straßenlücke bei Altenmarkt.

416/M

Wann wird auf der Ennstal-Bundesstraße mit dem Ausbau der Straßenlücke vor und nach Altenmarkt begonnen werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Kotzina: Der Ausbau der Straßenlücke vor und nach Altenmarkt hängt mit dem Ausbau der Eisenbundesstraße von der Landesgrenze Oberösterreich bis Hieflau zusammen.

Der neuzeitliche Ausbau dieser Bundesstraße war seinerzeit durch die bei Kastenreith vorgesehene Errichtung eines Kraftwerkes und des dadurch bedingten Einstaues des gesamten unteren Ennstales blockiert. Trotzdem konnte in den letzten Jahren eine Reihe von Teilstrecken, die nicht im Einstaubereich liegen, mit einem Kostenaufwand von 19 Millionen Schilling ausgebaut beziehungsweise staubfrei gemacht werden. Für 1967 ist beabsichtigt, die Baulose „Eßling, Krippau und Lainbach“ mit einem Gesamtbaukostenaufwand von 18 Millionen Schilling auszubauen.

Im Studium der Projektierung befindet sich der Abschnitt Groß-Reifling—Lainbach—Hieflau.

Im Hinblick auf die schwierigen Geländeverhältnisse und die Beengtheit des für eine Neutrassierung zur Verfügung stehenden Raumes im Verlaufe des Ennstales wäre ein neuzeitlicher Ausbau dieses Teiles der Bundesstraße äußerst kostenaufwendig.

Es wird daher derzeit untersucht, ob nicht eine verkehrsgünstige wintersichere und auch wirtschaftlichere Lösung des Verkehrsproblems in der Art möglich wird, daß die Bundesstraße von Altenmarkt nach Hieflau über die derzeitige bereits zu 75 Prozent ausgebauten Buchauer Landesstraße geführt werden könnte. Als Verbindungsstraße Sankt Gallen—Groß-Reifling—Palfau könnte dann auch die bestehende Landesstraße über den Erbsattel wegen der günstigen Geländeverhältnisse mit einem viel geringeren Kostenaufwand ausgebaut werden.

Herr Abgeordneter! Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß ich derzeit noch

nicht in der Lage bin, genauere Angaben über den Ausbau der Straßenlücke vor und nach Altenmarkt zu machen.

Präsident: 11. Anfrage: Abgeordneter Peter (FPÖ) an den Herrn Bautenminister, betreffend Bautätigkeit und Baufinanzierung der öffentlichen Hand.

408/M

Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um die Bautätigkeit und Baufinanzierung der öffentlichen Hand im Interesse einer wohlüberlegten, auf die regional und saisonal gleichmäßige Auslastung dieses wichtigen Teiles des österreichischen Arbeitsmarktes Bedacht nehmenden Auftrags- und Darlehensvergabe in Hinkunft besser zu koordinieren?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Schon im Frühjahr 1966 wurde der Entwurf einer Studie der Arbeitsgruppe Bauwirtschaft des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen, betreffend die Koordinierung und Stabilisierung im Bauwesen, inoffiziell vorgelegt. Offiziell wurde diese Studie im vorletzten Ministerrat vorgelegt und dem betroffenen Ressort zur Stellungnahme übermittelt.

Im Mai dieses Jahres habe ich aus eigenem Anlaß Auftrag gegeben, Vorarbeiten aufzunehmen, um mit den Verfassern dieser Beiratstudie — Arbeitgeber, Arbeitnehmer — die Möglichkeiten einer allfälligen Koordinierung im Bauwesen zu besprechen. Am 22. Juli 1966 fand ein Gespräch mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe statt, wobei die Maßnahmen erörtert wurden, die eine regionale und zeitliche Koordinierung der Bautätigkeit ermöglichen könnten.

Seit diesem Gespräch werden in meinem Ressort alle Vorarbeiten getroffen, um die Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, zunächst das Baugeschehen der öffentlichen Hand insgesamt zu erfassen. Soweit es sich um die Bauvorhaben des Bundesministeriums für Bauten und Technik handelt, sind sie ja erfaßt. Um auch die Bauvorhaben anderer Zentralstellen, insbesondere des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft und des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, in diese Koordinierung einbeziehen zu können, habe ich die Herren Bundesminister Doktor Schleinzer und Dr. Weiß gebeten, mir ebenfalls ihre Bauvorhaben bekanntzugeben.

Da ein Großteil der Bauvorhaben der öffentlichen Hand durch die Länder und Gemeinden erfolgt, erscheint für die Zukunft auch die Einbeziehung dieser Bauvorhaben in eine allfällige Koordinierung von großer Bedeutung. Auch über diese Frage laufen

Bundesminister Dr. Kotzina

bereits seit Wochen Besprechungen mit den Ländervertretern, und es fand im Gegenstande am 24. November eine Besprechung mit den Landeshauptleuten statt, um die Mitwirkung der Länder bei der Durchführung der Koordinierung der Bauvorhaben sicherzustellen.

Im Bundesministerium für Bauten und Technik wird eine Abteilung eingerichtet, die zunächst als Evidenzbüro für die Erfassung der Bauvorhaben der öffentlichen Hand fungieren soll. Nach dieser Erfassung wird nun versucht, eine regionale und zeitliche Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage im Baugeschehen — soweit es den öffentlichen Sektor betrifft — durchzuführen. Wichtig für eine derartige Koordinierung ist die sogenannte Bauwirtschaftsstatistik, die über mein Ersuchen vom Österreichischen Statistischen Zentralamt eingeleitet wurde.

Um jedoch schon jetzt zu einigen verlässlichen Aussagen über die Kapazität der Bauwirtschaft zu kommen, ist beabsichtigt, die Vor- und Haupterhebung der nichtlandwirtschaftlichen Betriebszählung 1964 hinsichtlich der Bauhaupt- und der Baunebengewerbe in einem solchen Sinne auswerten zu lassen, daß sie für die Belange einer Koordinierung im Bauwesen verwertbar ist.

Beginnend mit dem 1. Jänner 1967 soll auch eine Preisstatistik ergänzt und auf neue Grundlagen gestellt werden, die ebenfalls wertvolles Material, insbesondere für die Finanzierungsfrage, die im Zusammenhang mit dem Baugeschehen auftritt, liefern wird.

Zuletzt sollen noch die Wohnbaustatistiken die bei den drei Fonds nebeneinander nicht koordiniert existierten, auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden, und diese Wohnbaustatistik wird mit Ende dieses Jahres ebenso wertvolle Unterlagen für alle diese Vorhaben liefern.

Wenn diese technischen statistischen Voraussetzungen gegeben sind, kann dann konkret über die Maßnahme einer Koordinierung des Baugeschehens nicht nur gesprochen, sondern auch entschieden werden.

Die Baufinanzierung der öffentlichen Hand wird seit längerer Zeit ebenfalls von der Arbeitsgruppe Bauwirtschaft im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen behandelt. Zu konkreteren Ergebnissen dieser Frage wird man ebenfalls auch erst dann kommen können, wenn die statistischen Unterlagen über die Bauwirtschaft vorliegen. Wichtig scheint mir auch zu sein, daß die Wohnungsgesetze — nicht jene, die für die Übergangszeit des Jahres 1967 gedacht sind, sondern die Wohnungsgesetze, die die Zusammenfassung aller derzeitigen Wohnbauförderungsmaßnahmen des Bundes enthalten — vom Hohen

Hause verabschiedet werden, damit eine einheitliche Wohnbauförderung des Bundes für Gesamtösterreich gefunden wird. Die umfassendsten Vorbereitungen in der Frage der Baukoordinierung sind sohin getroffen, und es wird nichts unterlassen werden, was zu einer regionalen und zeitlichen Auslastung der Bauwirtschaft führen könnte.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Peter: Herr Bundesminister! In „Berichte und Informationen“ erschien jüngst ein Artikel, der sich mit einer wesentlichen Frage beschäftigte, die Sie in der Antwort berührten, nämlich mit der Tatsache, daß ein Großteil der Bundesstraßenplanung auf Grund der vorhandenen Praxis immer mehr in die Kompetenz der Länder übergegangen ist. Es wird jetzt die Frage aufgeworfen, ob sich aus dieser Entwicklung nicht bedeutsame Nachteile dahin gehend ergeben, daß in den neun Bundesländern Unterschiedlichkeiten vorliegen, die von der Planung über die Durchführung bis zum Räumdienst auf den Bundesstraßen reichen.

Das eklatanteste Beispiel für einen nicht zufriedenstellenden Räumdienst konnte man in den letzten drei Wochen auf dem Autobahnstück Tullnerbach—Preßbaum—Christophen erleben, auf dem der Verkehr mehrmals zusammengebrochen ist, weil der Räumdienst den Anforderungen nicht gerecht wurde. In Niederösterreich kommt es immer wieder vor, daß auf der Bundesstraße 1 Bauern mit Traktoren räumen, während in anderen Bundesländern anständige Streu- und Räumfahrzeuge vorhanden sind. Ich habe mich selbst davon überzeugt, daß auf der Autobahn im Landesteil von Niederösterreich private Räumfahrzeuge im Rahmen der Bundesstraßenverwaltung eingesetzt sind. (Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Nun wird hier die Feststellung getroffen, daß sich diese Entwicklung als nicht zielführend erwiesen hat. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Herr Minister, hier einzugreifen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter, darf ich Ihre Zusatzfrage in zwei Teile gliedern. Der erste Teil Ihrer Ausführungen scheint mir ein bedeutender Hinweis darauf, daß vom Bund in verstärktem Ausmaß auf den Bau der Bundesstraßen — nicht nur der Autobahnen, sondern der gesamten Bundesstraßen — koordinierend und bestimmt Einfluß genommen werden muß. Es handelt sich also nicht um den Bau von Landesstraßen, sondern um den Bau von Bundesstraßen, der vom Gesichtspunkt des Bundes aus nicht nur beeinflußt, sondern auch entschieden werden muß.

Bundesminister Dr. Kotzina

Es wird eine Aufgabe der allernächsten Zeit sein — das ist auch die Aufgabe dieses Beirates und der verschiedenen Stellen, die Ihnen ja schon bekannt sind —, im Zusammenwirken mit den Bundesländern den Plan für ein koordiniertes, auf die Bedürfnisse des Bundes abgestimmtes Bundesstraßennetz zu erarbeiten und den Ausbau und die Verwirklichung dieses Bundesstraßennetzes in Angriff zu nehmen.

Bezüglich der Frage zwei, der Räumung und Instandhaltung der Autobahnen, sei darauf verwiesen, daß, im allgemeinen gesehen, für die schon intakten Autobahnen ausreichend Räumgeräte vorhanden sind. Diese Räumgeräte wurden mit einem erheblichen Aufwand angeschafft und vom Bund zur Durchführung der Räumungsaufgaben den Landesbaudirektionen zur Verfügung gestellt. Ich war selbst ein Mit-Leidtragender beim Einsetzen des Schlechtwetters am Ende der vergangenen Woche und konnte mir selbst ein Bild über die unzureichenden Räumungsmaßnahmen in dem Raum, von dem Sie sprechen, machen. Als Entschuldigung dafür mag gelten, daß es sich um die ersten Stunden handelte und die Einsatzbereitschaft wahrscheinlich nicht in ausreichendem Maße organisiert war. Ich werde diesbezüglich, bezugnehmend auf Ihre Anfrage, bei der Landesbaudirektion Niederösterreich Einfluß nehmen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Peter: Herr Minister! Wie stellen Sie sich die Reorganisation der lokalen Bauaufsicht an Ort und Stelle vor?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Auf Grund der Verfassungslage und der bestehenden Erlässe liegt die Kontrolle über den Bundesstraßenbau einschließlich des Autobahnbau gegenwärtig ausschließlich bei den Landesbaudirektionen. Die Vorkommnisse der Vergangenheit, insbesondere auf den Strengbergen, haben mich davon überzeugt, daß es zwingend notwendig ist, daß dem Bund, den letzten Endes die Verantwortung für den Bundesstraßenbau und im konkreten für den Autobahnbau trifft, und damit auch dem Ressort und dem Minister die Möglichkeit eingeräumt wird, bei diesen Großbaustellen eine entsprechende Kontrolle auszuüben. Ein diesbezügliches Gespräch mit den Landeshauptleuten hat vor etwa 14 Tagen stattgefunden. Von mir wurde dabei kein Zweifel darüber gelassen, daß sich in dieser Hinsicht Änderungen nicht nur anbahnen, sondern auch verwirklicht werden müssen.

Präsident: Das waren jetzt beiderseits kurze konkrete Ausführungen im Sinne der Geschäftordnung! (*Heiterkeit.*)

12. Anfrage: Abgeordneter Heinz (*SPÖ*) an den Herrn Bautenminister, betreffend Autobahnstraße im Bereich von Bregenz.

397/M

Wie weit ist die Planung der Autobahnstraße im Bereich der Landeshauptstadt Bregenz gediehen, mit der schon vor einem Jahrzehnt begonnen wurde?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Die Autobahnplanung im Bereich Bregenz kann derzeit immer noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Dem Bundesministerium für Bauten und Technik ist jedenfalls bis zum heutigen Tag vom Amt der Vorarlberger Landesregierung, das mit der Durchführung der Planungsarbeiten beauftragt wurde, kein Antrag auf Genehmigung irgendeiner Trasse vorgelegt worden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Heinz: Herr Minister! Ich kann Ihren Ausführungen entnehmen, daß noch keine Entscheidung gefallen ist und daß sich auch noch nicht abzeichnet, welche der möglichen Trassen nun gewählt werden wird, ob es eine See-, Hang- oder Tunneltrasse sein wird.

Meine erste Frage wäre nun: Besteht in absehbarer Zeit die Möglichkeit, daß es doch zu einer Einigung zwischen den Bundes- und Landesplanern einerseits und jenen der Landeshauptstadt andererseits kommen wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter, Sie haben auf drei Trassen hingewiesen. In Wirklichkeit sind, im Detail gesehen, bisher bereits zehn Trassen studiert worden, von denen sich vier als besprechungsreif herauskristallisierten, und zwar die Seetrasse, die Hangtrasse, die Bergtrasse und neuerdings die Basistunneltrasse. Derzeit wird auch noch an dem Projekt je eines Basis-tunnels und einer unterirdisch verlaufenden Seetrasse gearbeitet. Die unterirdisch verlaufende Seetrasse entlang des Ufers ist aber nur dann wirtschaftlich vertretbar, wenn gleichzeitig auch für die Bundesbahn eine ähnliche Lösung getroffen und die Bundesbahn in diese Trasse miteinbezogen wird. Von den Österreichischen Bundesbahnen, die im Frühjahr oder im Sommer dieses Jahres zu einer Stellungnahme eingeladen wurden, sind aber bisher noch keine diesbezüglichen konkreten Vorschläge und Äußerungen eingelangt. Es bildet aber eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, die zuletzt besprochene Trasse ernstlich in Erwägung zu ziehen, daß seitens der Österreichischen Bundesbahnen die Be-

2314

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Bundesminister Dr. Kotzina

reitschaft gegeben ist und konkrete Äußerungen und Vorschläge erstattet werden.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Heinz:** Herr Minister! Sie haben bei Ihren Trassen auch die Unterflurtrasse erwähnt, für die bereits wieder zwei Varianten vorliegen, eine von den Ingenieuren Kieser und Zirl, die zweite von Hofrat Hellenstainer. Der Trassenplan Hofrat Hellenstainers hat zur Folge gehabt, daß bei einem im Bau befindlichen Familienwohnhaus der Innenausbau gestoppt wurde. Dieses Projekt hat auch zur Folge, daß eine Wohnsiedlung der Eisenbahner, die bereits bescheidmäßig kommissioniert wurde, gefährdet ist.

Ich frage Sie nun: Besteht im Hinblick auf diese Blockierung, aber auch eine Reihe anderer Bauverbote, die im Zuge dieser jahrelangen Planung ausgesprochen wurden, die Möglichkeit, daß sehr rasch eine Entscheidung getroffen wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Herr Abgeordneter! Ich würde mich freuen, wenn in Vorarlberg zwischen dem Land und der Stadt Bregenz im Einvernehmen mit dem Bund eine Einigung über ein Projekt erzielt werden könnte, welches wirtschaftlich als einigermaßen vertretbar erachtet wird. Ich darf darauf hinweisen, daß die Kosten der in Betracht kommenden Projekte, wie wir sie gegenwärtig nach allen Seiten hin bereits studiert haben, für eine Länge von $9\frac{1}{2}$ Kilometern zwischen 500 Millionen Schilling und mehr als $1\frac{1}{2}$ Milliarden Schilling schwanken.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident: 13. Anfrage: Abgeordneter Steiner (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend Vergebung von Wohnräumen für das Kaderpersonal.

426/M

Im Hinblick auf die Bemühungen des Landesverteidigungsministeriums zur Schaffung von Wohnräumen für das Kaderpersonal frage ich, nach welchen Gesichtspunkten diese Naturalwohnungen vom Bundesministerium vergeben werden.

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung Doktor **Prader:** Herr Abgeordneter! Die Vergebung von Naturalwohnungen erfolgt auf Grund des Erlasses Zl. 5970/66. Dieser Erlass wurde gemeinsam mit der Personalvertretung ausgearbeitet. Es ist ihm eine Punktetabelle angeschlossen, und Wohnungskommissionen, die bei den Militärkommanden eingerichtet

sind, haben auf Grund dieser Punktetabelle einen Reihungsvorschlag zu erstatten.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Steiner:** Sehr geehrter Herr Minister! Es ergeben sich natürlich hier immer wieder die verschiedensten Härten. Ich möchte sagen, daß sehr wohl den kinderreichen Familien hier der Vorzug eingeräumt wird, aber daß darüber hinaus auch Jungvermählte oftmals in die Situation kommen, getrennt leben zu müssen. Ich darf mir als Zusatzfrage erlauben: Wieviel Naturalwohnungen stehen dem Bundesheer überhaupt zur Verfügung, und wie groß ist die Zahl derjenigen, die solche Naturalwohnungen beanspruchen möchten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Prader:** Herr Abgeordneter! Die von Ihnen angeführte Situation ist mir bekannt. Es ist selbstverständlich so, daß der Bedarf zwar nicht überall, aber in einzelnen Bereichen noch viel größer ist als die Möglichkeit, die wir zur Verfügung haben. Die Zahl der derzeit vorhandenen Naturalwohnungen kann ich Ihnen nicht auswendig sagen, ich werde Ihnen diese Information schriftlich geben. Die Zahl des noch vorhandenen Fehlbestandes liegt etwa um 1200. Wir werden heuer und nächstes Jahr entscheidend abbauen können, aber es wird noch immerhin, unserer Überlegung nach, zwei Jahre dauern, bis wir dieses Problem zur Gänze gelöst haben werden.

Präsident: 14. Anfrage: Abgeordneter Steiner (*ÖVP*) an den Herrn Verteidigungsminister, betreffend Naturalwohnungen bei Versetzung der Heeresbeamten in den Ruhestand.

427/M

Was geschieht mit den Naturalwohnungen, die von Angehörigen des Kaderpersonals bewohnt werden, wenn der betreffende Heeresbeamte in den Ruhestand tritt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Prader:** Herr Abgeordneter! Nach den Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes haben Beamte nach Beendigung der aktiven Dienstzeit Naturalwohnungen zu räumen. Unter diese Bestimmungen fallen selbstverständlich auch die Berufssoldaten des österreichischen Bundesheeres. Ich weiß, wie schwierig die Situation für die einzelnen immer ist, und ich habe deshalb nun eine Aktion ins Leben gerufen, die dazu dienen soll, rechtzeitig untererer Mithilfe der Pensionisten oder der zukünftigen Pensionisten nun Wohnraum zur Verfügung zu stellen, der dann zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses vorhanden ist, wenn sie die Naturalwohnungen räumen müssen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Steiner: Sehr geehrter Herr Minister! Auf Grund der bekannten Lage auf dem Wohnungsmarkt und der großen Schwierigkeiten, die sich bei der Schaffung einer solchen Ersatzwohnung ergeben, möchte ich Sie fragen, wie lange man einem solchen zukünftigen Pensionisten Zeit läßt, um die andere Wohnung zu beschaffen, oder wie lange er diese Naturalwohnung über seine aktive Zeit hinaus beanspruchen darf.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Hiefür gibt es keine feste Regel, Herr Abgeordneter. Das wird individuell, je nach dem Einzelfall, gehandhabt.

Präsident: 15. Anfrage: Abgeordneter Mayr (ÖVP) an den Herrn Verteidigungsminister, betreffend Militärflugplatz Hörsching.

428/M

Welche Schwierigkeiten stehen der seit Jahren in Aussicht genommenen Verlängerung der Startbahn des Militärflugplatzes Hörsching entgegen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Herr Abgeordneter! Militärischerseits haben wir in Hörsching vor allem zwei dringende Anliegen, und zwar zunächst die Sanierung der alten Startbahn. Die Startbahn ist ja verlängert worden, das neue Stück ist in Ordnung, hingegen ist das alte Stück reparaturbedürftig. Das zweite Anliegen ist eine Verlängerung der Startbahn und vor allem auch der Sicherheitszone nach dem Westen zu. Hier ist allerdings das Faktum gegeben, daß gerade auf jenem Gebietsteil, der zur Verlängerung und zur Einrichtung einer Stoppfläche notwendig ist, die Theninger Bundesstraße verläuft, die verlegt werden muß. Diese Verlegung kostet sehr viel Geld. Die oberösterreichische Landesregierung hat nun vorgeschlagen, diese Straße nicht zu verlegen, sondern sie zu unterführen, was allein einen Kostenaufwand von 20 Millionen Schilling erfordern würde. Die Sanierung der Startbahn wurde nach dem letzten Gutachten mit einem Aufwand von 40 Millionen Schilling veranschlagt, also ein sehr gewaltiger Betrag, der erforderlich wäre. An der Bereitstellung der notwendigen Finanzierung ist bisher die Durchführung dieser Planungen gescheitert. Ich bemühe mich sehr, gemeinsam mit der oberösterreichischen Landesregierung beziehungsweise mit der Flughafenbetriebsgesellschaft zu einem geeigneten Arrangement zu kommen.

Präsident: 16. Anfrage: Abgeordneter Tödling (ÖVP) an den Herrn Verteidigungsminister, betreffend Verhältnis Reserveoffizier zum Berufsoffizier.

429/M

Welche Entwicklung für die Zukunft ist bei dem Verhältnis Reserveoffizier zum Berufsoffizier zu erwarten?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Herr Abgeordneter! Mit Stichtag 1. November 1966 beträgt der Stand der Berufsoffiziere des österreichischen Bundesheeres 2134. Nach unserer Organisationsplanung sollte der Stand der Berufsoffiziere 2500 sein. Die Differenz ist nicht mehr sehr groß. Trotz der steigenden Tendenz wird es aber in den nächsten Jahren eher zu einem Abfall kommen, weil nun sehr viele Jahrgänge vorhanden sind, die ziemlich massiert in das Pensionsalter eintreten.

Der Stand der Reserveoffiziere mit gleichem Stichtag, also 1. November 1966, beträgt einschließlich der Fähnriche 2431, sodaß die Zahl der Reserveoffiziere heuer erstmalig die Zahl der aktiven Offiziere überschritten hat — eine absolut gesunde Entwicklung, weil ja nach einer alten Faustregel für ein wehrpflichtiges Heer der Schlüssel ungefähr 1 : 6 zugunsten der Reserveoffiziere sein sollte.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Tödling: Herr Bundesminister! Sind diese Reserveoffiziere fix eingeteilt, das heißt, sind ihnen im Bedarfsfalle konkrete Aufgaben zugewiesen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Prader: Das geschieht laufend in immer stärkerem Ausmaß, allerdings gleichlaufend mit der Aufstellung der Reservearmee überhaupt. Ich habe Auftrag gegeben, alles daranzusetzen, damit jeder Reserveoffizier möglichst bald auch eine konkrete Einteilung erhält, damit er seine Aufgabenstellung kennt und so auch eine echte Mitgestaltungsmöglichkeit in seinem Reservetruppenteil erhält. Weil aber die Aufstellung der Reservearmee, obwohl wir sehr beachtliche Erfolge haben, noch nicht vollendet ist, ist die Einteilung auch der Reserveoffiziere noch nicht in allen Fällen durchgeführt.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Unterricht

Präsident: 17. Anfrage: Abgeordneter Zeillinger (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Unterricht, betreffend Zensurierung von Fernsehsendungen.

340/M

Sind Sie der Auffassung, daß es im Sinne der von 832.000 Österreichern geforderten Entpolitisierung von Rundfunk und Fernsehen

liegt, daß Fernsehsendungen, die sich mit Korruptionsskandalen kritisch auseinander setzen, aus parteipolitischen Rücksichtenzensuriert werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht Dr. Piffl-Perčević: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin der Auffassung, daß die Unterzeichner des Volksbegehrens selbstverständlich auch die Anwendung des Verfassungsgesetzes über die Zensur gegenüber dem Rundfunk als gültig erachteten.

Abgeordneter Zeillinger: Ich habe den Schluß nicht gehört.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Ich darf wiederholen: Ich bin der Überzeugung, daß die Unterzeichner des Rundfunkbegehrens die Rechtswirksamkeit des Verfassungsgesetzes über die Zensur auch gegenüber dem Rundfunk intendierten.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Nachdem Ihnen, Herr Minister, sicher jener Fall bekannt ist, der hinter meiner Anfrage steht: die Zensurierung der Sendung „Zeitventil“, die durch den Rundfunkgeneraldirektor und früheren Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei Scheidl erfolgt ist, wobei er der Regierung unangenehme Szenen über den NEWAG-Skandal aus der fertigen Sendung herausstrich, frage ich Sie, Herr Minister, ob Sie es billigen, daß aus einer Sendung — in diesem Fall einer „Zeitventil“-Sendung — nur deswegen, weil es einer politischen Partei, in diesem Fall der Regierungs- partei, unangenehm ist, ein Teil herausgeschnitten und damit zensuriert wird.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Ich habe darüber im Finanz- und Budgetausschuß sehr ausführlich meine Meinung dargelegt, daß hier keine Zensur vorliege, daß es jedem Verantwortlichen für eine Zeitung, für einen Verlag und für den Rundfunk zustehe, darüber zu wachen, daß die Sendungen nicht Dinge enthalten, die er für unrichtig hält.

Ich hielte es für unrichtig, wenn diese Überlegungen aus rein parteipolitischen Erwägungen geschehen. Ich halte es aber für unerlässlich, auch für einen künftigen Generalintendanten, daß er das Recht haben muß, darüber zu wachen, daß die Sendungen von Einschaltungen freibleiben, die er vor seinem Gewissen nicht verantworten kann. (Abg. Horejs: Also doch Zensur!)

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Zeillinger: Es würde den Rahmen der Fragestunde sprengen, wenn wir

jetzt wieder über den Begriff Zensur und Möglichkeiten eines Generaldirektorseiner Diskussion auslösen würden. Ich darf darauf verweisen, daß Ihre Meinung ja auch die des ehemaligen ÖVP-Generalsekretärs Scheidl ist, die aber von der gesamten österreichischen Öffentlichkeit, auch von den Zeitungen, die Ihrer Partei sehr nahestehen, nicht geteilt worden ist, und daß die österreichische Öffentlichkeit, Juristen sowie Presseleute, übereinstimmend der Ansicht sind, daß der Vergleich zum Beispiel mit dem Recht eines Chefredakteurs einer Zeitung in diesem Falle unzulässig ist.

Aber ohne Rücksicht auf diese akademische Diskussion darf ich Sie fragen — wie immer es genannt wird, die österreichische Öffentlichkeit nennt es Zensur, Sie und Herr Scheidl finden einen anderen Namen dafür —: Halten Sie es für richtig, daß in einer freien Demokratie aus einem Monopolmassenmedium, wie es Rundfunk oder Fernsehen ist, Szenen nur deswegen herausgenommen werden — sie sind nur deswegen herausgenommen worden; der Hinweis auf das schwedende Verfahren hat sich ja juristisch als nicht haltbar herausgestellt, wie auch der Justizminister anerkannt hat —, weil sie der Regierung unangenehm sind? Halten Sie das in einem freiheitlichen Rechtsstaat für vertretbar?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Ich habe darüber sehr ausführlich im Finanz- und Budgetausschuß gesprochen. Ich halte es nicht für vertretbar, daß deswegen etwas herausgenommen wird, weil es der Regierung unangenehm ist. Ich halte es aber dann für ge rechtfertigt, wenn die Überprüfung ergibt, daß eine Maßnahme gesetzt wird, die etwa in England zum selbstverständlichen Bestandteil der demokratischen Auffassung gehört.

Ich erlaube mir, Herr Abgeordneter, Sie auf Ihre Anfrage in der letzten Fragestunde zu verweisen, wo Sie unglücklich waren darüber, daß in einer Sendung des Rundfunks Trennendes gebracht worden war. Sie fragten mich, ob ich übereinstimme, daß solches unterlassen werde. Ich habe die Frage bejaht, ich wünschte es. Aber wie gerade der Fall, den Sie herangezogen haben, zeigt, habe ich es unterlassen oder mein Haus hat es unterlassen, etwa eine Maßnahme zu setzen, die von außen in den Rundfunk eingreift. Aber innerhalb einer Redaktion — und der Rundfunk ist eine Redaktion — muß es möglich sein. Ich frage Sie, ob es erlaubt ist, oder ich frage ganz rhetorisch und allgemein, ob irgendeine Parteizeitung nicht selbstverständlich ihre Anliegen bringt und Anliegen, die ihr nicht genehm erscheinen, eben nicht bringt. (Zwischenrufe.)

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević

Ich sage das grundsätzlich deswegen, um Sie zu bitten, die Kontrollrechnung dafür zu machen, daß in jedem geschlossenen, der Publizistik dienenden Organ, sei es der Rundfunk, sei es eine Zeitung, gleichgültig, welcher Partei oder welcher Richtung sie angehört, grundsätzlich an einer solchen Einrichtung eine Möglichkeit für den Verantwortlichen bestehen muß, darüber zu befinden, was gebracht wird und was nicht gebracht wird. Das ist in allen modernen westlichen Rundfunkstationen so und hat mit Zensur nichts zu tun. (Abg. Zeillinger: *Das ist unbestritten!*) Der Zensur ist nur verboten, von außen hineinzuwirken. Und daher habe ich mich in dem Fall, den Sie in der letzten Fragestunde anzogen, sehr deutlich enthalten. (Abg. Horejs: *Wie Otto Habsburg ins Fernsehen gekommen ist, haben Sie die Redaktion nicht gebraucht! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): 18. Anfrage: Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (ÖVP) an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Lehrkräfte an den Hochschulen.

362/M

Ist für das Jahr 1967 eine wesentliche Erhöhung der Anzahl der Lehrkräfte an den österreichischen Hochschulen vorgesehen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Für das Jahr 1967 ist eine deutliche Anhebung der Personenzahl des Lehrstandes an unserer Hochschulen vorgesehen. Es sind 74 neue Lehrkanzeln einzurichten und 400 neue Assistentenposten, denn Assistenten zählen auch im weiteren Sinne zu den Lehrkräften an den Hochschulen, sodaß wir also mit einer Anhebung um 474 neue Lehrkräfte an den Hochschulen zu rechnen haben.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer: Herr Bundesminister! Wie sieht es bitte in der Situation der Berufungen aus?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Die Berufungen für die neu einzurichtenden Lehrkanzeln scheinen nach den Angaben der Professoren, die die Anträge auf Einrichtung dieser Lehrkanzeln gestellt haben, gesichert zu sein, da nur solche Lehrkanzeln beantragt wurden, die verlässlich auch besetzt werden können. Diesbezügliche Ermittlungen sind von den Antragstellern im Professorenkollegium erfolgt.

Präsident: 19. Anfrage: Abgeordneter Ing. Scheibengraf (SPÖ) an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Sendung „Zeitventil“.

410/M

Darf ich Ihren Ausführungen im Finanzausschuß vom 14. November 1966 entnehmen, daß Sie die Zensur der Sendung „Zeitventil“ billigen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Herr Abgeordneter! Nein, das dürfen Sie bitte nicht, denn ich habe eine Zensur verneint. Das, was ich verneinte, konnte ich nicht gleichzeitig bejahen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. Scheibengraf: Im Zuge Ihrer Ausführungen haben Sie aber dargetan, daß Sie die Zensur durch den Herrn Generaldirektor Scheidl doch billigen, daß man also hier richtig zu verstehen habe, daß Sie dies mit einer Redaktion vergleichen. Ich nehme nicht an, daß die Generaldirektion einer Zeitung, wenn es eine große Zeitung ist, und ihre Redaktion dasselbe ist.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Ich habe überdings darauf verwiesen, daß bei sämtlichen Rundfunkstationen des Westens dem jeweils Hauptverantwortlichen selbstverständlich ein Einfluß darauf zukommt, der von ihm auch ausgeübt wird, was gesendet wird und was nicht gesendet wird.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. Scheibengraf: Ich darf also feststellen, daß Sie den Vorgang durch den Herrn Generaldirektor, den wir Zensur nennen, gebilligt haben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Ich bin nicht auf den konkreten Vorgang eingegangen, sondern auf das grundsätzliche Recht eines Generalintendanten — oder wie immer er heißen mag —, zu entscheiden, was gesendet wird und was nicht. Ich habe als deutliches Beispiel — und ich bitte, das zur Kontrolle mitzudenken — gebracht: Wenn jemand zum Rundfunk kommt und eine antisemitische Sendung zu senden begehrte, muß einer da sein, der sagt: Das wird nicht gesendet. (Abg. Doktor Hertha Firnberg: *Und eine monarchistische?*)

Präsident: 20. Anfrage: Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ) an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Österreich-Lexikon.

400/M

Was wurde vom Österreichischen Bundesverlag hinsichtlich einer Neuauflage des „Österreich-Lexikons“ veranlaßt, da die Unzahl von Fehlern in der 1. Auflage eine solche Neuauflage erfordert?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Herr Abgeordneter! Ich habe bei diesbezüglichen Anfragen in der Vergangenheit schon darauf verwiesen, daß der Bundesverlag hinsichtlich seiner Gestion nicht mir untersteht. In den Fondsbestimmungen sind dem Unterrichtsminister nur Überwachungsrechte bezüglich der Einhaltung der Vorschriften des Statuts eingeräumt beziehungsweise gewisse personale Fragen, nicht aber Möglichkeiten, auf die inhaltliche Gestaltung der Verlagswerke Einfluß zu nehmen.

Auch das liegt in der ganzen Problematik, die eben in zwei abgeführt Fragen zum Ausdruck kam, wieweit von außen her in einen Verlag, in ein Unternehmen, in eine Rundfunkanstalt eingegriffen werden darf. Ich sehe keine Berechtigung, in die Verlagsgestaltung des Bundesverlages hinsichtlich einzelner Werke oder gar hinsichtlich einzelner Stellen in einzelnen Werken einzutreten.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. van Tongel: Ich kenne Ihre diesbezügliche Auffassung; Sie haben sie ja dem Hohen Hause wiederholt und sehr deutlich bekanntgegeben.

Das Statut des Bundesverlages ist derart gestaltet, daß gemäß § 11 Abs. 1 der Direktor vom Bundesminister für Unterricht berufen wird. Zum Direktor haben Sie einen aktiven Ministerialrat des Bundesministeriums für Unterricht bestellt, Herrn Dr. Peter Lalics. Mit dem Herrn werden wir uns im übrigen heute noch in der Budgetdebatte beschäftigen. (Abg. Machunze: Hier wollen Sie die Zensur?) Warten Sie gefälligst, Herr Machunze, was ich fragen werde, und insinuieren Sie mir nicht in voreiliger Weise eine Absicht, die ich gar nicht habe.

Präsident: Bitte sich nicht unnötig aufzuregen, das Wort hat Dr. van Tongel.

Abgeordneter Dr. van Tongel: Ich möchte den Herrn Minister fragen, ob er angesichts dieser Tatsache der Bestellung eines Direktors durch ihn selbst aus dem Stande der aktiven Beamten seines Ministeriums nicht doch immerhin die Möglichkeit gehabt hat, diesen Herrn Direktor gelegentlich angesichts der sehr starken Kritik an der ersten Auflage des Österreich-Lexikons zu befragen, ob dieser Direktor in seinem Verlag an eine Neuauflage denkt. Das war der Sinn meiner Anfrage. Ich habe deutlich in deutscher Sprache, allerdings nicht in der Unterrichtssprache, hier gefragt: Was wurde vom Österreichischen Bundesverlag hinsichtlich einer Neuauflage veranlaßt? Eine harmlose und völlig neutrale Frage, die nur in

einer vergifteten Atmosphäre anders gedeutet werden kann. Ich bitte also den Herrn Minister um Auskunft, ob ihm bekannt ist, ob hinsichtlich dieses Österreich-Lexikons, das große Wellen geschlagen hat, eine Neuauflage geplant ist.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Herr Abgeordneter! Ich habe absichtlich unterlassen, auf diesem Gebiete mit dem Leiter des Bundesverlages zu sprechen, weil die bisherigen Befragungen darüber in diesem Hohen Hause sonst den Eindruck einer Einflußnahme in Richtung einer Zensur erweckt hätten.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. van Tongel: Sie halten also den Weiterbestand, Herr Minister, eines Österreich-Lexikons, eines Monopollexikons mit Dutzenden von Fehlern für wichtiger als eventuell eine Frage an den Leiter des Verlages, ob er nicht selbst gedenkt — ich werde das heute in der Budgetdebatte ~~noch~~ behandeln —, eine Neuauflage zu machen? Meiner Meinung nach hat das mit Zensur nichts zu tun.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Herr Abgeordneter! Das hat mit der Frage, was ich für wichtiger halte, wohl nichts zu tun. Ich glaube nicht, daß das eine Maßnahme ist, die in Relation gesetzt werden kann, was ich für wichtiger halte. Ich wiederhole noch einmal: Nach den Anfragenstellungen, die hier im Hohen Hause waren, mit der Aufforderung an mich, das Lexikon einstampfen zu lassen, habe ich jede Maßnahme in der Richtung unterlassen. Ich wiederhole noch einmal, daß ich diese Aufforderung als das höchste Ausmaß der Zensur betrachtet habe und daher nicht einmal in die Nähe des Verdachtes kommen wollte, einem Verlag gegenüber eine Zensur auszuüben. Der Verlag selbst und der Verantwortliche dort haben zu entscheiden, so wie im Rundfunk selbst zu entscheiden ist, was zu drucken ist, was auszubessern ist, was neu aufzulegen ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen. Die Fragestunde ist damit beendet.

Die eingelangte Anfragebeantwortung zur Anfrage 114/J der Abgeordneten Machunze und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, betreffend Diskriminierung der Republik Österreich und eines Teiles ihrer Bewohner durch die Bundesrepublik, ist den Anfragestellern zugegangen. Diese Anfragebeantwortung wurde auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Präsident

Ich gebe bekannt, daß nachstehende Regierungsvorlage eingelangt ist:

Protokoll Nr. 3 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das die Artikel 29, 30 und 34 der Konvention geändert werden (242 der Beilagen).

Ich werde diese Regierungsvorlage gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der morgigen Sitzung zuweisen.

Die in der gestrigen Sitzung eingebrachte Vorlage 239 der Beilagen: Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über die Rechtshilfe in Strafsachen, weise ich dem Justizausschuß zu.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (204 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe VI****Kapitel 12: Unterricht****Kapitel 13: Kunst****Kapitel 14: Kultus****Kapitel 71: Bundestheater**

Präsident: Wie gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967.

Wir gelangen nunmehr zur Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VI.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hofstetter. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Ing. Karl Hofstetter: Im Auftrage des Finanz- und Budgetausschusses habe ich dem Hohen Hause über die Regierungsvorlage (204 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967, einen Spezialbericht zur Beratungsgruppe VI zu geben.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1967 am 14. November 1966 der Vorberatung unterzogen.

Nach dem vorliegenden Budgetentwurf der Bundesregierung ist der Ausgabenrahmen für die Haushaltsskapitel 12 bis 14, also des engeren Unterrichtsbudgets, mit 7.045.115.000 S veranschlagt, wovon 5.074.628.000 auf den Personalaufwand und 1.970.487.000 S auf den Sachaufwand entfallen. Im Budget des Jahres

1966 waren bei den gleichen Haushaltsskapiteln insgesamt 6.175.390.000 S veranschlagt. Es ergibt sich demnach eine Erhöhung des Unterrichtsbudgets um 869.725.000 S, das sind 14,08 Prozent, wobei der Personalaufwand um 676.805.000 S, das sind 15,39 Prozent, und der Sachaufwand um 192.920.000 S, das sind 10,85 Prozent, ansteigt. Beim Haushaltsskapitel 71: Bundestheater, ist ein Ausgabenrahmen von 436.635.000 S gegenüber 378.222.000 S im Jahre 1966, somit also eine Erhöhung von 58.413.000 S vorgesehen.

Wenn man nun das Kulturbudget, also die Ausgabenansätze der Haushaltsskapitel 12, 13, 14 und 71 — insgesamt 7.481.750.000 S — mit dem Gesamtaufwand der ordentlichen Gebarung von rund 74.988.000.000 S in Relation setzt, so ergibt sich, daß im Jahre 1967 der Anteil des Kulturbudgets am Gesamtbudget der ordentlichen Gebarung 9,98 Prozent gegenüber 9,60 Prozent im Jahre 1966 beziehungsweise 8,81 Prozent im Jahre 1965 betragen wird. Dem Sprung von 1965 auf 1966 mit einer Zunahme von 0,79 Prozent steht sohin ein Zuwachs von 0,38 Prozent für das Jahr 1967 gegenüber. Die Zuwachsrate des Vorjahres hat sich also etwas verringert, immerhin kann aber aus der bisherigen ziffernmäßigen Darstellung auch weiterhin der Vorrang von Unterricht, Bildung und Forschung für das Jahr 1967 dokumentiert werden.

Am deutlichsten kommt dabei der Schwerpunkt von Bildung und Forschung in den Verbesserungen auf dem Personalsektor zum Ausdruck. Die Erhöhung des Personalaufwandes von 4.397.823.000 S um 676.805.000 S auf 5.074.000.000 S ergibt sich nämlich nicht nur aus den allgemeinen Bezugserhöhungen, sondern vorwiegend auch durch echte Personalvermehrungen von insgesamt 2146 Dienstposten im Gesamtpersonalstand des Unterrichtsressorts, wovon 1047 Dienstposten auf Lehrpersonen und der Rest auf das Verwaltungs- und Hilfspersonal entfallen.

Was den Sachaufwand der Haushaltsskapitel 12 bis 14 anbelangt, so erhöht sich dieser, wie schon erwähnt, von 1.777.567.000 S um durchschnittlich 10,85 Prozent auf 1.970.487.000 S. Von dem Erhöhungsbetrag per 192.920.000 S entfallen unter anderem auf den Hochschul- und wissenschaftlichen Sektor 58.409.000 S, auf den Kunstsektor 39.338.000 S, auf die beiden Sektoren des allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulwesens 52.928.000 S und auf den Sektor außerschulische Volksbildung einschließlich Sport 20.149.000 S, während der Kultus, früher im Finanzressort dotiert, erstmalig im Unterrichtsressort im Haushaltsskapitel 14 auf Grund der gesetzlichen Verpflichtungen nach den Schul- und

Ing. Karl Hofstetter

Konkordatgesetzen mit 136,294.000 S veranschlagt ist.

Die Gesamteinnahmen des Unterrichtsressorts, also der Haushaltsskapitel 12, 13 und 14 ohne Bundestheater, sind mit 377,151.000 S veranschlagt. Sie sind um 33,045.000 S höher als im Jahre 1966.

Bei den Hochschulen kommt die Erhöhung des Sachaufwandes bei den Haushaltsskapiteln 1210 und 1230 in erster Linie der Errichtung und Ausstattung neuer Universitäts- und Hochschulinstitute zugute. Des Weiteren ist eine Aufstockung der Zuwendungen an den Linzer Hochschulfonds in der Höhe von 5,000.000 S vorgesehen, während bei den gesetzlichen Verpflichtungen nicht nur die budgetmäßige Vorsorge für die Klinikneubauten und den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, sondern auch für die bevorstehende Novellierung des Studienbeihilfengesetzes getroffen wurde. Die Verbesserung der Aufwandskredite um rund 14,000.000 S ist hauptsächlich für die Unterrichts- und Forschungserfordernisse bestimmt. Unter Berücksichtigung der staatsfinanziellen Lage ist für 1967 an den wissenschaftlichen Hochschulen die Neuerrichtung von 74 Lehrkanzeln und die Vermehrung der Dienstposten für Hochschulassistenten um 400 in Aussicht genommen; gleichfalls vermehrt werden im Hochschulbereich die Dienstposten des Wissenschaftlichen Dienstes um 27, die für Bundeslehrer L 1 und L 2 um 14 und die für das Verwaltungspersonal um 404.

Bei den wissenschaftlichen Einrichtungen der Haushaltsskapitel 1210 und 1232 fällt vor allem die Erhöhung der Aufwendungen für die Forschungsstiftung (Forschungsrat) um 4,000.000 S, die bessere Dotierung der Akademie der Wissenschaften sowie der erhöhte Kreditansatz für die Errichtung eines Österreichischen Hochenergiephysik-Institutes und eines Österreichischen Molekularbiologie-Institutes auf.

Im Bereich des Bibliothekswesens beim Haushaltsskapitel 1233 ist eine 16prozentige Erhöhung der Anlagenkredite zu verzeichnen, wodurch nunmehr eine Reihe österreichischer wissenschaftlicher Bibliotheken in die Lage versetzt sind, nicht nur neue Bibliotheksräume in Betrieb zu nehmen, sondern auch mit deren Ausstattung zu beginnen.

Im allgemeinbildenden Schulwesen der Haushaltsskapitel 1270 bis 1277 sind die erhöhten Anlagen und Aufwandskredite für den Neubau der Bundeserziehungsanstalt Saalfelden und des Bundeskonviktes Lienz, aber auch für die Ausstattung und Einrichtung weiterer neuer Lehranstalten, so zum Beispiel für das Bundesgymnasium Wels, Bundesgymnasium Vöckla-

bruck, Bundesgymnasium Ried im Innkreis, Bundesgymnasium Neunkirchen, 3. Bundesgymnasium Linz, 2. Bundesgymnasium Wien II, bemerkenswert. Für die Bildungsanstalten für Kindergartenrinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher ist im Haushaltsskapitel 1273 erstmalig ein eigener finanzgesetzlicher Ansatz, dotiert mit 7,521.000 S, vorgesehen worden.

Auf dem berufsbildenden Sektor der Haushaltsskapitel 1280 bis 1287, deren Sachaufwand sich von 126,586.000 S auf 137,133.000 S erhöht, sind erstmalig die Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe von den Technischen und Gewerblichen Lehranstalten getrennt dotiert. Durch die vorgesehene Kreditaufstockung bei den Anlagen und Aufwandskrediten können nunmehr verschiedene bedeutsame Maßnahmen, so die Verbundlichung der Höheren technischen Lehranstalt in Waidhofen an der Ybbs und der Lehranstalt für Bekleidungsgewerbe in Oberwart, die Einrichtung der neuen Höheren Bundeslehranstalt in Pinkafeld, die Einrichtung der Berufspädagogischen Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe in Wien XIX, die Inbetriebnahme des Neubaues der Höheren graphischen Bundeslehr- und Versuchsanstalt in Wien XIV, aber auch die Ersteinrichtung für den Erweiterungsbau des Internates der Höheren technischen Bundeslehr- und Versuchsanstalt in Mödling in die Wege geleitet und Baukostenbeiträge für Privatinternatsbauten, soweit diese den Technisch-gewerblichen Lehranstalten beziehungsweise den Lehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe dienlich sind, in Aussicht genommen werden.

Im Bereich der Bundesschulen — allgemeinbildende höhere Schulen, Bundeserziehungsanstalten, Pädagogische Akademien und Institute, Lehrerbildungsanstalten beziehungsweise Musisch-pädagogische Realgymnasien, Blinden- und Taubstummeninstitute, Technische und gewerbliche Lehranstalten, Handelsakademien und Handelsschulen sowie Bundeskonvikt — sind Dienstpostenvermehrungen um insgesamt 1046 vorgesehen; diese Dienstpostenvermehrungen sind vorwiegend bedingt durch die Vermehrung der Schulen beziehungsweise Schulklassen (+ 64) und durch die Subventionierung der weltlichen und konfessionellen Privatschulen (+ 147); die restlichen Postenvermehrungen entfallen auf Hilfskräfte, wie Schulwarte, Portiere, Heizer und Reinigungspersonal.

Für die Schulaufsicht ist schließlich im Grunde der Durchführung des § 20 Abs. 3 des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes eine Vermehrung der Dienstposten um 99 veranschlagt, wovon 7 Dienstposten für Schulaufsichts-

Ing. Karl Hofstetter

beamte und 92 Dienstposten für das Verwaltungspersonal vorgesehen sind.

Auf dem Sektor Volkserziehung ist beim Haushaltskapitel 122 eine bemerkenswerte Anhebung der Förderungskredite von 68,488.000 S auf 79,755.000 S, wovon auf die außerschulische Jugenderziehung rund 3.000.000 S und auf die Sportförderung rund 7.000.000 S entfallen, zu verzeichnen. Auch die Volksbildung und die Bundesstaatlichen Volksbildungseinrichtungen erfahren bei den Haushaltskapiteln 1221 und 1262 eine Sachaufwandserhöhung um rund 1.400.000 S, während die Bundesanstalten für Leibeserziehung unter dem Haushaltskapitel 1278 erstmalig mit 4.220.000 S gesondert budgetiert werden.

Was weiters den Kunstsektor anbelangt, so wird beim Haushaltskapitel 1300 die Bildende Kunst um 9,2 Prozent, beim Haushaltskapitel 1301 die Musik und darstellende Kunst um 11,6 Prozent, beim Haushaltskapitel 1302 die Literatur um 37,1 Prozent und beim Haushaltskapitel 135 das Filmwesen um 34,3 Prozent mehr Mittel erhalten als bisher. Aber auch der Sachaufwand bei den Museen des Haushaltskapitels 1330 wird von 17,512.000 S auf 22,298.000 S um rund 27 Prozent ansteigen, während beim Denkmalschutz des Haushaltkapitels 134 die Erhöhung der sachlichen Dotierung von 19,661.000 S auf 26,240.000 S sogar 33,4 Prozent beträgt. Auch die Kunstakademien und Kunstschulen können beim Haushaltkapitel 136 eine Anhebung ihrer sachlichen Subsidien um 7.338.000 S verzeichnen.

Bei den Bundestheatern erhöht sich der Personalaufwand von 292.011.000 S um 37.972.000 S auf 329.983.000 S. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf die Auswirkungen der allgemeinen Bezugserhöhungen in Anlehnung an den öffentlichen Dienst sowie auf die volle Auswirkung der im Jahre 1966 in Kraft getretenen gesetzlichen Maßnahmen und die Erfüllung einzelner Forderungen des künstlerischen und technischen Personales, so zum Beispiel auf das Pensionsgesetz 1965, die Ballettbezugsregelung und die Nebengebühren erhöhung für das technische Personal, zurückzuführen. Im Sachaufwand tritt eine Erhöhung um 20.441.000 S von 86.211.000 S auf 106.652.000 S ein, wobei diese Erhöhung im wesentlichen durch die einmaligen Aufwendungen für das Gastspiel der Wiener Staatsoper anlässlich der Weltausstellung in Montreal bedingt ist. Darauf hinaus sind noch Mehraufwendungen durch die Neuinbetriebnahme des nahezu fertiggestellten Werkstättengebäudes im Arsenal zu verzeichnen. Die Einnahmenentwicklung der Bundestheater lässt durch den anhaltend guten Besuch einen Mehrbetrag von 5.128.000 S voraussehen, sodaß sich

eine Einnahmenschätzung von 113.628.000 S gegenüber 108.500.000 S im Jahre 1966 ergibt.

In der Debatte, die sich an das Referat des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen 22 Abgeordnete das Wort. Bundesminister für Unterricht Dr. Piffl-Perčević nahm ausführlich zu den in der Debatte aufgeworfenen Anfragen und Anregungen Stellung.

Bei der Abstimmung am 17. November 1966 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzielles Ansätze der zur Beratungsgruppe VI gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1967 unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Auf Antrag der Abgeordneten Dr. Kummer, Dr. Hertha Firnberg und Dr. van Tongel wurde vom Ausschuß die dem Bericht beigebrachte Entschließung, betreffend die Errichtung des vom CERN geplanten Protonenbeschleunigers, einstimmig angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem Kapitel 12: Unterricht, dem Kapitel 13: Kunst, dem Kapitel 14: Kultus und dem Kapitel 71: Bundestheater des Bundesvoranschlages für das Jahr 1967 (204 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen und der Entschließung zu stimmen.

Ich bitte den Präsidenten, die Spezialdebatte einzuleiten.

Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Der Nationalrat ersucht die Bundesregierung, alles zu unternehmen, um die Errichtung des vom CERN (Europäische Organisation für Kernphysikalische Forschung) geplanten Protonenbeschleunigers in Österreich zu erreichen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister für Unterricht hat des öfteren zum Ausdruck gebracht, daß ihm die Europareife der Bildungspolitik in Österreich besonders am Herzen liege. Wir Freiheitlichen begrüßen diese Feststellung. Wir stellen nicht in Abrede, daß die Bundesregierung bemüht war, im Kapitel Unterricht wesentliche Versäumnisse der Vergangenheit auszugleichen. Wesentliche Versäumnisse auf dem Gebiet der Schul-, Bildungs- und Forschungspolitik bedürfen aber eines großen Zeitraumes und großer Anstrengungen, um wettgemacht zu werden.

Daß es mit dem Weg Österreichs zu einer europareifen Bildungsgesellschaft nach wie vor

2322

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Peter

schlecht bestellt ist, geht auch aus jenen Erkenntnissen hervor, die der Arbeiter- und Angestelltenbund der Österreichischen Volkspartei jüngst erarbeitet hat und die in der Broschüre „Kulturpolitik für Österreich“ ihren Niederschlag gefunden haben.

Der Inhalt dieser Broschüre ist dem Leitgedanken zugeordnet „Heute Forschung in Not, morgen Volk ohne Brot!“ Mit diesem Leitmotiv charakterisiert der Arbeiter- und Angestelltenbund der Österreichischen Volkspartei die Bildungssituation Österreichs. In dieser Broschüre, die Universitätsprofessor Dr. Schambeck verfaßt hat, wird unter anderem ausgeführt: „Wollten Österreichs Hochschulen in den nächsten Jahren wieder zu Ansehen gelangen, müßte der Sach- und Personalaufwand mehr als verdoppelt werden.“ (Abg. Glaser: *Heute redet er viel ruhiger, weil das Fernsehen da ist!*) — Sie können beruhigt sein, das Fernsehen ist nicht eingeschaltet. — ... „Die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen auf diesem Gebiet dürfte allmählich allgemeine Einsicht werden. Offen bleibt freilich die Frage, wie die Mittel aufgebracht werden sollen.“ Und das ist die ungelöste Frage: Wie kann Österreich jene Mittel aufbringen, um die Europareife auf dem Gebiet der Bildungs-, Schul- und Forschungspolitik zu erreichen?

Wir Freiheitlichen bezweifeln, daß die Anstrengungen der Bundesregierung ausreichend sind, um im nächsten Jahr eine entscheidende Wegstrecke zurücklegen zu können. Wir werden in unserer Auffassung durch jene Feststellungen bestärkt, die von Fachinstitutionen getroffen wurden und die die nächsten bildungspolitischen Entwicklungsjahre in Österreich in einem sehr ungünstigen Licht erscheinen lassen. Die OECD-Studie über Österreichs Bildungsbedarf führt uns eindringlich vor Augen, wie groß die Versäumnisse der Vergangenheit auf dem Gebiet der Bildungspolitik in unserer Republik sind. 1975 werden nach der Darstellung der OECD-Studie die Volks- und Hauptschulen um 30 Prozent mehr Kinder aufnehmen müssen als heute. Hierfür werden mehr als 5000 neue Klassen notwendig sein, während andererseits hierfür wiederum ein Aufwand von 6,5 Milliarden Schilling notwendig sein wird. Darüber hinaus rechnen die Experten für 1970 mit einem Fehlbestand von 5000 Lehrkräften. Auch das charakterisiert den Schul-, Bildungs- und Forschungsnotstand in unserer Republik.

Die Bildungssituation ist durch einen Lehrermangel gekennzeichnet, der sich von der Pflichtschule über die höheren Schulen bis zu den Hochschulen erstreckt. Frühere Regierungen wie auch die derzeitige Einparteienregierung

der Österreichischen Volkspartei waren nicht in der Lage, den Lehrermangel zu beheben.

Man muß den österreichischen Bundesregierungen auch den Vorwurf machen, daß sie sehr wenig zur Hebung des Ansehens des Lehrstandes aller Schulkategorien beigetragen haben. Auf dieser Linie liegt auch die Tatsache, daß das Ansehen der Familie in den letzten Jahren wesentlich gelitten hat. So kam es zu Versäumnissen auf dem Gebiet der Schul- und Bildungspolitik, die zu schwerwiegenden Fehlentwicklungen geführt haben, die heute bewältigt werden müssen, wollen wir nicht nur die geistige, sondern auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Österreichs erhalten.

Weitestgehend wird von der Lösung der bildungspolitischen Aufgaben auch jene der wirtschaftlichen Probleme abhängen.

Die beiden anderen Parteien dieses Hauses, die Österreichische Volkspartei wie die Sozialistische Partei, feiern nach wie vor das Schulgesetzwerk 1962 als einen großen Erfolg; nicht zuletzt deswegen, weil die achtjährige Schulpflicht durch einen neunjährigen Bildungsgang in der Pflichtschule ersetzt wurde.

Es ist überraschend und charakteristisch, daß nach drei Monaten des Bestandes dieses 9. Pflichtschuljahres optimistische Feststellungen von Seite der Schulbehörde getroffen werden. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß ein endgültiges Urteil über Wert oder Unwert des polytechnischen Jahres erst nach Jahren gefällt werden kann. Im Augenblick stehen zumindest die Bedenken mehr zu Buch als angebliche Erfolge.

Die österreichische Öffentlichkeit darf auch nicht durch jene irreführenden Feststellungen von den Tatsachen abgelenkt werden, die von den Schulbehörden immer wieder der Öffentlichkeit überantwortet werden.

Der dem Unterrichtsministerium nahestehende „Informationsdienst für Bildungspolitik und Forschung“ überschrieb einen der jüngsten Beiträge mit dem Hinweis, daß sich in den letzten Monaten ein „völlig neues Schulgefühl“ entwickelt habe. Ich richte an den Herrn Unterrichtsminister die Bitte, mir zu erläutern und zu erklären, was man unter jenem „völlig neuen Schulgefühl“ in Österreich zu verstehen habe, das sich da angeblich in den letzten Monaten entwickelt hat.

Weiter heißt es in diesem Beitrag, der sicher in Gedanken Nähe des Unterrichtsministeriums entstanden ist: „Über Erwarten positiv“. Das ist der Tenor der Antworten, die die Schulverantwortlichen geben, wenn sie über den bisherigen Verlauf des Polytechnischen Lehrganges befragt werden. Nach nunmehr zweimonatiger Lebensdauer hat sich das jüngste Kind der österreichischen Schulgesetzgebung

Peter

als „Treffer“ erwiesen.“ Ob man eine solche Behauptung nach zwei Monaten guten Gewissens aufstellen kann, lasse ich dahingestellt sein, Herr Unterrichtsminister.

Weiter heißt es im „ibf“: „Wie schon die Erfahrungen der ersten Wochen gezeigt haben, wirkt sich gerade die Tatsache, daß der Polytechnische Lehrgang ein Novum ist, äußerst günstig aus.“ — Ich verstehe auch den Sinn dieses Satzes nicht. Herr Minister, hätten Sie die Güte, ihn mir zu erläutern und zu erklären?

Besonders charakteristisch ist aber die nächste Feststellung: „Die Schüler des Polytechnischen Lehrganges separieren sich bewußt von Haupt- und Mittelschülern und betonen die Andersartigkeit dieses Schultyps, den sie besuchen. Die Jugendlichen“ — des Polytechnischen Lehrganges — „sind direkt stolz auf ihre Sonderstellung.“

Das Wesen der österreichischen Gemeinschaftsschule, Herr Unterrichtsminister, besteht nach Ansicht der Freiheitlichen darin, daß sie eine demokratische Schule der Toleranz war und ist, der das Prinzip der Gleichberechtigung stets eigen war. Damit respektiert die österreichische Gemeinschaftsschule einen wesentlichen und elementaren Verfassungsgrundgesetz. Dem steht die Behauptung entgegen, daß nunmehr die Schüler im Polytechnischen Lehrgang auf ihre Sonderstellung und auf die Andersartigkeit des Schultyps bedacht seien, den sie zum Unterschied von anderen Pflichtschulen besuchen. Daß den Polytechnikern so etwas in ihrem Lebensalter wirklich bewußt werden kann, bezweifle ich.

So wie sich die Pflichtschule heute in einem Bildungsnotstand befindet, setzt sich dieser Bildungsnotstand über den Bereich der höheren Schule hinaus fort. Er hat leider Gottes auch vor den Hochschulen unseres Landes nicht haltgemacht. Eine der Ursachen hiefür besteht zweifelsohne darin, daß man von Seite der Regierung und des verantwortlichen Ressorts immer wieder zum Ausdruck bringt, wie positiv die Situation sei und was man in wenigen Monaten alles erreicht habe. Ich bezweifle den echten Wahrheitsgehalt dieser Erfolge, die zweifelsohne unter Anführungszeichen zu setzen sind.

Die Herren der Österreichischen Volkspartei vertrauen aber freiheitlichen Argumenten sehr wenig. Daher sei Ihnen die Schulsituation Österreichs, im besonderen die der Pflichtschule durch eine Darstellung charakterisiert, die ich den „Vorarlberger Nachrichten“ entnehme, einem Blatt, daß der Österreichischen Volkspartei sicher nahesteht. Darin heißt es:

„Wir haben zwar in Österreich in den letzten Jahren ‚moderne Schulgesetze‘ geschaffen, aber

mit viel Sand im Getriebe und manchen unbrauchbaren Ideen. Was daran gut ist, stößt nicht selten in der Praxis auf Schwierigkeiten: Versäumnisse im Schulhausbau, Mangel an Lehrmitteln und vor allem im großen Fehlbestand an Lehrkräften. Wir haben zwar ein übermäßig besetztes Unterrichtsministerium mit unzähligen Abteilungen, aber schon dort fehlt es an Klarheit, Übersicht und an Entschlossenheit, die Schulen in den Grundsätzen konzentriert zu führen. In der Heranbildung des Lehrernachwuchses wurde glatt versagt. Nicht minder fehlt es aber auch auf allen Ebenen, den Schulen gültige und einheitliche Schulbücher zu sichern und die Lehrsysteme zu vereinfachen und vereinheitlichen.“

„Es fehlt heute“, schreiben die „Vorarlberger Nachrichten“, „einfach an einem gesunden Rhythmus im Unterricht.“ „Dazu kommt ein Durcheinander an geteiltem und ungeteiltem Unterricht und wechselnde Begründungen, warum das eine oder andere besser ist, sodaß in die Schulen und Familien eine heillose Unruhe kommt.“

Jawohl, es stimmt, was die „Vorarlberger Nachrichten“ hier zum Ausdruck gebracht haben. In Österreichs Pflichtschulen ist in den letzten Monaten ein heilloses Durcheinander deswegen entstanden, weil die Schulverwaltung nicht in der Lage war, den für den Polytechnischen Lehrgang notwendigen Lehrerbedarf bereitzustellen.

Ich greife das Bundesland Oberösterreich heraus und verweise auf folgende Zahlen: 6700 Schüler besuchen in Oberösterreich den Polytechnischen Lehrgang. Damit diese Schüler mit Lehrkräften ausreichend versorgt werden können, erhalten 24.000 Volksschüler einen teilweise sehr unzulänglichen Unterricht, weil sie in etwa 500 lehrerlosen Klassen mit Hilfe des Supplierungsunterrichtes betreut werden müssen.

Hier steht nun die Frage zur Prüfung: Wo wird mehr erreicht, und wo wird mehr geschadet: im Bereich der 6700 Schüler, die den Polytechnischen Lehrgang besuchen, oder im Bereich jener mehr als 24.000 Volksschüler, die durch Lehrkräfte im Supplierungsunterricht und im Wechselunterricht betreut werden, von Lehrkräften, die Überstunden zu leisten haben, deren Ausmaß weit über die physische Leistungsfähigkeit hinausgeht?

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine andere kritische Stimme zitieren. Ich entnehme sie dem Organ der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, Sektion Pflichtschullehrer, dem „Pflichtschullehrer“. Unter der Überschrift „Krisensituation im österreichischen Schulwesen“ wird unter anderem festgestellt:

2324

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Peter

„Die Situation verschlechtert sich von Tag zu Tag und gefährdet die unterrichtliche Situation in den Klassen aufs schwerste. Die hier getroffene Feststellung kann jederzeit bewiesen werden: heute erhalten viele Kinder den Unterricht nicht mehr im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen.“

Darin ist begründet, Herr Unterrichtsminister, daß die Erreichung des Lehrziels im laufenden Schuljahr auf Grund der unzulänglichen Verhältnisse im Volksschulbereich in vielen Fällen in Frage gestellt ist. Für die Erreichung dieses Lehrziels wird letzten Endes der in der Klasse stehende Lehrer verantwortlich gemacht. Er ist aber infolge der Situation, die die Schulbehörden geschaffen haben, überhaupt nicht mehr in der Lage, diese Verantwortung zu tragen. Diese Verantwortung, Herr Minister, fällt Ihnen und Ihrem Ressort zu, weil Sie sich nicht entschließen könnten, den Beginn des Polytechnischen Lehrganges solange hinauszuschieben, bis durch die Gemeinden und durch die Schulbehörden die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen worden wären.

Damit tritt der Charakter des Systems der ÖVP-Regierung wieder klar zutage: Kraft ihrer Mehrheit „setzt sie durch“, weil sie der Meinung ist, daß sie ihre Mehrheit zu diesem Durchsetzen berechtigt und befähigt. Ich glaube, daß die ÖVP-Alleinregierung Österreich dann einen besonderen Dienst erweisen würde, wenn sie bereit wäre, mit den anderen Fraktionen dieses Hauses über so wesentliche Belange, die letzten Endes mit Parteipolitik nichts zu tun haben, ernsthaftere Gespräche zu führen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Dazu gehört auch das Eingehen auf jene Argumente, die von Seite der anderen Fraktionen in diesen Diskussionen zum Ausdruck gebracht werden.

Meine Kontroverse mit dem Abgeordneten Harwalik über die Preisgabe der 5. Volksschulstufe muß ich fortsetzen, weil Sie, Herr Abgeordneter Harwalik, vor Jahren in Wort und Schrift die Auffassung vertreten haben, daß mit Hilfe der in Österreich vor Jahrzehnten bewährten 5. Volksschulstufe der Übergang zur neunjährigen Pflichtschulbahn gefunden werden sollte. Im Verlauf der politischen Verhandlungen haben Sie, Herr Harwalik, Ihren Standpunkt revidiert und sich für den Polytechnischen Lehrgang ausgesprochen. Noch 1962 schrieben Sie in „Beruf und Gesinnung“, dem Organ des ÖVP-Lehrerbundes der Steiermark: „Die fünfte Volksschulkasse hätte vor allem das ruhige Ausreifen unserer entwicklungsveränderten Kinder ermöglicht, die Überleitung in das Fachlehrersystem der Haupt- und Mittelschule wäre erleichtert gewesen.“

Genau die gleichen Argumente habe ich bei der letzten Budgetdebatte in diesem Hohen Hause zum Ausdruck gebracht. Sie haben ihnen widersprochen, aber nicht ausreichend begründet, warum Sie Ihre seinerzeitige Auffassung verlassen und sich nunmehr zum Polytechnischen Lehrgang bekannt haben.

Die in Ihrem Heimatland, der Steiermark, erscheinende „Kleine Zeitung“ hat sich in jüngster Zeit auch mit der Frage des 9. Schuljahres beschäftigt und festgestellt: „Das schwarze Schaf“, der eigentliche Wermutsropfen im Becher der Schulgesetze ist ohne Zweifel der „Polytechnische Lehrgang“. Und das in Harwaliks eigenem Land!

Auch solche Meinungen gibt es im ÖVP-Lager, nicht nur im Bereich der freiheitlichen Lehrerschaft. In der „Kleinen Zeitung“ wird weiter festgestellt: „Neuntes Schuljahr — ja!“ Auch wir Freiheitlichen bekennen uns zum 9. Schuljahr. Auch wir Freiheitlichen halten dieses 9. Pflichtschuljahr für unerlässlich. Wir müssen aber auf Grund der bisherigen Erfahrungen weiter an unserer Auffassung festhalten, daß der Einbau am Ende der Schulbahn in Form des Polytechnischen Lehrganges falsch ist.

Ich muß eine Auffassung berichtigen, die ich bei der letzten Budgetdebatte gegenüber der sozialistischen Fraktion vertreten habe. Damals stand ich unter dem Eindruck, daß das Bundesland Wien in personeller Hinsicht alle Voraussetzungen für die Durchführung und Verwirklichung des Polytechnischen Lehrganges als eines der wenigen Bundesländer geschaffen habe. Wenn die Presseberichte vom Schuljahrsbeginn 1966/67 stimmen, dann herrscht auch in Wien ein empfindlicher Lehrermangel, der bis jetzt vom Stadtschulrat nicht beseitigt werden konnte. Somit ist also die Tatsache gegeben, daß sich dieser Lehrermangel auch auf jenes Bundesland erstreckt, dessen Stadtschulratspräsident erklärt hat, in seinem Land wären alle Vorkehrungen für einen ordnungsgemäßen Beginn des polytechnischen Jahres gegeben gewesen.

Ich habe an den Herrn Unterrichtsminister vor wenigen Wochen die Anfrage gerichtet, ob er es vom pädagogischen Standpunkt aus für vertretbar erachtet, daß die Absolventen der 4. Hauptschulkasse und die Abgänger der Volksschul-Oberstufe in ein und demselben Polytechnischen Lehrgang geführt werden. Ich habe in diesem Zusammenhang das Argument verwendet, daß Repetenten im Polytechnischen Lehrgang neben solchen Schülern sitzen würden, die in der Volks- und Hauptschule das Lehrziel erreicht hätten.

Der Herr Unterrichtsminister hat erklärt, das gebe es nicht. Es kamen auf Grund dieser

Peter

Feststellung des Unterrichtsministers dann sehr höhnische Zwischenrufe aus den Bänken der Österreichischen Volkspartei. ÖVP-Zeitungen beschäftigten sich eingehend mit diesem Vorgang.

Ich zitiere aus einem ÖVP-Blatt: „Ein Eigen-goal schoß Abg. Peter (FPÖ) mit seiner Anfrage, ob es der Unterrichtsminister für vertretbar halte, daß Abgänger der Volksschuloberstufe und der Hauptschule in ein und demselben Polytechnischen Lehrgang geführt werden, zumal sich unter den Volksschulabgängern vielfach Repetenten befänden. Dr. Piffl antwortete: Peter als Lehrer müßte eigentlich wissen, daß Repetenten für den Polytechnischen Jahrgang gar nicht mehr in Frage kommen.“

Ihrer Meinung, Herr Minister, stehen andere Meinungen entgegen. Darunter solche von Präsidenten verschiedener Landesschulräte. Es ist Ihnen sicher nicht unbekannt, daß verschiedene Landesschulräte Aufklärungs- und Informationsschriften der österreichischen Öffentlichkeit übergeben haben.

Ich zitiere aus einer der Eltern-Aufklärungsschriften, die von einem Amtsführenden Präsidenten eines Landesschulrates eines österreichischen Bundeslandes gezeichnet ist: „Schüler und Schülerinnen, die in acht Jahren ihrer Schulpflicht die vierte Klasse der Hauptschule oder die achte Stufe der Volksschule nicht erreicht oder nicht erfolgreich abgeschlossen haben, sind zwar grundsätzlich berechtigt, im neunten Jahr ihrer Schulpflicht einen Polytechnischen Lehrgang zu besuchen, doch wird den Eltern und Erziehungsberechtigten geraten, solche Schüler und Schülerinnen das neunte Schuljahr in der bis dahin besuchten Schule verbringen zu lassen, damit sie auf diese Weise eine höhere Klasse oder Schulstufe und möglichst ein vollwertiges Entlassungszeugnis der Haupt- oder Volksschule erreichen.“ (Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)

Ich bin in der Lage, Herr Unterrichtsminister, den Beweis dafür anzutreten, daß in etlichen Polytechnischen Lehrgängen Österreichs Repetenten sitzen. Die Schulpraxis steht also in krassem Gegensatz zu jener Anfragebeantwortung, die Sie mir zuteil werden lassen. Und auch das ist ein unerfreulicher Zug an dieser ÖVP-Alleinregierung, der sicher nicht auf der Linie der Sachlichkeit liegt. Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei mögen sich dann nicht über Gebühr aufregen, wenn die Diskussion manchmal einen sehr polemischen Charakter auslöst und annimmt. Wie man von der Regierungsbank in den Wald hineinruft, so kommt es dann von den Bänken der Abgeordneten zurück. Diese Feststellung, Herr Minister Dr. Piffl, trifft im besonderen Maß für die Art und Weise Ihrer Anfragebeantwortungen zu.

Ich habe von vielen Lehrern aller politischen Lager viele Briefe über die Pflichtschulmisere erhalten. Im Zusammenhang mit dem Polytechnischen Lehrgang zitiere ich aus einem Brief, den mir ein Volksschuldirektor aus Niederösterreich übermittelt hat:

„So zwingt die Schulbehörde einerseits die Eltern, ihre Kinder in den Polytechnischen Lehrgang zu schicken, andererseits aber mutet man ihnen zu, die sich daraus ergebenden Fahrtkosten zumindest teilweise selbst zu tragen, obwohl gemäß § 11 des Pflichtschulorganisationsgesetzes der Besuch von Pflichtschulen, also auch des Polytechnischen Lehrganges, unentgeltlich zu sein hat.“

Im konkreten Fall ... weigerten sich die Eltern ..., einen Beitrag zu den Fahrtkosten (rund 500 S jährlich) zu leisten. Beim Schulerferiat des Amtes der nö. Landesregierung, bei dem ich wegen der Fahrtkosten Anfang Oktober d. J. vorsprach, stellte man unverbindlich die Vergütung von rund einem Drittel der Gesamtkosten von jährlich 13.000 S in Aussicht, wobei gegen Ende des Schuljahres unter Vorlage der Rechnungen — die Fahrten werden von einem Privatunternehmen mit einem VW-Kleinbus durchgeführt — ein diesbezügliches Ansuchen zu stellen sei. Die tatsächliche Auszahlung dürfte erfahrungsgemäß erst wesentlich später erfolgen.

Die Bezahlung der 13.000 S blieb daher vorerst an der Gemeinde hängen, obwohl meines Erachtens — so sagt der Briefverfasser — „auch dafür keine gesetzliche Grundlage gegeben ist.“

Hier ergeben sich also neue Härten für die Eltern, weil polytechnische Klassen bis jetzt nur sehr sporadisch in den Bundesländern errichtet werden konnten und weil der Bundesgesetzgeber wieder einmal den Familienerhaltern Lasten auferlegt hat, die in keiner Weise gerechtfertigt sind.

Unter anderem wird dieses Schulgesetzwerk 1962 durch die Tatsache charakterisiert, daß mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ beschlossen wurde, was letzten Endes Gemeinden, Eltern und Länder zu zahlen haben. Die materiellen Lasten, die man damit der betroffenen österreichischen Bevölkerung auferlegt hat, scheinen dem Bundesgesetzgeber und im besonderen dem Unterrichtsministerium gleichgültig zu sein.

Auf der einen Seite habe ich auf das Extrem verwiesen, daß im Polytechnischen Lehrgang Repetenten geführt werden. Nun bin ich genötigt, Ihnen das andere Extrem dieses Polytechnischen Lehrganges vor Augen zu führen. Der von mir genannte Volksschuldirektor aus Niederösterreich schreibt weiter und charakterisiert damit die Situation:

2326

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Peter

„Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit dem Polytechnischen Lehrgang ergibt sich auch daraus, daß — bedingt durch die prinzipielle Ablehnung des Polytechnischen Lehrganges seitens der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung ... — nun ... Eltern ersuchen, ihre Kinder repetieren zu lassen, und diese in Einzelfällen sogar vom Lernen abhalten, um durch ein Repetieren einen Besuch des Polytechnischen Lehrganges ... zu verhindern.“

Der Schreiber führt dann in den Einzelheiten weiter aus, was ihm im letzten Schuljahr als Leiter einer Volksschule widerfahren ist.

Vor gut einem halben Jahr habe ich den Vorwurf erhoben, daß die Österreichische Volkspartei durch Preisgabe der 5. Volksschulstufe dazu beigetragen hat, daß sich nunmehr ein empfindliches Bildungsgefälle zwischen dem Landkind und dem Stadtkind ergeben wird. Es ist wesentlich einfacher, die Voraussetzungen für den Polytechnischen Lehrgang in Städten und Märkten zu schaffen, als für das Landkind den Besuch des Polytechnischen Lehrganges zu gewährleisten, weil die Finanzkraft der Landgemeinden in der Regel außerordentlich bescheidener ist als die der Städte und weil das Verkehrsproblem in ländlichen Gebieten oft schwierig zu lösen ist.

Nun steht hier die Fragwürdigkeit des Polytechnischen Lehrganges auf der einen Seite zu Buch, und andererseits besteht eine Reihe von Tatsachen, auf die ich Sie, Herr Unterrichtsminister, im Rahmen dieser Budgetdebatte neuerdings aufmerksam machen muß. Österreich hat heute noch immer 1500 bis 2000 — ich habe die Zahl nicht genau im Kopf — einklassige Schulen. Dieser bedauerliche Zustand unterstreicht den echten Bildungsnotstand. Hier fehlt jene Obsorge, die dem Pflichtschulkind zuteil werden müßte, soll die Grundschule ihre Aufgabe so erfüllen, wie sie im Interesse der österreichischen Wirtschaft erfüllt werden müßte. Die neutralen Untersuchungen, die von neutralen Fachleuten immer wieder im Auftrag der Wirtschaftsvertretungen durchgeführt wurden, führten zu dem Ergebnis, daß die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Abgänger der Pflichtschule heute nicht so sind, wie sie von der Wirtschaft erwartet werden müßten.

Wenn von Seite der Schulbehörde immer wieder darauf verwiesen wird, wie erfolgreich der Start des Polytechnischen Lehrganges gewesen sei, dann trete ich dieser Behauptung mit der Feststellung entgegen, daß die Schulverwaltung die österreichische Öffentlichkeit über die tatsächliche Lage im 9. Schuljahr falsch informiert. Hören Sie herum, welche Urteile Lehrer und Eltern fällen: von den

Arbeitsvoraussetzungen über die Lehrmittel, die Lehrbehelfe bis zu den fehlenden Lehrkräften eine Misere vom Anfang bis zum Ende!

Der Herr Abgeordnete Harwalik hat an einem dieser Arbeitsbehelfe mitgearbeitet. Es ist das Lesebuch für den Polytechnischen Lehrgang. Er kennt sicherlich die Kritiken, die in diesem Zusammenhang verfaßt worden sind. Er erinnert sich sicher auch, wie den Verfassern und Herausgebern dieses Lesebuches für den Polytechnischen Lehrgang attestiert wird, daß sie eine ausgezeichnete Stoffauswahl vorgenommen haben, was den literarischen Charakter des Inhaltes dieses Lehrbehelfes anbelangt. Hinsichtlich seiner praktischen Verwendbarkeit für die heutigen Umweltsverhältnisse und Zeiterfordernisse erfüllt dieses Lesebuch, wie von vielen Seiten bestätigt wurde, seine Aufgabe nicht.

Ich stelle dazu aus einer dieser Kritiken fest: „So ist man wieder über eine der landläufigen Anthologien mit ausgezeichneten Autoren, weisen Sprüchen, einigen Ratschlägen zur Krankheitsverhütung und Verkehrserziehung, ... Vaterlandsliebe und Arbeitsleidenschaft und sehr wenig offenen Worten nicht hinausgekommen. Und damit bewegt man sich auf ausgeleierten Bahnen.“ — Wie sich die österreichische Schulbuchproduktion leider Gottes überhaupt auf sehr ausgeleierten Bahnen bewegt!

Ich stütze mich bei der Beurteilung der Lehrbücher auch wieder auf Meinungen, die aus dem Lager der ÖVP und der christlichen Lehrerschaft kommen. Immer wieder werden die Lesebücher der einzelnen Schulstufen und Schulkategorien einer sehr eingehenden Kritik unterzogen. Ich möchte die Meinung eines ÖVP-Kollegen aus dem Lande Salzburg zitieren, der im Mitteilungsblatt des Christlichen Landeslehrervereins folgendes zum Ausdruck brachte:

„Eine Untersuchung über den Besitz von Jugendbüchern ergab eine interessante Feststellung: fast jedes Kind führt Jahrbücher des Buchklubs an, keines nennt das Lesebuch... Das Lesebuch mag noch so gut gestaltet sein, je höher die Schulstufe, umso weniger wird es dem Lehrplan gerecht. Will man es mit aller Kraft der Schule aufdrängen, so empfiehlt sich die Änderung des Lehrplanes !!! Vom Lehrer durch Gesetz ein bestimmtes Tun zu fordern und durch Erlaß seine Arbeit wieder einzuschränken, sie in bestimmte Bahnen zu lenken ..., ist nicht angebracht! Hier bedürfte es einer Klärung! Um diese Klarstellung wird ersucht!“ — Schreibt der ÖVP-Lehrer Franz Königer. Ich gebe diese Bitte eines ÖVP-Kollegen an den ÖVP-Unterrichtsminister weiter.

Peter

Die Lehrerschaft wird durch die unzulängliche Einführung des Polytechnischen Lehrganges mit dem Schuljahr 1967 immer mehr Belastungen ausgesetzt. Mehrdienstleistungen bis weit hinaus über die Grenze der physischen Leistungsfähigkeit sind notwendig. Wie aber, Herr Unterrichtsminister, werden diese Mehrdienstleistungen abgegolten? Wochen, Monate warten die Pflichtschullehrer Österreichs auf die Anweisung und Auszahlung dieser Mehrdienstleistungen. Wagen Sie es, einem in der Privatwirtschaft oder in der verstaatlichten Industrie tätigen Arbeitnehmer seine Mehrdienstleistungen nicht zum festgesetzten Zeitpunkt auszuzahlen! Wagen Sie es, einem Arbeitnehmer nicht fristgerecht das zu geben, was sein gutes Recht ist! Dann wird sich seine gut funktionierende Standesvertretung gegenüber dem Arbeitgeber durchsetzen. Die Sektion Pflichtschullehrer war leider bis zum heutigen Tage nicht in der Lage, bei der Bundesregierung das entsprechende Gehör und Verständnis dafür zu finden, daß die Pflichtschullehrer, die durch Mehrdienstleistungen überfordert sind, fristgerecht zu ihrem Recht kommen.

Ich ersuche Sie, Herr Unterrichtsminister, mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Kräften dafür einzutreten, daß dieses Unrecht so rasch wie möglich beseitigt wird.

Eine weitere Bitte habe ich an Sie als Ressortchef. Durch die Anordnungen der Schulverwaltung wird der Lehrer immer mehr zum „Kassieren“ degradiert. Ein großer Teil der Unterrichtszeit geht dadurch verloren, daß der Lehrer im Auftrag verschiedener Institutionen dauernd Geld einsammeln muß.

Ebenso wird von den Lehrern aller Schulkategorien, von der Pflichtschule bis zur Hochschule, beklagt, daß der Verwaltungsaufwand, daß die Bürokratie in einem Ausmaß um sich gegriffen haben, daß die Lehrkräfte aller Schulkategorien nicht mehr in der Lage sind, diese Verwaltungshypertrophie zu bewältigen.

Ich habe Ihnen schon im Unterrichtsausschuß die Bitte unterbreitet, den Gedenktagen und Erziehungsthemen des Monates Oktober Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie haben mir eine Überprüfung oder Lösung dieses Problems nicht in Aussicht gestellt. Im Oktober wird dem Lehrer durch schulbehördliche Anordnung eine Fülle von Erziehungsthemen aufgebürdet, die er einfach nicht bewältigen kann. Am 4. Oktober wird der Welttierschutztag begangen, vom 17. bis 22. Oktober hat sich der Lehrer der alkoholfreien Jugenderziehung zu widmen, am 24. Oktober wird der Tag der Vereinten Nationen behandelt, vom 23. bis 30. Oktober muß er die Österreichwoche in seinen Unterrichtsplan

einbauen, für den 26. Oktober ist der Staatsfeiertag vorzubereiten, und am 31. Oktober hat er auf den Weltspartag Rücksicht zu nehmen. Diese Anordnung der Schulbehörde stellt einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die Unterrichtsgestaltung des Lehrers in negativem Sinne dar. Ich bitte dringend, dieses Problem von Seite des Ministeriums einer gebührenden Überprüfung und Regelung zu unterziehen.

Außerordentlich bedauerlich ist der Versuch der Bundesregierung, einen Teil der Lehrerbesoldung nunmehr den Ländern im Rahmen des neuen Finanzausgleiches anzulasten. Der ÖVP-Abgeordnete Harwalik hat dieses Thema eingehend im Finanzausschuß erörtert. Seiner Auffassung entspricht auch die der anderen Abgeordneten dieses Hauses, soweit sie dem Lehrstand angehören. Auf keinen Fall darf man einen Fortschritt, der in der Zweiten Republik durch Zustimmung aller politischen Parteien dieses Hauses erreicht wurde, wieder in einen Rückschritt verwandeln, und dies durch eine Regierung, die sich als fortschrittlich bezeichnet. Namens aller Pflichtschullehrer ersuche ich dringend, von der Absicht Abstand zu nehmen, 10 Prozent der Pflichtschullehrerbesoldung in Hinkunft den Ländern anzulasten, jenen Ländern, die für manches finanzielle Versäumnis des Bundes in den letzten zwanzig Jahren in die Bresche gesprungen sind. Der Bund soll sich endlich jener Verpflichtungen bewußt werden, die nun einmal völlig klar in die Kompetenz des Bundes gehören. Ebenso soll der Bund von jenen Versuchen Abstand nehmen, immer wieder in die Länderkompetenzen in negativem Sinne einzugreifen. (Beifall bei der FPÖ.)

Eine ähnliche Situation wie auf dem Gebiet der Pflichtschulen finden wir auch im Bereich der höheren Schulen vor. Der Lehrermangel ist der gleiche wie im Pflichtschulbereich. Die Lehrerausbildung ist noch genauso mangelhaft wie jene des Pflichtschullehrers. Ich erlaube mir die Feststellung, daß auf dem Gebiet der methodischen erziehungswissenschaftlichen und pädagogischen Ausbildung des Mittelschullehrers weitaus weniger getan wird als bei der Pflichtschullehrerausbildung. Bei der letzten Budgetdebatte, Herr Unterrichtsminister, haben Sie diese meine Auffassung unterstrichen. Sie konnten auch meiner Feststellung nicht widersprechen, daß ich die österreichische Mittelschuljugend für nicht so unbegabt halte, daß mehr als 60 Prozent dieser höheren Schüler des Nachhilfsunterrichtes bedürfen würden. Die Matura ist reformbedürftig. Die ganze Unterrichtserteilung in den höheren Schulen ist reformbedürftig. Wann, Herr Unterrichtsminister, lei-

2328

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Peter

ten Sie endlich diese so dringend notwendige Reform in die Wege? Denn jene Schüler, die die höheren Schulen besuchen, gehören bereits zu jenem Auslesepotential, das dann zum Teil auf den Hochschulen weitergebildet werden soll. Unter anderem werden dadurch schwere Fehlerquellen in den höheren Schulen geschaffen, daß die Ausbildung der Mittelschullehrer noch nicht der dringend notwendigen Reform unterzogen wurde.

Ich erlaube mir nunmehr, zwei Anträge zu wiederholen, die ich bereits im Finanzausschuß stellte und die dort keine Zustimmung erhalten haben. Ich beantrage namens der freiheitlichen Fraktion:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, die Voraussetzungen zu schaffen, damit der Bundesminister für Unterricht ermächtigt und beauftragt werden kann, dem „Österreichischen Bundesjugendring“ die Förderungsmittel des Bundesjugendplanes so lange vorzuenthalten, bis dieser im Zusammenhang mit der Aufnahme anderer Jugendorganisationen eine demokratische Haltung einzunehmen bereit ist.

Hier ist nunmehr auf der einen Seite ein Fortschritt erzielt worden, indem die Alpenvereinsjugend in den Bundesjugendring aufgenommen wurde. Hier ist aber andererseits durch eine Statutenänderung bereits eine Einschränkung durch den Bundesjugendring vorgenommen worden, die den Weg des Ringes freiheitlicher Jugend in den Bundesjugendring unmöglich zu machen scheint. Mein politisches Lager gehört zu jenem Bevölkerungsteil Österreichs, der sich nicht zur österreichischen Nation bekennt. Deswegen sollen Österreicher mit einer solchen Auffassung und Gesinnung nicht in den Bundesjugendring aufgenommen werden können. Mit uns gleicher Auffassung sind namhafte Persönlichkeiten aus dem Lager der Österreichischen Volkspartei. Auch einem Landeshauptmannstellvertreter und Universitätsprofessor Doktor Koren wäre der Weg in den Bundesjugendring durch die jüngste Statutenänderung unmöglich gemacht worden. Hier, glaube ich, bahnt sich eine Fehlentwicklung an, über die sich die österreichische Bundesregierung im klaren sein muß. Wenn man zuläßt, daß eine Institution, die in finanzieller Hinsicht maßgeblich von der öffentlichen Hand unterstützt wird, zweierlei Recht setzt, dann trägt die Verantwortung jene Regierung, die das unwidersprochen zur Kenntnis nimmt.

Mein nächster Antrag lautet:

Die im Theatererhalterverband zusammengeschlossenen Theater in den Städten Graz, Klagenfurt, Innsbruck, Linz, Salzburg und

Baden spielen seit jeher im Kulturleben ihrer Bundesländer eine wichtige Rolle. Diese Bühnen haben nach wie vor mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß es, über die Heranbildung eines Schauspielernachwuchses hinaus, eine wichtige Aufgabe der Landes- und Städtetheatern ist, Autoren durch die Aufführung ihrer Stücke zu fördern. Auch diese Aufgabe kann von den genannten Bühnen jedoch erst dann wirklich erfüllt werden, wenn die derzeitigen Förderungszuwendungen wesentlich erhöht werden.

Wie das Beispiel der Friesacher Burghofspiele sehr eindrucksvoll zeigt, hat auch das Laienspielwesen eine große Bedeutung für das Kulturleben Österreichs. Obwohl die meisten Kräfte freiwillig mitwirken, ist die Existenz dieser Bühnen durch die steigenden Kosten der technischen Einrichtungen und des Materials gefährdet.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den Entschließungsantrag: Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Herr Bundesminister für Unterricht wird ersucht, im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen dafür zu sorgen, daß die Förderungszuwendungen zur Stützung der von den Gebietskörperschaften betriebenen Theater und auch der für die sonstigen Bühnen bestehenden Budgetposten gegenüber den bisherigen Ansätzen ausreichend erhöht werden.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten höflich, die Unterstützungsfrage zu stellen.

Hinsichtlich der Förderung der Länder- und Städtetheatern möchte ich noch darauf verweisen, daß dieser Kunst- und Kulturbereich über das Wirken der Staatstheater hinaus Autoren und Komponisten Möglichkeiten zu Erst- und Uraufführungen gegeben hat und weiterhin gibt. Daher kommt den Länder- und Städtetheatern eine wesentliche Nachwuchsförderung zu, eine Nachwuchsförderung, die in den letzten zwanzig Jahren leider durch den Bund nicht die gebührende Anerkennung erfahren und gefunden hat. Darum die Bitte an den Herrn Unterrichtsminister, mehr Einsicht und größeres Verständnis gegenüber den Länder- und Städtetheatern zu bekunden.

Eine Sorge möchte ich namens der freiheitlichen Nationalratsfraktion noch deponieren. Wir mußten im abgelaufenen Jahr erleben, daß die Übertragungen des Rundfunks und Fernsehens aus den österreichischen Staatstheatern dürftig gewesen sind. Ich glaube, daß der österreichische Steuerzahler und dar-

Peter

über hinaus die kunstfreundliche Bevölkerung Österreichs ein Recht haben, mit Hilfe des Rundfunks und des Fernsehens mehr von den österreichischen Staatstheatern zu hören und zu sehen, als es bisher in der Vergangenheit der Fall war. Wir müssen mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß Gastspiele der Staatsoper und des Burgtheaters in den Landeshauptstädten mit einem zu großen Kostenaufwand verbunden sind. Wir Freiheitlichen nehmen aber nicht zur Kenntnis, daß Rundfunk und Fernsehen dieses Problem so stiefmütterlich behandeln.

Wir Freiheitlichen bedauern, daß auf dem Gebiet der Schul-, Kultur- und Bildungspolitik trotz ernsthaften Bemühens des derzeitigen Unterrichtsministers nicht mehr erreicht werden konnte, als im Haushaltspolitik 1967 niedergelegt ist. Auf Grund dieser Überlegung sind wir Freiheitlichen nicht in der Lage, dem Kapitel Unterricht die Zustimmung zu erteilen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Der Herr Abgeordnete Peter hat zwei Entschließungsanträge gestellt, die nicht genügend unterstützt sind. Er hat diese Anträge verlesen; ich brauche sie nicht zu wiederholen. Ich stelle jetzt die Unterstützungsfrage.

Wer den Entschließungsantrag, betreffend Zuweisung von Förderungsmitteln an den Österreichischen Bundesjugendring, unterstützt, den bitte ich, sich vom Sitz zu erheben. — Ich danke. Das ist nicht genügend unterstützt; dieser Antrag steht nicht zur Debatte.

Der nächste Entschließungsantrag betrifft die Förderung der nicht vom Bund betriebenen Theater und des Laienspielwesens. Wer diesen Entschließungsantrag unterstützt, den bitte ich, sich vom Sitz zu erheben. — Danke. Auch dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt, steht daher nicht zur Diskussion.

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich folgende Mitteilung machen:

Ich werde um 13 Uhr die Sitzung für eine Mittagspause unterbrechen. Um es dem jeweiligen Redner zu erleichtern, schlage ich im Einvernehmen mit allen Mitgliedern der Präsidialkonferenz vor, daß es sich der betreffende Redner möglichst so einteilt, daß er in der Zeit 5 Minuten vor bis 5 Minuten nach 13 Uhr selbst seine Rede unterbricht, um sie um 15 Uhr fortzusetzen. Sollte er diesen Zeitplan nicht einhalten, würde ich ihn spätestens 5 Minuten nach 13 Uhr unterbrechen.

Sollte etwa 10 Minuten vor 13 Uhr Rednerwechsel sein, dann werde ich keinem Redner mehr das Wort geben, sondern schon zu dieser Zeit unterbrechen, um nicht den Redner in die

Situation zu bringen, nach so kurzer Zeit seine Rede unterbrechen zu müssen.

Auf jeden Fall beginnt die unterbrochene Sitzung wieder um 15 Uhr.

Ich bitte die in Frage kommenden Redner, das zur Kenntnis zu nehmen. Diese Vorgangsweise gilt auch für die folgenden Tage.

Als nächstem Redner erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Harwalik das Wort.

Abgeordneter Harwalik (ÖVP): Hohes Haus! Lassen Sie mich meine Ausführungen mit einem persönlichen Erlebnis beginnen, das in direkter Beziehung zur vorjährigen Unterrichtsdebatte steht. Wenige Tage nach dieser Debatte sprach mich im Volksgarten gegenüber dem Parlament ein fremder Mann auf meine Identität mit einem der Sprecher der Österreichischen Volkspartei zum Kapitel Unterricht an. Er sagte mir, daß ihn die Ausführungen der Oppositionsredner deprimiert hätten. Ihm und sicher vielen in Österreich sei der Eindruck von den kulturpolitischen Versäumnissen Österreichs geradezu unheimlich geworden. Er meinte, erst meine Ausführungen mit klaren unbestechlichen Zahlen, mit Leistungsvergleichen, mit der Herausstellung des kulturpolitischen Leistungskatalogs hätten ihm wieder einen inneren Halt und die Gewißheit gegeben (*Heiterkeit bei der SPÖ — Abg. Dr. Tull: Ein großes Glück, daß Sie da sind! — Abg. Weikart: Der bescheidene Mann!*), daß die österreichischen Unterrichtsminister ihre Pflicht erfüllt haben.

Wie ist es heute? Der Herr Abgeordnete Peter macht in reinem Kulturpessimismus. Er hat vergessen, daß er vor einigen Wochen erklärt hat, das Kulturbudget zeige positive Ansätze. Leider hat er das heute kaum anklingen lassen. (*Abg. Peter: Da haben Sie mir wieder nicht zugehört, Herr Abgeordneter!*)

Herr Abgeordneter Peter und auch die Opposition zur Linken! Bei allen offenen Sorgen und Aufgaben wurden in den Jahren seit 1945 in Österreich mehr Schulhäuser, Pflichtschulen, höhere Schulen und Hochschulen errichtet und gebaut als in 100 Jahren vorher. Wer sollte eine solche kulturpolitische Leistung hier einfach übersehen? (*Abg. Dr. Broda: Herr Kollege Harwalik! Das ward die „schreckliche Zeit“ der Koalition!* — *Abg. Dr. Withalm: „In 100 Jahren vorher“, sagte er!*) Herr Minister Broda! Ich bekenne mich zu allen gemeinsamen Leistungen, ich werde aber genau herausstellen, wo die Trennungslinie ist. Die gemeinsame Leistung besteht in der Einigung bei der Schulreform und bei der Hochschulreform. Leider hat sich das Prestige der Sozialistischen Partei nie auf das Unterrichtsressort ausgewirkt, weil es eben ein Hurdes, ein Kolb und ein Drimmel waren und es heute ein Piffl

Harwalik

ist, die dieses Amt verwalteten beziehungsweise verwalten.

Ich muß die Worte unseres steirischen Landeshauptmannes wiederholen: Es ist uns in der Bildungspolitik und in der Kulturpolitik mehr gelungen, als wir je geahnt und geglaubt haben. Das soll ohne Schönfärberei auch hier herausgestellt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was lesen wir denn im Minderheitsbericht der SPÖ? In Artikel I Punkt 4 heißt es wörtlich, die Sozialisten lehnen ein Budget ab, „welches die dringenden Bedürfnisse der Kultur-, Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik unberücksichtigt läßt“.

Ich werde gleich auf die unhaltbaren Behauptungen mit einigen Zahlen, die das absurdum führen, zurückkommen. Ich stelle aber fest, daß die ÖVP einfach nichts gutzumachen hat. Die Opposition muß alles für schlecht befinden (*Heiterkeit bei der SPÖ*), denn Herr Minister außer Dienst Dr. Kreisky hat doch einem Journalisten auf die Frage: Was macht die SPÖ, wenn es eine gute Regierung Klaus gibt?, geantwortet: Es gibt keine gute Regierung. (*Abg. Weikhart: Bis jetzt hat er recht!*) Wir übersetzen sehr richtig: Es darf keine gute Regierung geben! (*Ruf bei der SPÖ: Es gibt keine gute!*) Nach den Gesetzen der Logik folgern wie daraus, daß wir es nicht mit einer konstruktiven Opposition zu tun haben. (*Abg. Dr. Tull: Da läßt die Logik aus!* — *Abg. Peter: Auch nicht bei der Hochschulreform?*)

Was ist die politische Formel der Freiheitlichen? Opposition um der Opposition willen. Was ist die politische Formel der Sozialistischen Partei? In der Koalition Opposition, in der Opposition nur Negation. So sehen die Dinge aus, wenn man die Ausführungen zum Kapitel Unterricht und den Minderheitsbericht liest. (*Abg. Libal: Das gehört ins neue Wörterbuch hinein!* — *Abg. Peter: Herr Harwalik! Jetzt bitte ich Sie, konkret zu widerlegen!*)

Sie alle, meine Damen und Herren, wissen, welch großes Interesse die Öffentlichkeit an den Fernsehübertragungen aus dem Parlament hat. Die Parteileitungen und die Abgeordneten erhielten Briefe, Zustimmungen und Ablehnungen, die Presse hat sich mehr als früher mit dem neuen Parlament beschäftigt. Jahre hindurch hat uns die unabhängige Presse nicht zu Unrecht den Vorwurf gemacht, wir hätten einfach zum Fenster hinausgeredet. Jetzt reden wir, jetzt redet dieses neue Parlament wohl sehr deutlich in die am verlebendigten Geschehen der Demokratie interessierte Öffentlichkeit hinein. (*Ruf bei der SPÖ: Über was?*)

Mit Cerny ist zu sagen, daß wie in England Regierung und Parlament Empfangsstation und Sendestation für die öffentliche Meinung

geworden sind. Das ist der Wandel, den die monocolore Regierung Klaus bereits in der Hochschätzung des Parlaments und der Öffentlichkeit herbeigeführt hat.

Ich habe für mich den Schluß der größeren Verantwortlichkeit des freien Wortes am Abgeordnetenpult gezogen. Die Opposition tut nicht recht, wenn sie bei aller legitimen Schärfe der Kritik und der Kontrolle einfach die vollbrachten und geplanten Leistungen übersieht und damit verdunkelt, wie sicher auch die Regierungspartei nicht gut beraten wäre, hier einfach Schönfärberei zu betreiben und über die Schwierigkeiten, die es selbstverständlich auch im Kapitel Unterricht gibt, hinwegzusehen. Wenn es keine Schwierigkeiten gäbe, brauchten wir weder eine Regierung noch ein Parlament, sondern, wie der Herr Bundeskanzler gemeint hat, ein Versteigerungskomitee. Die Scheinduelle in der alten Koalition haben uns sicher nicht sehr gut getan. Was will die Öffentlichkeit? Einen offenen Leistungsausweis der Regierung, eine offene Kritik der Opposition, aber doch beides in sachlicher Tonführung, und dort, wo wir auch von der Opposition Anerkennung verdienen, möchten wir sie wenigstens, wenn auch noch so pianissimo, anklingen hören. (*Abg. Moser: Bisher habt ihr nichts vollbracht, was Anerkennung verdient!*)

Wenn im seinerzeitigen Kulturpleitegeschrei der Eindruck erweckt werden sollte, Österreich sei eine Addition von Kulturrüinen, so ist gerade das in Österreich nicht gut angekommen und Ihnen gar nicht gut bekommen. Wir benötigen von der Opposition, von welcher Seite immer, durchaus keinen bildungspolitischen Nachhilfeunterricht. Die kulturpolitische Aufbauleistung Österreichs kann sich trotz aller Beengtheiten, Herr Abgeordneter Peter, auch vor Ländern sehen lassen, die keine Weltkriege mitgemacht haben. (*Abg. Peter: Schauen Sie sich die Schulklassen in Wirtshäusern an!* — *Abg. Glaser: Lauter!* — *Abg. Ing. Kunst: Schauen Sie sich die Innsbrucker Universität an, dann haben Sie auch das Gefühl, daß seit 100 Jahren nichts mehr geschehen ist!*)

Wenn ich nun den echten Vorrang der Bildung im Staatshaushalt 1967 mit einigen Zahlen belege, so möchte ich doch vorweg meine Meinung ausdrücken, daß die Budgetdebatte nicht, wie das so oft gemeint wird, nur eine Zahlenschlacht ist, sondern die Budgetdebatte ist sicher die kommentierte Wertsumme der Politik von Regierung und Parlament.

Ich werde den Zahlenspiegel, den der Herr Berichterstatter gebracht hat, nicht wiederholen, aber mit einigen Zahlen beweisen, daß der Kulturpessimismus nicht am Platze ist.

Harwalik

Erstens: Gegenüber dem Vorjahr ist das Unterrichtsbudget um 14,1 Prozent gestiegen. Ist das Gesamtbudget von 1962 bis 1967 um 45 Prozent gestiegen, so ist das Unterrichtsbudget um 87 Prozent gestiegen. Ist das nun ein Fortschritt oder ist das keiner? Oder etwas, was überhaupt verdunkelt wird: Unter allen europäischen Ländern hat dieses Österreich die größte Kopfquote bei den Ausgaben für Kunst, Kultur und Theater. (Abg. Peter: *Von der Forschung reden Sie nichts!*) Meine Damen und Herren! Warum hört man davon von der Opposition nichts?

Auch die Hochschulen: 130 Millionen mehr, 72 Millionen für Personalausgaben, 58 Millionen Schilling für die Institute, für die Sachausgaben. Auch das ist ein Fortschritt. Meine Damen und Herren von der Opposition! Ich verweise auf die Resolution des ersten Hochschullehrertages in Österreich, den Bericht des Prorektors der Universität Wien, den Bericht des Prorektors der Universität Graz Dr. Tautscher. Alle haben sie der Bundesregierung den Dank ausgesprochen für den Vorrang der Forschung, Bildung und Erziehung im Kapitel Unterricht im Staatshaushalt 1967! (Abg. Ing. Kunst: *Vom CV!*) Das ist nicht zu leugnen (*Heiterkeit bei der SPÖ*), einige Damen und Herren waren ja selbst dabei, die Frau Abgeordnete Dr. Firnberg ... (Abg. Ing. Kunst: *Vom CV!*) Ihren Zwischenruf habe ich nicht gehört. Der Leistungsbericht der Rektoren ist nicht zu leugnen. Davon hört man in den Ausführungen der Opposition gar nichts.

Ich bin der letzte, der über die Hochschulnöte, die es selbstverständlich gibt, einen psychologischen Schutzmantel breitet. Aber so kommen wir sicher nicht weiter. Wenn die Professoren selbst der Regierung und dem Unterrichtsminister für seine unermüdliche Anwaltschaft für die Hochschulen Dank und Anerkennung aussprechen, so sollte die Opposition nicht einfach darüber hinwegsehen.

Sicher haben wir auch von akademischen Lehrern besorgte Briefe erhalten; wir haben sie sehr ernst genommen. Ich stelle mit aller Klarheit und mit der gebotenen Dringlichkeit für Regierung und Parlament heraus, daß die Lebensadern Österreichs an den Hochschulen und an allen Forschungsstätten liegen. Versorgen wir sie noch besser mit Blut.

Der Pulsschlag der Wirtschaft hat sich verlangsamt. Man soll daher nicht von Steuergeschenken an die Reichen reden, wenn wir endlich versuchen, die Investitionsverzäumnisse in unserer Wirtschaft nachzuholen. Mehr Wirtschaft gibt es im letzten nur durch mehr Bildung, durch mehr Forschung. Die Wissenschaft hat den Schlüssel zur Lösung

aller Weltprobleme in Händen. Der Bildungsplan eines Volkes ist heute schlechthin auch sein Lebensplan.

Ich komme auf das Studienbeihilfengesetz und auch auf den hier zu vermerkenden Fortschritt deshalb heute hier nicht zu sprechen, weil wir ja die Novelle noch in diesem Monat in diesem Hause verabschieden werden.

Wie kommen wir nun zu mehr Geld für Unterricht, Wissenschaft und Forschung? Der Herr Abgeordnete Minister außer Dienst Czettel hat gemeint, man möge also die Millionäre um 1 Prozent ihres Vermögens zusätzlich besteuern. (Abg. Ing. Kunst: *Das wäre richtig!*) Wir überprüfen gerne jeden Vorschlag, der zum Ziele führt. Man hört aus solchen Vorschlägen nur leider ... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Ing. Kunst.*) Herr Zwischenrufer, geben Sie mir bitte die Möglichkeit, das auszuführen, was hier notwendig ist, Sie kommen sicher noch zu Wort. Wir hören aus solchen Vorschlägen leider immer wieder diesen klassenkämpferischen Ton heraus: Die Reichen sollen zahlen! Uns fehlt die sachliche Tonführung bei solchen Vorschlägen. Wenn wir nur mehr Millionäre in Österreich hätten, wir täten uns alle leichter. (Abg. Rosa Jochmann: *Wir haben ohnehin genug Millionäre!*) Der Staat soll seine Bürger gerecht besteuern und diese Steuern gerecht umverteilen. Ich glaube, daß sich in Österreich Steueramt und Steuerzahler gegenseitig nichts schuldig bleiben.

Ich selbst werde den Herrn Finanzminister immer wieder drängen, die sich irgendwann ergebenden Möglichkeiten einer Bundesanleihe für die Bundesschulbauten zu prüfen. Wir hatten erst eine solche Anleihe von 800 Millionen Schilling, aber das ist natürlich viel zu wenig! Ich weise in diesem Zusammenhang auf den Finanzausgleich hin, der erstmalig eine Bundeshilfe für die Pflichtschulen bringt: jährlich 50 Millionen Schilling, die bis zu 100 Millionen Schilling anwachsen.

Ich möchte hier besonders das Verdienst des Herrn Abgeordneten Grundemann, des Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes, herausstellen, der immer und immer wieder auf diese Bundeshilfe im Österreichischen Gemeindebund gedrängt hat. (Abg. Eberhard: *Den Städtebund erwähnen Sie nicht!*)

In allen Sparten zeigt sich also das Phänomen der Bildungsexplosion, und auch uns ist vollkommen klar, daß außerordentliche Bildungsmaßnahmen nur durch außerordentliche Finanzierungsmaßnahmen auf die Dauer bewältigt werden können. Diese Maßnahmen anzusteuern, das soll eigentlich unsere gemeinsame Aufgabe sein.

2332

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Harwalik

Ich gestatte mir auch, einen Vorschlag zu unterbreiten: Der Bund möge gewisse Kompetenzen nicht aufheben und aufgeben, aber er möge sie sinnvoll an die Länder delegieren. Ich denke etwa an Kommissionierungen. Das gibt Verwaltungsvereinfachungen und hat auch einen föderalistischen Effekt. Ich mache in diesem Zusammenhang aufmerksam auf die Vorschläge des Herrn Universitätsprofessors Dr. Ermacora, der in seinem Aufsatz „Die Hochschulreform und die Bundesländer“ auf die opfernden Leistungen der Länder und Städte in Salzburg, in der Steiermark, in Oberösterreich und Tirol hinweist und erklärt, es wäre nie zu diesen Hochschulgründungen beziehungsweise Fakultätsgründungen gekommen, hätten die Länder diese Beiträge an den Bund nicht geleistet. Vielleicht sollte man diese ernsten Ausführungen eines Wissenschaftlers überprüfen.

Nun zum Polytechnischen Lehrgang, den der Herr Abgeordnete Peter wieder mit Steilfeuergeschützen angegangen ist. Die Zeit, vier Jahre nach der Schulgesetzgebung, wurde genauest eingehalten. Er hat einen guten Start. Sämtliche Zeitungen aus allen Bundesländern stimmen darin überein. Wir wollten noch rasch seinen Namen ändern ... (Abg. Peter: *Die Zeitungen stimmen überein, weil sie nur das wiedergeben, was die Schulbehörden sagen!*) Nein, nein, die Zeitungen sind selbstständig genug, sich nicht von den Schulbehörden das, was sie schreiben, vorschreiben zu lassen. Sie sind bei der ganzen Schulreform kritisch genug gewesen. Jetzt, wo sie also dieses jüngste Kind der Schulreform anerkennen, sollten Sie nicht mitwirken, daß diese Anerkennung hier auch noch verdunkelt wird. Das wird sich die Presse sicher nicht von Ihnen diktieren lassen. (Abg. Peter: *Was heißt ein „neues Schulgefühl“? Herr Harwalik! Erläutern Sie mir das!*) Ich möchte hier nicht eine pädagogische Vorlesung halten, aber ich kann sehr gut verstehen, was ein neues Schulgefühl ist.

Die Umtaufe in „Berufsvorschule“ ist uns nicht gelungen. Das hat aber keinen größeren Effekt und Affekt ausgelöst. Der Polytechnische Lehrgang ist ein „Treffer“, sagt eine Zeitung. Das hat den Herrn Abgeordneten Peter irritiert, mich hat es wieder riesig gefreut. (Abg. Peter: *Was ist mit der Sonderstellung des Polytechnikums?*) Jetzt kommt man dahinter, daß der gesellschaftspolitische Baugedanke dieses Polytechnischen Lehrganges heute weiten Kreisen bewußt ist; auch die gewerbliche Wirtschaft weiß heute, daß in einem Zeitalter der immer stärker wachsenden Bildungsschichten, die also immer mehr und mehr Begabungen in eine höhere

Bildungslaufbahn aufsaugen, dieser Polytechnische Lehrgang für den Nachwuchs im Gewerbe und in der Landwirtschaft die besten Voraussetzungen mitbringt. Die qualitative Anhebung ist so ermöglicht. Vielen ehemaligen Gegnern des Polytechnischen Lehrganges erscheint es heute selbstverständlich, daß man Schüler von der Schulwelt in die Berufswelt überleitet. Viel hat dazu die Tatsache beigetragen, daß auch in anderen Ländern solche Lösungen versucht wurden und versucht werden.

Das Bundesministerium für Unterricht ist in der Lehrplangestaltung auf die besonderen Wünsche der Wirtschaft eingegangen, und das mit Recht! Das Stundenausmaß für Deutsch und Mathematik läßt eine intensive Festigungsarbeit erworbener Kenntnisse zu. Die weitgespannten Möglichkeiten in den Freizeitgegenständen, die vom Maschinschreiben bis zur Erwerbung fremder Sprachen reichen, bereichern diese Schulreform wertvoll. 60 Prozent der polytechnischen Schüler haben von der Wahl dieser Freizeitgegenstände Gebrauch gemacht, das qualifiziert sie und ihre Eltern besonders hoch.

Der Herr Abgeordnete Peter kann sich damit nicht anfreunden, er macht Opposition um der Opposition willen. Abermals, Herr Abgeordneter Peter, kommen Sie mit der 5. Volksschulstufe. Darf ich Sie bitten, das letzte Protokoll der ausgelaufenen Session zu lesen; dort habe ich mich sehr eingehend damit auseinandergesetzt. Ich habe Ihnen sehr genau gesagt, daß die Ziele der 5. Volksschulstufe in der 1. Klasse Mittelschule, die die Aufgabe hat, die Schüler behutsam in die höhere Schule überzuleiten, untergebracht sind. Ich und wir alle sind uns nicht untreu geworden. Daß heute an der Peripherie Österreichs höhere Schulen stehen, das verdanken wir der Anwendung des Prinzips der Brücken und Übergänge. Ohne diese Lösung hätten wir keine höheren Schulen. Das von Ihnen angeprangerte Bildungsgefälle zwischen Land und Stadt, das sich verringert und das nicht, wie Sie sagen, immer größer wird, dieses Bildungsgefälle wird schließlich ganz verschwinden.

Herr Abgeordneter Peter! Sie haben auch gefragt, warum dort Volks- und Hauptschüler beisammensäßen. Auch darauf habe ich Ihnen schon einmal geantwortet: Jetzt sitzen sie in der Berufsschule zusammen, und der Berufsschullehrer muß seinen Lehrplan neben der Meisterlehre erfüllen. Dieser Polytechnische Lehrgang hat auch die Aufgabe, einen besseren, gleichmäßigeren Bildungsstand für die Berufsschule vorzubereiten. Dieser positive

Harwalik

Effekt reicht also weit hinein in die Berufsschule. Vielleicht, Herr Abgeordneter Peter, könnten Sie das doch einmal auch etwas positiver sehen, wie es ist.

Sie haben dann noch etwas erwähnt — ich selbst hätte es nicht getan, wer spricht schon von einem Lehrbehelf, an dem er selber mitgearbeitet hat —: Jawohl, ich habe an dem Buch „Polytechnisches Lesebuch“ mitgearbeitet. Und ein Herr Schwabinger von den „Oberösterreichischen Nachrichten“, Nichtlehrer, der keine Ahnung vom Lehrplan hat — das muß ich sagen, so positiv man mit seinem Kritiker umgehen soll; ich habe mich sehr genau erkundigt —, verlangt von uns, daß wir in einem Polytechnischen Lesebuch — meine Damen und Herren, staunen Sie, das ist der Inhalt seiner Kritik — auf die Probleme der Scheinsexualität eingehen. Ich muß den Herrn Redakteur Schwabinger oder von wem immer der Artikel stammt, bitten, sich doch mit dem schwierigen Problem der Sexualpädagogik auch nur in seinen Grundzügen einmal auseinanderzusetzen. Das muß schon eine begnadete Stunde sein, in der ein Lehrer, auch in einer Maturaklasse, es wagen könnte und dürfte, auf Probleme der Sexualität einzugehen. Uns vorzuwerfen, daß das bei 14- und 15jährigen in koedukativ geführten Klassen von uns nicht angegangen wurde, geht daneben.

Noch etwas: Er wirft uns vor, daß wir in diesem „Polytechnischen Lesebuch“ nicht auf Auswüchse der modernen Kleidung und so weiter eingehen; und dann verlangt er von uns Dinge, die der Jugendbuchklub behandelt. Die ganze Jugendliteratur wird ja vom Jugendbuchklub betreut. Ich sage das nur, weil Sie es angeschnitten haben; sonst hätte ich davon bestimmt nicht gesprochen.

Um auf Oberösterreich zu kommen: Der Herr Präsident Rödhammer des Landesschulrates erzählte mir von der Pressefahrt zu den Polytechnischen Lehrgängen in Oberösterreich. Es war ein durchwegs positiver Eindruck bei der Presse von der Haltung der Lehrer, von der Haltung der Schüler; keine Protestabsenzen der Schüler; Zustimmung der Eltern; reicher Prozentsatz an Schülern, die Freigegenstände wählten. (Abg. Peter: *Kritik über Kritik der Lehrer!*) Herr Abgeordneter Peter, das herauszustellen ist in der Replik zu Ihren Ausführungen zur Ehrenrettung des Polytechnischen Lehrganges notwendig.

Und noch etwas: Herr Dr. Konrad Pfitzner hat in der „Arbeiter-Zeitung“ vor einigen Monaten den Herrn Minister Piffl in einem Aufsatz: „Aus neun mach acht“ verdächtigt, es mit der neunjährigen Schulpflicht nicht

ernst zu nehmen. Sie fordern vom Herrn Unterrichtsminister, er hätte warten sollen, er hätte bei dieser Faustschen Zauberformel bleiben sollen. Auf der anderen Seite hat man ihn grundlos schon im vorhinein verdächtigt, daß er aus neun acht machen will. Die Übersetzungen aus dem „Faust“ gelingen halt der „Arbeiter-Zeitung“ nicht immer. Der Herr Unterrichtsminister, sein Ministerium und die Lehrerschaft sind mit allen Schwierigkeiten die der Polytechnische Lehrgang selbstverständlich mit sich gebracht hat, fertig geworden.

Ich darf mir als Obmann des Unterrichtsausschusses gestatten, der Presse Dank zu sagen für die rege Anteilnahme am Bildungsgeschehen in Österreich, für die Veröffentlichung zahlreicher Details aus dem schulischen Leben, für die wertvollen Eltern- und Studieninformationen anlässlich des Schuljahr- und des Studienbeginnes. Die Presse erfüllt hier eine wichtige Aufgabe in unseren gemeinsamen Bemühungen um den wachsenden Bildungsfortschritt. (Beifall bei der ÖVP.) Als eine sehr wertvolle Einrichtung habe ich den Informationsdienst für Bildungspolitik und Forschung schätzen gelernt.

Und nun ganz kurz zur Lehrersituation. Die Diskussion um den Lehrermangel bewegt sich vielfach immer noch in den Vorstellungen, der Lehrberuf wäre unserer Jugend nicht anziehend genug. Das ist Gott sei Dank grundfalsch. Unsere jungen Menschen in Österreich drängen geradezu zum Lehrberuf.

Und nun hören Sie, wie sich die Zahl der Lehrer von 1959 bis heute in den einzelnen Schulsparten vermehrt hat: bei den allgemeinbildenden höheren Schulen — das sind statistische Zahlen! — um 57 Prozent, bei den kaufmännischen Lehranstalten um 92 Prozent, bei den technischen höheren Schulen um 72 Prozent, bei den Lehrerbildungsanstalten um 125 Prozent und bei den Pflichtschullehrern um 28 Prozent. Wenn der Herr Abgeordnete Peter gesagt hat, die Regierung hätte zur Hebung des Lehrstandes nichts getan, dann darf ich als ein sehr kritischer Lehrervertreter sagen — ich möchte aber hier betonen, daß wir Abgeordneten nicht für ein Partikularinteresse engagiert sind, auch wenn ich mich immer dazu bekannt habe, auch in der Gewerkschaft, Lehrervertreter zu sein —, daß die Bundesregierung für die Lehrerschaft, für die Pflichtschullehrerschaft Österreichs immens viel getan hat. Wir haben mit dem Gehaltsgesetz 1956 zum erstenmal die ungleiche Besoldung gegenüber den gleich vorgebildeten Verwaltungsbeamten überwunden. (Abg. Peter: *Ich bin neugierig, was Sie bei der Teuerungsabgeltung tun!*) Herr Abgeordneter Peter! Machen wir es konkret:

2334

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Harwalik

Schalten wir zurück auf den 31. Jänner 1964 und fragen wir uns, wie die Lehrer dann aussehen würden. Das Lehrerdienstrecht hat sie gehoben. Sie haben allerdings recht, daß ich ebenso nicht einverstanden bin mit dem § 3 des Finanzausgleichs. Dazu habe ich im Finanz- und Budgetausschuß gesprochen. Aber das darf uns doch nicht dazu verführen, das herabzusetzen, was diese Regierung zur Hebung des Lehrstandes in Österreich getan hat, den sie jetzt, mit der neuen Lehrerbildung, nicht nur bildungsmäßig, sondern selbstverständlich auch gesellschaftlich angehoben hat. (Abg. Peter: *Das kann nur durch ein neues Gehaltsgesetz geschehen!*) Auch das muß kommen, selbstverständlich! Diese Zahlen, die ich vorhin genannt habe, bestätigen mich in meinem Optimismus, daß Österreich kein Land ohne Lehrer sein wird. Die Zahlen sind der unwiderlegbare Beweis für die weitschauende Vorsorge durch die Schulverwaltung.

Bei uns sind die Lehrer ja erst 1959 durch die dauernden Verbesserungen der Schülerzahlen und auch des Lehrerdienstrechtes und mit der Einführung der neunjährigen Schulpflicht Mangelware geworden, um diese selbstverständliche, positive Wurzel des drückenden Lehrermangels nicht zu übersehen.

Herr Ministerialrat Dr. Ludwig Lang hat unlängst vor Lehrerbildnern ausgeführt: Mehr Lehrer als je in Österreich, aber immer noch zuwenig Lehrer (Abg. Peter: *Es gibt auch mehr Autos als vor 40 Jahren!*), und er meinte, daß die Länder so viele Lehrer haben werden, als sie Lehrer werben.

Darf ich noch auf eine Förderung des Lehrstandes hinweisen: Im Jahre 1961 betragen die Stipendien für die Maturantenkurse an den Lehrerbildungsanstalten eine halbe Million, heuer betragen sie das 20fache: 10 Millionen Schilling. Ich glaube, das sind alles Zahlen, die für die Vorsorge der Unterrichtsverwaltung sprechen.

Ich komme zum Konzept des Herrn Unterrichtsministers, das für jede Bezirkshauptmannschaft mindestens eine höhere Schule vorsieht. Leider ist das in vier Bezirken noch nicht möglich, aber auch dort wird die Errichtung der höheren Schulen bereits geplant, zum Teil sogar in Angriff genommen. Wir können der bildungspolitischen Devise des Herrn Unterrichtsministers: „Jeder Bezirkshauptmannschaft eine höhere Schule“, nur voll und ganz zustimmen. Wir haben ländliche Bereiche, die vor wenigen Jahren noch nicht eine einzige höhere Schule hatten, zum Beispiel den Bezirk Weiz in meinem Wahlkreis; heute steht in Gleisdorf das Schulgebäude schon und ist bereits zu

klein, und die Stadt Weiz hat heuer mit einer höheren Schule begonnen. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Auch das Wort des Ministers, die Schule habe den Eltern und den Schülern entgegenzukommen, wird dadurch immer mehr Wirklichkeit, und es führt natürlich die Behauptung ad absurdum, daß das Bildungsgefälle zwischen Land und Stadt wächst. Heute kann ein junger Mann bis zur Matura im bäuerlichen Elternhaus bleiben und braucht erst nach der Matura an die Hochschule zu gehen, wo er, wenn er sozial irgendwie bedürftig ist, die Förderung erfährt. Das ist ein Wandel, den wir in seiner wohltätigen Radikalität kaum überschätzen können. Die Schulreform hat das sozial und territorial limitierte Bildungsfeld in einem Maße aufgebrochen, wie es den Bedürfnissen der Öffentlichkeit immer besser entspricht.

Hier darf ich mir ein Lob an die Österreichische Hochschülerschaft in Graz gestatten. Diese hat den Beschuß gefaßt, in die Betriebe zu gehen, um die Arbeiter über die Studienmöglichkeiten ihrer Kinder aufzuklären, weil es offenbar an dieser Aufklärungsarbeit fehlt. Sie empfindet den geringen Perzentsatz von Arbeiter- und Bauernkindern an unseren Hochschulen als eine geistige Ausfallserscheinung, die wir nicht weiter verschulden dürfen. Wir danken unserer Hochschülerschaft für diese erfreuliche Initiative.

Jüngst wurden wir im Landesvorstand der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten in der Steiermark um eine Stellungnahme von der steiermärkischen Landesregierung zur Einstellung von 23 jugoslawischen Diplomingenieuren in den steirischen Baudienst gebeten. Ich glaube, das ist eine Blitzlichtaufnahme aus der Wirklichkeit der Akademikersituation, die mehr sagt als lange Reden über den künftigen Akademikerberuf.

Ich möchte mir auch gestatten, als Obmann des Unterrichtsausschusses ein Dankeswort an die Pädagogische Abteilung des Bundesministeriums für Unterricht hier anzufügen. Es handelt sich dort nicht nur um Generalstabsarbeit, sondern gemeinsam mit der Lehrerschaft aller Schultypen Österreichs um fortlaufende Lehrplangestaltung. Bedenken Sie doch, meine Damen und Herren: Die Lehrpläne für die 6- bis zu den 22jährigen waren zu verfassen, und in der Mehrzahl sind diese Bildungsprogramme auch fertig.

Die Pädagogische Abteilung des Bundesministeriums für Unterricht ist unermüdlich bestrebt, auch die eigene Erlaß- und Verordnungstätigkeit vergangener Jahrzehnte — und das halte ich für außerordentlich wertvoll — auf ihre Vertretbarkeit vor modernen bildungs-

Harwalik

politischen und pädagogischen Bestrebungen zu überprüfen.

Ich greife ein Detail heraus, das die Elternschaft in Österreich interessieren wird, so wenig sensationell es erscheinen mag. Ein jüngster Erlaß des Bundesministeriums für Unterricht räumt mit der Blockade der Bildungslaufbahn eines Schülers auf, der bisher durch ein Nichtgenügend in Latein für das Aufsteigen in die nächsthöhere Klasse gestoppt war. Nun gestattet ihm dieser Erlaß, in die nächsthöhere Klasse eines technischen Schultypus überzugehen, wenn er die übrigen Leistungsvoraussetzungen für diesen lateinlosen Schultypus aufweist. So werden nun endlich viele groteske und unsinnige Stopptafeln im Bildungsfelde beseitigt. Ich bin hier der dankbaren Stimme der Eltern und der Pädagogen sicher: Sichten und Lichten nicht nur im Lehrstoff, sondern auch im Erlaßdickicht einer Zentrale.

Dankbar vernehmen wir auch die Pläne zur Reform des Mathematikunterrichtes an den höheren Schulen. Herr Sektionschef Dr. Ludwig Wohlgemuth äußerte jüngst in einem Gespräch, daß noch zahlreiche innere Reformen, die sich bis zur Gestaltung der Reifeprüfung erstrecken, beabsichtigt sind.

Ich freue mich auch, hier noch kurz mitteilen zu können, daß das Musisch-pädagogische Realgymnasium heute bereits die zweitstärkste Oberstufentype der höheren Schule ist. Man hat diesen sogenannten Drimmelschen Bastard der Schulgesetzgebung seinerzeit sehr gelästert. Gekommen ist es wie seinerzeit bei den Realgymnasien. Damals haben die Bildungstheoretiker erklärt, dieses Realgymnasium sei weder Fisch noch Fleisch und die Eltern würden ihre Kinder nicht in diese Schultype schicken. 87 Prozent aller österreichischen Mittelschüler haben dann dieses Realgymnasium besucht. Die Eltern sind gegenüber Schulreformen oft viel weniger gesperrt, als es einmal auch ein Pädagoge sein kann, der im Banne des pädagogischen Traditionalismus den Blick für das notwendige Neue nicht immer aufzuheben vermag.

Zum Schluß, auch als Antwort an den Herrn Abgeordneten Peter und seine Befürchtungen, daß die Leistungen an unseren Pflichtschulen immer mehr absinken, statistische Zahlen, veröffentlicht von Herrn Professor Spreitzer in der „Furche“ vor wenigen Wochen. Er sagt dort wörtlich, daß ein immer größerer Teil unserer Schüler das Abschlußzeugnis erwirbt, wobei die Hauptschüler und die Schüler der höheren Schulen natürlich dichter vertreten sind als vor einigen Jahrzehnten. Und jetzt die Zahlen: Vor 1938 waren es nicht einmal 50 Prozent, die ein solches Abschlußzeugnis

erwarben; 1955 waren es 64 Prozent, und 1964 sind es schon 70 Prozent. Der Schulerfolg hebt sich also. Das ist erfreulich zu hören. Es ist schon so, daß sich heute jeder Erwachsene seine Jugend als leuchtendes Beispiel schulischer Tugendhaftigkeit von einst vorstellt. Es kommt so zu diesen verallgemeinernden falschen Vorstellungen. Ich glaube, daß es gut ist, die Öffentlichkeit auch darüber zu informieren.

Unser Rang in der Welt wird von der Bildungshöhe unseres Volkes bestimmt. Eine intensive Bildungspolitik ist kein Ressortfanatismus, sondern erster nationaler Auftrag. Was Österreich in den Jahren seit 1945 am Bildungsfundament geschaffen hat, ist großzügig, ist weitschauend und visiert klar und scharf die Zukunft an. Wir alle wünschen, daß das Kulturbudget in den nächsten Jahren noch bessere Strukturen aufweisen möge. Ich wiederhole meine drängende Frage nach den Möglichkeiten einer Schulbautenanleihe. Die Schulreform wird uns alle noch lange belasten, die Hochschulreform fordert ihre materiellen Konsequenzen. In der Wissenschaftsnot kann das Sozialbrot nicht wachsen. Wenn das die Erkenntnis aller Verantwortlichen ist, dann gibt es nur mehr ein gemeinsames verantwortliches Handeln.

Die Österreichische Volkspartei wird diesem Unterrichtsbudget gerne ihre Zustimmung geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbunner: Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Vorrang für Kultur und Bildung! Lassen Sie mich zunächst dazu ein paar Worte sagen.

Muß es, soll es einen Vorrang für Kultur, für Bildung, für Unterricht geben? Selbstverständlich! Es ist nicht nur eine Frage des Soll, sondern es ist wirklich eine Frage des Muß. Heute bedeutet Vorrang für Kultur und Bildung nicht nur gebildete Menschen, sondern auch ein blühendes Land, eine funktionierende Wirtschaft, Menschen, die glücksfähig sind und ihr Leben genießen können. Heute bedeutet Vorrang für Bildung, für Unterricht vor allem auch arbeitsfähige und arbeitsfreudige Menschen.

Ich möchte zitieren, was zwei englische Historiker, Postgate und Cole, dazu zu sagen haben. Sie sagen: Dort, wo Menschen höhere Bildung haben, wo Schulen auf hoher Stufe stehen, wo der Trieb und der Drang des Menschen nach Wissen und Kultur angeregt, wachgehalten und gesteigert wird, dort — so

2336

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dr. Stella Klein-Löw

sagen sie — schafft der Mensch mehr, gedeiht die Wirtschaft, steigt das Sozialprodukt, wächst das Friedensbewußtsein des Menschen, wird der Friedens- und Freiheitswillen stärker, dort blüht das Land.

Wir schließen uns diesen Ausführungen durchaus an. Darum glauben wir, daß Bildung und Kultur, daß Unterricht und Wissenschaft, daß die Forschung jeden Vorrang bekommen müssen. Bildung und Kultur stehen nicht abseits, sie sind ein Teil der österreichischen wie der europäischen und der Weltgemeinschaft. Heutzutage gibt es keine Trennung zwischen Wirtschaft und Politik auf der einen Seite und Kultur und Wissenschaft, Forschung und Unterricht auf der anderen Seite. Es kann — das wissen wir alle — keine Integration geben ohne die Mithilfe der Kultur, ohne den Unterbau, den Bildung und Schule schaffen.

Wie steht es nun damit in Österreich? Hier möchte ich auf die Anfangsausführungen meines Vorredners, des Herrn Abgeordneten Harwalik, eingehen.

Herr Abgeordneter Harwalik! Als Proredner haben Sie nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, das, was in diesem Budget Ihrer Meinung nach positiv und gut ist, hervorzuheben. Sie haben nicht nur das Recht, sondern Sie haben auch die Pflicht, Ihrem Minister, Ihren Ministern Ihr Vertrauen auszusprechen. Das ist selbstverständlich. Aber ich glaube nicht, daß Sie das Recht oder die Pflicht haben, als Österreicher, als Demokrat der Opposition vorzuwerfen, was ihr nicht vorzuwerfen ist.

Sie haben gesagt, die Sozialistische Partei hätte in der Koalition Opposition betrieben, je nachdem, was man unter Opposition versteht. In der Koalition haben wir Mitarbeit geleistet, das haben große Männer, wie Raab zum Beispiel, auch anerkannt, Männer Ihrer Partei. Aber wir haben die Augen offen gehalten, und wir haben die Interessen der Menschen vertreten, die die große Mehrheit unseres Volkes bilden, der großen Gemeinschaft der arbeitenden Menschen. Das hat uns dazu verpflichtet und uns das Recht gegeben, Mängel aufzuzeigen. Wir haben dagegen angekämpft, wenn wir glaubten, daß wir dagegen ankämpfen müssen. Opposition um der Opposition willen betreiben wir nicht. Es ist leicht, Herr Abgeordneter Harwalik, das für die Fernseher so scharf und so deutlich zu sagen. Aber hier möchte ich Sie fragen, ob Sie das wirklich nach Ihrem besten Wissen sagen können, wenn Sie sich an das Gebiet erinnern, in dem wir beide zusammen arbeiten, und ob Sie das aufrechterhalten können, wenn Sie sich daran erinnern, wie viele Stunden, späte Abendstunden und Tagesstunden, wir in Unterausschüssen, wo

die Fernseher nicht zusehen und zuhören können, gearbeitet haben, um das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Harwalik: Frau Abgeordnete, dazu habe ich mich auch hier bekannt! — Abg. Weikhart: Nichts haben Sie bekannt! Im Gegenteil! — Abg. Harwalik: Dann lesen Sie das Protokoll nach! Aber der radikale Negationssatz im Minderheitsbericht, den habe ich gemeint! — Abg. Weikhart: Für das Fernsehen haben Sie gesprochen und sonst nichts!)

Herr Abgeordneter Harwalik behauptet, er hätte sich zu dieser unserer Mitarbeit, die sinnvoll und konstruktiv war, bekannt. Ich bin gewöhnt, gut zuzuhören, ich bin gewöhnt, gut aufzupassen, ich bin es aus meinem und aus Ihrem Beruf heraus gewöhnt, zu hören, was die Menschen, die vor mir stehen oder sitzen, sagen. Dieses Bekenntnis habe ich nicht gehört. (Zustimmung bei der SPÖ und bei Abg. Peter.)

Ich möchte Ihnen sagen, daß es nicht möglich ist, es so zu machen, wie Sie es gemacht haben. Ich drohe nicht, daß wir nicht mittun werden. Wir werden immer mittun, auf jedem Gebiet, wo es notwendig ist für das Wohl unserer Kinder, unserer Jugend und unseres Volkes. (Beifall bei der SPÖ.) Aber wir wollen auch, daß das allen bekannt ist. Von Menschen, die mit uns mitarbeiten und die unsere Mitarbeit in Worten wiederholt persönlich hoch einschätzen, erwarten wir nicht, daß sie zu gegebener Gelegenheit nicht dafür eintreten und den Eindruck erwecken, als ob es ganz anders wäre. (Abg. Harwalik: Hätten Sie das im Minderheitsbericht untergebracht, dann hätte ich nicht so gesprochen! Lesen Sie doch hier den Minderheitsbericht vor! — Abg. Weikhart: Was im Minderheitsbericht steht, bestimmen doch wir! Aber die Tatsache der Mitarbeit ist Ihnen bekannt, reden Sie sich nicht aus!)

Ich möchte dazu folgendes sagen: Es ist Ihr gutes Recht, ja es ist Ihre Pflicht, gegen den Minderheitsbericht zu sein. Aber es ist nicht Ihr gutes Recht, unsanständlich der Kritik des Minderheitsberichtes Dinge vorzuwerfen, die den Tatsachen nicht entsprechen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Harwalik: Frau Abgeordnete, so geht das nicht! — Abg. Weikhart: So geht es nicht, wie Sie es gemacht haben! — Abg. Harwalik: Nicht ein Lob, nicht eine Anerkennung im Minderheitsbericht für das, was für Österreichs Kulturpolitik geschehen ist!)

Der Herr Abgeordnete Harwalik sagt, er und seine Partei fühlen sich davon betroffen, daß in dem Minderheitsbericht kein Wort des Lobes und der Anerkennung steht — ganz abgesehen davon, daß kein Mensch von einem anderen oder von einer Gruppe von Menschen

Dr. Stella Klein-Löw

erwarten kann (Abg. Harwalik: *Dann erwarten Sie es von mir nicht!*), daß sie ein Lob aussprechen, wo sie keinen Grund zu einem Lob oder zu einer Anerkennung empfinden. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber außerdem ist Politik keine Schule. In der Schule schreibe ich, wenn ich „Nicht genügend“ gebe und wenn ein paar Fehler weniger gemacht wurden als bei der vorigen Schularbeit: „Nicht genügend, aber leichte Besserung sichtbar“. Aber in einem Minderheitsbericht brauche ich das nicht als Korrekturmerkung dazuzuschreiben. (Abg. Harwalik: *Da braucht man uns nur zu verteufeln und zu verdunkeln!* — Abg. Weikhart: *Das haben Sie ja selbst getan!* — Abg. Harwalik: *Und dazu sollen wir schweigen! Lesen Sie den Minderheitsbericht!*) Ich erkläre feierlich, daß dieser Minderheitsbericht weder verteufelt noch verdunkelt, sondern die Meinung der sozialistischen Abgeordneten ausdrückt.

Der Herr Bundesminister für Finanzen sprach und spricht davon, daß den ersten Schwerpunkt im Budget die Ausgaben für Unterricht, Bildung und Forschung bilden. Hat die Bildung, hat die Forschung, hat nun wirklich die Wissenschaft Vorrang im Budget? Man weist auf Zahlen hin. Eine stolze Steigerung des Unterrichtsbudgets von 5740 Millionen auf 6550 Millionen Schilling! Das stimmt. Aber in der Hauptsache müssen aus den Beträgen, die die Steigerung ausmachen, gesetzliche Verpflichtungen erfüllt werden. Auch sie sind notwendig. Aber die übrigen dringlichen Anliegen bleiben unserer Meinung nach unberücksichtigt. Besonders deutlich zeigt sich das beim Hochschulbudget, das ich hier nicht behandeln möchte, weil meine Fraktionskollegin und Freundin Dr. Firnberg dazu noch Stellung nehmen wird.

Ich möchte nur zwei Gebiete herausgreifen, und zwar zunächst das Gebiet der Studienbeihilfen, das mit 115 Millionen angesetzt ist, mit nicht mehr, als es früher der Fall war. Das ist ein Gebiet, das wirklich angesichts der Pläne, die wir alle haben, höher hätte angesetzt werden müssen. Ich möchte auf die Volksbildung hinweisen, die besonders stiefmütterlich behandelt wird, was wir wirklich sehr bedauern. Denn gerade in unserer Zeit, in einer Zeit der Schulreform und, wie der Herr Minister mit Recht in seinem Bericht über die Konferenz der europäischen Minister gesagt hat, einer Bildungsexplosion, in dieser Zeit braucht man viel Planung und viel Geld für die Schul- und Erwachsenenbildung. Mehr Bildung, höhere Bildung, bessere Bildung!

Wir stehen mitten in einer schulreformatischen Bewegung. In einer Zeit, in der die geänderte Situation der Jugend, der Familie,

des Staates, der Wirtschaft eine beschleunigte, gründliche und vertiefte Bildung erfordert, ist es besonders notwendig, ich wiederhole, mehr Zeit, mehr Geld und mehr Planung für diese Bildung aufzuwenden. Man sprach vom Jahrhundert des Kindes, man spricht noch immer davon. Wir leben in einem Jahrhundert, von dem der Herr Minister in seinem Bericht mit Recht nicht weiß, wie man es später nennen wird, entweder das technische oder ein anderes Jahrhundert. Wie immer man es nennen wird, es ist das Jahrhundert der Bildungsgesellschaft. In diesem Jahrhundert sollte jedes Kind, woher immer es kommt, wo immer es wohnt, gleich gute Schul- und Bildungsmöglichkeiten haben. Gleich gute, sage ich, und nicht gleiche, denn sie müssen seiner Art entsprechen und bei aller Einheitlichkeit eine große Vielfalt zeigen. Denn niemand ist mehr gegen Gleichmacherei als wir.

Da ist wenig geschehen; es ist etwas geschehen, aber wenig. An den Schulgesetze — jetzt fällt mir ein, daß auch das ein Beweis ist — haben die Sozialisten maßgeblich mitgearbeitet, sie haben viele ihrer Prinzipien lenken zurückgestellt, weil sie einsahen, daß sie im großen und ganzen doch dem Wohl der Jugend und der österreichischen Gemeinschaft dienen. Diese Schulgesetze, die vor einigen Jahren beschlossen wurden, sind in vielen Fällen einfach Papier geblieben, weil die Gegebenheiten und die Möglichkeiten, die die Schulgesetze haben müssen, damit sie in Wirklichkeit durchgeführt werden können, nicht vorhanden sind.

Lassen Sie mich doch sagen: Die Frage, ob die Kinder unseres Landes immer die gleichen Chancen haben, verneine ich. Sie haben sie noch nicht. Das ist etwas, was das Kriterium des Bildungsnotstandes darstellt.

Ich habe den statistischen Nachrichten einige Zahlen entnommen. Ich möchte mich kurz fassen und zwei Beispiele geben: Im Burgenland gibt es 304 Schulen, davon sind 160, also über die Hälfte, ein- bis zweiklassig. In Niederösterreich gibt es 1187 Schulen, davon 693, also fast 700, weit über die Hälfte, ein- und zweiklassige Schulen. Im Burgenland gibt es 24 Prozent einklassige und 29 Prozent zweiklassige Schulen, in Niederösterreich 31 Prozent einklassige und 27 Prozent zweiklassige Schulen. In beiden Fällen ist es also über die Hälfte.

Lassen Sie mich hier ganz deutlich sagen: Was die Lehrer in diesen Schulen leisten, erfordert und verdient unsere Bewunderung und unseren besonderen Dank (Beifall bei der SPÖ), denn sie arbeiten unter schwierigsten Umständen. Sie arbeiten so, daß die Kinder etwas können. Sie müssen aber doch auch

Dr. Stella Klein-Löw

verstehen, daß ein Kind, das eine einklassige oder zweiklassige Schule besucht, nicht dieselben Chancen hat wie ein Kind, das eine volllausbildete Schule besucht.

Lassen Sie mich noch dazufügen, wie die Sache vom Standpunkt der Schüler ausschaut. Im Burgenland sind 7 Prozent der Kinder in einklassigen Schulen und 17 Prozent der Kinder in zweiklassigen Schulen, also etwa ein Viertel der Kinder besuchen ein- bis zweiklassige Schulen. In Niederösterreich sind 11 Prozent der Schüler in einklassigen und 19 Prozent in zweiklassigen Schulen. Das sind 30 Prozent, also knapp unter einem Drittel.

Das ist es, was uns Sorgen macht. Es kommt nicht einmal darauf an, ob ich hier stehe und mit diesen Zahlen Opposition mache, es kommt nicht darauf an, daß ich diese Zahlen dazu verwende, um zu sagen, wenn man diese Zahlen hört, sieht man, es wird zuwenig gemacht, sondern es kommt darauf an, daß Sie alle so wie wir alle Sorge haben müssen, daß das so ist, und daß wir alle alles dazu tun müssen, damit es anders werde. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn im Burgenland von 36.500 Kindern nur 1386 die unteren Klassen der Mittelschule besuchen und in Niederösterreich von 166.000 Kindern nur rund 8500, dann runden sich das Bild ab und wir müssen sagen: Hier ist schon der Beweis, daß die Chancen nicht gleich sind.

Aber wir leben im Zeitalter des gebildeten jungen Menschen, der seiner Begabung, seiner Energie und seinem Fleiß entsprechend die besten Möglichkeiten hat und haben muß, sich über das Pflichtschulwesen hinaus weiterzubilden, an höhere Schulen zu gehen, weiterzulernen, ja, zu studieren und auf die Hochschule zu gehen.

Aber nicht nur das. Wenn der junge Mensch im Beruf steht oder einem bestimmten Beruf, der kein weiteres Studium erfordert, zustrebt, dann muß er in diesem Beruf oder vor seinem Beruf die Möglichkeit haben, eine Vor- und Ausbildung zu erhalten, die ihn dazu befähigt.

Nicht nur die Schule, nein, auch die Kunst und alle anderen Gebiete der Kultur, alle, müssen für uns und nach unserer Meinung so beschaffen sein, so viel Unterstützung und Förderung haben, daß sie allen Menschen zugute kommen, denn Kultur und Bildung sind kein Luxus, sondern eine selbstverständliche Verpflichtung des Staates gegenüber seinen Staatsbürgern. (Beifall bei der SPÖ.)

Kultur ist nicht Kultur für Schichten, sondern Kultur ist Kultur für alle. Welche

Rolle spielt da der Staat? Er soll nicht dirigieren, er darf nicht dirigieren. Das ist der Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur, daß in der Demokratie Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, in der Diktatur aber die Menschen dirigiert werden, welche Möglichkeiten — wenn mehrere da sind — sie für sich in Anspruch nehmen müssen. Planen aber muß man. Und ich frage mich: Wurde geplant? Und ich sage: Es wurde zuwenig geplant, es wurde zu kurzzeitig geplant, es würde zuwenig mit dem Blick auf Menschen und Zukunft geplant. Wir haben einen sehr akuten Lehrermangel, und doch wissen wir, daß es Gymnasien gibt — ich spreche von den Musisch-pädagogischen Gymnasien —, die Zubringer — so sagt man mit einem häßlichen Wort —, ich würde besser sagen, die die Vorbildung für den Lehrerberuf sind. Ich glaube, daß diesen Musisch-pädagogischen Realgymnasien ein wenig spät und auch dann nicht die ganze Aufmerksamkeit geschenkt wurde, die sie verdient hätten.

Ich möchte Ihnen, auf den Lehrermangel hinweisend, doch mitteilen, daß es zum Beispiel — ich greife jetzt nur drei Bundesländer heraus — im Burgenland ein selbstständiges Musisch-pädagogisches Realgymnasium und drei Musisch-pädagogische Realgymnasien, die mit Lehrerbildungsanstalten verbunden sind, mit zusammen 13 Klassen gibt, in Salzburg gibt es 20 Klassen, in Vorarlberg nur 8. Ist das genug, wenn wir an den akuten Lehrermangel denken?

Aber lassen Sie mich ein anderes Beispiel aus einem ganz anderen Sektor bringen. Lassen Sie mich ein paar Worte über die Lage der höheren berufsbildenden Schulen verlieren, über die der Herr Abgeordnete Scheibengraf im Ausschuß schon gesprochen hat. Es handelt sich um die Höheren technischen Lehranstalten, um die Handelsakademien, um die Handelsschulen und um die Lehranstalten für Frauenberufe. Der Bauaufwand betrug im Jahre 1965 70 Millionen, 1966 60 Millionen, und 1967 wird er 74 Millionen betragen. Gewiß, das ist mehr als früher, aber es ist zuwenig. Denn Sie wissen, was an diesen Schulen vorgeht: Wegen Lehrermangels, wegen Platzmangels müssen Klassen geschlossen werden. Ich verweise zum Beispiel auf das TGM. Gewisse Fachrichtungen, die für unsere Zeit und für die Entwicklung der Technik von großer Bedeutung sind, können gar nicht verfolgt werden. Man muß an die Erhaltung und an den Ausbau der bestehenden Anstalten denken. Man muß neu bauen, man muß eine wirkliche Planung

Dr. Stella Klein-Löw

durchführen mit der Blickrichtung darauf, daß in den Industrie- und Gewerbegebäuderräumen, dort, wo Industrie und Gewerbe beisammen sind, mehr dieser Schulen zielfreie eingeführt werden.

Dazu kommt die katastrophale Lage auf dem Lehrersektor dieser Schulen. Bei den Lehrern dieser Schulen gibt es Lücken in der Ausbildung, aber vor allem einen starken Abgang der Absolventen ins Ausland, außerdem gibt es in Industrie und Gewerbe höhere Honorierung und bessere Arbeitsbedingungen. Wundern Sie sich, daß niemand Lehrer an einer Anstalt werden will, in der er keine Hilfsmittel und keine Räume zur Verfügung hat und wo keine Möglichkeit besteht, so zu unterrichten, wie man möchte? Der Industrie und dem Gewerbe fehlen heute die mittleren Fachkräfte. Die zu geringe Zahl ist aber auch dadurch verschuldet, daß in den Schulen nicht die entsprechenden Fachklassen vorhanden sind. Es handelt sich dabei um die Wirtschaft, um das Fortbestehen gewisser Zweige der Wirtschaft. Da wurde eben viel zuwenig geplant.

Die Kultur ist nicht Auslagefenster allein. Es ist schon gut, wenn man die Kultur eines Landes an dem Benehmen der Einwohner, an der Einstellung der Gebildeten zur Welt erkennen kann, aber das genügt nicht. Kultur ist doch Kulturbewußtsein, das im großen und im kleinen auf allen Gebieten zu sehen sein muß, das sich in Taten und in Plänen ausdrücken muß.

Ich möchte nach diesen Worten einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Klein-Löw, Zankl, Dr. Firnberg, Dr. Broda, Luptowits, Lukas, Haas und Genossen dem Hohen Haus vorlegen:

Die sozialistischen Abgeordneten haben an die Spitze ihres Minderheitsberichtes zum Budget die Forderung gestellt, Bildung und Forschung einen echten und nicht nur formalen Vorrang einzuräumen. Es ist kein Zufall, daß nicht nur die sozialistischen Abgeordneten das Unterrichtsbudget kritisieren, sondern daß aus Kreisen der Wissenschaft und der Forschung die nach wie vor zu geringen Forschungsausgaben, aus Kreisen der Hochschülerschaft das nach wie vor unzureichende Hochschulbudget und aus Kreisen der Lehrerschaft die schleppende Durchführung der Schulgesetze kritisiert wird. Will man die in der Bevölkerung unseres Landes und insbesondere die in der Jugend vorhandenen Begabungen voll ausschöpfen, ist ein planmäßiges koordiniertes Vorgehen notwendig.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den nachfolgenden Antrag — Sie er-

lauben mir wohl, daß ich ihn nicht vorlese, denn es ist ein langer Antrag, sondern nur skizzieren.

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Frau Abgeordnete! Ich bitte, den Antrag vorzulesen, sonst sind wir genötigt, ihn von einem der Schriftführer vorlesen zu lassen. Ich würde es für zweckmäßig finden, wenn Sie ihn vorlesen.

Abgeordnete Dr. Stella **Klein-Löw** (*fortsetzend*): Bitte, Herr Präsident, dann lese ich ihn vor:

1. Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, dem Nationalrat nach Ablaufung einer Enquête eine Regierungsvorlage zur Schaffung eines umfassenden Forschungsrates im Sinne des Initiativangebotes Nr. 7/A vom 13. Mai 1966 vorzulegen.

Die sozialistischen Abgeordneten werden zugleich mit diesem Entschließungsantrag in zweiter Lesung den Antrag auf echte und spürbare Erhöhung der Forschungsausgaben einschließlich eines finanziellen Bedeckungsvorschages einbringen und den Antrag auf Einberufung der in der Entschließung erwähnten Enquête stellen.

2. Eine besonders wichtige Forderung der sozialistischen Abgeordneten ist der weitere Ausbau der Hochschulstudienförderung. Die Regierungsvorlage vom 9. November 1966 (232 der Beilagen) greift zwar einige Anregungen aus dem sozialistischen Initiativangebot Nr. 5/A auf, hat aber infolge der mangelnden budgetären Vorsorge, die von den Sozialisten bereits im Finanz- und Budgetausschuß kritisiert wurde, wichtige Anliegen der Studierenden unberücksichtigt gelassen. Die sozialistischen Abgeordneten werden bei der parlamentarischen Behandlung der Regierungsvorlage über das Studienbeihilfengesetz dem Hohen Haus ihre konkreten Vorschläge und Zusatzanträge unterbreiten. Darüber hinaus fühlen sie sich jedoch im Sinne einer konsequenten Fortsetzung des Kampfes gegen jegliches Bildungsprivileg veranlaßt, nachstehende Entschließung zu beantragen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, dem Nationalrat bis zum Ende der Herbstsession des Nationalrates eine Regierungsvorlage vorzulegen, die eine weitere Verbesserung und einen weiteren Ausbau des Studienbeihilfengesetzes im Sinne der unerledigt gebliebenen Punkte des Initiativangebotes Nr. 5/A vom 5. Mai 1966 zum Inhalt hat.

Dr. Stella Klein-Löw

3. Die sich aus dem Ausbau der Studienförderung und aus dem verstärkten Bildungswillen ergebenden Probleme an den Hochschulen können nur dann bewältigt werden, wenn der Ausbau der österreichischen Hochschulen planmäßig vorangetrieben wird. Die unterzeichneten Abgeordneten beantragen daher:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, dem Nationalrat bis zum Ende des kommenden Jahres einen Bericht und ein Konzept über den weiteren Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen in Österreich vorzulegen, wobei insbesondere der Bau und Ausbau der Hochschulen in Linz und Klagenfurt mit größtem Nachdruck zu betreiben ist.

4. Hand in Hand mit dem Ausbau der Hochschulen ist die Fortsetzung der Studienreform auf der Basis des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes 1966 erforderlich. Das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz kann nur dann als Durchbruch zu einer Studienreform bezeichnet werden, wenn ihm so rasch als möglich moderne und zweckmäßige Studiengesetze für die einzelnen Fachrichtungen folgen. Aus diesem Grund beantragen die unterzeichneten Abgeordneten:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, die Arbeit an den besonderen Studiengesetzen so rasch wie möglich voranzutreiben und diese dem Nationalrat in angemessener Frist etappenweise vorzulegen.

5. Die unterzeichneten Abgeordneten verstehen unter Studienreform nicht nur die Reform der Studienordnungen, sondern insbesondere auch — wie dies auch im sozialistischen Minderheitsbericht dargelegt wurde — eine Reform des Berufungsverfahrens und eine Reform der Habilitationsnorm.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage betreffend eine Neuregelung des Berufungsverfahrens vorzulegen, die im Sinne des § 1 Abs. 1 lit. c des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes gewährleistet, daß eine Vielfalt wissenschaftlicher Lehrmeinungen und wissenschaftlicher Methoden an den österreichischen Hochschulen vertreten ist, und die insbesondere die

öffentliche Ausschreibung aller freiwerdenden Ordinariate zum Inhalt hat.

6. Wie in dem Minderheitsbericht der sozialistischen Parlamentsfraktion zum Bundesfinanzgesetz zum Ausdruck kommt, halten die sozialistischen Abgeordneten die Ausdehnung des Systems der Studienbeihilfen auf die Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen für dringend erforderlich und zweckmäßig.

Sie stellen daher den weiteren Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die einen Anspruch auf Studienbeihilfe für Schüler der 10. bis 13. Schulstufe bei Vorliegen eines günstigen Lernerfolges und sozialer Bedürftigkeit zum Inhalt hat.

7. Die sozialistischen Abgeordneten verfolgen mit Sorge die Tatsache, daß die Durchführung der Schulgesetze von 1962 nur zögernd und schleppend vor sich geht. Es ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht des Gesetzgebers, auf die Einhaltung der von ihm beschlossenen Gesetze durch die Vollziehung zu wachen.

Es wird daher beantragt:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, im Rahmen seiner Kompetenz mit Nachdruck für die rasche und vollständige Verwirklichung der Schulgesetze 1962 zu sorgen.

8. Dazu ist insbesondere eine beschleunigte Fortsetzung des Schulbauprogramms, eine Beseitigung des Lehrermangels und vor allem ein Abbau des niederorganisierten Schulwesens erforderlich.

Daraus resultiert folgender Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, alle gesetzlichen Maßnahmen zum Abbau des niederorganisierten Schulwesens und zur Beseitigung des Lehrermangels rasch und konsequent durchzuführen.

9. Ein weiteres Anliegen der sozialistischen Parlamentsfraktion, das zusätzlich in einem Abänderungsantrag zum Bundesfinanzgesetz seinen Niederschlag finden wird, ist die Förderung des zweiten Bildungsweges und die ausreichende Förderung der Erwachsenenbildung und der Volksbildung, deren Dotierung im vorliegenden Budget unverantwortlich niedrig ist.

Dr. Stella Klein-Löw

Es wird daher beantragt:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, die Erwachsenenbildung und die Volksbildung in ihren Zielen zu unterstützen und ihnen eine ausreichende Förderung angedeihen zu lassen.

10. Da die sozialistischen Abgeordneten ihre Anträge zum Unterrichtsbudget unter dem zusätzlichen Gesichtspunkt einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums sehen, kommt einer Verbesserung und Modernisierung des Berufsausbildungswesens besondere Bedeutung zu.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher abschließend den Antrag:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage betreffend ein modernes, zweckmäßiges Berufsausbildungsgesetz vorzulegen.

Die sozialistischen Abgeordneten werden, falls diese Entschließung und die in ihr niedergelegten Forderungen und Anregungen zur Schaffung eines echten Vorranges für Bildung und Forschung von der ÖVP-Mehrheit abgelehnt werden sollten, nach Schluß der Budgetdebatte zu den einzelnen Punkten, soweit es sich um legislative Vorhaben handelt, selbständige Initiativanträge gemäß § 8 der Geschäftsordnung einbringen, um damit weitere Initiativen zur Förderung von Bildung und Forschung zu setzen.

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Der Antrag ist genügend unterstützt und steht daher zur Debatte. Bitte fortzufahren.

Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ohne Forschung gibt es keine Ergebnisse, ohne Ergebnisse gibt es keinen Fortschritt, ohne Schulen, ohne ihren Aus- und Aufbau gibt es keine gebildeten Menschen. Das wissen Sie, das wissen wir alle. Ohne gebildete Menschen aber gibt es keine Forschung, und so schließt sich der Kreis: ohne Forschung keine Ergebnisse, ohne gebildete Menschen keine Forschung. Und der Kreis umschließt das Wohl und Wehe unseres Vaterlandes.

Qualität und Quantität — beides muß berücksichtigt werden. Denn wenn wir schon von der Bezeichnung eines Jahrhunderts sprechen, so soll unserem Jahrhundert die Bezeichnung des Jahrhunderts der offenen Türen in Bildung und Kultur zugutekommen. Keine Sackgassen darf es geben in der Schulbildung, aber auch keine Sackgassen, in denen sich der Österreicher, der nicht das Glück des ersten Bildungsweges gehabt hat, verfängt.

Auch er muß aus der Sackgasse hinaus und hinauf können.

Daher die Wichtigkeit des zweiten Bildungsweges, der Volksbildung. Aber die offenen Türen bedeuten auch Offenheit gegenüber der Welt, offene Türen nach Europa und in die Welt.

Ein kleines Erlebnis: Wir, Vertreter aller Parteien, waren im Rahmen der Interparlamentarischen Union im Iran, und dort trafen wir junge persische Ärzte und Sanitätsgehilfen, die hier in Österreich studiert haben. Sie haben von unserem Land in einer Weise gesprochen, die uns gezeigt hat, daß alle Aufwendungen für Hochschulstudien, alle unsere Bemühungen, die ausländischen Studenten in unser Studienwesen zu integrieren, sie mit hineinzunehmen, nicht ohne Erfolg sind. Dies hat uns sehr stolz gemacht. (Abg. Dr. J. Gruber: *Also doch nicht schlecht! Doch ein Erfolg!*) Aber ich möchte, daß wir auch sagen, daß in Schule und Bildung, in Forschung und Wissenschaft eine Geisteshaltung vorhanden sein muß, die diese Offenheit begründet: die Geisteshaltung der Toleranz, die Geisteshaltung, die es dem jungen Menschen ermöglicht, eine eigene Überzeugung zu haben, aber auch die Überzeugung der anderen zu achten und gelten zu lassen, eine Geisteshaltung, eine Offenheit, die den jungen Menschen dazu führt, unser Vaterland Österreich zu lieben, aber der anderen Menschen Vaterland zu verstehen und zu achten (Abg. Rosa Jochmann: *Sehr richtig!*); eine offene Haltung, eine Offenheit, die die jungen Menschen von heute erzieht, die Demokratie zu verstehen und ein Teil des demokratischen Wesens zu werden; eine Geisteshaltung, die sie dazu erzieht, die Republik Österreich zu ihrer Welt zu machen, und diese Republik Österreich zu ehren, zu lieben und ihre Gesetze, ihre Geschichte und ihre Gegenwart zu der ihren zu machen.

Das ist unser Konzept für Bildung und Kultur. Die Alternative zu den Wegen und Möglichkeiten, die das Budget leisten kann und leistet, haben Sie gehört.

Dem vorliegenden Budget — das ist wohl klar — werden wir unsere Zustimmung nicht geben, denn es gewährleistet in keiner Weise die Erfüllung der Erfordernisse unserer Zeit. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ofenböck das Wort. Ich mache noch einmal auf meine Mitteilung vom Vormittag wegen der Redezeit aufmerksam.

Abgeordneter Ofenböck (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Vor etwa einem halben Jahr hat sich

Ofenböck

das Hohe Haus mit dem Budget für das Jahr 1966 beschäftigt, und ich bin der Debatte im Plenum — es war für mich die erste Budget-debatte — mit großem Interesse und mit Aufmerksamkeit gefolgt. Als einer der Jungen dieses Hauses empfand ich große Genugtuung darüber, daß sowohl in der Erklärung der Bundesregierung vom 20. April dieses Jahres durch den Herrn Bundeskanzler als auch in der Debatte zum Kapitel „Unterricht“ von allen zu diesem Thema sprechenden Abgeordneten der Vorrang der Bildung und Ausbildung unserer Jugend unbestrittene Anerkennung gefunden hat.

Die Regierungserklärung enthält aber neben dem Bekenntnis der Bundesregierung zur Priorität der Ausbildung der Jugend auch die erklärte Bereitschaft, für den Sport, sowohl in seiner Funktion außerschulischer Jugend-erziehung als auch als Teil der Erwachsenenbildung, einzutreten, wobei ihre besondere Sorge dem Zusammenwirken zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gilt, um Initiativen um die Errichtung allgemein zugänglicher Sportstätten jeglicher Art zu entwickeln und zu fördern.

Diese Passage der Regierungserklärung hat mich mit besonderer Freude erfüllt, weil das Thema „Sport“ damit zum erstenmal in einer Regierungserklärung erwähnt und seine unbestreitbare Bedeutung für alle Bereiche unseres Lebens gerade in der heutigen Zeit dadurch seine Bestätigung fand. Da aber auch bei der letzten Budgetdebatte zum Kapitel Unterricht — wie in einer Reihe vorangegangener Budgetdebatten — keiner der Debattenredner zu diesem Thema das Wort ergriffen hat, habe ich mir vorgenommen, dies heute zu tun.

Ich glaube einfach, wir dürfen an den Anliegen der Jugend unseres Volkes nicht vorübergehen. Und Sport ist viel mehr als nur ein Anliegen der Jugend. Ich überwerte den Sport nicht und weiß, daß es zweifellos wichtigere Probleme in unserem Staat gibt, die zu lösen sind. Wir dürfen aber auch die besondere Bedeutung nicht unterschätzen, die dem Sport zukommt.

Am Beginn meiner Betrachtungen über die Bedeutung des Sports in der Gegenwart seien mir einige Feststellungen aus dem Bildungsbericht des Bundesministeriums für Unterricht aus dem Jahre 1965 gestattet. Dort heißt es unter anderem:

„Der Sport erfüllt heute mehr denn je eine durch nichts zu ersetzende Aufgabe für die geistige Bildung des einzelnen sowie für die soziale Entfaltung der Gesellschaft, eine Tatsache, die den festen Einbau des Sports in das Ganze des Erziehungswesens

und damit der Kultur eines Staates verlangt. Er fördert, richtig betrieben, die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Menschen. Darunter darf aber nicht nur die Erhaltung und Steigerung der physischen Eigenschaften, wie Muskelkraft, Organkraft und nervöse Koordination, verstanden werden. Die geistigen Werte der Gesundheit und Leistungsfähigkeit liegen in jener eigenartigen seelischen Kraft, aus der der Lebensmut, der Lebenswille, die Lebensfrische und Lebensfreude, also eine ungebrochene Vitalität, entspringen. Da der Sport die in der Tiefenschicht der menschlichen Person verankerten Faktoren der Vitalität und des Temperaments entscheidend beeinflußt, wird er zu einem wichtigen Mittel der Erziehung, der Persönlichkeitsbildung und auch zu einer Aufgabe für die Volkserziehung.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die besondere Bedeutung, die dem Sport in unserer Zeit und in der Gesellschaft von heute zu kommt, verkünden in selten gehörtem Gleichklang Ärzte, Psychologen, Pädagogen, Soziologen, Wirtschaftler, ja alle, die einen tieferen Einblick in die Ansatzpunkte für eine ganzheitliche Bildung durch Leibesübungen haben.

Der anerkannte Sportarzt Universitätsprofessor Dr. Prokop stellt zum Thema „Sport als biologische Notwendigkeit“ in der Bandszeitschrift eines österreichischen Sportverbandes im April dieses Jahres fest, „daß den Menschen unserer Zeit durch die Technisierung und Automation der natürliche Anlaß zu Bewegung und spontaner körperlicher Betätigung weitgehend fehlt. Dadurch verkümmern viele lebens-, gesundheits- und leistungserhaltende Funktionen und Organe in uns, die auch durch die Errungenschaften der modernen Medizin nicht kompensiert werden können. Diese durch die hochgradige Bewegungsarmut verursachten Zivilisationsschäden, die dann zu Frühinvalidität und langwierigen körperlichen und seelischen Leiden führen, werden allerdings noch entscheidend durch Überfütterung, Alkohol, Nikotin und verschiedene andere belastende Faktoren, wie etwa der Medikamentenmißbrauch, unterstützt.“

So wurde zum Beispiel nachgewiesen, daß 50 Prozent aller vorzeitig arbeitsunfähig gewordener Menschen sowohl in Österreich als auch in Westdeutschland und in den USA an degenerativen Herz- und Kreislauferkrankungen leiden und deshalb frühinvalid geworden sind. Als Ursache ist das unglaubliche Mißverhältnis zwischen der nervlich-seelischen Belastung durch die Hast des modernen Berufslebens einerseits sowie der Bewegungsarmut der Menschen unserer Zeit andererseits nachgewiesen.

Ofenböck

Aber nicht nur unsere Generation ist von Zivilisationsschäden gezeichnet. Das mir vorliegende Ergebnis der ärztlichen Untersuchungen der Stellungspflichtigen bei den Hauptmusterungen im Jahre 1964 bestätigt, daß auch unser Nachwuchs außergewöhnlich hohe Zivilisationsschäden aufweist.

Nur 68,5 Prozent der Untersuchten des Jahres 1964 waren zum Dienst mit der Waffe geeignet befunden worden. 13 Prozent waren zum Dienst ohne Waffe geeignet, während bei 12,7 Prozent auch keine Eignung zum Dienst ohne Waffe konstatiert werden konnte.

Im Jahr 1965 wurde zwar bei den Präsenzdienstern eine höhere A- und B-Eignung festgestellt, es wurden aber bei 43,7 Prozent der Untersuchten Fußschäden und bei 8,5 Prozent Wirbelsäulenschäden konstatiert.

Oberst des Generalstabes Erwin Jetzl nimmt in einem Artikel in der Zeitschrift für die Ausbildung im Bundesheer „Truppendienst“, Heft 4, August 1966, zu dem Phänomen dieses außergewöhnlich hohen Prozentsatzes der für den Militärdienst Untauglichen Stellung und meint hiezu, „daß auch die körperliche Leistungsfähigkeit der Tauglichen immer mehr zu wünschen übrig lasse. Der physische und psychische Zusammenbruch eines jungen Soldaten bei einem Fußmarsch von 10 km bildet keine Ausnahme mehr.“

Meine Damen und Herren! Es klingt unglaublich, es ist aber leider eine Tatsache: Nach Oberst Jetzl gibt es Jungmänner, die bei ihrem Einrücken behaupten, sich nicht erinnern zu können, nach der Schulentlassung einmal mehr als 5 km zu Fuß gegangen zu sein! Das Bundesheer muß daher die unbefriedigende körperliche Leistungsfähigkeit der Jungmänner bei Antritt des Präsenzdienstes als Faktor in Rechnung stellen und versuchen, in der zur Verfügung stehenden Zeit diesen Faktor durch entsprechendes Marschtraining auf ein Mindestmaß herabzusetzen.

In diesem Licht gesehen, meine Damen und Herren, erscheint mir die seinerzeitige Diskussion um eine Verkürzung der Wehrdienstzeit sehr, sehr fragwürdig.

Nun könnte man annehmen, daß die körperliche Leistungsschwäche bei den heute 18- bis 20jährigen, die unmittelbar nach Kriegsende geboren wurden, ihre Ursache in der damaligen Unterernährung und anormalen Entwicklung der Jugendlichen in der Nachkriegszeit findet. Diese Annahme wird aber nicht bestätigt, denn Untersuchungen im Jahre 1965 bei Pflichtschülern in Vorarlberg, also bei Kindern, die zwischen 1951 und 1959 geboren wurden, ergaben rund 30 Prozent orthopädischer Schäden. Untersuchungen der Landjugend ergaben Wirbelsäulen- und Haltungs-

fehler bei 59 Prozent der Untersuchten. Ähnliche Befunde wurden bei jugendlichen Arbeitern erhoben.

Diese alarmierenden ärztlichen Feststellungen stehen in einem kuriosen Widerspruch zu der außergewöhnlichen Zunahme des Allgemeininteresses am nationalen und internationalen sportlichen Geschehen. Denken Sie nur an die menschenleeren Straßen unserer Städte und Dörfer anlässlich der Fernsehübertragungen zur Fußballweltmeisterschaft in England.

Man treibt vielfach nicht mehr selbst Sport und freut sich der zahlreichen Möglichkeiten der Beherrschung seines Körpers, sondern läßt sich sportliche Höchstleistungen anderer ins Haus liefern und gibt sich damit zufrieden. Diese Art Sport zu treiben — ich gestehe es Ihnen — ist zweifellos auch bequemer.

Sport ist aber heute mehr als nur ein Element der Gesundheit und der Gesunderhaltung. Er bietet wie kaum eine andere Sparte hervorragende Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für viele Menschen, insbesondere für die Jugend, die mit ihrer zunehmenden Freizeit vielfach nichts mehr anzufangen weiß.

Der Soziologe Dr. Kreutz beschäftigte sich im heurigen Sommer mit dem Problem des Waffenbesitzes und der Kriminalität unter den Wiener Lehrlingen und kommt zu dem besorgnisregenden Ergebnis, daß von allen Personen, die in einem Jahr in Österreich wegen Vergehens gegen das Waffengesetz verurteilt wurden, 31 Prozent Jugendliche waren.

Der Psychiater sieht nach Dr. Kreutz in den jugendlichen Pistolenträgern jene häufigen Fälle psychisch kranker, muttergebundener, schwächerlicher Knaben, denen die Pistole Kraft und Mannhaftigkeit bedeutet. Diesen jungen Leuten wurde offenbar nicht zur rechten Zeit, nämlich in der Schule, Freude am sportlichen Wettkampf geweckt.

Sie mußten offenbar darauf verzichten, im Schulalter Beweise des Willens und des Mutes, aber auch der Energie und der Ausdauer zu erbringen, und sie empfanden nicht das Gefühl der Kraft und Sicherheit sowie das Geschenk beglückender Erfolgsergebnisse und das Gefühl wirklicher Freiheit.

Ich werde mir erlauben, im Verlaufe meiner Ausführungen konkrete Vorschläge zu machen, die, wie ich hoffe, mithelfen, die aufgezeigten Fehlentwicklungen junger Menschen in unserem Lande künftig hin möglichst zu vermeiden. Sie liegen zweifellos auch auf sportlichem Gebiet. Die Jugend, die ihre Freizeit auf Sportplätzen verbringt, ist den negativen Einflüssen der Straße entzogen.

Zunächst möchte ich mich mit den budgären Gegebenheiten im Bundesvoranschlag

Ofenböck

1967 — Sportwesen beschäftigen. Hier darf ich die erfreuliche Feststellung machen, daß beim Haushaltsskapitel 1222, Unterteilung 5 und 6, die Sportförderungskredite binnen Jahresfrist um 7,217.000 S angewachsen sind.

Beim Haushaltsskapitel 1240 der Bundes-, Heim- und Sportverwaltung sind die Sachaufwandskredite zwar um 453.000 S zurückgegangen, doch ist dies nur ein scheinbarer Rückgang, da das Haushaltsskapitel 1278, und zwar das Budget der Bundesanstalten für Leibeserziehung an den Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck, herausgelöst und erstmalig mit 7,690.000 S gesondert dotiert wurde. Auch das Haushaltsskapitel 1242 — die Bundessportheime und Bundesschullandheime — haben in der zweckgebundenen Gebarung eine Erhöhung um 1,152.000 S erfahren.

Dem sportlichen Gesamtaufwand des Jahres 1966 von 56,297.000 S steht ein Gesamtaufwand von 71,903.000 S, also ein Mehrbetrag von 15,606.000 S, im Jahre 1967 gegenüber. Das ist eine Steigerung um 23 Prozent!

Ich muß objektiverweise aber festhalten, daß bei den Erhöhungen der Sportkredite auch die Kompetenzentflechtungen beim Sozial- und Verkehrsressort, die früher in bestimmten Sportfragen mitwirkten, beigetragen haben.

In dieser an sich erfreulichen Steigerung der Budgetansätze gegenüber dem Vorjahr sehe ich neben der vor kurzem stattgefundenen Eröffnung von 14 „Bundes-Sportplätzen“ der offenen Tür“ im Wiener Inundationsgebiet erste Konsequenzen der Regierungserklärung vom 20. April 1966, wofür sowohl der Bundesregierung, im besonderen aber dem Herrn Bundesminister für Unterricht mit seinem Team von ausgezeichneten beamteten Sportfachleuten, besonderer Dank gebührt.

Meine Damen und Herren! Eine unabhängige Tageszeitung hat am 31. Oktober dieses Jahres in einem Artikel geklagt, daß der Staat den Sport zuwenig fördere und nur 0,1 Prozent seiner Budgetausgaben dem Sport widme. Diese Feststellungen sind nur zum Teil richtig, richtig insoweit, als die reinen Sportförderungsmittel von seiten des Bundes trotz Erhöhung der Budgetansätze 1967 um mehr als 23 Prozent gegenüber 1966 nur 0,1 Prozent der gesamten Budgetausgaben ausmachen; unrichtig aber, weil der Begriff „Staat“ auch Länder und Gemeinden subsumiert, die in den letzten Jahren durch erfreulicherweise steigende Zuwendungen die Sportförderung sehr wesentlich ergänzten.

Mit dieser erfreulichen Entwicklung sind wir aber im Vergleich zu unseren Nachbarländern — Vergleichszahlen liegen mir aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Holland, Finnland und Island vor — um fünf bis zehn Jahre zurück. Wenn Sie zum Beispiel vergleichen,

daß die Bundesrepublik im Jahre 1965 nur von Bundesseite her in Verwirklichung ihres Goldenen Planes für den Sportstättenbau allein 40 Millionen D-Mark, das sind 260 Millionen Schilling, zur Verfügung gestellt hat, ist es nicht verwunderlich, daß dort in den letzten fünf Jahren 2200 neue Turn- und Sporthallen errichtet worden sind.

Aber auch wir haben in letzter Zeit Erfolge aufzuweisen: Die prompte Verwirklichung der Regierungserklärung, betreffend die Errichtung von allgemein zugänglichen Sportstätten in der Bundeshauptstadt, die sich eines außergewöhnlich starken Zuspruches erfreuen — allein in der letzten Oktoberwoche konnten auf diesen Plätzen 3000 Sportausübende gezählt werden —, läßt hoffen, daß auch die Länder und Gemeinden diesem Beispiel folgen, damit der österreichische Amateursport bald jene notwendigen Einrichtungen erhält, die ich als eine zwangsläufige Voraussetzung für allgemein höhere sportliche Leistungen in unserem Lande erachte.

Die Möglichkeit für unsere Jugend, darüber hinaus aber auch für alle Altersschichten unserer Bevölkerung, mehr Sportplätze als bisher uneingeschränkt benutzen zu können, ist vor allem auch eine unabdingbare Voraussetzung für die Aufwärtsentwicklung unseres Breitensports, an dem der Staat im Interesse der Volksgesundheit und der außerschulischen Jugenderziehung ebenso wie dem Spitzensport besonders gelegen sein muß.

Aber so wie wir alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Begeisterung zu Spiel, Wettkampf und zum Turnen aus den Turnvereinen heraus weitergetragen haben, so müssen auch wir heute vorsorgen, daß der Grundstein zur Freude am Turnen, an der Bewegung und Beherrschung des Körpers, am ritterlichen Wettkampf, im Schulalter gelegt wird. Nur auf diesem Wege halte ich eine weitere Aufwärtsentwicklung des Sports in Österreich für möglich.

Das Bundesministerium für Unterricht hat Mitte September dieses Jahres an alle Schulsprengel Österreichs Erhebungsblätter versandt, mit deren Hilfe eine gesamtösterreichische Bestandserhebung angestellt und zum ersten Male Klarheit darüber geschaffen wird, wie viele Sporteinrichtungen, Vereine, Schulen, Gemeinden, Länder und Bund besitzen, welcher Art sie sind, woraus sich dann ergeben wird, wie groß der zusätzliche Bedarf an Sportanlagen sein wird. Die ermittelten Daten werden Unterlagen für den österreichischen Sportstättenplan liefern, der dem Zieldient, Österreichs Sportwesen von der materiellen Seite her zu sanieren. Im Jahre 1960 wurde auf rein schulischem Gebiet nämlich

Ofenböck

erhoben, daß von 4289 Volksschulen 1469 weder einen Turnsaal noch einen Spielplatz hatten (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), von 755 Hauptschulen 385, von 211 höheren allgemeinbildenden sowie mittleren und höheren berufsbildenden Lehranstalten 60 und von 203 Privatschulen 95.

Dieser Fehlbestand wurde in der Zwischenzeit durch die steigenden Geburten-, Schüler- und Klassenzahlen noch wesentlich vergrößert. Unser Fernziel auf diesem Teilgebiet muß sein: Keine Schule ohne Turnsaal! Eine Forderung übrigens, meine Damen und Herren, die schon vor hundert Jahren im Reichsschulgesetz verankert wurde. (*Abg. Libal: Und in 100 Jahren werden wir es noch nicht haben!*) Es liegt ganz an Ihnen, ob Sie mitwirken, Herr Kollege Libal! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Tull. — Weitere Zwischenrufe*.) Ich werde mich dann gern mit Ihnen ins Einvernehmen setzen und werde Sie einladen, mit beizutragen, daß diese Turnhallen entstehen. (*Zwischenrufe*.) Na ich freue mich! (*Abg. Lukas: Nichts Neues! Ein echtes Budget ist uns viel lieber! Ich werde Ihnen antworten!*) Herr Kollege! Lassen Sie mich reden, was ich möchte! Ich rede Ihnen auch nicht drein. (*Ruf bei der SPÖ: Sie lesen ja!*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich erinnere daran, daß es 13 Uhr ist! Ich bitte den Herrn Abgeordneten, es sich einzuteilen.

Abgeordneter **Ofenböck** (*fortsetzend*): Das Erhebungsergebnis, das mit Ende 1966 vorliegen soll, wird, so hoffe ich, eine solide Grundlage für die weiteren Maßnahmen sein, die in gemeinsamen Beratungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zur Verwirklichung des für unser Land so notwendigen Sportstättenplanes führen sollen.

Die derzeit bestehenden Sportanlagen, ob sie nun durch den Bund, die Länder, Gemeinden oder Schulen erhalten werden, sollten allen Interessierten, insbesondere aber den Sportverbänden, möglichst kostenlos zugänglich gemacht werden. Es dürfte zum Beispiel nicht vorkommen, daß etwa von der öffentlichen Hand gewährte Sportförderungszuschüsse für die Benützung von Turnhallen letzten Endes wieder von der öffentlichen Hand in Form von kaum vertretbaren Turnsaalmieten vereinnahmt werden.

Eine der Grundvoraussetzungen für die notwendige fachliche Betreuung der Jugendlichen innerhalb der zu schaffenden Sportstätten ist zweifellos der Einsatz von Übungsleitern, Trainern und Sportlehrern. Es wird ein besonderes Anliegen sowohl des Bundesministeriums für Unterricht als auch der zuständigen Organe der Länder sein müssen,

die Heranbildung solcher Fachkräfte voranzutreiben.

Für besonders vordringlich halte ich in diesem Zusammenhang eine betont sportliche Erziehung und Ausbildung der künftigen Pflichtschullehrer in den Pädagogischen Akademien, um eine bessere körperliche Ertüchtigung unserer Kinder, als sie heute in den Pflichtschulen vielfach geboten wird, zu gewährleisten.

Hohes Haus! Wir dürfen uns darüber freuen, das Analphabetentum in Österreich überwunden zu haben. Einem Bedürfnis dieser Zeit aber Rechnung tragend, scheint mir die Forderung des Herrn Unterrichtsministers nach geeigneten Maßnahmen, denen zufolge es in Österreich in absehbarer Zeit auch keine Nichtschwimmer mehr geben soll, als gereffertigt. Um dieses Ziel erreichen zu können, wäre die Errichtung von ganzjährig benutzbaren Schwimmhallen, wenigstens je eine in jedem Verwaltungsbezirk, erforderlich. (*Ruf bei der SPÖ: Wir schwimmen, Herr Kollege!*)

Ich bin mir dessen bewußt, daß die Verwirklichung dieser Forderung nur im Zug der Durchführung des Sportstättenplanes verwirklicht werden kann, und zwar in Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Im Vergleich zu anderen Ländern rangiert Österreich nämlich in bezug auf bestehende Schwimmhallen weit unter dem europäischen Durchschnitt! (*Abg. Moser: Die Regierung schwimmt schon!*)

Dem allfälligen Einwand, Österreich könne sich derzeit den Bau derartiger Anlagen nicht leisten, begegne ich mit der Frage, ob wir es uns leisten können, jährlich hunderte Millionen an Behandlungskosten und Pensionen für vorzeitig arbeitsunfähige, insbesondere herz- und kreislaufgeschädigte Mitbürger auszugeben, und wir tun es doch Jahr für Jahr. (*Abg. Lukas: Sie klagen die Regierung an!*)

Wenn wir uns entschließen werden, mehr Mittel für den Bau und für die Erhaltung von Sportstätten bereitzustellen, wird später einmal festgestellt werden, daß wir gut investiert haben, daß es Investitionen waren, deren Früchte erhöhte und längere Leistungsfähigkeit unserer Bürger bedeuten. (*Abg. Dr. Tull: Sagen Sie das dem Schmitz!*) Ich werde mit ihm schon sprechen! Glauben Sie mir das! (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor einiger Zeit wurde in unserem Land eine Woche lang von Behörden, Ärzten, Organisationen und Schulen gegen den Alkohol gekämpft, und es hat dieser Kampf in Österreich wie in unserer gesamten Umwelt seine mehr als traurige Berechtigung.

2346

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Ofenböck

Aus den mir vorliegenden Berichten — es ist nicht übertrieben, wenn ich unter dem Eindruck dieser Zahlen von einer Volksseuche spreche, die zu bekämpfen wir scheinbar nicht imstande sind — entnehme ich aus einer Befragung von Jugendlichen über den regelmäßigen Genuss von Alkohol in Österreich im Jahre 1963, daß im gesamtösterreichischen Schnitt 6,5 Prozent Jugendliche konstant Alkohol konsumieren. Dieser Prozentteil wird in sechs Bundesländern zum Teil ganz erheblich unterschritten, während er im Burgenland 8,2 Prozent, in Oberösterreich 10,6 Prozent und in Niederösterreich das erschreckende Ausmaß von 17,3 Prozent erreicht! (Abg. Skritek: *Der Minkowitsch ist schuld!* — *Weitere Zwischenrufe.*) Herr Kollege Libal! Hören Sie zu, das wird Sie sicherlich auch interessieren, denn Oberösterreich gehört auch dazu! Hiezu aber eine kennzeichnende Illustration. In zahlreichen Dörfern Österreichs gibt es Sportplätze, die neben dem Spielfeld aber noch keine Umkleidekabinen aufweisen. In Niederösterreich etwa, das im Sportzweig Fußball als das bestorganisierte Bundesland gilt und die weitaus meisten Sporttreibenden im Niederösterreichischen Fußballverband zusammenschließt und betreut, gibt es derzeit zirka 360 Sportplätze, von denen trotz größter Anstrengungen von Seiten des Sporttoto-Referates dieses Verbandes zirka 100 Sportplätze noch keine Umkleidekabinen aufweisen. (Ruf bei der SPÖ: *Vorhänge!*) 100 Vereine sind also in Niederösterreich Sonntag für Sonntag darauf angewiesen, behelfsmäßige Umkleideräume, meistens in Gasthäusern, zu benützen.

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter! Es ist fünf Minuten nach 13 Uhr! Ich bitte, Ihre Ausführungen um 15 Uhr fortzusetzen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 5 Minuten unterbrochen und um 15 Uhr wieder aufgenommen.)

Präsident Wallner: Hohes Haus! Ich nehme die unterbrochenen Verhandlungen wieder auf.

Wir fahren in der Beratung über die Gruppe VI fort. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Ofenböck. Ich bitte ihn, seine Ausführungen fortzusetzen.

Abgeordneter Ofenböck (*fortsetzend*): Hohes Haus! Ich habe an sich angenommen, ich hätte die Möglichkeit, jetzt vor einem vollen Haus zu reden. Ich bin also enttäuscht. Ich nehme das aber gerne hin. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs, zum ÖVP-Sektor weisend: *Schauen Sie dort hinüber!*)

Ich wurde vom Präsidenten unterbrochen, weil er offenbar wußte, daß ein Match zwei Halbzeiten hat. Die zweite beginnt jetzt. (Abg. Dr. Tull: *Hoffentlich wird sie besser als die erste!* — Abg. Peter: *Und kürzer als die erste!*) Ich verspreche. (Abg. Libal: *Jetzt schießt er sich wieder ein Eigengoal in der zweiten Hälfte!*) Kaum. Erst nach dem Spiel steht fest, wer gewonnen hat. (Abg. Dr. Tull: *Der Schiedsrichter hat angepfiffen, beginnen Sie!* — *Heiterkeit.*)

Ich darf mir also erlauben, das, was ich schon sagte, zu rekapitulieren. Wir waren dabei angelangt ... (Abg. Dr. Tull: *Bei den Umkleidekabinen waren Sie!*) Ja, wir waren dabei angelangt, daß ein hoher Prozentsatz von Jugendlichen konstant Alkohol trinkt. Ich habe dann als Beweis dafür, wie so etwas entstehen kann, gesagt, daß in Niederösterreich ein erheblicher Prozentsatz von Sportanlagen noch keine Umkleidekabinen besitzt und daß die Sportler dort gezwungen sind, in Gaststätten zu gehen, um sich umzukleiden.

Ich darf also fortfahren und sagen, daß 100 Vereine in Niederösterreich Sonntag für Sonntag darauf angewiesen sind, behelfsmäßige Umkleidekabinen in Gaststätten aufzusuchen. (Abg. Dr. Tull: *Das haben Sie noch am Vormittag vorgelesen!*) Daß die Sportler in dieser Umgebung förmlich dem Alkohol ausgeliefert sind, weil es sich Vereinspatrioten im Falle eines Sieges ihrer Mannschaft nicht nehmen lassen, die erzielten Tore in Alkohol umzusetzen und der siegreichen Mannschaft so ein Geschenk zu machen, ist eine mehr als bedenkliche Tatsache.

Hier helfen keine „Kampf dem Alkohol“-Wochen, sondern viel eher Umkleideräume im Sportplatzbereich, die der Kontrolle verantwortungsbewußter Trainer und Funktionäre unterworfen sind.

Ein junger Mensch, der auf dem Sportplatz Leistungen vollbringen will, meidet den Alkohol von sich aus, weil er weiß und vielleicht auch einmal verspürt hat, daß der Alkohol ihn an höherer Leistung hindert.

Sportstätten können meiner Meinung nach dem Alkohol entgegenwirken wie das Wasser dem Feuer! Und sie sind nicht nur besser, sondern auch billiger als Trinkerheilstätten.

Die Intensivierung der leichtathletischen Grundausbildung scheint mir besonders wichtig, sowohl im Interesse des Breitensports als auch im Interesse des Spitzensports in allen Sparten.

Es ist eigentlich nicht verwunderlich, daß in Österreich die Zuschauerzahlen bei Skirennen und Eislaufveranstaltungen jene bei leichtathletischen Veranstaltungen um ein

Ofenböck

Vielfaches übertreffen. Die Ursache dürfte darin zu suchen sein, daß Österreich im Ski- und Eislauf zu den führenden Nationen der Welt zählt und in diesen Sportzweigen ständig nachahmenswerte Vorbilder für unsere Jugend hervorbringt. Die Notwendigkeit, solche die Jugend anfeuernde Vorbilder in möglichst allen Sparten des Sportlebens hervorzubringen, sollte daher allen Verantwortlichen in der Jugendarbeit vor Augen stehen.

So haben Österreicher bei den Olympischen Winterspielen 1952 in Oslo 2 Goldmedaillen, 1956 in Cortina 5 Goldmedaillen, 1960 in Squaw Valley 1 Goldmedaille und 1964 in Innsbruck 5 Goldmedaillen, zusammen also bei vier Winterolympiaden 13 Goldmedaillen für Österreich erringen können.

Es ist aber keinem Österreicher in dieser Zeit gelungen, sich bei Olympischen Spielen in einer leichtathletischen Disziplin durchzusetzen. Die letzte leichtathletische Goldmedaille bei Olympischen Spielen errang die österreichische Speerwerferin Herma Bauma im Jahre 1948 in London.

Auffallend ist aber, daß in der Zeit zwischen 1928 und 1936 bei drei Olympischen Sommerspielen von Österreichern nicht weniger als 10 Goldmedaillen, insbesondere in Ruderbewerben, im Gewichtheben — einer ehemals typisch österreichischen Domäne — und im Fechten, errungen wurden.

Wenn es durch gemeinsame Anstrengungen aller Verantwortlichen, in den Schulen beginnend, herauf über die Sportorganisationen der Länder und die Sport-, Dach- und die Fachverbände gelingt, die vorhandene natürliche Begeisterung für den Sport in den Schulen zu fördern und über das Schulalter hinaus zu erhalten, wird es uns auch wieder gelingen, neben den Winterbewerben mit anderen Nationen erfolgreicher konkurrieren zu können.

Die letzten großen internationalen Erfolge oberösterreichischer Ruderer und Paddler setzten die Tradition früherer österreichischer Erfolge in diesen Bewerben ja schon fort, und ich darf mit Recht annehmen, daß sich bei Zutreffen der von mir vorher erwähnten Voraussetzungen auch in der Leichtathletik, im Gewichtheben, im Ringen, im Turnen, im Schwimmen und im Radsport, um nur einige zu nennen, so wie in den Wintersportbewerben wieder internationale Erfolge einstellen werden, die neben dem großen Prestigegegewinn Österreichs in der Welt erwiesenermaßen starke Auftriebe dieser Sportzweige zur Folge haben.

So wichtig die Förderung des Breitensports in Österreich ist, darf dabei aber auch nicht auf eine entsprechende Förderung des Leistungs- und Spitzensports vergessen werden,

zum Beispiel des Wintersports Nr. 1 in Österreich, des Skisports.

Dieser Sportzweig ist derzeit neben dem Eislöfen zweifellos der sportliche Aufhänger Österreichs in der ganzen Welt und ist gleichwohl Fremdenverkehrs- und Wirtschaftsfaktor ersten Ranges. Wir sollen uns aber, von der Portillo-Enttäuschung abgesehen, nicht nur von Herzen freuen über diese Erfolge, die die Rennläufer in der Welt für Österreich bisher errungen haben.

Um künftige neuerliche Erfolge zu gewährleisten, wird diesem Sportzweig, insbesondere aber dem Nationalkader, nunmehr eine weit höhere finanzielle Förderung zuteil als bisher. Das Bundesministerium für Unterricht hat dem Skisport durch die Bestellung von Professor Hoppichler als Rennsportleiter, durch eine namhafte Erhöhung der Jahressubvention im erfreulichen Zusammenwirken mit der Industrie und dem Gewerbe wesentliche neue Impulse vermittelt, die bei gleichzeitiger Förderung nach einer straffer Organisation und der Anwendung neuer wissenschaftlicher Trainingsmethoden auch wieder neue Erfolge für unser Land erhoffen lassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich nun ganz kurz dem derzeitigen Sorgenkind des österreichischen Sports, dem Lieblingssport der Österreicher, dem Fußball, zuwenden. Wenn wir auch derzeit mit unserer Nationalmannschaft an die Erfolge des Wunderteams der dreißiger Jahre nicht heranreichen, dürfen wir trotzdem nicht übersehen, daß nach wie vor jedes Wochenende über 1000 Amateurvereine dem Spiel mit dem runden Leder huldigen und Hunderttausende damit in ihren Bann ziehen.

Ich denke da insbesondere an die riesige Zahl von Aktiven und ehrenamtlichen Funktionären der Vereine, deren Wettspielbetrieb sich Woche für Woche in einem dichten Netz bis in die entlegensten Teile unseres Bundesgebietes erstreckt. Der Fußball ist damit einer der größten Repräsentanten des Breitensports, dem für diese vielfach uneigennützige Tätigkeit im Dienste einer sinnvollen Freizeitgestaltung und Jugenderziehung Anerkennung gebührt.

Überdies darf nicht vergessen werden, daß der Fußball Hauptträger des österreichischen Sporttotos ist, das seit 17 Jahren das finanzielle Fundament für alle österreichischen Sportverbände darstellt. Die Erträge aus dem Sporttoto weisen aber eine konstant rückläufige Tendenz auf, deren Leidtragende alle aus Totomitteln geförderten Sportverbände sind.

Während also die Einnahmen der Sportverbände laufend zurückgehen, steigen die

2348

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Ofenböck

notwendigen Aufwendungen. Um diese Lücke schließen zu können, reichen auch die um 23 Prozent erhöhten Sportförderungsmittel des Bundes bei weitem nicht aus. Es wird daher die Frage zu prüfen sein, ob der Bund aus seinen Einnahmen aus dem Sporttoto — sie betrugen im Jahr 1965 immerhin noch 28 Millionen Schilling — für die Sportverbände in Zukunft nicht zusätzliche Förderungsmittel freimachen kann. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Das ist Demokratie, Herr Kollege, das ist bei Ihnen scheinbar fremd!

Meine Damen und Herren! Der österreichische Sport leidet zum Teil aber auch unter fehlenden Kompetenzen für besondere sportliche Angelegenheiten. (Abg. Peter: Freistilringkampf!) Herr Kollege! Sie sind anscheinend kein Sportler. Man muß das sagen, solange das Fernsehen läuft; aber es ist leider nicht mehr möglich. Ich wollte sagen, Sie gehören jedenfalls nicht zu den Sportförderern. (Abg. Peter: Aber gegen Sie trete ich in jeder Disziplin an! — Heiterkeit.) Oh, das ist angenommen, Herr Kollege, wann treffen wir uns? (Abg. Haberl: Beim Schwimmen! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Tull: Machen Sie schnell einen Handstand! — Abg. Glaser: Bauchaufzüge kann Peter besser als du!)

Präsident Wallner: Ich bitte um etwas mehr Ruhe!

Abgeordneter **Ofenböck** (fortsetzend): Ich darf Sie bitten, mir noch ein bißchen zuzuhören.

Nach der geltenden Kompetenzlage sind die Bundesländer für den Sport zuständig. Diese Zuständigkeit wurde leider noch nicht von allen Bundesländern ausreichend wahrgenommen. In einer Reihe von Bundesländern haben die Landtage Sportgesetze geschaffen. In diesen Ländern bestehen auf gesetzlicher Basis bei den zuständigen Ämtern der Landesregierungen auch Sportreferate.

In drei Bundesländern bestehen ähnliche Einrichtungen, aber ohne gesetzliche Grundlage. Alle Landessportreferate haben in den angeführten Bundesländern maßgeblichen Anteil an der bisherigen erfreulichen Entwicklung des Sports.

In zwei Bundesländern gibt es aber weder Sportreferate noch Landessportgesetze. Ich erlaube mir daher, im Interesse der Sporttreibenden jener Bundesländer, in denen es keine dieser Einrichtungen gibt, die zuständigen Landtage zu ersuchen, sowohl die Schaffung von Sportreferaten bei den Ämtern dieser Landesregierungen als auch die Beschlußfassung von Landessportgesetzen in die Wege zu leiten. (Abg. Dr. Tull: Welche Länder sind das?) Das sind Burgenland und Niederösterreich. (Heiterkeit. — Abg. Peter: Darum

reden Sie so lang! Jetzt verstehen wir Sie!) Glauben Sie mir, daß das schon noch kommen wird, und haben Sie ein bissel Geduld. (Abg. Dr. Tull: Das war ein Eigentor!) Aber nein. (Abg. Anton Schlager: Kollege Tull! Reden Sie nicht auch noch vom Sport, um Gottes Willen!)

Meine Damen und Herren! Ich bin gleich am Ende. Ich bitte Sie, lassen Sie mich hier noch einmal eine Begründung geben.

Erst auf dieser im Artikel 18 des Bundes-Verfassungsgesetzes begründeten Rechtsbasis wird es möglich sein, die volle Wirksamkeit der österreichischen Sportorganisation auf Landesebene zu erreichen.

Nach einem einstimmig gefaßten Beschuß sowohl des Bundessportrates als auch des Bundessportfachrates bemühen sich diese beiden Sportorganisationen aber auch um eine bundesgesetzliche Regelung des Sportwesens in Österreich für Angelegenheiten des Amateursports, soweit diese über den Interessensbereich eines Landes hinausgehen.

Gegen diese Bestrebungen, die nur im Wege einer Verfassungsänderung verwirklicht werden könnten und in deren Folge ein Bundessport-organisationsgesetz zur Legalisierung der bisher auf freiwilliger Basis bestehenden österreichischen Bundessportorganisation geschaffen werden müßte, werden verständlicherweise seitens einiger Bundesländer ernst zu nehmende Bedenken angemeldet.

Ich glaube aber, man darf der österreichischen Sportorganisation die angestrebte Selbstverwaltung nicht mehr länger vorenthalten, die ich als eine der notwendigen Voraussetzungen für ein geregeltes Verhältnis zum Staat und des von ihm dabei einzuräumenden Mitspracherechtes der Sportorganisationen in allen Sportfragen erachte. Es sollte sich daher meiner Überzeugung nach bei einem guten Willen auf allen Seiten doch ein Weg finden lassen, der zu einer befriedigenden gesetzlichen Fundierung und damit auch zu einer wissameren Förderung des österreichischen Sportwesens durch alle Gebietskörperschaften führt.

Österreich braucht, und die Österreicher wollen, glaube ich, auch keinen Staatssport. Die derzeit bestehenden Sportorganisationen haben sich organisch entwickelt, und sie funktionieren. Es bedarf weder eines Sportministeriums noch eines eigenen parlamentarischen Ausschusses für Sportangelegenheiten. Geben wir aber den Sportorganisationen, den Dach- und Fachverbänden, die bisher fehlende Rechtsbasis und lassen wir sie in freier Entfaltung ihrer Tätigkeit für Österreichs Jugend von dieser aus in jenen überaus nützlichen Konkurrenzkampf treten, von dem her insbesondere auch im Sport höhere Leistungen und Erfolge zu erzielen sein werden.

Ofenböck

In dem Bewußtsein, daß der Sport, dem man allerwelts gerne einräumt, eine völkerverbindende Funktion auszuüben, diese menschenverbindende Funktion auch innerhalb unserer Staatsgrenzen ausüben kann, fühle ich mich als Sprecher von mehr als einer Million in den Sportverbänden Österreichs zusammengefaßter Sportler und erlaube mir, Sie alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, darum zu ersuchen, im Sport ein Anliegen des ganzen Volkes zu sehen, dessen verstärkte Förderung im Interesse der Volksgesundheit und der körperlichen und ganzheitlichen Bildung und Formung der österreichischen Jugend unsere Zustimmung braucht und auch verdient. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm. (Abg. Ing. Kunst: *Die ideelle Unterstützung nützt nichts, die Sportorganisationen brauchen auch Geld! Idealisten haben wir genug, aber kein Geld für den Sport!* — Abg. Dr. Kranzlmayr: „Kunst“ muß an Schilling leichn? — Heiterkeit. — Ruf bei der SPÖ: *Wie immer: Die ÖVP tut nur viel reden!* — Abg. Ing. Kunst: *Immer schöne Worte, wenn es nichts kostet!*)

Ich bitte um Ruhe und mit den Zwischen gesprächen aufzuhören, damit die Verhandlungen in Ordnung geführt werden können.

Der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist mir recht angenehm, daß ich die Oppositionsrede meines Vorgängers, die sich allerdings auf den Sport erstreckt und die dortige Pleite aufgezeigt hat, die offensichtlich eine Folge der „großartigen“ Planungspolitik auf diesem Gebiet ist, auf einem anderen Gebiet, dessen Priorität wir hier behaupten möchten, forsetzen kann.

Ich könnte mich allerdings darauf beschränken, darauf zu verweisen, daß die Freiheitliche Partei durch meinen Mund hier schon im Frühjahr dieses Jahres zu dem damals vorliegenden Budget ihre Auffassung kundgetan hat, die nur in einer vernichtenden Kritik bestehen konnte. Billigerweise wird man mir zugeben, daß gegenüber diesem damals hier zu behandelnden Budget das nunmehr vorliegende nur einen sehr, sehr bescheidenen Fortschritt darstellt, keineswegs aber ein Dokument ist, aus dem man ablesen könnte, daß man mit dem Vorsatz, Bildung, Kunst, Kultur jene Priorität einzuräumen, wie es im ÖVP-Programm heißt, ernst macht.

Aber ehe ich mich darauf einlasse, diese Kapitel des Budgets zu kritisieren und abzu-

lehen, darf ich mich ganz kurz auch mit dem Hauptredner der ÖVP, dem Herrn Abgeordneten Harwalik, auseinandersetzen. Sie haben uns, Herr Abgeordneter Harwalik, der Opposition — ich glaube, Sie haben beide Oppositionsparteien damit treffen wollen —, vorgeworfen, wir übten nur negative Kritik (Abg. Dr. Gorbach: *Stimmt!*), nur obstruktive Opposition in diesem Hause. (Abg. Harwalik: *Ja!*) Das wäre sehr leicht zu widerlegen. Ich darf darauf hinweisen, daß wir bei einer ganzen Reihe von Gesetzen, die zwar nicht das vorliegende Kapitel betreffen, wie etwa bei den Wirtschaftsförderungsgesetzen, dem Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz, das hier einschlägig wäre, dem Gesetz über die Krankenversicherung der Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft, durchaus gezeigt haben, daß wir dort, wo jene staatspolitischen Überlegungen, die wir hier auch als Opposition selbstverständlich zu treffen haben, uns eine Mitarbeit möglich machen, diese Mitarbeit in positiver Weise zum Ausdruck bringen. Dort aber, wo sowohl Überlegungen der Staatsräson wie auch bestimmte Grundsätze, die wir als Freiheitliche Partei hier zu vertreten haben, nicht erfüllt sind, erlauben wir uns eben, in Form der Kritik und der Ablehnung unseren Standpunkt festzuhalten. Wir haben diesen Standpunkt hier im Hohen Hause in der Legislaturperiode, in der die ÖVP als Alleinregierung die Verantwortung für die politische Verwaltung in Österreich zu tragen hat, eindeutig zum Ausdruck gebracht und werden alle hier anstehenden Fragen nach diesen beiden Grundsätzen behandeln: staatspolitische Notwendigkeit und Vertretbarkeit und Übereinstimmung mit unabdingbaren Grundsätzen freiheitlicher Politik.

Es hat sich aber hier im Hause eingebürgert, daß man immer wieder von seiten der Regierung glaubt, feststellen zu müssen: Was ist Opposition? Wie hat sie sich zu vollziehen? Was ist konstruktive, was ist obstruktive Opposition? — Ich glaube, die Regierungspartei ist am wenigsten befähigt und in der Lage, diese Kriterien festzulegen. (Abg. Dr. Gorbach: *Aber wohl zu unterscheiden!*) Dies ist unsere Haltung.

Ich glaube aber, Herr Abgeordneter Harwalik, gerade für das in Rede stehende Kapitel werden Sie doch zugeben, daß wir uns bemüht haben — nicht nur im Meritorischen der Gegenstände, die wir im Unterrichtsausschuß und im Unterausschuß des Unterrichtsausschusses zu behandeln hatten —, wirklich mit Ernst zu prüfen, mit positiven Vorschlägen und Beiträgen die gemeinsame Arbeit voranzutreiben, die dann schließlich auch zu gemeinsamer einstimmiger Verabschluß der

2350

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dr. Scrinzi

entsprechenden Gesetzesvorlagen geführt hat. Sie werden zugeben, daß die Abgeordneten sowohl der Sozialistischen wie auch der Freiheitlichen Partei darüber hinaus gegen bestimmte Gepflogenheiten und Regeln, auf die wir uns alle geeinigt haben, bereit waren, auch während laufender Haussitzungen in Ausschußsitzungen und Unterausschußsitzungen zu gehen, daß sie bereit waren, nach aufreibenden und langwierigen Sitzungen noch Nachtstunden dafür aufzuwenden, um das gemeinsame Werk voranzutreiben.

Aber, meine Herren von der ÖVP, ich darf hier mit Hilfe des Herrn Unterrichtsministers Thomas von Aquin zitieren. Mit ihm hat der Unterrichtsminister in der Konsultativversammlung des Europarates am 30. September 1966 geschlossen. Thomas von Aquin sagt: „Wenn auch alle Dinge, sofern sie Dasein haben, göttliche Wesenheit abbilden, so bilden doch nicht alle sie auf eine und dieselbe Weise ab, sondern auf verschiedene Weise und in verschiedenem Maße.“ — Wir wollen uns hier nicht in diesen hohen Sphären bewegen, aber was hier gesagt wird, gilt ganz grundsätzlich für die Art, wie eine Demokratie funktionieren muß und auch nur funktionieren kann: daß man eben letzten Endes auf verschiedene Weise und mit verschiedenen Mitteln versucht, ein gemeinsames Ziel — und im großen und ganzen glaube ich, daß wir alle zusammen dieses gemeinsame Ziel haben — zu verfolgen.

Aber was macht Ihre Partei? Sie hat dieses unser redliches Bemühen honoriert mit der exklusiven Anweisung: Es ist der Wunsch der Parteiführung, die FPÖ jetzt und in Zukunft in nachstehendem Sinne stärker zu kritisieren als bisher. Wir bitten deshalb unsere Blätter um Abdruck des folgendes Artikels ... Dieser Artikel ist ein Pamphlet, wie es nicht mehr zu überbieten ist. In diesem Pamphlet wird uns unterschoben, daß wir unsere Aufgabe darin sehen, ins nationalsozialistische Fahrwasser einzuschwenken, die Vergangenheit zu glorifizieren und ähnliches.

Das, meine Damen und Herren von der ÖVP, gibt Ihnen nicht die Autorität, von hier aus immer von der Demokratie und von der besseren Demokratie zu reden. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Wir schaffen eine Lehrkanzel für bessere Demokratie, und die freiheitliche Fraktion wird es ermöglichen, Ihrem Klubobmann, dem Herrn Generalsekretär Dr. Withalm, dort einen Freiplatz zu verschaffen, damit er einmal lernt, wie bessere Demokratie aussieht. (*Beifall bei der FPÖ.* — *Abg. Harwalik: Er wird Ordinarius!*) Zum Ordinarius reicht es nicht, das Gründexerzier ist dort notwendig. Wenn Sie nicht mehr

beizutragen haben, als uns als eine Partei zu qualifizieren, die mehr „frechheitlich“ als „freiheitlich“ ist, dann haben Sie sich selbst damit gerichtet. Das ist der Jargon, der bei Gott einer demokratischen Partei — und ich zweifle nicht daran, daß Sie eine solche sein wollen — nicht würdig ist. Sie müssen es sich endlich einmal abgewöhnen, hier zu meinen, Österreich sei gleich ÖVP und politische Weisheit sei gleich Programm des Kabinetts Klaus II. So einfach ist es nicht.

Die Aufgabe der Opposition ist es, durch die Herausarbeitung abweichender und anderer Standpunkte zu dokumentieren, daß Österreich wir alle sind und daß für die politische Gestaltung dieses Österreich auch die Opposition eine mindestens ebenso verantwortliche Aufgabe hat wie die Regierung, wenngleich diese Aufgabe schwieriger und unbedankter ist. Das sei einmal hier festgehalten. Ich bedaure es, daß Ihr Herr Generalsekretär nicht da ist, ich hätte ihm für diesen Freikursus in besserer Demokratie gleich ein paar Dissertationsthemen vorzuschlagen, zum Beispiel: Die Entwicklung der Zensur in Österreich von Metternich bis zu Hermann dem Eisernen — das wäre ein sehr interessantes Thema; oder zum Beispiel das Thema: Was ist konstruktive Opposition? oder das Thema: Das Notensystem für demokratisches und patriotisches Verhalten im österreichischen Nationalrat.

Herr Abgeordneter Harwalik! Es ist Ihr gutes Recht, in bezug auf Ihre Bildungspolitik Optimismus an den Tag zu legen. Ich möchte sogar meinen, es gehört zu Ihrer Pflicht, solchen Optimismus zu demonstrieren. Wir verharren nicht in einer negativen, pessimistischen, destruktiven Haltung, wir sind in einer Haltung der Kritik und — nach dem, was wir nach einem halben Jahr ÖVP-Regierung erlebt haben — auch in einer Haltung verstärkter Skepsis. Man kann diese Haltung nicht einfach diffamieren, denn ich glaube, daß diese Haltung notwendig ist. Es wird sich weisen, daß in diesem gewissermaßen dialektischen Verfahren, das sich in einer Demokratie abzuspielen hat, diese Haltung sogar eine Voraussetzung für das Funktionieren dieses Systems ist.

Es kommt noch eines dazu: Selbstverständlich kann man die optimistische Schau eines bestimmten Problems mit allen möglichen Zahlen unter Beweis stellen und zu objektivieren versuchen. Sie haben hier die „Furche“ zitiert — Sie werden uns zubilligen, ein Organ, von dessen objektiver Haltung wir nicht unbedingt überzeugt sind. Sie haben auch den zweifellos angesehenen und untadeligen Professor Schweizer zitiert, als Sie nachweisen wollten, daß sich an der

Dr. Scrinzi

steigenden Zahl jener Absolventen der Pflichtschulen, die ein normales Abschlußzeugnis erreichen, ablesen lasse, daß die Qualität dieser gleichen Schulen in ständiger Zunahme begriffen sei.

Das ist natürlich eine sehr euphemistische Betrachtungsweise. Demgegenüber müssen wir Ihnen die ganz anders lautenden Erhebungen und Erfahrungen entgegenhalten, die die Wirtschaft macht, wo dasselbe Problem von der Frage aus beurteilt wird, wie der Absolvent dieser Schulen aussieht, wenn er als Lehrling oder als Anlernling in die Wirtschaft, in die Industrie in größere oder kleinere Betriebe eintritt. Sie werden sich bei Ihrem Handelskammerpräsidenten informieren können, daß, von dieser Warte aus betrachtet, der Schulerfolg nicht so optimistisch betrachtet werden darf.

Wir dürfen eines nicht übersehen: Bei diesem Verfahren ist ja nicht jenes Phänomen einkalkuliert, daß die ständig absinkende Leistungsanforderung hier ein positives Ergebnis vortäuscht, das eben nur ein relatives ist. Wenn wir hier sogar noch heranziehen, daß wir recht vernehmliche Klagen von den Hochschulen hörten, daß auch der Reifegrad der Absolventen der Mittelschulen nicht so optimistisch gesehen werden darf, wie Sie ihn sehen, daß es Schwierigkeiten gibt, Maturanten der Mittelschulen besonders auf den technischen Hochschulen in den Hochschulbetrieb einzuführen, weil eine ganze Reihe von grundlegenden Voraussetzungen fehlen, ja daß wir in einzelnen Fällen vernehmen mußten, daß Mittelschulleitungen darauf hingewiesen werden mußten, daß das Maturantengut aus diesen Schulen in einem hohen Prozentsatz den Reifeanforderungen der Hochschulen nicht entspricht, wenn wir uns all das vor Augen halten, so sind das Tatsachen, die Ihren Optimismus jedenfalls erheblich dämpfen müßten.

Nun bin ich der Meinung, daß diese Entwicklung nicht daran liegt, daß wir heute schlechtere Lehrer oder weniger einsatzbereite Lehrer haben. Genausowenig liegt es daran, daß etwa die kommende Generation oder die jetzt heranwachsende Generation — es sind ja letzten Endes unsere eigenen Kinder — eine Qualitätsminderung in bezug auf ihren Intelligenzgrad aufweisen, sondern es muß an Fehlern des Erziehungs- und Bildungssystems liegen, und zwar, wie wir meinen, an Fehlern, die auf eine Vernachlässigung dieser wichtigen politischen Aufgabe durch Jahre, ja ich möchte sagen, durch Jahrzehnte zurückgehen.

Nun erkennen wir nicht die Schwierigkeiten, wir wissen, daß es nicht so einfach ist,

solche Fehler in einem halben Jahr einer Alleinregierung von der Wurzel an zu beheben. Wir haben aber nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, zu prüfen, ob das, was sich als Ansatz einer notwendigen Wende im Budget darstellt, nach unserer Auffassung ausreichend ist. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns den Kopf Ihres Herrn Finanzministers zu zerbrechen. Aber Sie selber haben in Ihr Regierungsprogramm und in Ihre Wahlpropaganda die Priorität von Forschung, Wissenschaft und Bildung hineingenommen, und Sie haben uns — ich bitte zu entschuldigen, wenn ich hier auch namens der linken Seite des Hauses festhalte, was aus den Ausführungen der Sprecher der Sozialistischen Partei, die bisher am Wort waren, zu entnehmen ist — nicht überzeugen können, daß ein solcher Ansatz in diesem Budget gefunden wurde.

Wir haben immer betont, daß in der Entwicklung bis zum März 1966 Sie mit der Sozialistischen Partei die Haftung für das Gute, aber auch für das Schlechte der abgelaufenen Koalitionsära zur ungeteilten Hand haben. Wir wollen jetzt nicht rückschauend noch einmal alle die Versäumnisse und groben Sünden kritisieren, wir wollen uns auf die Zukunft hin orientieren. Warum sind wir besonders kritisch? Weil das — ich sage das ganz ruhig und ohne Polemik, ich weiß es durchaus — strukturelle und historische Gründe hat, weil wir wissen, daß die konservativen Parteien — das gilt nicht nur hier in Österreich, sondern ganz allgemein — durch Jahrzehnte auch ausgesprochen bildungsfeindliche Parteien waren.

An dem guten Willen des Herrn Bundesministers, in dieser Richtung in Ihrer Partei eine Änderung herbeizuführen, zweifeln wir nicht, aber wir wissen, daß Sie hier auf große Widerstände stoßen.

Ich weiß nicht, ist es nur gut erfunden — aber es könnte wahr sein, so gut ist es —, jedenfalls wird mit dieser Anekdote gerade die Bildungsfeindlichkeit Ihrer Partei demonstriert: Einem ÖVP-Bürgermeister wird in die Schuhe geschoben, daß ein Lehrer bei ihm vorgesprochen hat mit dem bescheidenen Wunsch, man möge endlich für die Schule eine Karte von Europa besorgen. Worauf derselbe Dorfpotentat nur zu sagen hatte: Z'wegen was brauchen wir denn eine Karte von Europa? Wer weiß, kummt ana von uns amol hin! (Abg. Glaser: Aber das ist schon hundert Jahre alt!) Das ist in vielen Punkten die Einstellung, die Sie an den Tag legen. Se non è vero, è ben trovato, ich wiederhole es noch einmal.

Das hat die Haltung Ihrer Partei lange Zeit hindurch gekennzeichnet. Darin liegen

2352

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dr. Scrinzi

ja auch die Schwierigkeiten, daß sich der Unterrichtsminister mit seinen Wünschen im Rahmen des vorliegenden Budgets nur sehr bescheiden durchsetzen konnte. (Abg. Harwalik: *Wer hat die Schulreform und die Hochschulreform initiiert? Die ÖVP-Unterrichtsminister. Das ist die Wahrheit!*) Das ist, glaube ich, nicht ganz richtig. (Abg. Harwalik: *Wer denn sonst?*) Wir haben hier Zeitgenossen und Augenzeugen dieser Entwicklung, die wahrscheinlich noch nach mir zum Wort kommen, und ich möchte es den Damen und Herren der SPÖ überlassen, diese Behauptung auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Ich habe es anders gelesen und anders gehört, auch in diesem Hause. (Abg. Harwalik: *Ich kenne die Dokumentation, die Damen und Herren der Linken auch!*)

Damit möchte ich zusammenfassen, meine Damen und Herren: Zu dem Optimismus, in dem Sie hier gemacht haben, ist kein Grund, und es dient der Sache nicht, wenn man notwendige Kritik, die von uns aus hier angebracht werden will und muß, dadurch entwertet, daß man sagt: Ihre rein obstruktive negative Haltung, uns, die ÖVP, um jeden Preis zu verteufln, kennen wir, infolgedessen ist es gewissermaßen nicht wert, hinzuhören auf das, was Sie hier sagen. — Ich glaube, es ist wert, daß Sie sich uns anhören, und ich möchte sogar noch mehr sagen: Wir sind Ihre echten Bundesgenossen, die Bundesgenossen des Herrn Unterrichtsministers und jener fortschrittlichen Kräfte in Ihrer Partei, die das Problem der Bildung, das Problem der Forschung und der Wissenschaft richtig erkannt haben. Ich mute das ja nicht zum Beispiel dem Herrn Fachleutner zu, der versteht von anderen Problemen etwas. Aber wir sind bemüht, gerade den reformwilligen Kräften Ihrer Partei hier zu sekundieren. (Abg. Glaser: *Aber Ihr könnt auch nicht leugnen, daß euer Bundesobmann ein Lehrer ist!*) Und zwar ein guter Lehrer ist unser Bundesobmann, auch ein guter Lehrer in Demokratie. (Abg. Glaser: *Ein Hilfsschullehrer!* — Heiterkeit. — Abg. Peter: *Den scheinen Sie auch notwendig zu haben!* — Abg. Dr. J. Gruber: *Ein guter Lehrer schon, aber kein guter Parteiobmann!*) Infolgedessen bitte ich Sie, meinen Beitrag hier eben unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß wir Ihren Unterrichtsminister bei jenem notwendigen Durchbruch zur Bildungsrevolution unterstützen wollen. Wir wollen ihn hier nicht zum Karnickel im Hause machen, weil man ihn ja nicht für alles das, was innerhalb der Regierung möglich und nicht möglich ist, verantwortlich machen kann.

Darf ich aber vielleicht einen unverfänglichen Zeugen anführen, der das, was ich jetzt von

ihm zitiere, gesagt hat, ich möchte sagen, jenseits von glattem Optimismus, aber auch jenseits von billigem Pessimismus. (Abg. Doktor Gorbach: *Fachleutner!*) Der ist noch nicht so weit, und ich zweifle, ob er jemals so weit geraten wird. Aber Sie, Herr Doktor Gorbach, werden das besser wissen, so gut kenne ich ihn nicht.

Unserer Welt droht eine Krise, deren Umfang anscheinend denen entgeht, in deren Macht es steht, große Entscheidungen zum Guten oder zum Bösen zu fällen. — Das wird gesagt von Albert Einstein zum Problem der Wissenschaft, insbesondere auch zum Problem der ungeheuren Verantwortung, die die Wissenschaft in unserer modernen Welt hat.

Wir sind die unentwegten Rufer in dieser Richtung hier im Hause gewesen. Das können Sie nicht bestreiten. Wir haben auch hier im Frühjahr — ich als Sprecher der Freiheitlichen Partei — zum Ausdruck gebracht, daß wir der Meinung sind, daß wir im Rahmen der üblichen ordentlichen budgetären Möglichkeiten das Problem der österreichischen Forschung, der österreichischen Wissenschaft, der österreichischen Hochschulen nicht werden lösen können. Wir haben hier zum Ausdruck gebracht, daß es sich nicht um ein billiges Schlagwort, sondern um einen echten Notstand handelt und daß wir über die Kritik, wie es zu diesem Notstand gekommen ist, hinaus dazu vorstoßen müssen, den Notstand wirksam und in wirksamer Zeit zu beheben. Denn hier gilt das gleiche, was man von mancher Medizin sagen muß: Sie muß in der nötigen Dosis und zur rechten Zeit gegeben werden. Wenn wir die Sanierung dieses Notstandes im Jahre 1980 oder 1990 erreichen, dann ist es keine wirkliche Sanierung mehr, dann reicht das nicht aus, um hier zu überleben.

Wir haben deshalb schon im Frühjahr vorgeschlagen: eine Forschungsanleihe, die Förderung der Privatinitiative zum Ankurbeln der Forschung durch entsprechende steuerpolitische Maßnahmen und ein Notopfer der gesamten Bevölkerung für die Forschung. Ich glaube, bei ausreichender Aufklärung — und ich wiederhole das nochmals — wäre die österreichische Bevölkerung ebenso bereit, für diesen weniger greifbaren Notstand — weniger als etwa jetzt in den Katastrophengebieten — gleichfalls Opfer zu bringen. Die Regierungspartei hat dieser Bevölkerung — ich rede jetzt nicht von der Hochwasserhilfe — außerhalb dieses Notstandes manches Opfer zugemutet, das sie zwar nicht mit Begeisterung, aber immerhin auf sich genommen hat. Hier, glaube ich, können wir auf die Unterstützung und die Mithilfe aller

Dr. Scrinzi

verantwortlichen Bürger dieses Landes rechnen, die in der Lage sind, über den Gartenzaun und über den morgigen Tag hinauszuschauen.

Es ist notwendig, auch auf die Gefahr hin, daß manches wiederholt wird, was schon gesagt wurde, zum Beispiel auf den heute schon zitierten OECD-Bericht zu verweisen. Wir berauschen uns immer an den Zahlen, die den Bürger, der in einer kleinen Republik heranwächst, begreiflicherweise leicht beeindrucken, und meinen, wenn hier von 50 oder 100 Millionen Schilling die Rede ist, das sei schon weiß Gott was. Wir müssen hier Illusionen nehmen und den Bürger darauf hinweisen, daß mit ganz anderen Zahlen und mit ganz anderen Beträgen operiert werden muß, wenn ernstliche Abhilfe kommen soll.

Für die Forschung geben die vergleichbaren Länder des freien Westens, wie wir wissen, 1 bis 3 Prozent ihres Nationalproduktes aus. Dazu kommt, daß in diesen Ländern der Anteil der Privatwirtschaft, der Industrie an der Bewältigung von Forschungsaufgaben ungeheuer groß ist, ein Anteil, der zum Teil in diesen Zahlen noch gar nicht erfaßt ist. Wir geben rund 0,3 Prozent aus. Dabei haben wir jenseits dieser Mittel mit einem fühlbaren Zufluß von zusätzlichen Mitteln nicht zu rechnen, weil wir einerseits nicht über Industrien und Wirtschaftsbetriebe jener Größenordnung verfügen, aus denen namhafte Beträge kommen können, sondern weil nur eine koordinierte Aktion wirklich wirksame Subsistenz herbeiführen könnte und weil darüber hinaus der österreichische Staat und der österreichische Finanzminister ohnedies 37 Prozent dieses Nationalproduktes wegsteuert.

Vergleichen wir nun einzelne Länder. Holland ist ein Land, das in mancher Richtung deshalb in einer ähnlichen Lage ist, weil die beiden Kriegskatastrophen, die wir verkraften müssen, Holland nach dem zweiten Weltkrieg mit dem Verlust seines ganzen Kolonialbesitzes in eine vergleichbare Lage gebracht haben. Dieses Land hat die Situation erkannt und gibt heute 23 bis 25 Prozent seines Budgets für die Aufgaben der Forschung, der Wissenschaft, der Bildung und des Schulwesens aus. Ich will nicht Saudi-Arabien zitieren, das würde uns allzu sehr beschämen, denn dort gibt man 60 Prozent des Budgets dafür aus. Ich gebe aber zu, daß man natürlich diesen Staat nicht ohneweiters mit uns vergleichen kann.

Es gibt ja genug akute Probleme für uns Österreicher, die wir lösen müssen, und zwar in absehbarer Zeit, wie ich noch einmal betone. Das sind die Probleme des sich verschärfenden internationalen Wettbewerbes, es ist das Problem der erforderlichen Europareife. Ganz

gleich, wie sich die Entwicklung hier vollziehen wird — darüber wird ja noch im Verlauf der Budgetverhandlungen bei anderen Kapiteln verschiedenes zu sagen sein —, müssen wir in absehbarer Zeit in die Lage kommen, in den kommenden größeren wirtschaftlichen, technischen und marktmäßigen Räumen wettbewerbsfähig zu werden.

Unser Handelsbilanzpassivum 1966 übersteigt 18 Milliarden Schilling. Das ist ein gewaltiger Betrag. Aber vergessen wir hinter dieser gigantischen Zahl nicht, daß durch rechtzeitige und frühzeitige Investitionen in die österreichische Forschung und Wissenschaft manches hätte dazu beigetragen werden können, dieses Passivum abzubauen, ganz abgesehen vom unmittelbar produktions- und produktivitätssteigernden Effekt einer von der Forschung her genügend beratenen und unterstützten Wirtschaft.

Sehen wir uns hier zum Beispiel nur die Entwicklung unserer Lizenzbilanz an. Ich bringe nur die Zahlen aus den letzten vier Jahren. Wir zahlen — und das ist leider noch nicht qualitativ untersucht — für eine ganze Reihe von Lizzenzen, die österreichische Wissenschaftler und Forscher entwickelt haben, namhafte Beträge ins Ausland nur deshalb, weil es verabsäumt wurde, in den letzten 20 Jahren diese österreichischen Forscher, Wissenschaftler, Gelehrten, Techniker und so weiter an Österreich zu binden und ihnen in Österreich jene Forschungsmöglichkeiten zu schaffen, die man heute nun einmal braucht. Es geht nicht mehr nur mit Retorte, Bunsenbrenner und einem Zangerl.

Wir haben in den Jahren 1962 bis 1965 — ich runde die Zahlen ab und darf das, Herr Präsident, hier zitieren — folgende Eingänge aus Lizzenzen gehabt, die wir vergeben konnten: 106, 110, 102, 100 Millionen. Die Eingänge sind also zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum haben wir hinausbezahlt 176, 217, 271 und 1965 333 Millionen. Das haben wir gewissermaßen im Ausland investieren müssen, was billigerweise heute auf der Eingangsseite der österreichischen Bilanz aufscheinen könnte. Es lohnt sich, hier zu investieren, das steht doch, glaube ich, ganz außer Zweifel. Aber unsere Situation ist eben traurig, da hilft kein Optimismus, hier muß man die Dinge mit Nüchternheit so sehen, wie sie nun einmal sind. Ich habe hier in erster Linie unsere Hochschulen und unsere Forschungs- und Wissenschaftsarbeit im Auge.

Ich zitiere aus der gewiß nicht als regierungsfreindlich verdächtigen „ibf“: „Die Ausgaben für Forschungsarbeiten an den österreichischen Hochschulen beliefen sich im Vergleichsjahr

Dr. Scrinzi

1963/64 auf 153 Millionen Schilling“ — stellen Sie die Zahlen daneben, die wir allein als Lizenzpassivum im gleichen Zeitraum bezahlen mußten! —, „das sind 0,077 Prozent des Buttonationalprodukts. Hingegen gab die Schweiz für die Hochschulforschung im gleichen Jahr 457 Millionen Schilling ... aus“, die Niederlande 473 Millionen, Schweden 460 Millionen, Frankreich, das fortschrittlichste europäische Land auf diesem Sektor, über 4 Milliarden Schilling, Großbritannien 4,7 Milliarden Schilling. Und die Konsequenz, die daraus gezogen wird, lautet, daß es, um einigermaßen den Anschluß an die internationale europäische — ich rede gar nicht von der amerikanischen — Forschung zu erreichen, erforderlich ist, in den nächsten Jahren die Gesamtaufwendungen für Forschung auf 2 Milliarden Schilling zu erhöhen. Ja, meine Damen und Herren, kann man uns denn Skepsis, ja kann man uns in diesem Zusammenhang Pessimismus verdenken, wie immer wir es nehmen, weil dann immer wieder versucht wird, zu sagen: Ja, aber man kann hier nicht so vergleichen. Wir könnten Ihnen zahllose Vergleichsunterlagen liefern, Sie kennen sie ja wahrscheinlich. Ob wir das von der Frage her betrachten, was Österreich im Durchschnitt für seine Studenten aufwendet, wie es mit dem Aufwand pro Kopf der Bevölkerung in Österreich aussieht — wir kommen immer zu den gleichen tristen Zahlenergebnissen. So zum Beispiel rangieren wir mit 55 S pro Kopf der Einwohner am untersten Ende der meisten Länder der Welt, die Entwicklungsländer eingeschlossen, wogegen etwa die USA das über 30fache je Kopf der Bevölkerung ausgeben.

Ich betone noch einmal: Wir sind überzeugt, daß dieser Notstand nicht von heute auf morgen behoben werden kann. Aber was wir vermissen, und warum wir das Budget kritisieren und ablehnen, ist eben, daß der bisher gezeigte Ansatz uns nicht einmal auch nur eine bescheidene Anhoffnung vermittelt, daß es in absehbarer Zeit anders werde.

Es ist richtig, es sind eine ganze Reihe von neuen Lehrkanzeln geschaffen worden, und es sind auf dem Personalsektor ganz beträchtliche Aufwendungen vorgesehen. Aber wie wollen Sie diese Lehrkanzeln besetzen? Es sind das zum Teil optische Ziffern, die wir hier haben, denn auch in diesem Punkte ist sowohl die vergangene Praxis wie auch der Ruf, den sich Österreich in der Zeit der Proporz herrschaft erworben hat, dermaßen, daß nicht nur eine gigantische Abwanderung des österreichischen wissenschaftlichen Nachwuchses uns heute in ein Vakuum gebracht hat, sondern auch, daß

wir nach wie vor die größten Schwierigkeiten haben, namhafte ausländische Forscher und Gelehrte zu verpflichten, und zwar aus zwei Gründen: Einerseits scheut man aus den vergangenen Erfahrungen heraus den unentwegten Eingriff von hochschulfremden Faktoren in die Hochschulen. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Welche Eingriffe sind das?*) Na, darf ich nur die Lehrkanzel für Anatomie in Wien als akutes Beispiel anführen. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Ist das ein Eingriff?*) Ich möchte das im Rückblick auf die Vergangenheit nicht polemisch darstellen. Ich könnte unzählige Beispiele erwähnen, wo der beschämende Proporzstreit bei der Besetzung von Lehrkanzeln namhafte Gelehrte abgeschreckt hat, einem Ruf auch nur zu folgen. Auch in der jüngsten Zeit war das der Fall. Ich werde auf ein solches Beispiel noch zurückkommen. (*Abg. Dr. Gorbach: Bezahlung und Wohnung!*) Und das zweite ist, Herr Dr. Gorbach, Sie nehmen es mir aus dem Mund, das Problem der Honorierung und Wohnung. Das ist doch zugleich auch das Armutzeugnis, das wir uns damit ausstellen, daß wir selbst diese primitivsten Voraussetzungen, daß ich einem zu berufenden Hochschullehrer eine Wohnung zur Verfügung stellen kann, offensichtlich bisher nicht in befriedigender Weise zu lösen in der Lage waren. Also werden wir den effektiven Aufwand für Hochschulen, Wissenschaft und Forschung um den nicht unerheblichen Betrag reduzieren müssen, der im Budget zwar eingesetzt, aber nicht liquidiert werden wird können, weil wir nicht in der Lage sein werden, das Soll an vakanten alten und neuen Lehrkanzeln auch nur annähernd zu erfüllen.

Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit, auch aus Ihrer unmittelbaren Umgebung, sind die Verhältnisse an der Nervenklinik in Graz. (*Abg. Dr. Gorbach: Bewerber, bitte!*) Bewerber sind vorhanden, Vorschläge des Kollegiums liegen vor. Aber Dinge, von denen ich nur ganz global behaupte, sie haben mit Fragen zu tun, die jenseits der wissenschaftlichen und fachlichen Qualifikation des vom Kollegium vorgeschlagenen, zu berufenden Hochschullehrers liegen, haben bisher die Besetzung dieser Lehrkanzel verhindert. Und damit ist die zweite Lehrkanzel von den dreien, die wir auf diesem nicht unwichtigen Fachgebiet in Österreich haben, nunmehr das dritte Jahr unbesetzt. Die gleiche Misere haben wir mit der Nervenklinik in Innsbruck, wo — seit 1954, glaube ich, geht das — die Sache mit dem Lehrkanzelhaber dazu geführt hat, daß diese Lehrkanzel verwaist ist, daß darüber hinaus die Klinik die längste Zeit überhaupt ohne habilitierten Lehrer war und daß wir jetzt die Klinik seit Jahren supplieren lassen mit dem Resultat, daß sich dort keiner habilitieren kann, er muß

Dr. Scrinzi

sich in Wien habilitieren, und das ist mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden, wie jeder weiß, der mit der Sache vertraut ist.

Ich will auch hier nicht etwa primär sagen, es sind politische Aspekte, die in erster Linie für diese Zustände verantwortlich sind. Ich will nur an alle Verantwortlichen appellieren, daß man alles tun muß, um nicht solche gefährlichen Vakanzen entstehen zu lassen, denn die Folgen einer solchen langjährigen Vakanz — in Graz hatten wir die Lehrkanzel sieben Jahre verwaist, beziehungsweise nur mit einem Supplenten besetzt — sind von langdauernder Nachwirkung im Sachlichen und im Personellen in der Klinik eines derartigen Instituts.

Ich glaube nicht, daß die neuen Wege, die der Raacher Rat anscheinend empfohlen hat, einen Ausweg aus der schwierigen Lage schaffen werden. Die öffentliche Ausschreibung von Lehrkanzeln bedeutet meines Erachtens nicht nur den Bruch mit einer bewährten Tradition, bedeutet nicht nur das Aufreißen von Problemen der Hochschulautonomie, sondern wird uns auch — glauben Sie mir das — die Probleme bei der effektiven Auswahl von Bewerbern und bei der effektiven Besetzung von Lehrkanzeln und entsprechenden leitenden Stellen nur erschweren. Es wäre erforderlich, daß vom Unterrichtsministerium aus alles getan wird, um zu der notwendigen und nur von der Hochschule selbst zu vollziehenden Erneuerung zu kommen.

Es wird auch notwendig sein, daß wir bestimmte ideologische Tabus in unserer Wissenschaft und Forschung beseitigen, Tabus, die sich sowohl auf rein theoretisch-geisteswissenschaftliche Fächer als auch auf Disziplinen erstrecken, denen wir, wenn wir ein moderner Staat, wenn wir eine moderne Gesellschaft sein wollen, auf die Dauer nicht entraten können.

Lassen Sie mich hier ein Wort sagen — ich spreche jetzt nicht so sehr als Abgeordneter einer hier im Hause vertretenen politischen Partei, sondern aus einer jetzt doch schon ein Vierteljahrhundert währenden praktischen Erfahrung als Arzt und Leiter einer großen Krankenabteilung —, ein Wort zum Thema der Humangenetik, zum Thema der Erbbiologie, zum Thema der Bevölkerungspolitik.

Meine Damen und Herren! Gewiß wissen wir alle, daß mit wissenschaftlichen Einrichtungen vielleicht Mißbrauch getrieben wurde, daß die Wissenschaft unverdienterweise in den Sog von unglückseligen politischen Entwicklungen gekommen ist. Das enthebt uns aber nicht der Pflicht, endlich wieder einmal umzudenken, Tabus zu beseitigen. Das ist nicht allein meine Auffassung, ich kann Ihnen dazu völlig unverdächtige Stimmen zitieren: Professor Mainz

von der Wiener Universität ebenso sehr wie etwa Professor Brücke, den Wiener Pharmakologen, der einem modernen, fortschrittlichen Denken zum Durchbruch verhelfen möchte.

Wir wissen, daß uns die Themen der qualitativen, aber auch der quantitativen Bevölkerungspolitik morgen oder übermorgen beschäftigen werden, besonders uns Österreicher, die wir eingekilt sind in diesem kleinen Staat in der Mitte einer Reihe von sehr kräftigen staatlichen Organismen. Wir sind ein Land mit einer großen, stolzen wissenschaftlichen Tradition. Ich brauche nicht Mendel, ich brauche nicht Czernak-Seysenegg in diesem Hause zu nennen. Ringen wir uns also durch, und verschaffen wir der modernen Wissenschaft, vielleicht, wie ich zugebe, auch gegen den gewissen akademischen Zopf, Zutritt an unsere hohen Schulen, und konfrontieren wir unsere studentische Jugend mit den Problemen, die wir nicht dadurch lösen, daß wir sie nicht sehen wollen.

Wir haben trotz unverkennbarer Bemühungen, die in den letzten Jahren eingesetzt haben, eine Not der Lehre an unseren Hohen Schulen, wir haben den Zustand, daß z. B. Beispiel in bestimmten Fächern an der Technischen Hochschule auf tausend Hörer ein Lehrer kommt. Hier werden wir durch Überbrückungsmaßnahmen Abhilfe schaffen müssen, hier werden wir nicht abwarten können, bis wir die Lehrkanzeln dadurch vermehrt haben, daß wir sie schaffen und dann auch die geeigneten Lehrer für diese Kanzeln verpflichten, sondern daß wir das Dozentenwesen ausbauen, daß wir echte Diätendozenturen schaffen, daß wir die Honorarprofessuren auch materiell sehr stark untermauern, daß wir den Zustand beseitigen, daß zum Beispiel die Kollegengelder — für ein Kolleg 38! — seit 1953 nicht mehr erhöht wurden, jene bescheidenen Einnahmen, von denen manche akademische Lehrer nicht einmal die Fahrkarte bezahlen können.

Wir wissen — ich wiederhole das und stütze mich dabei auch auf Zahlen, die das Unterrichtsministerium selbst erarbeitet hat —, daß der Bedarf an unseren Hohen Schulen, der sich allein aus der dringend notwendigen Sanierung, apparativen Ausstattung, aber auch den unaufschiebbaren Neubauten in den nächsten drei, vier Jahren ergeben wird, jährlich mit mindestens 500 bis 600 Millionen Schilling zu veranschlagen ist. Dazu brauchen wir dann noch jährlich — nicht, um in die gute Mitte europäischen Forschungsniveaus zu kommen, sondern um den Anschluß zu finden — eine weitere Milliarde Schilling von echten, frei verfügbaren Investitionsmitteln für die Forschung selbst.

Die Wege, die wir dazu beschreiten müssen, habe ich schon einleitend angeführt. Ich glaube

Dr. Scrinzi

aber, daß wir auch nach neuen institutionalen Möglichkeiten schauen müssen.

Meine Damen und Herren! Wir sind nicht die Vertreter der Ausweitung des Verwaltungsapparates. Wir haben sehr heftig die Aufpasserstaatssekretäre bündischen Charakters kritisiert, mit denen sich das Kabinett Klaus II ausgestattet hat. Wir sind der Meinung, daß diese Staatssekretariate aufgelassen werden könnten, aber eines könnte geschaffen werden: ein Staatssekretariat für Wissenschaft und Forschung. Denn nur dann, wenn wir alle unsere materiellen, aber auch formalen Möglichkeiten in einem Zentrum zusammenfassen, das sich ausschließlich dieser Lebensaufgabe unserer Republik widmet, werden wir in der Lage sein, die Probleme in der notwendigen Zeit zu bewältigen.

Das wären, in großen Skizzen gesagt, die Aufgaben, die einer solchen Institution gestellt sind: die Koordinierung der Forschungsarbeit an den österreichischen Hochschulen und an den ihnen angeschlossenen Instituten — hier ist festzustellen, daß, zum Teil völlig isoliert, auch in den Ländern draußen wertvolle Arbeit geleistet wird, die von den Hohen Schulen aus menschlich vielleicht begreiflichen Gründen nicht einmal zur Kenntnis genommen wird —, die systematische Koordinierung der österreichischen Forschung mit den internationalen Forschungsstätten und -organisationen, besonders im Rahmen der OECD, der Versuch, die dort bereitstehenden Mittel auch für Österreich nutzbar zu machen; weiters die innerstaatliche Koordinierung aller Hochschulen und Forschungsinstitute mit den Forschungsstätten der Wirtschaft und Industrie. Und die konkreten Aufgaben für die österreichische Forschung? Als eine sehr dringende Möglichkeit habe ich Ihnen anlässlich der Debatte über die Hochwasserkatastrophe zum Beispiel einen Forschungsauftrag genannt, der nun alle Gründe und Hintergründe dieser Katastrophe einmal wissenschaftlich untersuchen, analysieren und zu konkreten brauchbaren Abhilfenvorschlägen kommen könnte.

Was wir weiter brauchen, ist die Koordinierung der Berufsberatung und der Begabtenförderung im Hinblick auf den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen sowie technischen Bedarf; nach einer Planung — und ich gebrauche das Wort Planung ganz bewußt, selbst wenn es vielleicht von einem Teil der ÖVP-Presse mißdeutet werden sollte — im Hinblick auf unseren Bedarf als freier Staat in der Welt, aber auch im Hinblick auf die immer mehr zunehmende wirtschaftliche, technische und industrielle Verflechtung Österreichs mit der ganzen Welt, im besonderen und in erster Linie natürlich mit Europa. Wahrhaft große und notwendige Aufgaben, wie ich glaube!

Und gerade jetzt, wo wir in Österreich dank der Initiativen der Länder, dank aber auch einer sich langsam zeigenden Aufgeschlossenheit hier im Hause in einem Zustand der Neugründung von Universitäten sind, wäre eine solche Koordinierung notwendig. Denn es zeichnen sich jetzt schon gewisse Fehlplanungen ab, es werden jetzt schon aus Prestigegründen Fakultäten und Institute entwickelt, die lediglich eine Konkurrenzierung von an sich schon bestehenden und jetzt schon mangelhaft personal und instrumentell ausgerüsteten Einrichtungen darstellen. Um also hier einer Fehlplanung auszuweichen, wäre es eben gerade in diesem Stadium notwendig, weit vorausschauend zu koordinieren.

Wir bejahren die Notwendigkeit der Neugründung von Hochschulen, und das Land Kärnten meldet sich ja seit einigen Jahren hier nicht nur sehr energisch zu Wort, sondern hat schon große Vorarbeiten geleistet und auch materielle Opfer gebracht, um auch diesem Lande Kärnten eine solche Universität zu schaffen. Aber es geht nicht darum: Universität um jeden Preis!, es geht darum, Universitäten zu schaffen mit echten neuen wissenschaftlichen Schwerpunktbildungen, die abgestimmt sein sollen auf den jeweiligen Charakter des Raumes, seine Probleme, in denen sich solche Universitäten entwickeln. Und diese Schwerpunktbildung muß nicht auf das Jahr 1970 oder auf das Jahr 1980 ausgerichtet sein, sondern auf das Jahr 2000, wenn Sie wollen. Machen wir es anders, daß wir nämlich in einem falsch verstandenen Föderalismus meinen, es muß der Ehrgeiz jedes Landes oder jeder Landeshauptstadt sein, Universitätsstadt zu werden, so werden wir nicht einem gesunden, auch in der Wissenschaft gesunden föderalistischem Prinzip Rechnung tragen, sondern nur dazu beitragen, die Universitäten erbarmungslos und rettungslos zu verprovinzialisieren. Lieber keine als schlechte, mangelhaft ausgerüstete und dotierte Universitäten. Da ist es besser, daß wir hinreichend Stipendien schaffen, daß wir hinreichend Wohnheime in den schon bestehenden Hochschulstädten schaffen, daß wir die schon bestehenden Hochschulen besser dotieren, als daß wir eben aus solchen föderalistischen Prestigegründen Hochschulen schaffen, die nur den Namen haben, aber Hochschulaufgaben nicht zu lösen in der Lage sind. Ich glaube aber, daß wir bei gemeinsamen Anstrengungen auch diesen Neugründungen zu einer echten, in die Zukunft gerichteten Funktion verhelfen können und daß wir alle zusammen es nicht wollen, daß es nur zu einer Verdünnung und Verzettelung der an sich beschränkten Mittel hier kommt. Föderalisierung, aber zugleich eben Spezialisierung und Qualitätsverbesserung.

Dr. Scrinzi

Meine Damen und Herren! Weil wir nun meinen, daß das vorliegende Budget und das einschlägige Kapitel allen diesen Aufgaben nicht — auch nicht im Rahmen des Möglichen, wie wir behaupten — Rechnung trägt, haben wir uns entschlossen, diesem Kapitel unsere Zustimmung zu verweigern.

Aber um gerade noch einmal den negativen Akzent auszuräumen, der uns hier von einem Vorredner der ÖVP unterschoben wurde, möchte ich hier einen Zeugen zitieren, der, glaube ich, unverdächtig ist und zu dessen Grundsätzen und Überzeugungen auch wir, die freiheitliche Opposition, uns bekennen. Er hat gesagt:

„Tätig zu sein, ist unsere Bestimmung, und zwar in jener nützlichen Weise, welche das Wissen in allen seinen Zweigen fördert und erweitert, zum Nutzen der Mitwelt und dem Weiterschreiten der Nachwelt den Weg bahnend, zum Ruhme des teuren Vaterlandes, das Sie mit Stolz die Seinen nennt. Gediegenheit im Denken, Klarheit im Auffassen der Gegenstände, Ernst, Gründlichkeit und Beharrlichkeit im Forschen, Wirken und Durchführen, dies hat man uns Deutschen niemals abgesprochen. — Dies wollen wir auch bewahren, und in herzlicher Eintracht das, was Einzelnen unmöglich wäre, durch gemeinschaftliches Zusammenwirken zu erreichen trachten!“

Das hat Erzherzog Johann 1843 auf der Versammlung der deutschen Naturforscher und Ärzte in Graz gesagt. Und zu dieser grundsätzlichen Haltung und Einstellung bekennt sich auch hier die freiheitliche Opposition im Hause. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kummer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kummer (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist von einer Oppositionspartei nicht zu erwarten, daß sie sich positiv zu dem Kapitel Unterricht stellt. (*Ruf bei der FPÖ: Warum nicht?*) Aber der Herr Abgeordnete Scrinzi hat das bestätigt, was unser Parteifreund Harwalik hier schon festgestellt hat. Es war ein durchaus negativer Aspekt, von dem er ausgegangen ist. Er hat uns Dinge erzählt, die allen bekannt sind. Er hat nichts Neues zur Diskussion über das Kapitel Unterricht beigetragen. Es mag zugegeben sein, daß zuwenig für Bildung und Forschung im Budget steckt — wir wollen nichts beschönigen —, aber es kommt ja nicht allein auf die Mittel an, die im Budget enthalten sind. Bedenken wir auch die private Forschung, die betrieben wird. Da stimmen doch irgendwo die Prämissen nicht, Herr Abgeordneter Scrinzi! Nun, es würde zu weit

führen, auf die einzelnen Details hier einzugehen. Ich habe mir vorgenommen, besonders über ein Kapitel zu sprechen, und das ist die Planung von neuen Hochschulen.

Der Herr Unterrichtsminister hat auf eine Anfrage, die ich am 23. November gestellt habe, mitgeteilt, daß, um die Vorschläge der Rektorenkonferenz zu koordinieren, zu Beginn des kommenden Jahres eine Planungsstelle für die Errichtung von neuen Hochschulen mit allen erforderlichen technischen Einrichtungen geschaffen wird.

Nun, meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten uns die Frage stellen: Wann soll denn eine Hochschule gegründet werden? Es können verschiedene Gründe für die Errichtung von Hochschulen maßgebend sein. Erstens steht im Vordergrund der Bedarf nach Ausbildung von Akademikern, aber auch der Bedarf von Seiten der Forschung her. Ich bin auch der Meinung, daß man bestehende Hochschulen erweitern, ausbauen, ergänzen kann oder neue Parallelhochschulen in Gebieten errichten kann, wo man sich einen Zuwachs an Studierenden erhofft.

Auf diesem Gebiet ist die Frage zu entscheiden, ob zentrale Hochschulstätten entstehen sollen oder für eine Streuung vorzusorgen ist. Es ist also wieder die alte Frage: Zentralisation oder Dezentralisation der Hochschulen, das heißt weiter: große oder kleine Hochschulen. Ich für meine Person befürworte die Dezentralisierung, aber immer ausgerichtet nach dem Bedarf. Diese Dezentralisation muß immer dem Bedarf angemessen sein.

Ich glaube, der Bedarf an neuen Hochschulen ist grundsätzlich gegeben. Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen kurz folgende Ziffern vor Augen führen: Die Universität Wien wurde einst für 4000 Studenten gebaut, heute hat sie 16.000; die Hochschule für Welthandel wurde für 1000 Studenten gebaut, heute hat sie 4500.

Nach der Volkszählung 1961 und dem OECD-Bericht ergibt sich folgende Situation: Auf 10.000 österreichische Staatsbürger entfallen in Wien 69 österreichische ordentliche Hörer, in Niederösterreich 24, im Burgenland 10, in Oberösterreich 27, in Salzburg 34, in der Steiermark 37, in Kärnten 32, in Tirol 36 und in Vorarlberg 26.

Wenn ich jetzt dasselbe Verhältnis der Akademiker zur Wohnbevölkerung nehme, so ergeben sich auf 10.000 der Wohnbevölkerung für Wien 284 Akademiker, für Niederösterreich 80, für das Burgenland 49, für Oberösterreich 93, für Salzburg 149, für die Steiermark 112, für Kärnten 99, für Tirol 153 und für Vorarlberg 111.

Dr. Kummer

Diese Zahlen zeigen eine starke Differenzierung und zeigen das Potential in den einzelnen Bundesländern an. Der Bedarf an Hochschulen ist im Burgenland und in Kärnten am größten, und daher ist dort die Errichtung von Hochschulen wohl am wichtigsten.

Meine Damen und Herren! Das Prestige dürfte aber keine Rolle spielen. Maßgebend ist, ob die entsprechende Hochschülerzahl aufgebracht wird. Daher ist es auch notwendig, die Hochschulstatistik auszubauen. Wir haben darüber schon im Ausschuß gesprochen.

Es ist noch etwas anderes zu berücksichtigen, und das sind die großen Schwankungen in der Zahl der Hörer der Hochschulen, die sich in den nächsten zehn Jahren ergeben werden und die sich auch schon in der Vergangenheit gezeigt haben. Nach dem OECD-Bericht wird in den nächsten zehn Jahren die Zahl der Hochschüler auf 40.000 steigen.

Ebenso schwankend und different ist die Beteiligung von Ausländern an unseren Hochschulen. Einmal waren es 5 Prozent, in den letzten sieben bis acht Jahren ist sie auf 25 Prozent gestiegen. Auch diese Schwankungen und Differenzierungen sind von Ort zu Ort und von Fakultät zu Fakultät verschieden.

Darin liegt die Schwierigkeit einer Planung.

Ich trete durchaus für eine Planung ein. Aber ich möchte in diesem Zusammenhang nochmals auf die Rede der Frau Hofrat Klein-Löw vom 24. Mai dieses Jahres zu sprechen kommen, in der sie der Österreichischen Volkspartei den Vorwurf gemacht hat, einen Konservativismus betrieben zu haben, der den Fortschritt hemmt, nicht nur bei der Jugend, sondern den Fortschritt ganz Österreichs. Wir hören immer wieder, besonders von der linken Seite, den Vorwurf, daß die Minister des Unterrichtsressorts nicht rechtzeitig vorgesorgt hätten, ja daß es zu einer Kulturpleite gekommen sei.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere daran, daß auch andere Länder vor der gleichen Situation stehen. Die Entwicklung konnte eben nicht vorausgesehen werden. Daher ist vor der Neugründung der Bedarf und die Zahl der zu erwartenden Hörer zu prüfen. Wir sind eben auf die Beobachtungen der Entwicklung angewiesen, wie sie sich von unten ergibt. Das ist nun einmal so in einem demokratischen Staatswesen. Ja, die Sowjetunion hat es leicht: Dort wird von oben festgestellt, was für ein Bedarf in dieser und jener Fachsparte besteht, und dann werden eben die entsprechenden Anweisungen und Direktiven gegeben und die Umleitung auf das oder jenes Fach angeordnet. Dafür gibt es dort verschiedene Mittel.

Weiters ist bei einer Neugründung der Lehrplan festzulegen, und zwar wieder nach dem entsprechenden Bedarf. Ich glaube sagen zu können, daß wir uns hüten sollten, in Zukunft neue juridische Fakultäten zu gründen, denn ich glaube, in dieser Hinsicht langt der Bedarf. Dafür fehlt es an naturwissenschaftlichen Fakultäten mit den verschiedensten Spezialfächern. Danach müssen auch wieder die Institute geplant werden, und zwar müssen sie geplant werden mit entsprechenden Professoren, Assistenten, Hilfskräften und den Kräften für die Verwaltung.

Ferner ist die Planung der Bibliotheken notwendig. Auch sie spielt eine enorme Rolle. Gerade auf diesem Gebiet haben wir einen sehr großen Nachholbedarf.

Sehr wichtig, meine Damen und Herren, ist das geistige Konzept. Wir haben uns bisher noch zu keinem neuen Konzept durchringen können. Auch Linz ist nicht das Endgültige. Die neue Universität in Bochum bringt ebenfalls nichts wesentlich Neues. Wir sehen, daß wir nur in einer längeren Entwicklung zu etwas Neuen kommen können. Das Neue entsteht nicht abrupt, plötzlich.

Aber ich glaube, etwas müssen wir bei der Neugründung von Hochschulen berücksichtigen: Der Lokalpatriotismus darf für die Gründung einer neuen Hochschule keine Rolle spielen, denn die Gründung einer Hochschule in einem Lande ist nicht Sache dieses Landes allein, sondern des ganzen Staates. Wir sollten nicht allzu sehr die lokalen Verhältnisse in Betracht ziehen, denn sonst könnten Fehlpläne entstehen. Weiters muß — ich glaube, das ist auch ein sehr wichtiger Faktor, der bei der Planung ins Auge gefaßt werden muß — für genügende Verkehrsverbindungen vorgesorgt werden.

Meine Damen und Herren! All diese Planungsmaßnahmen müssen in Zusammenarbeit mit dem Planungsteam und den Professoren vor sich gehen. Ich glaube folgendes sagen zu können: Mit den Neugründungen in Linz und Salzburg müssen wir wenigstens vorläufig das Auslangen finden. Wenn sich nun Klagenfurt und das Burgenland mit Recht melden, dann sollte mit größter Gewissenhaftigkeit und strenger Prüfung an Neugründungen in diesen Ländern herangegangen werden. Eine andere Frage ist es, ob man nicht gewisse Institute dorthin verlegen sollte; aber das ist schon eine Detailfrage.

Und nun, meine Damen und Herren, zu einer ganz anderen Frage, nämlich zum Europäischen Atomzentrum in Österreich. Wir müssen in Europa bezüglich des Ausbaues der Großbeschleuniger gegenüber Amerika und der Sowjetunion konkurrenzfähig bleiben. Die

Dr. Kummer

Europäische Organisation für Kernforschung, abgekürzt CERN, die 1952 gegründet wurde und ihren Sitz in Genf hat, besteht aus 13 Mitgliedstaaten. Sie will Großbeschleuniger im Ausmaß von 300 Milliarden Elektronvolt schaffen. Die Frage ist der Standort. Ernstliche Konkurrenten in Europa sind Österreich, Frankreich und Belgien. Österreich hat hier große Chancen. Es ist daran gedacht, in Göpfritz im Waldviertel dieses Werk zu schaffen. Bisher wurde nur auf Beamtenebene verhandelt. Ich glaube, man müßte sich aber offiziell darum kümmern. Die Chancen Österreichs, Herr Minister, würden besonders steigen, wenn die Oststaaten für dieses Projekt in Österreich interessiert werden könnten. Es drängt nämlich die Zeit, weil bereits im Juni 1967 die Vorschläge fertiggestellt werden sollen und im Dezember der endgültige Beschuß über den Standort gefaßt werden soll, wenn ich richtig informiert bin.

Meine Damen und Herren! Diese Frage ist für Österreich wichtig genug. Es wurde schon im Laufe der Debatte gesagt, daß besonders das Waldviertel ein Notstandsgebiet ist. Es bedarf keiner Debatte darüber, daß das Waldviertel mit einem solchen Werk enorm gewinnen würde, aber auch die Wirtschaft im allgemeinen, wenn man bedenkt, daß zur Investierung dieses Projekts $3\frac{1}{2}$ Milliarden Schilling notwendig wären. Außerdem paßt es gerade zum heutigen Thema, wenn wir von der Forschung sprechen, denn dieses Werk wäre ein Forschungszentrum ersten Ranges in Europa. Drittens wäre die kulturelle Bedeutung dieses Projekts nicht hoch genug abzuschätzen. Ich glaube, es müßte sich auf höchster Ebene ein Proponentenkomitee bilden, das mit den zuständigen Stellen verhandelt und alles daran setzt, daß Österreich in diesem Wettbewerb als Sieger hervorgeht.

Herr Bundesminister, zum Schluß hätte ich eine Frage. Wann werden die neuen Studiengesetze erscheinen? Ich glaube, wir haben derzeit einen unbefriedigenden Zustand, weil nämlich jetzt schon nach den geplanten Studienordnungen inskribiert wird, für die aber die neue Grundlage fehlt. Bei der Erstellung der neuen Studiengesetze sollte man daran denken, und ich glaube diese Möglichkeit gibt das Hochschul-Studiengesetz, nur nach einem Rahmen gesetz vorzugehen, die Ausführung aber etwa dem Verordnungsweg beziehungsweise dem Erlaßweg zu überlassen.

Ich glaube, diese Frage betrifft nicht nur diese Studiengesetze, sondern müßte uns auch vom Standpunkt der Gesetzgebung allgemein interessieren. Denn, meine Damen und Herren, über kurz oder lang werden wir uns über die Reform unserer gesamten Gesetzgebung

sehr wohl den Kopf zerbrechen müssen. Jetzt geht es einmal um diese Studiengesetze; hier sollte man doch darangehen, auch dem Er messen der Verwaltung weitesten Spielraum einzuräumen. Denn wir müssen auch dazu kommen, der Verwaltung wiederum das notwendige Vertrauen einzuräumen.

Herr Minister, meine Frage ist konkret: Wie steht es um diese Studiengesetze, wann werden wir mit ihrer Einbringung im Hause rechnen können, und zu welcher Methode, Herr Minister, bekennen Sie sich hinsichtlich dieser Studiengesetze im Hinblick auf das von mir Gesagte?

Das, meine Damen und Herren, war mein Beitrag zum Kapitel Unterricht. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zankl. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Zankl (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den grund sätzlichen Ausführungen meiner Vorrednerin Dr. Klein-Löw habe ich mich entschlossen, mich nur mit einem einzigen Thema zu beschäftigen. Einen zweiten Gegenstand, den ich auch behandeln wollte, habe ich deshalb zurückgestellt, weil ich weiß, daß nach mir noch ungefähr 15 Redner zum Wort kommen sollen. Ich möchte damit einen Beitrag dazu leisten, daß wir heute wenn möglich, nicht so wie gestern bis nach Mitternacht hier sitzen und verhandeln. Ich werde mich ebenfalls, so wie schon zwei meiner Vorredner, mit dem Polytechnischen Lehrgang beschäftigen, und zwar sehr positiv, meine Damen und Herren, allerdings mit Vorschlägen und mit Anregungen für eine gewiß zu erwartende Novellierung dieses Gesetzes.

Es ist natürlich klar, daß man nach zweiein halb Monaten Unterricht in einer neuen Schul gattung, in einer neuen Schultypen noch kein abschließendes Urteil darüber abgeben kann. Aber zumindest in Kärnten ist zu erkennen, daß diese Reserven und Bedenken, die bei der Einführung vorgebracht wurden, völlig un begründet waren.

Ich habe auf Grund meiner Berufsstellung im Bezirk St. Veit einige solcher Klassen besucht, und ich kann Ihnen sagen: Ich habe überall eine ausgezeichnete Klassenstimmung angetroffen. Ich habe mit den Lehrern, mit den Klassenvorständen gesprochen, sie waren alle mit dieser Einführung durchaus zufrieden. Ich habe festgestellt, daß die Schüler durchaus am Unterricht interessiert und lernwillig sind. Ich habe natürlich auch festgestellt, daß da und dort in koedukativ geführten Klassen kleine Schwierigkeiten auftreten, Anpassungsschwie

2360

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Zankl

rigkeiten, und zwar in jenen koedukativ geführten Klassen, die sich hauptsächlich aus Hauptschülern zusammensetzen, und zwar aus jenen Hauptschülern, die aus reinen Knabenschulen oder aus reinen Mädchen Schulen kommen und nun erstmalig in einem Alter, das natürlich schon sehr problematisch ist, mit 15 oder mit 16 Jahren, in eine Koedukation hineingeführt werden.

Die Novellierung dieses Gesetzes, des Schulorganisationsgesetzes, die wir heuer im Juli durchgeführt haben, und zwar der beiden §§ 28 und 29, hat sich außerordentlich gut ausgewirkt. Die ursprünglich befürchteten Schwierigkeiten durch die Differenzierung in Schüler, die sich angeblich schon für einen Beruf entschieden haben, und solche, die sich angeblich noch nicht für einen Beruf entschieden haben, sind also nicht eingetreten.

Wir haben in Österreich etwas über 32.000 Schüler in Polytechnischen Lehrgängen, davon sind etwa 54 Prozent Knaben und 46 Prozent Mädchen, deshalb etwas weniger Mädchen, weil bei diesen festzustellen ist, daß sie weit mehr dazu neigen, in weiterführende Schulen einzutreten, aber auch weil sie dazu neigen, eher in den Schulen weiterzumachen oder dort zu verbleiben, aus denen sie kommen, also in den Volksschulen oder in den Hauptschulen.

Wir haben auf Grund einer Statistik des Ministeriums festgestellt, daß über die Hälfte dieser Schüler Volksschulabgänger sind. Wir haben weiterhin festgestellt, daß wir 629 Polytechnische Lehrgänge haben mit insgesamt 1113 Klassen. Geschätzt wurden ursprünglich um 40 Lehrgänge weniger, aber um 200 Klassen mehr. 70 Prozent dieser Klassen sind nicht koedukativ, sie sind nach Geschlechtern getrennt, und 30 Prozent sind nach der Vorbildung getrennt, also reine Klassen, die sich aus Hauptschülern rekrutieren beziehungsweise Klassen, die sich nur aus Volksschülern rekrutieren. In diesen 1113 Klassen — das ist interessant — unterrichten 4450 Lehrer, aber wir müssen feststellen, daß nur 15 Prozent dieser Lehrer eine volle Lehrverpflichtung haben, während 31 Prozent weniger als die halbe Lehrverpflichtung haben und etwa 43 Prozent, also ein sehr großer Prozentsatz, nur eine kleine Mehrdienstleistung aufweisen.

Kärnten selbst hat 66 Polytechnische Lehrgänge, und davon sind nur zwei selbständig geführt, und zwar in der Stadt Klagenfurt eine Anstalt mit fünf Mädchenklassen und eine Anstalt mit fünf Bubenklassen. Die übrigen Polytechnischen Lehrgänge sind organisatorisch durchwegs Hauptschulen angeschlossen.

Steiermark — diese Zahl weiß ich zufällig — hat sechs selbständige Lehranstalten und Niederösterreich zehn. Ich erwähne deshalb Nie-

derösterreich, weil mir auch gemeldet wurde, meine Damen und Herren, daß von diesen zehn selbständigen Lehranstalten — auf dieses Thema wird auch noch mein Kollege Haas später zurückkommen — nur eine einzige Lehranstalt von einem sozialistischen Lehrer geführt wird, während neun Polytechnische Lehranstalten von ÖVP-Lehrern geführt werden. Das ist symptomatisch für die schulpolitische Situation, die wir in Niederösterreich nun einmal haben.

Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß die Schüler die Polytechnischen Lehrgänge sehr gern besuchen. Ich habe bei meinen Klassenbesuchen durch Befragung der Kinder drei Gründe festgestellt, warum sie eigentlich diese Polytechnischen Lehrgänge besuchen. Sie haben mir erstens gesagt, sie glauben — das gilt vor allem für jene Schüler, die aus Volksschulen kommen —, in diesen Polytechnischen Lehrgängen mehr lernen zu können als in jenen niedrigorganisierten Volksschulen, aus denen sie stammen; ein durchaus einsichtsvolles und wahrscheinlich durchaus begründetes Argument. Zweitens — und das betrifft vielleicht weniger die Schüler, sondern, ich glaube, mehr die Eltern —: die Eltern kokettieren zweifellos mit der Möglichkeit, in den Polytechnischen Lehrgängen die sechswöchige Schulbefreiung in Anspruch nehmen zu können. Wenn sie nämlich ihre Kinder in der Volksschule oder in der Hauptschule belassen hätten, dann würden sie nicht in den Genuss dieser sechswöchigen Befreiung kommen können. Drittens wurde mir gesagt, die Kinder scheinen sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl doch noch nicht für einen Beruf entschieden zu haben und glauben also — daran wird wohl der Gegenstand „Berufskunde“ schuld sein —, in dieser neuen Schulgattung mit den österreichischen Berufsmöglichkeiten konfrontiert zu werden und dann eine klare Berufswahl treffen zu können.

Es hat schon der Kollege Peter heute darauf hingewiesen, daß trotz Aufklärung der österreichischen Elternschaft durch Rundschreiben der Landesschulräte — ich könnte Ihnen auch so ein Rundschreiben des Kärntner Landesschulrates zeigen, aber ich erspare es mir, das zu verlesen, weil es ungefähr so lautet wie das, was uns der Herr Abgeordnete Peter schon vorgelesen hat — viele Kinder aus niedrigeren Stufen der Volksschulen und aus den 2. und den 3. Klassen der Hauptschulen sich entschlossen haben, in diese Polytechnischen Lehrgänge überzutreten; aus den dritten Hauptschulklassen jene Schüler, die repetieren hätten müssen, die also nicht durch den Besuch des 9. Pflichtschuljahres automatisch in die 4. Klasse aufgestiegen wären, sondern die dieses 9. Pflicht-

Zankl

schuljahr noch einmal in der 3. Hauptschulklasse hätten absolvieren müssen.

Meine Damen und Herren! Es ist also so, daß das Gesetz diese Möglichkeit durchaus vor sieht, und es wäre hier zweifellos zu überlegen, ob nicht im Rahmen einer Novellierung, die ja kommen wird müssen, auch aus anderen Gründen kommen wird müssen, diese Bestimmung zu eliminieren sei. Ich glaube, daß man damit das Niveau dieser Klassen heben könnte. Allerdings gebe ich zu bedenken, daß man dadurch wahrscheinlich in jenen Klassen, die Einzelklassen sind — und das sind die meisten Klassen auf dem flachen Land draußen, bei uns wenigstens in Kärnten —, die Schülerzahl sehr stark senken würde, vielleicht manchmal unter 20 herunter, und daß deshalb vielleicht zu überlegen sein wird, diese Eliminierung durchzuführen.

Zum Thema Unzumutbarkeit des Schulweges möchte ich folgendes sagen: Schüler, die eineinhalb Stunden Fußweg vor sich haben beziehungsweise eineinhalb Stunden Fahrzeit mit einem Omnibus oder mit einem Eisenbahnzug plus Fußweg, sind wegen Unzumutbarkeit des Schulweges vom pflichtmäßigen Besuch des Polytechnischen Lehrganges befreit, aber sie übernehmen damit die Verpflichtung, ihre Schule, aus der sie stammen — meistens sind es Volksschulen —, weiter zu besuchen. Für diese Schüler, die bei uns in Kärnten meistens als einziger Schüler oder zu zweit oder höchstens zu dritt diese Volksschulen besuchen — wir haben nur eine einzige Ausnahme in Kärnten, das ist die vierklassige Volksschule in Zlan in Oberkärnten, dort sind es 16 Schüler, die zu einer eigenen Gruppe zusammengefaßt werden müssen —, hat das Bundesministerium für Unterricht einen sogenannten Schulversuch durch eine Verordnung dekretiert.

Interessant ist auch, meine Damen und Herren, daß in Tirol 70 Schüler wegen Unzumutbarkeit des Schulweges die Polytechnischen Lehrgänge nicht besuchen, aber — und das ist jetzt das Interessante — wegen „Zumutbarkeit“ des Schulweges in die alte Schule, aus der sie stammen, auch die Volksschule nicht besuchen. Das ist eine Erscheinung, die uns in Kärnten fremd ist. Wir haben insgesamt 73 Schüler, die den Polytechnischen Lehrgang nicht besuchen können, die aber ausschließlich, und zwar mit keiner einzigen Ausnahme, ihrem Volksschulbesuch nachkommen; allerdings, ich muß zugeben, viele von ihnen haben Ansuchen um Befreiungen vorgelegt, aber alle diese Befreiungsansuchen wurden unter Hinweis auf das Schulpflichtgesetz bescheidmäßig abgelehnt.

Hohes Haus! Das Stundenausmaß in diesen Polytechnischen Lehrgängen ist meiner Ansicht

nach zweifellos etwas zu hoch gegriffen worden. Es sind ja für die Knaben 33 Stunden vorgesehen und für die Mädchen 35, plus die Freizeitgegenstände! Ich habe bei meinen Schulbesuchen festgestellt, daß die Burschen und die Mädchen sehr dazu neigen, die Gegenstände Stenographie und Maschinschreiben zu besuchen, das heißt also, daß die Burschen und vor allem die Mädchen durch den Besuch nur dieser beiden Freizeitgegenstände — es gibt noch andere — auf eine Gesamtwochenstundenzahl von 41 kommen. Nun überlegen Sie sich, meine Damen und Herren, daß viele dieser Schüler einen sehr weiten Weg nach Hause haben, daß sie also sehr spät nach Hause kommen, daß viele Schüler in größeren Orten oft zwei Stunden auf den Zug oder auf den Omnibus warten müssen, mit dem sie dann einige Stationen nach Hause fahren. Dann, wenn sie angekommen sind, haben sie oft noch eine halbe Stunde Fußweges vor sich. Sie werden begreifen, daß sich daraus unerhörte Beaufsichtigungsschwierigkeiten ergeben und vor allem — das gilt natürlich nur für die Mädchen — auch eine gewisse Gefährdung unserer weiblichen Jugend, das muß ich sagen, dadurch, daß diese Mädchen unbeaufsichtigt auf den Bahnhöfen herumlungern müssen; ich kann mich nicht anders ausdrücken.

Schmerzlich, meine Damen und Herren, ist auch, daß Kinder, die zwischen dem 1. September und dem 31. Dezember geboren sind, oft fast 16 Jahre alt werden, bis sie diese neun Pflichtschuljahre absolviert haben werden. Es wäre daher dringend, und das mag auch eine Anregung von mir für die Novellierung, die vielleicht einmal kommen wird, sein — aber das könnte auch im Verordnungswege gemacht werden —, eine etwas tolerantere Behandlung der sogenannten Altersdispens zu empfehlen. Ich bin überzeugt, daß hier in diesem Hohen Hause sehr viele Abgeordnete sitzen, die zwischen dem 1. September und dem 31. Dezember geboren sind (*Bundesminister für Unterricht Dr. Piffl-Perčević: Ich zum Beispiel!*) — ich weiß es, Herr Minister, ich auch, unsere Geburtstage liegen ja sehr nahe nebeneinander —, trotzdem aber ist es doch so, daß wir zu unserer Zeit, als wir sechsjährige Kinder waren, noch in dem Jahr in die Schule eingetreten sind, in dem wir gegen Ende des Jahres erst sechs Jahre alt geworden sind. Ich würde also empfehlen, daß man diese Toleranz und diese Großzügigkeit, die wir vor 55 oder vor 49 Jahren, muß ich sagen, erlebt haben, nicht wahr, Herr Minister, auch heute handhabt, weil man damit verhindern könnte, daß die Kinder bis zum 16., ja oft bis zum 17. Lebensjahr die Pflichtschulen besuchen müssen.

2362

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Zankl

Ein besonderes Kapitel ist die sehr starke Belastung der städtischen Wirtschaftsschulen. Ich zitiere hier die St. Veiter Schule und die Wolfsberger Schule, und zwar sind das Privatschulen der Städte mit sogenannten lebenden Bundessubventionen, das heißt, es werden die halben Lehrkräfte vom Bund bezahlt, die halben Lehrkräfte muß die Gemeinde selbst bezahlen. In diese Schulgattung stellen wir einen wesentlich stärkeren Andrang fest. In St. Veit wirkt sich das zum Beispiel so aus, daß wir heuer eine Klasse mehr aufmachen mußten. Das bedeutet, daß man, wenn man die Personallasten und die Sachaufwände zusammenlegt und durch die Schülerzahl dividiert, pro Schülerin auf 3000 S pro Jahr kommt. Ich habe mir das ausgerechnet. Für den Bund ist das natürlich keine erschütternde Zahl, die ich jetzt nenne, aber für eine arme und kleine Gemeinde sind 75.000 S Mehrbelastung, die ich mir errechnet habe, immerhin sehr belastend und sehr bedenklich.

Ein Sonderkapitel, zu dem ich auch noch kurz Stellung nehmen möchte, ist die sogenannte Benotung in den Zeugnissen, also die Noten in den Zeugnissen. Hier, meine Damen und Herren — das ist auch eine Anregung von mir —, würden wir doch vorschlagen, eine Benotung in den beiden Gegenständen „Lebenskunde“ und „Berufskunde“ vielleicht zu unterlassen. Es wäre meiner Meinung nach etwas lebensfremd. Ich glaube, daß hier ein Frequentationsvermerk, also „Den Gegenstand besucht“, auch genügen würde.

Nun komme ich zum Schluß und möchte noch sagen, daß die Gehaltsregelungen für die Lehrer an den Polytechnischen Lehrgängen noch in einem Schwebezustand sind, noch auf gewerkschaftlicher Ebene beraten werden. Meiner Ansicht nach müßte es doch das Idealziel sein, diese Differenzierung in der Bezahlung der Hauptschullehrer, der Berufsschullehrer, der Sonderschullehrer und nun der vierten Gattung, also der Lehrer an den Polytechnischen Lehrgängen, aufzugeben und die Bezahlung bei der Novellierung des Gehaltsgegesetzes 1956 einheitlich zu dekretieren.

Meine Damen und Herren! Abschließend kann also gesagt werden, daß die Einführung des Polytechnischen Lehrganges durchaus ein schulpolitischer Fortschritt war. Der Wille der Sozialisten, das 9. Schuljahr an das Ende der Pflichtschulzeit zu setzen, hat sich deshalb als richtig erwiesen, weil dadurch die Kinder zweifellos besser vorbereitet ins Leben treten können. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Johanna Bayer. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna **Bayer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst ein wenig mit den Ausführungen der Frau Abgeordneten Klein-Löw befassen. Wir alle haben ihre sachliche und konstruktive Mitarbeit und die ihrer Kollegen bei der Schul- und Hochschulreform geschätzt und anerkannt. Nach dem stenographischen Protokoll der heutigen Sitzung hat sich der Herr Abgeordnete Harwalik ausdrücklich zu den gemeinsamen Leistungen auf diesem Gebiet bekannt (*Abg. Dr. Tull: Sehr überzeugend war es aber nicht!*), und er hat auch bei seiner Rede zum Hochschul-Studiengesetz über die Bildungsgeschichte gesprochen und ausgedrückt, daß alle, die daran mitgearbeitet haben, eingeschlossen auch der Abgeordnete der Freiheitlichen Partei, der Herr Primarius Scrinzi, mitgewirkt haben.

Ich glaube, daß gerade die Frau Abgeordnete Klein-Löw weiß, wie sehr ich persönlich sachliche Arbeit schätze und wie wir uns bei diesem Unterausschuß, wie kaum bei irgendwelchen Verhandlungen in diesem Hause, gut zusammengetragen haben und wie wir alle Probleme besprochen und manche Wünsche durchgesetzt haben. Ich möchte daher hier ganz besonders betonen, daß diese Zusammenarbeit ausgezeichnet gewesen ist. Aber wir erhalten von Ihnen nur negative Kritik. Es war nur der Minderheitsbericht der sozialistischen Fraktion die Ausgangsbasis, gegen die der Herr Abgeordnete Harwalik Stellung genommen hat, nicht aber richteten sich seine Ausführungen gegen die so sachliche und konstruktive Zusammenarbeit in den diversen Unterausschüssen des Unterrichtsausschusses.

Dieser Minderheitsbericht ist, das werden Sie doch selbst zugeben, radikal negativ. Es steht darin, daß die Schulgesetze verschleppt, in ihrer Substanz verdünnt und durchlöchert werden. Da muß ich doch hier nun feststellen, daß gerade durch den Herrn Unterrichtsminister alles getan wurde und wird, bei allen noch bestehenden Schwierigkeiten, die wir sehen und anerkennen, daß alles getan wurde und wird, die Schulreform zu verwirklichen, und zwar in dem Konzept, in welchem wir es seinerzeit beschlossen haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Frau Abgeordnete Klein-Löw hat in ihrer Rede gesagt, es wurde zuwenig und zu kurz geplant und es ist wenig geschehen. Darf ich daran erinnern, daß durch die beiden Weltkriege, die dazwischenliegende Zeit der wirtschaftlichen Depression und durch die ersten Nachkriegsjahre viel versäumt, daß aber seitdem, also seit Bestehen der Zweiten Republik, viel geplant, geschaffen und errichtet wurde, und zwar so viel, wie es in Jahrzehnten vorher auf dem Bildungssektor nicht geschehen ist.

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

Was die letzten Jahre anbelangt, erinnere ich an die vielen Musisch-pädagogischen Gymnasien, die errichtet wurden und werden, an die Pädagogischen Akademien, die geplant sind, um dem Lehrermangel abzuhelpfen; es wird in absehbarer Zeit durch diese Maßnahmen eine genügende Anzahl von Lehrern zur Verfügung stehen. In der Zwischenzeit wurden und werden Pflichtschulen gebaut, um die ein- und zweiklassigen Volksschulen baldmöglichst umzuwandeln. Bedenken wir, daß wir eine größere Geburtenzahl hatten, mehr Kinder, daß mehr Klassen notwendig sind und natürlich auch mehr Lehrer.

Es wurde dann auch gesagt, daß die Studienbeihilfen stiefmütterlich behandelt werden. Auch dazu möchte ich sagen, daß gerade bei der Besprechung der Novellierung des Studienbeihilfengesetzes, die wir jetzt erst im Unterausschuß hatten, eine ganze Reihe von Wünschen der Österreichischen Hochschülerschaft von uns speziell vertreten und vorgetragen wurde und daß etliche Verbesserungen erzielt werden konnten, natürlich entsprechend den finanziellen Möglichkeiten und den Grenzen, die uns gesetzt sind. Es wurde aber auch dabei vom Herrn Bundesminister für Unterricht immer wieder gesagt, daß ja in absehbarer Zeit eine große Novelle des Studienbeihilfengesetzes geplant ist, daß auch ein eigenes Gesetz für die Beihilfen der Hörer an den Pädagogischen Akademien beabsichtigt ist, und schließlich, daß auch Maßnahmen getroffen werden müssen, um die vorhandenen Beihilfemöglichkeiten für die Schüler an den höheren Lehranstalten zusammenzufassen und hier entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um das Studium schon auf dieser Ebene auf eine möglichst breite Basis zu stellen, um allen jenen Schichten die Gelegenheit, zur Hochschulreife zu gelangen, zu ermöglichen, die sie bisher nicht hatten, also vor allen Dingen den Kindern aus der Landwirtschaft und aus dem Arbeiterstande.

Ich möchte also doch bitten, daß Sie dieses aufrichtige Bestreben auch einmal erkennen, wenn Sie es auch nicht zugeben und sagen können, aber nicht nur radikal negativ in Ihren Ansichten sind.

Und nun noch einmal zur Frau Abgeordneten Klein-Löw, mit der ich ja ausgezeichnet zusammenarbeite. Wenn Sie sagen: Es ist wenig geschehen und zuwenig und zu kurz geplant worden!, dann darf ich Sie vielleicht daran erinnern, daß Ihre Fraktion bis vor einem halben Jahr mit uns in der Koalition war und daß Sie Jahr für Jahr auch dem Budgetkapitel „Unterricht“ und allen Maßnahmen auf diesem Gebiet zugestimmt haben.

Jetzt sind Sie sechs Monate in der Opposition, und jetzt sollen schon alle Lehrer da-

sein und alle Klassen dasein, alles aufgeholt und alles in Ordnung sein. Ja zaubern können wir wirklich nicht, aber wir bemühen uns redlich und ehrlich mit Ihnen, und ich glaube, so ist es vielleicht am allerbesten, damit wir Erfolge erzielen.

Vielleicht macht es Ihnen die Tatsache etwas leichter, heute doch auch das Positive zu sehen und sich selbst innerlich zuzugeben, daß auf dem Schul- und Bildungssektor viel geschehen ist.

Vor der Öffentlichkeit ist es für Sie nun nach Ihrer Rede ein wenig schwierig, aber die Menschen in Stadt und Land kennen die zahlreichen neuen Schulen, begrüßen die höheren Lehranstalten und wissen, daß die Kinder nicht mehr so weite Schulwege haben und die Schulen viel leichter besuchen können. Sie wissen auch, daß sie kein Schulgeld mehr zu zahlen brauchen. Sie wissen um die Bemühungen und den Idealismus der Lehrer. Die Menschen draußen erkennen, daß etwas geschehen ist.

Am Schlusse Ihrer Rede haben Sie es ja auch so nett zugegeben, als Sie von dem Perser erzählten, den wir gemeinsam kennenlernten, und von den jungen Doktoren, die ihre Ausbildung in Österreich genossen haben und die von unserem Land begeistert waren. Also kann es doch nicht gar so schlecht auf unserem Bildungssektor stehen.

Nun möchte ich mich dem eigentlichen Kapitel zuwenden, mit dem ich mich heute zu befassen habe, und möchte hier zunächst zum Ausdruck bringen, daß die Bezeichnung „Unterrichtsministerium“ eigentlich dem großen und umfassenden Aufgabenbereich dieses Ressorts nicht ganz gerecht wird. Es handelt sich ja nicht nur um die Probleme des Unterrichts, der Lehrer, der Eltern und Schüler, sondern weit darüber hinaus um die Volks- und Erwachsenenbildung, um die Angelegenheiten des Kultus, der Kunst, der Theater, des Films, des Sports — wie wir heute gehört haben — und um die Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Leistungen.

Der Gesamtheit aller dieser Aufgabenbereiche würde vermutlich durch die Bezeichnung Kultur eher entsprochen werden können. Aber wie oft so im menschlichen Leben kommt es ja nicht auf Namen, Bezeichnung und Titel an, sondern auf die Haltung, Einstellung, auf Arbeit und Leistung.

Ich habe schon gesagt, daß nach den schweren Kriegs- und Nachkriegsjahren dem Aufbau der Unterrichts- und Bildungseinrichtungen, der Schulreform und dem gesamten Unterrichtswesen naturgemäß der Vorrang eingeräumt werden mußte und daß die Zahl der gebauten Schulen, der neuen Klassen, Labo-

2364

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

ratorien, Forschungsinstitute und dergleichen mehr ein beredtes Zeugnis dafür ist.

Wir wissen, daß noch viele Wünsche erfüllt werden müssen. Es ist alles mögliche getan worden und geschehen. Wenn noch zahlreiche Notwendigkeiten vorhanden sind, werden wir bemüht sein, auch diese Probleme zu lösen im Interesse der Menschen, deren Leben die Gesamtheit der Kultur reicher und schöner machen soll.

Ich möchte mich heute mit einigen Sparten befassen, die eben wegen des Vorranges der Bildung noch nicht in ausreichendem Maße gefördert werden konnten, aber schon im Jahre 1967 höher dotiert sind als bisher. So stehen beispielsweise für das Filmwesen im kommenden Jahr um 34,3 Prozent mehr Mittel zur Verfügung. Bei aller Anerkennung und Würdigung der Förderung des guten Films durch das Unterrichtsministerium möchte ich vorschlagen, bei dieser Institution einen Filmbeirat zu gründen. Diesem sollten Vertreter der verdienstvollen Aktion „Der gute Film“, die ihr zehnjähriges Jubiläum gefeiert hat, des Österreichischen Filmmuseums, der Gesellschaft der Filmfreunde, des Wiener Filmclubs, des Österreichischen Filmarchivs, der Gesellschaft für Filmwissenschaft, der Katholischen und Evangelischen Filmgilde und der Filmjournalisten angehören. Ich möchte ausdrücklich betonen: ein Filmbeirat mit Fachleuten, also nicht mit Politikern, womit ich nicht sagen möchte, daß ein Politiker in keiner Weise Fachmann zu sein braucht, sondern daß es vielmehr auch unter den Politikern Fachleute gibt. Das Filmwesen aber wollen wir doch den ausgesprochenen Filmleuten gerne überlassen.

Um der ideellen, das heißt inhaltlichen Krise der österreichischen Filmproduktion zu begegnen, wäre es zweckmäßig, einen Ideenwettbewerb auszuschreiben, um etwa die fünf besten Filmideen jährlich zu prämieren. Für jede Idee könnte sodann ein Drehbuchwettbewerb ausgeschrieben werden, und pro Idee sollten mindestens zwei Rohdrehbücher in die engere Wahl kommen und Prämien erhalten. Dadurch würden moderne Autoren und die dringend notwendigen Nachwuchsfilmproduzenten angespornt und gefördert. Der Beirat wäre zugleich eine geeignete Jury, um über Idee, Drehbuch und Produktion objektiv und einwandfrei zu entscheiden.

Geben wir den jungen Leuten die gleiche Chance wie solchen, die schon einen Namen, mehr finanzielle Mittel und es daher leichter haben. Fördern wir neue Filmideen, die geeignet sind, österreichische Kultur- und Naturschönheiten, aber ebenso einwandfreie und interessante Filmstoffe im In- und Ausland

zu zeigen und der heimischen Filmproduktion die entsprechende Basis zu geben.

Die Verfilmung von Theaterstücken, wie sie bisher ziemlich weitgehend gehandhabt wurde, hat gewiß große Erfolge gezeitigt, aber sie wäre vielleicht für das Fernsehen besser geeignet, und die ohnehin begrenzten Mittel für die Filmförderung könnten neuen guten Ideen, Drehbüchern und Produktionen wertvolle Hilfe bedeuten, echte Begeisterung und das Bewußtsein der Anerkennung und Wertschätzung vermitteln.

Mit dieser Art der Filmförderung wäre vor allem die Erhaltung der österreichischen Atelierbasis zu verbinden.

Infolge unserer langjährigen Bemühungen konnten für die heimische Film- und Kinowirtschaft manche Erfolge erzielt werden. Ich erinnere beispielsweise an den Wegfall des umstrittenen Kulturgroschens. Wir danken aber auch den vielen Gemeinden, welche die Lustbarkeitsabgabe für viele Filmvorführungen unter den amtlichen Höchstsatz gesenkt und prädikatierte Filme davon befreit haben.

Für Kinos in schwieriger finanzieller Situation bedarf die von den Ländern vorgeschriebene Opferfürsorgeabgabe als eine für diesen Wirtschaftszweig kaum passende Sondersteuer noch einer Revison.

Ein Filmhilfsgesetz wird auf jeden Fall vorzubereiten sein, jedoch kann der Bund die dafür notwendigen Kosten allein nicht aufbringen, sondern es wird die gesamte Branche der Produzenten, Verleiher und Vorführer mitwirken müssen und für seine Realisierung eine gewisse Zeit benötigen. In der Zwischenzeit aber sind Überbrückungsmaßnahmen nötig und bei vertretbaren österreichischen Filmstoffen alle Privatinitiativen in jeder Weise zu fördern.

So wie die Wissenschaft ohne Forschung stirbt, kann auch die Kunst ohne Weiterentwicklung auf die Dauer gesehen nicht leben, sondern sie verfällt in Stagnation, die gerade in Österreich, in einem Lande großer künstlerischer Leistungen und Werke, unverantwortlich wäre.

Der Herr Bundesminister für Unterricht wendet gerade der Kunstentwicklung größtes Augenmerk zu. Die Förderungsausgaben zum Kapitel Literatur werden für Produktionsdrehlehen, für Buchverlage, Schallplattenfirmen, für die Propagierung österreichischer Literatur im In- und Ausland und für literarische Gesellschaften, Schriftsteller und Staatspreise verwendet. Das Bundesministerium für Unterricht ist bemüht, mit den verfügbaren Mitteln manchem Schriftsteller und Kunstschaaffenden das in vergangenen Zeiten oft so traditionelle Los zu ersparen, erst nach seinem Ableben

Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer

Berühmtheit und Anerkennung zu erlangen. In dem aufrichtigen Bestreben, daß jeder Staatsbürger mit Fleiß und Arbeit sich ein schöneres Leben zu gestalten vermöge, soll auch der Künstler die ihm gebührenden Möglichkeiten erhalten, zu schaffen, zu gestalten und das glorreiche Erbe österreichischer Kultur weiterzuentwickeln. Eine nüchterne Zahl, die ich hierbei erwähnen darf: für die Förderung der Literatur stehen um 37 Prozent mehr Mittel als bisher zur Verfügung.

Abschließend möchte ich mich noch ganz kurz mit der Frage der Privattheater befassen, für die im Jahr 1967 um 3,5 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, insgesamt 18,790.000 S, zur Verfügung stehen werden. Hier handelt es sich um die Subventionen für die drei großen Wiener Privattheater und auch für verschiedene Theater, Klein- und Kellerbühnen in den anderen Bundesländern. Es ist uns bekannt, daß sie einen wesentlichen Beitrag zum Kulturleben in großen und kleineren Städten leisten, daß ihre Leiter und Mitwirkenden zumeist begeisterte und von der Kunst beflissene Idealisten sind und daß sie leider mit großen Schwierigkeiten und Sorgen zu kämpfen haben. Nicht selten sehen sich die Besten veranlaßt, höher dotierte Engagements im Ausland anzunehmen, was für unser Land einen ausgesprochenen Verlust bedeutet.

Während in Wien pro Kopf und Jahr 6 S für Privattheater zur Verfügung gestellt werden, sind dies in den anderen Landeshauptstädten 46, 57 und in Graz sogar 77 S. Die Subventionen, die Bund und Gemeinden geben, reichen kaum zur Deckung der kollektivvertraglichen Forderungen und für die Erhaltung der künstlerischen Kapazität. Andererseits wäre es unmöglich, Eintrittspreise von etwa 300 S pro Karte zu verlangen, weil dann die heute glücklicherweise zumeist noch gute Besucherzahl rapid sinken würde.

Wir hoffen, daß die für das nächste Jahr vorgesehenen höheren Mittel die schwierige Lage der Privattheater ein wenig erleichtern werden und daß vor allem ihrem Wunsche entsprochen wird, möglichst frühzeitig die Höhe der zu erwartenden Subvention zu erfahren, um entsprechend planen und gestalten und einteilen zu können und nicht in einem lange dauernden Stadium der Ungewißheit disponieren zu müssen. Schließlich haben wir alle daran interessiert zu sein, unsere guten Schauspieler und Kräfte durch entsprechende Gagen im Inland zu halten, und dürfen nicht tatenlos zusehen, wie sie von besser zahlenden anderen Ländern abengagiert werden.

Übersehen wir nicht die große Bedeutung unserer Privattheater! Viele junge Kräfte haben dort begonnen und dann den Weg zu den

weltberühmten österreichischen Staatstheatern gefunden. Andere werden im Ausland begeistert empfangen und geehrt. Alle diese oft eigenartigen und doch so liebenswerten Künstlernaturen sind berufen und beflissen, die darstellende Kunst zu pflegen und ihren Ruf weiterzutragen. Geben wir ihnen eine Chance und unser Verständnis, erhalten wir ihre Begeisterung und ihre Überzeugung, Großes und Bleibendes leisten und vermitteln zu können.

Hohes Haus! Kultur ist nicht nur die Summe wissenschaftlicher und künstlerischer Leistungen und Werke der Vergangenheit und Gegenwart, die den Ruhm eines Landes ausmachen. Sie ist aber auch nicht nur Erbe, sondern Pflege und Weiterentwicklung, wobei ich nur einige Sparten des wertvollen Kulturschaffens, den guten Film, durchgeistigte Literatur und bewährtes Theater, behandeln konnte. Sie vermögen zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung des einzelnen wesentlich beizutragen und damit zu einem höheren Lebensstandard im ideellen Sinne, der zumeist mehr Glück und Lebensfreude zu vermitteln vermag als der bloße materielle Lebensstandard, der heute eine so beachtliche Rolle spielt und wohl auch manche Überbewertung erfährt.

Lassen Sie uns, verehrte Damen und Herren, in gemeinsamen Bestrebungen zur Erhöhung auch des ideellen Lebensstandards in unserem Lande und damit der Lebensfreude unserer Bevölkerung und der alltäglichen geistigen Bewährung jedes einzelnen beitragen und darin eine kostbare und verpflichtende Aufgabe erkennen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm. (Abg. Altenburger: Werden Sie jetzt den Beweis für die 80 Millionen erbringen, Herr Abgeordneter Zeillinger? Wer eine Lüge sagt, ist ein Lügner!)

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Herr Kollege! Wenn Sie einen Ordnungsruf wollen, dann sagen Sie es lauter. Wenn Sie jeden Tag einen sammeln wollen, will ich Sie daran nicht hindern. (Abg. Altenburger: Wer eine Lüge sagt, ist ein Lügner!) Herr Kollege! Sie können es noch einmal sagen; wenn Sie wollen, können Sie es lauter sagen. Ich darf Ihnen aber gleich in aller Ruhe sagen: Ich werde mich nicht davon abbringen lassen, zu dem zu sprechen und das zu sagen, was ich für richtig halte. Herr Kollege, ich darf Ihnen sagen, es war so interessant, was ich in den letzten 24 Stunden alles gehört habe, was Sie bekommen haben. Ich werde Ihnen in Kürze einiges Material über Bankverbindungen und so weiter hier vorlegen können, es wird sehr interessant werden. Ich bin sehr froh, daß Sie diese Dis-

2366

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Zeillinger

kussion ausgelöst haben, Herr Kollege! (Abg. Altenburger: *Nein, ich möchte etwas über die 80 Millionen hören!*) Sicher, Herr Kollege. Sie werden erstaunt sein, was Sie alles bekommen haben. Ich bin nur erstaunt, daß Ihre Partei darüber nichts weiß. Aber wir reden jetzt zum Kapitel Unterricht. (Abg. Altenburger: *Wer eine Unwahrheit sagt, ist bei mir ein Lügner!*) Ja, Herr Kollege, auch bei mir! Sie haben gesagt, Sie haben nichts bekommen, und ich werde beweisen, daß Sie etwas bekommen haben. Ich hoffe, Sie gehen dann heraus und sagen: Ich, Altenburger, bin ein Lügner! (Abg. Altenburger: *Nein, ich frage Sie um die 80 Millionen Schilling!* — Abg. Peter: *Soll es wieder so dahingehen wie gestern?*) Und ich werde Ihnen beweisen, daß Sie etwas und was Sie bekommen haben, Herr Kollege. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Altenburger. — Abg. Peter: *Er soll aufhören!* — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen. — Abg. Altenburger: *Nein! Ich frage noch einmal um den Beweis!*) Herr Präsident! Sind Sie also in der Lage, mir jetzt die Möglichkeit zu geben, zur Tagesordnung zu sprechen? Ich würde schon mit dem Abgeordneten Altenburger weiter polemisieren, aber ich möchte gern zum Kapitel Unterricht sprechen. (Abg. Altenburger: *Das gehört auch zur Wahrheit!* — Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ.) Es ist nicht meine Art, Herr Präsident, auf Zwischenrufe nicht zu antworten.

Präsident Wallner: Ich bitte, nicht durch Zwischenrufe zu stören.

Abgeordneter Zeillinger (*fortsetzend*): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu dem Thema komme, zu dem ich mich zum Wort gemeldet habe, möchte ich etwas erwähnen, das auf die heutige vormittägige Fragestunde zurückgeht, in der sich der Begriff Zensur in einer zwischen Regierung und Parteien des Hauses sehr verschiedenen Darstellung geoffenbart hat. Bevor ich zu diesem Thema komme, erlauben Sie — Herr Kollege Harwalik, ich darf Sie bitten, noch zwei Minuten hierzubleiben —, daß ich doch auf das eine oder andere, was Sie gesagt haben, zurückkomme.

Ich war an und für sich überrascht, daß Sie, Herr Kollege Harwalik, heute plötzlich von „Scheinduellen in der Koalition“ gesprochen haben. Ich erinnere mich an eine Zeit, in der wir Freiheitlichen die einzige Oppositionspartei waren; da nannten Sie das immer „echte und harte Auseinandersetzungen“, aber heute nannten Sie es plötzlich „Scheinduelle in der Koalition“. Es ist allerdings in einer späteren Debatte klargeworden, daß Sie sich hier ja in sehr vielen Punkten mit den Sozialisten echt getroffen haben, was an und für sich gar keine

Schande ist und sicher von Ihrem Standpunkt aus sehr erfreulich. Man soll es doch nicht nach außen immer abstreiten, man soll sich mehr zum Gemeinsamen bekennen.

Allerdings werfen Sie der freiheitlichen Opposition vor — damit haben sich schon Fraktionskollegen vor mir beschäftigt —, sie kritisieren nur um des Kritisierens willen. Herr Kollege! Wer soll die Kritik üben? Ich darf Ihnen sagen, ich wäre der erste und bin ohne weiteres bereit, auch Kritik an eigenen Maßnahmen zu üben. Aber dann müßte sich auch die Regierungsfraktion einmal aufraffen und da und dort ein offenes, kritisches Wort an die Adresse der Regierung vorbringen. Aber das ist doch leider nicht der Fall; ich bedaure das, weil ich es fast als undemokratisch empfinde.

Es ist leider in diesem Hause Usus geworden, daß sich jeder Abgeordnete der Regierungs-Partei verpflichtet fühlt, zu allem, was von der Regierungsseite kommt, ein begeistertes Ja zu sagen. (Abg. Harwalik: *Nein, nein!*) Der Ausdruck einer Opposition, Herr Kollege Harwalik, besteht nicht im Schweigen, und die größte Demonstration im Hinausgehen. Es gibt Parlamente, wo man auch innerhalb der Regierungsparaden den Mut hat, doch einmal das eine oder andere zu kritisieren.

Als ich Ihnen, Herr Kollege, heute zugehört habe — ich sage gleich, ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiet; Sie sind sicher ein Fachmann, ich bin keiner —, habe ich immer geglaubt, alles sei Gold. Ich muß Ihnen sagen, ich habe mich gewundert; denn wenn wir draußen mit den Leuten reden — das sind nicht nur Freiheitliche —, dann merken wir, daß sehr viel Kritik geübt wird. Ich darf Ihnen ruhig sagen: Ich habe jetzt mit Salzburg telefoniert und gefragt, ob das stimmt, ob das alles in Ordnung ist. Ich habe schnell aus Ihrer Rede vorgelesen. Die Ziffern, die ich dann gehört habe, sind zwar nicht erschütternd, aber sie zeigen zumindest, daß eine Kritik nicht unberechtigt ist und daß man eigentlich froh sein sollte, daß es im Parlament noch eine Stelle gibt, die aufzeigt, daß an dem Glanz, den Sie der Regierung umhängen, doch nicht alles Gold ist. Es besteht nämlich sonst die Gefahr, daß die Minister am Schluß selbst glauben, es sei alles so, wie Sie sagen. Das wäre furchtbar, denn dann würde es kaum noch zu weiteren Initiativen und zu verbessernden Maßnahmen kommen. (Abg. Harwalik: *Ich meine nur diese grundsätzliche Negation! Alles andere ist klar!*)

Sehen Sie, Herr Kollege, das ist der Unterschied. Sie werfen uns „grundsätzliche Negation“ vor. (Abg. Harwalik: *Am Polytechnischen Lehrgang!*) Darf ich wiederholen, was mein Parteiobmann Peter sagte: Sie sagen

Zeillinger

grundsätzlich zu allem ja, was von der Regierung kommt. Wir Freiheitlichen dagegen prüfen die Anträge der Regierung, ob wir ja oder nein sagen sollen. Der beste Beweis, daß Sie, Kollege Harwalik, jetzt irren, ist der: Sie haben zu allem, was die Regierung gebracht hat, ja gesagt, wir Freiheitlichen dagegen haben wiederholt nein, aber auch sehr oft ja gesagt. Wer ist jetzt grundsätzlich dafür oder dagegen? Ich glaube, daß wir die freiere und auch die demokratischere Meinungsbildung haben.

Herr Kollege, Sie können mir nicht einreden, daß immer alle Abgeordneten der ÖVP für alles sind, was von der Regierung kommt. Es wird schon hie und da vorkommen, daß der eine oder andere ein kleines Opfer bringt, wenn er ja sagt. Uns aber, die wir so oft ja sagen, machen Sie Vorwürfe!

Das ist nämlich so undankbar: Sie bekennen sich andauernd zur Gemeinsamkeit mit den Sozialisten. Aber es ist Ihnen unangenehm, daß die Öffentlichkeit durch irgendein Mikrofon erfährt, daß die Freiheitlichen gerade in Fragen der Wirtschaft und auf vielen anderen Gebieten sehr oft mit der Volkspartei stimmen. Sie sagen, daß wir Freiheitlichen grundsätzlich nein sagen, obwohl Sie wissen, daß das nicht richtig ist. Heute behaupten Sie dasselbe. Ich könnte Ihnen Dutzende Beispiele bringen, die — ich will jetzt nicht wie der Altenburger sagen oder beweisen, daß Sie lügen — zeigen, daß Sie, Kollege Harwalik, bewußt an der Wahrheit vorbereiten, wenn Sie sagen, daß wir grundsätzlich zu allem nein sagen. Der große Unterschied zwischen uns Freiheitlichen und der Volkspartei besteht darin: Wir entscheiden, ob wir ja oder nein sagen, wir sagen wiederholt ja und wiederholt nein, Sie aber müssen immer ja sagen. (Abg. Harwalik: Ich habe nur unter den Aspekten des Haushaltes 1967 geredet!)

Dazu darf ich Ihnen sagen, daß wir auch auf dem Gebiet sehr oft Anträge gestellt haben, die ursprünglich von Ihnen abgelehnt worden sind und die dann später übernommen wurden, weil sie, im großen gesehen, vernünftig waren und nur aus Koalitionsgründen abgelehnt worden sind. Wir waren also initiativ, Herr Kollege. Wir sind nicht eine Opposition, die nur nein sagt, weil sie nicht in der Regierung ist, sondern wir überlegen in jedem einzelnen Fall und verwahren uns daher dagegen, wenn man uns zu unterstellen versucht, daß wir grundsätzlich nein sagen.

Sie haben gesagt, daß in den letzten zwanzig Jahren mehr Schulen gebaut worden sind als in den vergangenen hundert Jahren. Ich bestreite das gar nicht. Aber darf ich Sie daran erinnern, daß in den letzten zwanzig

Jahren sicherlich auch mehr Autos und Düsenflugzeuge gebaut worden sind als in den letzten hundert Jahren. Es kommt doch nicht darauf an, wieviel gebaut wird, sondern darauf, ob das, was gebaut wird, notwendig und ausreichend ist. Darüber sind wir verschiedener Meinung.

Ich sage das, um Ihnen zu zeigen, warum eine Regierungspartei froh sein sollte, wenn es eine Opposition gibt. Wir sagen der Regierung: Es ist noch nicht genug. Wenn ich der Minister bin, dann gehe ich heute nach Hause und sage: Der Harwalik hat gefunden, es glänzt alles, es ist alles zufrieden, wir brauchen nicht mehr zu machen.

In dem kleinen Bundesland Salzburg — es ist eines der kleinsten Bundesländer — gibt es hundert Schulklassen, die keinen Lehrer haben. Sie wissen, was das bedeutet! (Abg. Harwalik: Ich weiß alles!) Wenn Sie alles wissen, warum sagen Sie dann hier das Gegen teil? (Abg. Harwalik: Ich habe auch gesagt, daß wir nicht Schönfärberei betreiben sollen!) Herr Kollege, ich würde fast bitten, daß man mir das Protokoll bringt. (Abg. Harwalik: Das steht drinnen! Auch das Bekenntnis zur gemeinsamen Arbeit!) Darf ich Ihnen aber berichten, welche Sorgen das kleine Land Salzburg wegen dieser unüberlegten Politik, die damals noch die gemeinsame war — Sie sehen, ich gehe in diesem Fall auf links und rechts in gleicher Weise los —, wegen dieser voreiligen Politik hat. Hier sitzen Salzburger: Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, daß wir daheim alle über verschiedene Maßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens schimpfen, die hier beschlossen wurden. Ich will hier keine Partcipropaganda machen: Aber wir alle, ob blau, rot oder schwarz, sind uns darüber einig, daß sehr viel geschehen ist, daß vieles sehr mangelhaft vorbereitet war, was Sie, Herr Kollege Harwalik, heute bestreiten. (Abg. Steiner: Salzburg war außerordentlich gut vorbereitet!) Trotzdem! Wir können uns gegen die Bundesgesetzgebung nicht zur Wehr setzen.

In den 119 Gemeinden haben wir um hundert Lehrer zuwenig, und wir haben um rund 80 Schulräume zuwenig. In der Stadt Salzburg mußten wir beispielsweise sogar wieder den Wechselunterricht einführen. Sie haben sicher Kinder, Herr Kollege, und werden wissen, daß es hinsichtlich des Lernens als auch der Gesundheit nichts Furchtbareres gibt als den Wechselunterricht. Man hat — es ist gleichgültig, was die Begründung dafür ist — wieder ein System eingeführt, bei dem die Kinder, statt vormittag in die Schule zu gehen und nachmittag zu lernen, vormittag spielen, und nachmittag um eins müssen sie dann plötz-

Zeillinger

lich in die Schule gehen und sitzen in einem ermüdeten Zustand dort. Ich rede jetzt gar nicht davon, daß jedes normale Familienleben zerrissen ist, wenn das eine Kind am Vormittag und das andere am Nachmittag in die Schule geht.

Sie, Herr Kollege, finden das als durchaus notwendig und richtig. (Abg. Harwalik: *Nein, nein!*) Wir Freiheitlichen sagen, das ist falsch und hätte vermieden werden können, wenn man besser geplant hätte. Ich kenne zwei Lehrer in der Stadt Salzburg, die zwei Klassen haben. Das ist doch ein Rückfall in das vorige Jahrhundert! Ich glaube, daß das an und für sich gar nicht erlaubt wäre. Wir haben aber de facto zwei Lehrer, die zwei Klassen unterrichten müssen! Wir müssten deshalb sogar — die Schüler waren darüber sehr froh — die Unterrichtszeit um 10 Prozent verkürzen und statt der 50-Minuten-Stunde die 45-Minuten-Stunde einführen, damit wir zu recht kommen. Wenn das gewesen wäre, als ich noch in die Schule gegangen bin, hätte ich auch gesagt: Hurra, das sind die besten Gesetzgeber, die solche Gesetze machen. (Abg. Dr. Gruber: *Das ist kein Gesetz!*)

Herr Kollege Gruber, jetzt haben Sie wieder nicht zugehört. Ich rede davon, daß die Bundesgesetzgebung, die die Volkspartei und der Kollege Harwalik hier so beweih-räuchern, in der Auswirkung verheerende Folgen zeitigt. (Abg. Harwalik: *Das waren Anfangsschwierigkeiten!*) Wenn Sie sagen, das sind Anfangsschwierigkeiten, dann dürfen Sie nicht schreiben, daß sich schon nach zwei Monaten herausgestellt hat, wie gut alles ist. Was stimmt also jetzt? Haben wir Anfangsschwierigkeiten? In einem Jahr werden Sie noch immer sagen, es gibt Anfangsschwierigkeiten. (Abg. Harwalik: *Ja, natürlich! Jahrelang werden wir sie haben!*)

Ich habe gehört, daß in einem Land Europas, das östlich von uns liegt, in drei Jahren bereits die Mittelschule als Pflichtschule eingeführt wird, zu einem Zeitpunkt also — ich bin kein Anhänger des Ostens —, zu dem wir dank der verfehlten Schulpolitik in Österreich noch nicht einmal die nötigen Lehrer und Klassen für unsere Schulkinder haben werden. Ich bin kein Monarchist, keine Gefahr — bitte keine Zwischenrufe —, aber ich muß feststellen, daß es im vorigen Jahrhundert noch besser war, als es heute ist. Und nun sagen Sie der Regierung: Wir sind alle zufrieden, es ist alles so gut! Wozu brauchen die tausend oder zweitausend Kinder in Salzburg einen Lehrer? Wir brauchen keine Schulklassen, sie sollen zum Unterricht ins Wirtshaus gehen! Zwei Lehrer für eine Klasse, die Kinder brauchen nur mehr 45 Minuten lernen, das ist doch ein

sozialer Erfolg, und vielleicht erreichen wir endlich die 40-Minuten-Stunde. (Abg. Harwalik: *Jetzt sind Sie in der Nähe der Demagogie! Vorsicht!*)

Nein, Herr Kollege, ich bin mitten drin. Ich bin genauso in der Demagogie, wie Sie in der Demagogie waren, als Sie alles beweih-räucherten. (Abg. Harwalik: *Habe ich nicht!*) Doch, Herr Kollege! Ihre Rede war eine einzige Beweihräucherung und ein einziges selbstgefälliges Zufriedensein! (Abg. Weikhart: *Da müssen wir ihm recht geben!*) Es stinkt hinten und vorne, und es ist auf dem Gebiet des Schulwesens geradezu verantwortungslos, was wir heute den Kindern zutun. Wenn es in ganz Österreich nur eine einzige Klasse wäre, die wir durch den Wechselunterricht gesundheitlich gefährden — und es gibt Tausende solcher Klassen —, dann wäre das Grund genug, die Maßnahmen besser vorzubereiten, als Sie es getan haben.

Herr Kollege, denken Sie an den Überbelag der Schulen! Es ist natürlich sehr schön, zu sagen, der Lehrer braucht nur 30 Kinder in einer Klasse zu unterrichten, aber in der Praxis haben wir überall 40 Kinder sitzen, und in der Stadt Salzburg haben wir sogar — ich habe mich erkundigt — Ausnahmegenehmigungen, damit über 40 Kinder in einer Schulklasse sitzen dürfen. (Abg. Harwalik: *Eine Schulreform braucht eben lange Zeit zu ihrer Verwirklichung!*) Darf ich Ihnen sagen: Eine Generation geht gesundheitlich zugrunde! In Klassenzimmern, die zu klein sind, sitzen die Kinder zusammengepfercht, sie haben nicht genügend Plätze; es gibt kaum für jede Klasse einen Lehrer, und das alles nennen Sie die notwendigen Schwierigkeiten einer Übergangszeit. Für die Jugend, für die Schulkinder muß man besser planen! (Zwischenruf des Abgeordneten Harwalik.) Herr Kollege, wenn man kein Geld hat, kann man nicht heiraten und nicht auf die Hochzeit gehen. Man kann keine Schulreform durchführen, wenn die Voraussetzungen fehlen.

Als fortschrittliche Partei sind wir Freiheitlichen für jede Reform zu haben, aber sie muß geplant sein. Experimentieren mit der Jugend ... (Abg. Steiner: *Das geschieht doch in Salzburg! Wir haben einen Landesschulplan! Wir bauen überall Schulen!*) Kollege aus Salzburg, willst du bestreiten, daß bei uns über die Schulgesetzgebung geschimpft wird? Es gibt keinen Bürgermeister, ob er ein Roter, Schwarzer oder ein Freiheitlicher ist — da gibt es keinen Parteiunterschied —, der darüber nicht schimpft. (Abg. Libal: *Der Steiner gibt doch das nicht zu!*) Entwickeln wir doch nicht vor dem Minister ein falsches Bild, sagen wir doch ohne Kritik ... (Abg. Steiner: *Wir brauchen*

Zeillinger

unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen! Wir wollen unser Licht gar nicht unter den Scheffel stellen. Aber ich sehe es nicht als einen Erfolg an, wenn wir hundert Klassen ohne Lehrer haben, wenn Lehrer zwei Klassen unterrichten müssen, wenn 80 Schulklassen keinen Raum haben, wenn die Kinder zusammengepfercht sind. Das sehe ich vielmehr als einen glatten Mißerfolg der Schulreform an, und ich meine, man müßte eine solche Reform heute noch abbrechen, um erst einmal die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Die Kinder, die heute in die Schule gehen, Herr Kollege Harwalik, und sich dank einer verantwortungslosen Politik Krankheiten zuziehen (*Abg. Harwalik: Wenn es nach Ihnen ginge, gäbe es keine Schulreform in Österreich!*), werden längst nicht mehr die Schule besuchen, und es wird noch immer keine Änderung eingetreten sein, weil Sie selber sagen, in drei, vier Jahren geht das nicht. Es ist für das Kind, das sich eine Lungenkrankheit zugezogen hat, dann zu spät, wenn es hinauskommt und sagt: Aber der Abgeordnete Harwalik hat gesagt, es ist alles sehr schön, Herr Minister, es ist alles in Ordnung, wir brauchen nichts zu machen. (*Abg. Harwalik: Das habe ich nie gesagt!*) Lesen Sie Ihre eigene Rede, und dann schauen Sie sich einmal an, wie viele hundert Klassen fehlen. (*Abg. Harwalik: Jetzt gehe ich bald aus der Vorlesung!*)

Herr Kollege! Das ist der Unterschied: Ich lese nicht. Sie werden vielleicht feststellen, wenn Sie das Wort Vorlesung gebrauchen, daß ich kein Manuskript habe. (*Abg. Harwalik: So billig darf man es sich nicht machen!*) *Kann der Minister pädagogische Armeen aus der Erde stampfen, kann er Lehrer auf Vorrat anschaffen?* Herr Kollege, wissen Sie, was „billig machen“ ist? Solange das Fernsehen im Saal ist, zu behaupten, daß alles in Ordnung ist, und sich zu rühmen, was man alles geschaffen hat. Und nachher, wenn die Opposition kommen und sagen will, daß hunderte Schulklassen fehlen, daß hunderte und in Gesamtösterreich tausende Lehrer fehlen, dann dürfen wir das nicht mehr über Fernsehen und Rundfunk sagen, weil Ihr Generalsekretär veranlaßt hat, daß das Fernsehen unsere Reden nicht übertragen darf. (*Abg. Harwalik: Wissen Sie, wieviel Schulen derzeit in der Steiermark auf Kiel liegen? 44 in einem einzigen Land!* — *Abg. Probst: Was ist das „auf Kiel“?*) Vielleicht geht die Schulmisere darauf zurück, daß ihr die Schulen in Schiffswerften bauen läßt. Wenn ihr sie bei Baumeistern bauen ließet, wären die Schulen vielleicht schon fertig. (*Abg. Weikhart: Harwalik ist zum Schiffer geworden!* — *Abg. Harwalik: Das Bildungsschiff!*)

Es gibt Gott sei Dank verschiedene Meinungen. Ich spreche Ihnen als Regierungs-

partei — jetzt kommt der Unterschied wieder — nicht das Recht ab, daß Sie alles loben, was die Regierung macht. Aber dann sprechen Sie uns Freiheitlichen als Opposition nicht das Recht ab, die Sünden aufzuzeigen, den Finger auf die Wunden zu legen. Denn, Herr Kollege, sie sind vorhanden. Wir wollen sie hier zur Diskussion stellen. Jeder Redner von Ihnen — das werden Sie schon entdeckt haben —, der herauskommt und sagt: Herr Minister! Alles gut, wir sind so dankbar!, lockt einen Freiheitlichen heraus, der weiteres Material vorlegt, was alles schlecht gemacht worden ist. (*Abg. Harwalik: Davon reden Sie nicht, daß ich den Herrn Finanzminister heute sehr nachdrücklich um die Schulbauanleihe gebeten habe! Lesen Sie nach!*) Nur war der Herr Finanzminister nicht da, und er wird dann wieder nichts davon erfahren haben. (*Abg. Libal: War das ein Scheingefecht?*) War das ein Scheinduell mit dem Finanzminister oder eine echte Auseinandersetzung? (*Abg. Harwalik: Ich habe es auch im Klubgesagt!* — *Abg. Ing. Kunst: Sie hätten bei der Budgetvorberatung in der Partei sagen müssen, daß das nicht im Budget drinnen ist, aber nicht nachher hier reden!*)

Präsident Wallner (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte die Zwischenrufe einzuschränken. Es hat jeder die Möglichkeit, sich zum Wort zu melden. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Abgeordneter Zeillinger (*fortsetzend*): Darf ich mit meinen Ausführungen nun fortfahren? — Ich habe nur vorausschicken wollen, daß nicht alles Gold ist, auch wenn es die Regierungssprecher hier so zeigen wollen.

Ich darf nun, Herr Minister, zu einem Punkt kommen, wo sich heute eine unterschiedliche Auffassung zwischen Ihnen und den freiheitlichen Abgeordneten gezeigt hat, wozu wir Freiheitlichen es für notwendig halten, daß einige klärende Worte gesprochen werden.

Ich beziehe mich auf die Fragestunde, in der vom Herrn Minister gesagt wurde, es sei keine Zensur, was der Herr Generaldirektor Scheidl beim „Zeitventil“ ausgeübt hat, als er aus der Fernsehsendung jene Stelle heraus schneiden ließ, die der Regierungspartei und der Regierung unangenehm ist, weil sie sich mit dem Bauskandal beschäftigt hat. (*Abg. Machunze: Nein, Kollege, mit dem Müllner!*) Mit dem Müllner, bitte sehr; mit dem ÖVP-Funktionär Müllner. Entschuldigen Sie, ich korrigiere mich. (*Abg. Weikhart: Das ist genau der gleiche Skandal!* — *Abg. Probst: Ein feiner Unterschied besteht schon!*) Kollege Machunze, ich danke. Es ist mir wirklich ein Lapsus passiert. Es war nicht der Bautenskandal, sondern es war die Müllner-Affäre.

Der Herr Minister hat hier den Vergleich gesetzt, das wäre genauso, wie wenn der General-

2370

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Zeillinger

direktor eine antisemitische Sendung — dieser Vergleich ist gefallen — nicht herausschneiden würde. Sie ermutigen damit also den Generaldirektor Scheidl, daß er in Zukunft alles, was der Regierung ungern ist, mit dem gleichen Pflichtfeier herausschneidet wie beispielsweise antisemitische Sendungen. Sie, Herr Minister, haben verschiedentlich immer wieder den Schwarzen Peter der Freiheitlichen Partei zuspielen wollen, etwa mit so spitzen Bemerkungen, Sie wollten keine Zensur ausüben. Es besteht aber hier wirklich ein großer Unterschied, und daher will ich diesen Unterschied aufzeigen.

Sie haben zum Beispiel das Österreich-Lexikon zitiert. Weil wir Freiheitlichen verlangt haben, daß gewisse Korrekturen vorgenommen werden, hat der Herr Minister gesagt, er wolle keine Zensur ausüben. Herr Minister, nach freiheitlicher Ansicht ist es nicht gleichgültig, ob der Geburtsort Haydns von Niederösterreich nach dem Burgenland verlegt wird und eine Unmenge ähnlicher historischer Unrichtigkeiten passieren. Die Freiheitliche Partei kommt nun und fragt: Herr Unterrichtsminister! Soll dieses Österreich-Lexikon nicht richtiggestellt werden? Sollen unsere Schulkinder wirklich nicht die richtigen Angaben und Daten erfahren? Und darauf sagt der Minister: Nein, nein, das Falsche soll bleiben. Wörtlich: Ich will keine Zensur beim Österreich-Lexikon ausüben. (*Abg. Machunze: Das hat er nicht gesagt!*) Darf ich bitten, das Protokoll zu besorgen, ich werde es vorlesen. Ich habe mitstenographiert. „Ich will keine Zensur ausüben“ — das wurde heute vormittag gesagt.

Oder wollen Sie vielleicht bestreiten, daß der Minister mir — nicht unterstellt, das ist ein zu scharfer Ausdruck — die Möglichkeit ange deutet hat, ich könnte mit meiner Frage über die Schulfunksendung zum 26. Oktober, zum Staatsfeiertag, ihn auch aufgefordert haben, eine Zensur auszuüben?

Herr Minister! Wir haben keine Zensur verlangt, sondern wir haben Sie nur auf diese Sendung aufmerksam gemacht und den Standpunkt vertreten — darüber kann man verschiedener Meinung sein —, ob es nicht besser wäre, an einem solchen Staatsfeiertag, wo die ganze Jugend beisammen ist, das Bekenntnis zu Österreich, das Gemeinsame, das wirklich reichlich vorhanden ist, zu suchen, oder ob man unbedingt das Trennende — noch dazu mit historischen Unrichtigkeiten und ausgesprochen falschen Angaben — in den Vordergrund stellen muß.

Ich möchte anerkennen, der Herr Minister hat damals auf meine Frage eine Antwort etwa in der Richtung gegeben, daß er dafür Sorge tragen will, daß nächstes Jahr dem Schulfunk,

der Schuljugend — diese Schulfunksendung ist ja praktisch ein Unterrichtsgegenstand — eine Sendung übermittelt wird — ich glaube es ungefähr so sagen zu können —, bei der das Gemeinsame mehr in den Vordergrund gestellt wird als das Trennende. Heute wurde mir unterstellt, wir hätten damit eine Zensur verlangt. Nein, Herr Minister! Wenn Sie wirklich glauben, daß es eine Zensur ist, wenn wir sagen, Haydn ist in Niederösterreich und nicht im Burgenland geboren worden, wenn Sie das Zensur nennen, dann würden Sie mich fast verleiten, zu sagen: Dann fordere ich eine Zensur! Aber nur in diesem Falle.

Es herrscht eine grundsätzlich verschiedene Auffassung über das, was Zensur ist, zwischen der Regierung oder Ihnen, Herr Minister, und uns freiheitlichen Abgeordneten. Die Richtigstellung von Druckfehlern ... (*Abg. Machunze: Für ein Buch ist der Herausgeber verantwortlich, Sie können doch nicht den Minister für Unrichtigkeiten verantwortlich machen, die in einem Buch stehen!*) Nein. Ich darf aber noch einmal sagen: Der Anlaß, warum ich bezüglich der Schulfunksendung den Minister gefragt habe, war, daß einleitend gesagt wurde: „Vom Unterrichtsministerium approbiert“; so hieß die Einleitungsformel. Ein Österreich-Lexikon, das, glaube ich, mit staatlicher Beihilfe herausgegeben wird und das selbstverständlich auch empfohlen werden soll, brauchen wir, wir brauchen ein solches Werkzeug, eine solche Unterlage. Aber dann sollen, wenn wir es schon mitfinanzieren, dem österreichischen Volk und der Jugend, die es verwendet, möglichst richtige Daten vermittelt werden. Das ist der Grund gewesen. Herr Kollege, Sie können nachlesen.

Die Richtigstellung von Druckfehlern ist von unserem Standpunkt aus keine Zensur. Eine Unterrichtssendung in einer bestimmten Form vorzubereiten und zu vermeiden, daß gerade die strittigen Punkte in die Jugend hineingetragen werden, das ist nach unserer Ansicht keine Zensur.

Auch der Vergleich mit einer Zeitung, wo ein Chefredakteur natürlich eine Anweisung geben kann, ob ein Artikel erscheint oder nicht erscheint — unabhängige Zeitungen allerdings zeichnen sich dadurch aus, daß sie solche Anweisungen in möglichst engen Grenzen halten —, ist nicht richtig. Eine Zeitung ist ein Privatunternehmen. Rundfunk und Fernsehen sind nicht mit einer privaten Zeitung zu vergleichen, sie sind letzten Endes öffentliche Informationsmittel. Und trotzdem — das ist ein Punkt, wo ich mich mit dem Herrn Minister treffe — hat natürlich der Generaldirektor eines solchen Unternehmens die Möglichkeit, Filme oder Sendungen anzukaufen oder sie nicht anzu-

Zeillinger

kaufen. Es wird niemand ein solches Mittel bestreiten. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Worum es uns aber geht, das ist die Ausübung einer Vorzensur im Rundfunk und Fernsehen, und das, Herr Minister, möchte ich abschließend zu diesem Punkt sagen.

Rundfunk und Fernsehen sind öffentliche Informationsmittel. Sie haben die Aufgabe, richtig und ungeschminkt der Öffentlichkeit die Wahrheit zu übermitteln. Daß sie daran gehindert werden, daß sie beispielsweise aus dem Parlament nicht übertragen dürfen, weil es ihnen verboten wird, hier außer den Proporzsendungen freie Sendungen zu machen, das steht auf einem anderen Blatt. Aber man darf nach freiheitlicher Ansicht nicht von der Ministerbank aus einen Generaldirektor Scheidl noch ermutigen (*Abg. Dr. van Tongel: Und den neuen Generalintendanten auch schon!*) zu solchen Zensurmethoden, wie er sie eingeführt hat. Es wird doch sein politischer Einfluß in Rundfunk und Fernsehen immer stärker. Das Volksbegehren wird genau auf den Kopf gestellt, es wird in das Gegenteil verkehrt. Wir haben gehört, daß der Generaldirektor, der nun weiß, daß er gehen muß, laufend Personalverträge abschließt, sodaß ein späterer Intendant, der kommt, gar keine Wirkungsmöglichkeit mehr hat, weil ihm der Generaldirektor alles bereits blockiert hat. Wir spüren doch die Zensur in Rundfunk und Fernsehen bei jeder Meldung, die durchgegeben wird. Das ist doch die immer stärkere politische Hand des ehemaligen ÖVP-Generalsekretärs und jetzigen Generaldirektors Scheidl. Statt zu sagen, es ist bedauerlich, ermutigen Sie noch, verteidigen Sie ihn noch und stellen Sie sich noch schützend vor einen Mann, der solche Eingriffe macht, der glaubt, daß er der Regierung hilft, wenn er aus einer FernsehSendung jenen Teil herausschneidet, der sich mit einem öffentlichen Skandal befaßt. Ich halte das persönlich für ungeschickt und dumm, denn es wäre, wenn die Sendung über die Bühne gegangen wäre, lange nicht so viel darüber geredet worden wie jetzt, wo das unterbrochen war, wo eine Tafel eingeschaltet werden mußte, daß eine Störung vorliegt, wobei doch jeder Mensch weiß, daß das Scheidl veranlaßt hat. Und Scheidl beruft sich darauf, daß dieser Eingriff in die Sendung von der Regierung gekommen ist. Jeder in Österreich fragt, welch schlechtes Gewissen die Minister haben müssen, wenn sie nicht einmal erlauben, daß sich ein Kabarett mit einem Skandal in Österreich beschäftigt.

Es ist fast ein Zeichen einer freiheitlichen Demokratie, daß man die Kritik an der Regierung frei aussprechen kann, und es ist ein

Zeichen der freien Welt, daß es Kabarets gibt und daß es kabarettartige Sendungen gibt, wo Kritik an der Regierung geübt wird. Es ist einmalig, und es bleibt der neuen Regierung, der Alleinregierung der ÖVP vorbehalten, nun bereits durch solche Zensurmaßnahmen selbst das Lachen in Österreich zu proportionieren. Man darf nicht mehr lachen, man darf nichts mehr erfahren, man darf nicht einmal mehr in humoristischen Sendungen über die Bauskandale informiert werden. (*Abg. Glaser, sich von seinem Platz erhebend: Mit dem Lachen ist es genauso! Wenn wir nur lächeln, werden wir vom Abgeordneten van Tongel als Lächler apostrophiert!* — *Abg. Dr. van Tongel: Sie wissen ganz genau, bei welchem Punkt wir Ihr Lachen inkriminiert haben!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte jetzt kein lautes Lächeln führen!

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Wenn man in einem Kabarett lacht, ist es am Platz, wenn man bei einem Begräbnis lächelt, ist es nicht am Platz. Daher glaube ich, man sollte immer wissen, wo einem das Lächeln auskommt. (*Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel.* — *Abg. Glaser: Halten Sie sich mit Ihren Ausdrücken zurück!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich ersuche, sich etwas mehr zu beherrschen. Bitte Platz zu nehmen. (*Abg. Glaser kommt der Aufforderung nach.*) Bitte um etwas Ruhe. Das Wort hat der Abgeordnete Zeillinger. (*Abg. Glaser zum Abgeordneten Dr. van Tongel: Halten Sie sich zurück! Von Ihnen lassen wir uns nicht alles gefallen!*)

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Es schwebt schon wieder das Wort Arroganz im Raum.

Herr Kollege Glaser, darf ich jetzt etwas sagen. Genau das, was Sie jetzt sagen, sagen wir Freiheitlichen über euch. (*Abg. Glaser: Es hat sich um den Ausdruck „Schweinerei“ gehandelt!*) Sie sagen Arroganz, und wir sagen, ihr seid überheblich. Und wir sagen: Wir lassen uns von euch nicht alles gefallen, und ihr von der ÖVP sagt, ihr laßt euch von uns nicht alles gefallen. Das ist ja sehr schön, solange es noch demokratisch vor sich geht, solange wir hier sagen können, daß wir uns nicht alles gefallen lassen. Gefährlich ist es nur, wenn es der Scheidl erfährt, denn der schneidet solche Stellen garantiert aus der Sendung heraus. (*Heiterkeit.*)

Herr Minister! Aber hinter dem, was jetzt etwas zum Lächeln veranlaßt hat, steht ein sehr ernstes Problem. In dem Fall war es eine Zensur, und ich glaube, es waren Zeitungen, die ihrer Partei nahestehen, die nachher empört geschrieben haben: Das ist Zensur.

2372

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Zeillinger

Man sollte das nicht verniedlichen und sich nicht schützend vor solche Maßnahmen stellen, es fällt keinem Minister ein Stein aus der Krone, wenn er sagt: Ich finde das nicht richtig, und meine Meinung ist, daß es besser gewesen wäre, die Sendung wäre ungekürzt über die Bühne gegangen. Es wäre demokratischer gewesen, und es hätte in der Öffentlichkeit einen besseren Eindruck gemacht.

Wir Freiheitlichen müssen sagen: Was wir nicht brauchen, sind Zensuren, sind solche dauernde Eingriffe in die Information der Öffentlichkeit. Was wir brauchen, Herr Minister — und leider Gottes war Ihre heutige Stellungnahme ein Rückschlag —, was wir in Österreich brauchen, ist mehr Meinungs- und mehr Informationsfreiheit. Herr Minister, wenn Sie ein Stück dazu auf dem Unterrichtssektor beitragen wollen, dann greifen Sie nicht ein, um Generaldirektoren des Rundfunks und Fernsehens zu schützen, auch wenn es der ehemalige Generalsekretär Ihrer Partei ist, sondern dann greifen Sie ein, um die Freiheit der Information zu ermöglichen, dann greifen Sie ein, um die Zensoren in Österreich in die Schranken zu weisen. Denn daran erkennt man eine echte Demokratie.

Und weil wir diesen Geist leider Gottes gerade im Kapitel Unterricht so missen müssen, werden wir Freiheitlichen gegen dieses Kapitel stimmen. (Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Kummer: Das haben wir schon gehört!)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Gruber. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Josef Gruber (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur zunächst feststellen, Herr Abgeordneter Zeillinger: Wir wissen auch, daß nicht alles so wunderbar in Ordnung ist, wie wir uns das vielleicht selbst wünschen. Wir wissen auch genau, daß es Zustände und Dinge gibt, an denen die Kritik ansetzen kann.

Ich darf Ihnen versichern, wir sind nicht der Meinung, daß Oppositionsparteien hier keine Kritik üben könnten oder sollten. Na selbstverständlich. Dazu sind sie ja in der Opposition, daß sie diese Dinge aufzeigen. Nur meine ich auch, daß man trotz kritischer Einstellung gewisse positive Entwicklungen nicht negieren soll.

Ich stehe gar nicht an, zu sagen, daß wir nicht auch von Ihrer Fraktion heute da und dort einen solchen Ansatz bemerkt haben, sowohl in der Rede des Herrn Abgeordneten Peter wie auch in der Rede des Herrn Abgeordneten Scrinzi, daß aber doch vielleicht manche Dinge von Ihnen etwas zu negativ beurteilt werden. Das ist wieder unsere Meinung, und Sie gestatten, daß wir auch unseren

Eindruck davon sagen. Nicht mehr wollte Abgeordneter Harwalik sagen. (Abg. Dr. van Tongel: Darüber kann man diskutieren!) Darüber kann man reden.

Ich glaube, daß uns die Fragen, die die Frau Abgeordnete Klein-Löw angeschnitten hat und die ja auch Inhalt des Entschließungsantrages der sozialistischen Fraktion sind, ebenfalls nicht unbekannt sind, daß wir selbstverständlich manches Problem lieber heute als morgen lösen wollen, daß das aber einfach angesichts der Situation, in der wir uns befinden, nicht möglich ist. Sie können versichert sein, daß wir die Ziele, die wir uns selbst in der Bildungspolitik gestellt haben, selbst einer Realisierung zuführen. Dazu benötigen wir keinen Zeitplan, auch nicht von seiten einer Oppositionspartei. Wir sind aber nicht böse, wenn Sie Ihre Meinung dazu sagen. Sie sollen nur nicht über uns herfallen, wenn wir Ihnen aus unserer Sicht sagen, daß es derzeit unmöglich ist, das ganze Paket, das Sie in diesem Entschließungsantrag stehen haben, bereits was weiß ich bis Ende der Frühjahrsession 1967 zu erledigen. Wir brauchen keinen Anstoß in dieser Richtung, und wir brauchen keinen Nachhilfeunterricht in dieser Richtung.

Im Entschließungsantrag der sozialistischen Fraktion war auch vom Kapitel Volksbildung die Rede. Die Frau Abgeordnete Klein-Löw hat dieses Kapitel auch in ihrer Rede erwähnt. Sie hat gemeint, daß viel zuwenig Mittel dafür im Budget vorgesehen seien.

Zunächst erlaube ich mir, Frau Kollegin, zu dieser Frage doch eine kleine Unterscheidung zu treffen. Wir verstehen, glaube ich, unter dem zweiten Bildungsweg, den Sie auch genannt haben, doch im wesentlichen die Gymnasien und Realgymnasien für Berufstätige, und die gehören doch eher in das Kapitel Schulwesen als in das Kapitel Erwachsenenbildung. Ich möchte nicht sagen, daß es nicht dort und da auch Kurse gibt, die in diese Richtung zielen, aber wir finden es immer wieder, daß solche Kurse früher oder später zu einer eigenen Fachschule oder sonstigen Schule ausgebaut werden.

Ich möchte nur einmal etwas zum Kapitel Volksbildung sagen und bedauere, daß manche Mißverständnisse immer noch vorhanden sind. Man glaubt, Volksbildung, das sei ein bißchen Volkskultur, Volkslied, Volkstanz, Trachtenfolklore und so weiter. Ich möchte diese Dinge nicht abwerten. Aber Erwachsenenbildung im modernen Sinne ist wesentlich mehr. Ich glaube, das ist die notwendige Anstrengung, die wir heute unternehmen müssen, um den Menschen in einen permanenten Bildungsvorgang hineinzuziehen. Bildung hört eben nie auf, und daher ist auch Erwachsenenbildung in der heutigen Zeit dringend notwendig.

Dr. Josef Gruber

Bildungsarbeit hat einen sehr großen Bereich. Sie reicht von der Auffrischung des Schulwissens über die Verbreiterung des Allgemeinwissens bis zur Lebenshilfe. Erziehungshilfe für junge Eltern gehört ebenso dazu wie die Hilfe für alte Menschen, denen geholfen werden soll, ihre Lebensprobleme zu meistern, sinnvolle Freizeitgestaltung ebenso sehr wie geistige Landesverteidigung und die Erziehung zum entscheidungsbefähigten Staatsbürger ebenso wie die Erziehung zum sozial aufgeschlossenen Mitbürger. Wir bedauern ebenfalls — vielleicht kann dann wieder ein Sprecher der Freiheitlichen Partei sagen, ich würde hier eine Oppositionsrede halten, wie man das dem Abgeordneten Ofenböck vorgeworfen hat —, daß die Förderungsmittel für die Budgetpost Volksbildung nicht im gleichen Prozentsatz gestiegen sind wie das gesamte Unterrichtsbudget. Wir können hier bei weitem keine Steigerung um 14 Prozent feststellen.

Es soll natürlich nicht übersehen werden, daß es auf dem Gebiet der Volksbildung auch andere Möglichkeiten der Privatinitiative gibt, um etwas leisten zu können. Hier liegen die Dinge anders als auf dem Schulsektor. Doch müssen auch auf diesem Gebiet alle Anstrengungen unternommen werden, um zu einer besseren Dotierung zu gelangen, wenn wir nicht die vielen, vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter, die mit großem Idealismus an der Arbeit sind, bitter enttäuschen wollen.

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zur außerschulischen Jugendarbeit machen. Hier ist natürlich am Bundesjugendring nicht vorbeizusehen. Es ist richtig, daß auch das Jugendherbergswesen in diesem ganzen Bereich erfaßt ist, aber die größte Förderung in diesem Zusammenhang erfährt doch der Bundesjugendring.

Der Herr Kollege Peter hat heute bereits davon gesprochen. Er meinte, daß nun doch endlich etwas erreicht sei, was schon längere Zeit immer wieder kritisiert wurde, nämlich die Nichtaufnahme der Alpenvereinsjugend in den Bundesjugendring. Ein Stein des Anstoßes ist seit dem vergangenen Samstag weg: Die Alpenvereinsjugend wurde in den Bundesjugendring aufgenommen.

Ich möchte aber hier klar und eindeutig feststellen, daß nicht alle im Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendorganisationen jeweils gegen die Aufnahme der Alpenvereinsjugend gestimmt haben, sondern daß ein Großteil schon früher diese Aufnahme gerne gesehen hätte, daß aber ein Statut in Geltung ist, das bereits bei zwei Gegenstimmen eine Neuaufnahme verhindert. (Abg. Melter: *Njet-Stimmen!*) Njet-Stimmen, bitte sehr,

Gegenstimmen oder Njet-Stimmen, das ist bei mir dasselbe. (Abg. Ströer: *Ein Veto gibt's auch in der UNO!*) Ja, aber vielleicht nicht bei zwei Gegenstimmen. Herr Kollege Ströer, gerade Sie hätten vielleicht schon früher sehr dazu beitragen können, daß dieses Veto einmal nicht mehr erhoben worden wäre. (Abg. Ströer: *Sind Sie jetzt unzufrieden?*) Jetzt nicht, nein. Die Gewerkschaftsjugend darf, glaube ich, mit der Lösung auch nicht unzufrieden sein. Sie wissen schon, was ich meine. (Abg. Ströer: *Aber wir haben Verbündete in der Katholischen Jugend!*) Ja, aber die Katholische Jugend war schon lange Zeit für die Aufnahme der Alpenvereinsjugend. (Abg. Konir: *Na, na, na!*) Ja, ich weiß schon, wie die Dinge dort liegen.

Natürlich ist jetzt wieder ein anderer Stein des Anstoßes für die Freiheitliche Partei da, ich möchte mich aber über diesen Stein des Anstoßes jetzt mit Ihnen nicht auseinandersetzen. (Abg. Melter: *Dann erklären Sie, daß es nicht im Ordnung ist!*) Für Sie ist es ein Stein des Anstoßes, für uns nicht. Das Bekenntnis zu Österreich ist für uns kein Stein des Anstoßes. Ich möchte nur sagen, daß auch die Alpenvereinsjugend dieser Statutenänderung zugestimmt hat.

Ich möchte aber auch in dem Zusammenhang bemerken, daß die Kritik, die in letzter Zeit vielfach am Österreichischen Bundesjugendring geübt wurde, an dem vielen Positiven vorbeigesehen hat, was doch der Bundesjugendring geleistet hat. Ich darf dazu sagen, daß sich diese Organisationen bereits zu einem Zeitpunkt zusammengeschlossen haben, wo von einem Bundesjugendplan noch nicht die Rede war, wo man also noch nicht wußte, daß es Geldmittel gibt. Eigentlich bestand nur die Absicht, in gewissen Aktivitäten zusammenzuarbeiten, die eben für die Jugenderziehung positive Aspekte darstellten: etwa staatsbürgerliche Erziehung, Aktivitäten gegen Schmutz und Schund, internationale Jugendkontakte und so weiter. Erst später, glaube ich, ist der Kampf um die Mitgliedschaft in voller Schärfe entbrannt, als nämlich der Bundesjugendplan Wirklichkeit geworden ist. Das darf man zur Steuer der Wahrheit in diesem Zusammenhang wohl auch sagen.

Ich möchte aber nicht verhehlen, daß es in diesem Zusammenhang natürlich noch Probleme gibt, die auch von uns als Probleme angesehen werden. Ich habe schon vorhin auf dieses etwas eigenartige Statut hingewiesen, das meines Erachtens auch nicht vollkommen in Ordnung ist.

Ich möchte auch die Schwierigkeit nicht übersehen, die dadurch entsteht, daß jede politische Schwierigkeit, die in Österreich viel-

2374

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dr. Josef Gruber

leicht auftritt, bereits ihre Rückwirkungen auch auf den Bundesjugendring hat, weil auch dort diese politischen Probleme zu einer gewissen Kontroverse führen.

Im großen und ganzen muß man aber die Arbeit des Bundesjugendringes positiv bewerten. Es wäre daher sicherlich an der Zeit, auch die Mittel für den Bundesjugendplan, die meines Wissens jetzt vier Jahre hindurch unverändert bei 20 Millionen stehen, wieder einmal aufzustocken.

Ich darf auch deswegen auf den Bundesjugendring hinweisen, weil in jüngster Zeit von ihm eine Initiative ausgegangen ist, die in ihrer Wirkung wesentlich über Österreich hinausgeht. Damit meine ich den Zweigverein — einen Ableger, wenn man so sagen will — des Österreichischen Bundesjugendringes, den Österreichischen Jugendrat für Entwicklungshilfe. Sie wissen, die Patronanz über diesen Österreichischen Jugendrat haben der Herr Bundeskanzler und der Herr Minister a. D. Dr. Kreisky. Dieser Jugendrat wurde im Jahre 1965 gegründet und hat mit Beginn des heurigen Jahres seine Tätigkeit aufgenommen.

Ich möchte mich jetzt nicht über die Ziele verbreitern; ich glaube, sie sind so relevant und so offensichtlich, daß man dazu nichts zu sagen hat. Ich möchte aber doch betonen, daß es hier bereits frühere Initiativen gegeben hat, und man kann wohl die Katholische Landjugend hier als Vorbild für diese Arbeit bezeichnen, weil in dieser Organisation bereits im Jahre 1960 die ersten Ansätze für eine Entwicklungshilfe vorhanden waren und bereits 1961 das erste Team in den Einsatz ging. (Abg. Haas: *Die Gewerkschaftsjugend auch!*) Ja, Herr Kollege Ströer ... (Abg. Ströer: *Das war nicht ich, das war Kollege Haas!*) Entschuldigung, Herr Kollege Haas! Ich habe hier eine Aufstellung vom Österreichischen Jugendrat, und da ist ja die Österreichische Gewerkschaftsjugend auch dabei. Sie wissen sicherlich, daß nicht alle Organisationen des Bundesjugendringes in diesem Jugendrat vertreten sind, aber die Gewerkschaftsjugend ist dabei. Mit November 1966 sind etwa 130 Entwicklungshelfer aus Österreich im Einsatz.

Weil Sie nun die Gewerkschaftsjugend erwähnt haben, darf ich Ihnen auch sagen, woher diese 130 Entwicklungshelfer derzeit stammen: 70 von der Katholischen Jugend Österreichs (*Hört! Hört! Ruf bei der ÖVP*), 36 vom Institut für Internationale Zusammenarbeit, das ist die Pax Christi-Bewegung, 11 vom Bauorden und lediglich 13 von anderen Organisationen. Das mußte einmal gesagt werden, damit auch diese Dinge einmal so ins

rechte Lot gebracht werden und damit wir einmal sehen, daß private Initiative hier ebenso sehr zum Ziel führt und nicht immer alles von einer staatlichen oder öffentlich-rechtlichen Seite her gefördert werden muß. Wir haben hier den umgekehrten Weg. Wir haben hier die Privatinitiative zuerst gehabt, und jetzt, glaube ich, nimmt sich — wir wollen dafür dankbar sein — auch die öffentliche Hand dieser Sache an.

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich zwei Bitten vortragen: Was hier die meisten Schwierigkeiten verursacht, das sind einerseits die Ausbildungskosten und andererseits der Versicherungsschutz für die Entwicklungshelfer. Wir würden es sehr begrüßen, wenn hier eine klare Lösung gefunden werden könnte, daß etwa — das geschieht ja bereits zum Teil — von Staats wegen die Ausbildungskosten übernommen werden, daß aber vor allen Dingen auch für den Fall der Krankheit, des Unfalls, der Haftpflicht ein Versicherungsschutz denen gewährt wird, die sich nun freiwillig verpflichten, eine Zeit ihres Lebens — und eigentlich die besten Jahre ihres Lebens — irgendwo anders zu verbringen, um anderen Menschen zu helfen.

Auch die Frage des Weiterlaufens der Pensionsversicherung wäre in diesem Zusammenhang einer Klärung zuzuführen.

Und nun gestatten Sie, daß ich mich noch ganz kurz mit einem lokalen Problem beschäftige: mit dem höheren Schulwesen in Oberösterreich; und zwar deswegen, weil in diesem Bundesland ein Nachholbedarf vorhanden ist, der über den anderer Bundesländer hinausgeht. Man kann fast von einer Benachteiligung, die sicherlich ungewollt ist, sprechen. Ich möchte einige Ziffern bekanntgeben, die aus der österreichischen Schulstatistik stammen, die uns aber so richtig zeigen, wie sehr wir hier in Oberösterreich noch etwas nachzuholen haben.

Es gibt in ganz Österreich 156 allgemeinbildende höhere Schulen des Bundes, davon in Wien 53, das sind 34 Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil Wiens von 23 Prozent. In Niederösterreich gibt es 29 solche höhere Schulen, das sind 19 Prozent, und der Bevölkerungsanteil ist ebenfalls 19 Prozent. In der Steiermark gibt es 22 Schulen, das sind 14 Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil von 16 Prozent. In Oberösterreich gibt es 18 Schulen, das sind 11,5 Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil von ebenfalls 16 Prozent. Wir sehen also, daß hier bereits ein Mißverhältnis besteht. Bei den Angaben über den Bevölkerungsanteil ist aber nicht die Altersschichtung berücksichtigt. Der Anteil der Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren

Dr. Josef Gruber

wäre in Oberösterreich bedeutend höher als etwa in Wien.

Eine andere Übersicht zeigt ein etwa gleiches Bild. In Wien existieren 290 erste und zweite Klassen an allgemeinbildenden höheren Schulen mit 9090 Schülern. Die Anzahl der Schüler pro Klasse beträgt in Wien 31,3. In Niederösterreich existieren 146 erste und zweite Klassen mit 4697 Schülern, das sind 32,1 Schüler pro Klasse. In der Steiermark gibt es 127 erste und zweite Klassen bei 4586 Schülern; die Anzahl der Schüler pro Klasse beträgt dort 36,1. In Oberösterreich sind 116 erste und zweite Klassen mit 4232 Schülern, die Anzahl der Schüler pro Klasse beträgt 36,5. Wir sehen also hier ein ständiges Ansteigen der Schülerzahl pro Klasse.

Es fällt auf, daß Niederösterreich bei einem Plus von 465 Schülern um 30 Klassen mehr hat als Oberösterreich und die Steiermark bei einem Plus von 354 Schülern um 14 Klassen mehr. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Zahl der Schüler in den ersten und zweiten Klassen in Oberösterreich im Verhältnis zum Bevölkerungsstand viel geringer ist als in den zum Vergleich herangezogenen Bundesländern.

Noch auffallender ist das Mißverhältnis, wenn man die Gesamtzahl der Schüler und der Klassen an den allgemeinbildenden höheren Schulen betrachtet, also nicht nur die ersten und zweiten Klassen. Auch dazu eine Übersicht. In Wien gibt es 1057 Klassen mit 28.161 Schülern, in Niederösterreich 461 Klassen mit 13.157 Schülern, in der Steiermark 441 Klassen mit 13.435 Schülern und in Oberösterreich 398 Klassen mit 13.187 Schülern. Auch hier steigt die Schülerzahl pro Klasse: in Wien 26,6, in Niederösterreich 28,5, in der Steiermark 30,4 und in Oberösterreich 33,1. Oberösterreich hat um 30 Schüler mehr als Niederösterreich, aber um 63 Klassen weniger. Die Steiermark hat um 248 Schüler mehr als Oberösterreich, doch auch um 43 Klassen mehr. Daraus ersieht man, wie stiefmütterlich Schüler und Lehrer in Oberösterreich gegenüber den anderen Bundesländern behandelt werden. Als Konsequenz ergibt sich, daß das Schulbudget für Oberösterreich dadurch natürlich geringer ist als für andere Bundesländer.

Ich könnte auch einen Vergleich zwischen den einzelnen Städten hier bringen, etwa zwischen Graz, Linz, Salzburg und noch Wien dazu, wobei zu sagen ist, daß hier natürlich am allerbesten die Bundeshauptstadt abschneidet. Wir sind darüber ja nicht böse, wir vergönnen den Wienern das selbstverständlich, wir möchten nur allmählich auch gleichziehen. Ich möchte dazu noch bemerken, daß Oberösterreich kein einziges Bundes-

konvikt hat und daß auch andere Einrichtungen des Bundes, etwa Bundesspielplätze, Bundessportbäder, die wir in anderen Bundesländern finden, in Oberösterreich nicht existieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf noch einen Umstand hinweisen, der das höhere technische Schulwesen betrifft. Ich darf ganz kurz noch ein paar Zahlen sagen. Im Schuljahr 1963/64 haben im Bundesdurchschnitt von 100 14jährigen weiterführende Schulen besucht: 13 in die fünfte Klasse der allgemeinbildenden höheren Schulen, 3 in den ersten Jahrgang der Lehrerbildungsanstalt beziehungsweise des Musisch-pädagogischen Realgymnasiums und 7 in den ersten Jahrgang der höheren technischen Lehranstalt.

In Oberösterreich haben wir bei den allgemeinbildenden höheren Schulen die Vergleichszahlen 8 : 13 im Bundesdurchschnitt, bei den Musisch-pädagogischen Lehranstalten 2 : 3 im Bundesdurchschnitt und lediglich an höheren technischen Lehranstalten 4 : 7 im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Das zeigt, wie weit wir in Oberösterreich zurück sind.

Dabei aber hat Oberösterreich auf Grund der Volkszählung einen Bevölkerungsanteil in Industrie und Gewerbe von 41,4 Prozent, während der Bundesdurchschnitt hier niedriger liegt, nämlich bei 38,8 Prozent. Oberösterreich liegt an zweiter Stelle nach dem Land Vorarlberg.

Im Schuljahr 1964/65 haben von den Jahrgängen 1946 bis 1950, das sind die 14- bis 18jährigen, 17.027 Schüler die höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten besucht, das sind 3,3 Prozent dieser Jahrgänge. In Oberösterreich haben lediglich 1,9 Prozent dieser Jahrgänge solche technisch-gewerbliche Schulen besucht. Damit steht Oberösterreich, obwohl mit 41,4 Prozent der Bevölkerung in Industrie und Gewerbe an zweiter Stelle stehend, nach dem Burgenland an letzter Stelle unter allen österreichischen Bundesländern. Ich glaube, daß das deutlich genug zeigt, daß hier ein Nachholbedarf vorhanden ist.

Ich möchte nicht sagen, daß nicht auch in unserem Bundesland viel geschehen wäre. Wir haben neue allgemeinbildende höhere Schulen in Schärding, in Braunau, in Bad Ischl, in Vöcklabruck, in Rohrbach und nun auch ein Musisch-pädagogisches Gymnasium in Grieskirchen.

Wir haben aber immer noch drei politische Bezirke ohne solche höhere Schulen. Der Herr Minister hat einmal eine Ziffer genannt, derzufolge es in Österreich nur mehr drei politische Bezirke gibt, die keine solche höhere Schule hätten. Wenn es mehr sind, Kollege Harwalik,

2376

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dr. Josef Gruber

dann sind es nicht um viel mehr, und ich darf den traurigen Ruhm für Oberösterreich in Anspruch nehmen, daß wir eigentlich das Hauptkontingent dieser Bezirke stellen. Ich bin aber dankbar, daß hier bereits auch Vorsorge getroffen ist, daß in weiteren Bezirken, in Perg und in Kirchdorf, in absehbarer Zeit solche Schulen errichtet werden sollen.

Ich möchte nur die Bitte aussprechen: Wenn heute davon die Rede war, daß wir allen unseren Kindern die gleichen Chancen auf dem Bildungssektor einräumen sollen, dann bitte ich auch, daß die gleiche Chance für die Jugend in Oberösterreich gegeben wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg. Ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete Dr. Hertha Firnberg (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! „Vorrang von Wissenschaft und Bildung“ trifft für das Hochschulbudget noch weniger zu als für das gesamte Unterrichtsbudget. Diese Kritik trifft nicht nur die Opposition. Ich kann es mir hier leicht machen. Ich zitiere nur ein Schreiben der Österreichischen Hochschülerschaft vom 28. Oktober 1966, in dem uns die Österreichische Hochschülerschaft mitteilt, daß die Österreichische Hochschülerschaft mit größtem Bedauern feststellen mußte, daß im Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1967 für das Hochschulbudget eine geringere Zuwachsr率 als für das Gesamtbudget vorgesehen ist. Ausführlich wird in diesem dreiseitigen Schreiben erläutert, um welche Positionen es sich handelt.

Hohes Haus! Es ist Brauch geworden, durch Operationen mit Globalzahlen eine Verschleierungstaktik anzustreben und durchzuführen. Bei einer nur sehr flüchtigen Einsicht in das Hochschulbudget zeigt sich zum Beispiel, daß beim Sachaufwand von einem Vorrang überhaupt keine Rede sein kann. Auch hier darf ich es mir sehr leicht machen und nicht mit den Worten der Opposition, sondern mit den Worten des Ersten Österreichischen Professorentages, veröffentlicht in der „Österreichischen Hochschulzeitung“ vom 15. November 1966, sprechen. Die Stellungnahme des Professorentages war: „Im Budgetvoranschlag 1967 sind die Ansätze für den Sachaufwand der Hochschulen bedenklich niedrig und die Entwicklung der Hochschulen gefährdend.“

In der Pressekonferenz, die diesem Ersten Österreichischen Professorentag voranging, wurde festgestellt, daß die Hauptforderungen der Professoren unter anderen die bessere Sachausstattung der Institute und die Entlastung der Professoren von administrativen

Aufgaben seien. Ferner wird festgestellt, daß im Budgetvoranschlag 1967 Anträge auf rund 70 Millionen Schilling Sachaufwand nicht unterzubringen gewesen seien. Die Folgen werden an einem Beispiel erläutert, das ich hier statt vieler anderer anführen will: An der Medizinischen Fakultät der Universität Wien steht zehn Instituten nur ein Elektronenmikroskop zur Verfügung, sodaß jeder, der ein solches Gerät für seine Forschungen benutzen muß, nur in großen Zeitabständen daran arbeiten kann. So der Professorentag.

Ein Vorrang von Wissenschaft und Hochschulen, Herr Kollege Harwalik, ist nicht festzustellen. Ich glaube, Sie werden auch hier das von Ihnen so angestrebte Lob vermissen müssen.

Ich möchte doch darauf hinweisen, daß es in anderen Ländern nicht so ist. In der Schweiz zum Beispiel wird in der „Neuen Zürcher Zeitung“ das Budget für 1967 analysiert. Wir finden bei den Bundesbeiträgen eine Steigerung der Zuwendungen für die Gruppe „Wissenschaft und Bildung“ von 149 auf 210 Millionen Franken. Die stärkste Erhöhung weist die Gruppe „Wissenschaft und Bildung“ auf. Die Steigerung innerhalb eines Jahres macht 41 Prozent aus. Das nenne ich einen Vorrang für Wissenschaft und Forschung!

Liebe Frau Kollegin Bayer! Negativ zum Budget der Hochschulen spricht nicht nur die Opposition hier im Hause, sondern auch die unmittelbar Betroffenen, nämlich die Studenten und die Professoren.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zu den „Verdiensten“ der Österreichischen Volkspartei. Die Tragik, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegt bei unserer Partei. Der ÖVP gelingt es, auf Grund der monocoloren Regierung allein alle jene Früchte zu genießen, die wir gesät haben. Sie allein genießt alles das. Sie versteht es, den Ruhm von all dem, was wir seit Jahren — ich möchte sagen seit Jahrzehnten — angestrebt haben, auf sich zu ziehen. (Zustimmung bei der SPÖ.) Ich möchte sehr energisch betonen, Hohes Haus, daß alle Initiativen, soweit es Schul-, Hochschul- und Wissenschaftsfragen betrifft, ausschließlich von meiner Partei ausgegangen sind! Wir können das in jedem einzelnen Teil nachweisen. (Abg. Harwalik: Aber, Frau Abgeordnete, das können Sie doch nicht sagen!) Sie sind von der Österreichischen Volkspartei verzögert worden und werden jetzt nachgezogen, damit Sie den Ruhm für sich beanspruchen können. (Abg. Harwalik: Denken Sie nur an die Initiative allein Drimmels: Hochschulreform, Schulreform, an die jahrelangen Verhandlungen! — Rufe: Parlamentsbibliothek! — Weitere

Dr. Hertha Firnberg

Zwischenrufe.) Diese Hochschulreform, Herr Kollege Harwalik, haben wir seinerzeit durch unsere große Aktion „ÖVP-Kulturpleite“ erzwungen. (Abg. Harwalik: *Das nenne ich verdunkeln! Das war eine Leistung der Österreichischen Volkspartei!)*)

Zum Personalbudget der Hochschulen. Hier weisen die Erläuternden Bemerkungen ... (Abg. Harwalik: *Das kann doch niemand annehmen! Das ist doch unmöglich!*) Sie können das ruhig annehmen, wir können das chronologisch nachweisen, Herr Kollege Harwalik. (*Andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wir sind hier im Parlament, wir sind freigewählte Abgeordnete der Opposition, wir können auch unsere Partei vertreten, nicht nur lobhudeln. (*Zustimmung bei der SPÖ.* — Abg. Harwalik: *Das ist kein Lobhudeln, das ist einfach die Abschneidung der Leistungen der Österreichischen Volkspartei!*)

Weisen Sie uns chronologisch nach, daß Sie die ersten waren, dann werden wir das akzeptieren! (Abg. Harwalik: *Das weise ich nach! Fragen Sie Herrn Minister Waldbrunner! Fragen Sie nach dem ganzen Schriftwechsel!*) Solange Sie uns das nicht nachweisen können — wir können es. Minister Waldbrunner hat uns darauf aufmerksam gemacht. (Abg. Harwalik: *Ich kenne den Schriftwechsel Waldbrunner — Drimmel sehr genau! — Ruf bei der ÖVP: Lesen Sie es in der Parlamentsbibliothek!*) Jawohl, lesen Sie in der Parlamentsbibliothek nach, dann werden Sie finden, woher die Anträge kommen und die Aktivitäten und die Aktionen. So leicht kann man es sich nicht machen, Kollege Harwalik!

Zum Personalbudget: Es liegt eine Vermehrung der Lehrkanzeln und des akademischen Mittelbaues vor. Die Ordinariate werden von 588 auf 654 erhöht, die Extraordinariate von 125 auf 143 und auch die Assistentenstellen von 2569 auf 2960. Das wäre eine sehr erfreuliche Entwicklung, wenn es nicht nur auf dem Papier bliebe. Leider lassen uns der Rechnungsabschluß für 1965 und die Hochschulstatistik für das gleiche Jahr eine andere Tatsache erkennen.

Im Rechnungsabschluß finden wir eine Ersparung von 49 Millionen Schilling durch Nichtbesetzung von Lehrkanzeln; die Hochschulstatistik für das Jahr 1965/66 zeigt uns 573 besetzte Lehrstühle, das heißt, daß die Kluft zwischen dem Soll-Bestand, den wir im Budgetvoranschlag finden, und dem Ist-Bestand, der hier allein zählt, noch immer sehr groß ist.

Ich möchte ein Wort zu dem sagen, was der Herr Abgeordnete Scrinzi angeführt hat, nämlich, daß die Nichtbesetzung der Lehrkanzeln nach seiner Meinung vorwiegend auf außer-

hochschulische Eingriffe zurückgeht. Nein, meine Damen und Herren, die Malaise liegt ganz woanders, nicht im Eingriff und Zugriff von außen. Die Malaise liegt in der Besetzungs-taktik der Lehrstühle, die wir auch kennen. Da wird der primo loco-Genannte nicht berufen, da werden andere berufen. Die Berufungen werden so gestaltet, daß der Betreffende — meist ein angesehener Mann, der auf dem ersten Platz in Vorschlag steht — nicht akzeptieren kann, weil das finanzielle Angebot — oft nur um kleine Beträge — unter dem zumutbaren Minimum liegt oder ihm nicht die entsprechenden Institutsräume angeboten werden. Hier wird eine ganz eigene, sonderbare Hochschulpolitik betrieben.

Eine andere Taktik: Man läßt unsere jungen Leute abwandern, weil man ihnen keinen Lehrstuhl anbietet. Ich könnte Ihnen aus meinem persönlichen Bekanntenkreis eine ganze Reihe von jungen begabten Wissenschaftlern nennen, die gerne hiergeblieben wären, wenn sie gekonnt hätten. Dann holt man sie zum Teil wieder zurück, man „kauft“ sie sozusagen teuer zurück.

Und das dritte, das politische Argument, das wir ja hier sehr oft gebracht haben: Man beruft Leute eben nicht, trotz ihrer Leistungen und Begabung, weil sie politisch nicht hineinpassen. Hier liegt die Malaise, nicht im politischen außerhochschulischen Zugriff! (Abg. Harwalik: *Werfen Sie das der autonomen Hochschule vor! Wem werfen Sie das vor?*) Sie wissen ganz genau, Kollege Harwalik, wem ich das vorwerfe.

Tatsache ist, daß zwischen den budgetmäßigen Lehrstühlen und den tatsächlichen Besetzungen eine tiefe Kluft, eine große Differenz ist, und wenn auch die Beantwortung unserer Anfrage — am 1. Juli 1966 beantwortet — sicher überholt ist — ich nehme an, daß eine Reihe von Besetzungen seither erfolgt ist, und ich würde den Herrn Minister auch bitten, uns hier einen aktuellen Bericht zu geben —, können wir mit Sicherheit feststellen, daß die tatsächliche Besetzung auch nur der Lehrstühle, die für 1966 vorgesehen sind, zweifellos eine unerfüllte Fata Morgana bleiben wird.

Leere Lehrstühle, Hohes Haus, sind keine Lösung. Wir müssen andere Wege gehen, und im Gegensatz zu meinem sehr geschätzten Kollegen Scrinzi bin ich und ist meine Fraktion der Meinung, daß die öffentliche Ausschreibung der Lehrkanzeln durchaus ein geeigneter Weg wäre. Ja wir gehen weiter, wir wären ausgesprochen für eine öffentliche Diskussion, für eine öffentliche Begründung und für eine öffentliche Ablehnung. (Beifall bei der SPÖ.)

Dr. Hertha Firnberg

Meine Damen und Herren! Wir haben schon bei der Verabschiedung des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes darauf aufmerksam gemacht, daß eine Hochschulreform — und wir alle waren uns einig, daß es eine „kleine Hochschulreform“ ist —, deren „historische Bedeutung“ der Herr Unterrichtsminister sogerne betont ... (Abg. Harwalik: *Er ist auch der Initiator!*) Nein, er ist nicht der Initiator. Der Initiator für dieses Hochschul-Studiengesetz — das haben wir Ihnen schon bei den Reden damals nachgewiesen — war unsere Partei, das war der Herr Präsident. (Abg. Harwalik: *Das hat Gruber damals ausgezeichnet widerlegt!*) Aber ich habe den Herrn Kollegen Gruber damals widerlegt. (Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe.) Herr Kollege Harwalik! Lesen Sie die Protokolle nach! (Abg. Harwalik: *Also: Wir haben gar nichts gemacht, unsere Unterrichtsminister haben geschlafen!*) Ich sage nicht, Sie haben gar nichts gemacht, ich sage: Die Initiative war auf unserer Seite, und das werden wir nachweisen und das haben wir immer wieder nachgewiesen. (Abg. Dr. Broda: *Kollege Harwalik! Sie müssen noch mehr Noten für Ihre Abgeordneten einführen! So gute Noten gibt es gar nicht!* — Abg. Harwalik: *Das heißt: Vivat demagogia!, was hier geschieht!* — Heiterkeit bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Wir haben damals bei der Verabschiedung dieser sehr bedeutenden Gesetzgebung, deren Wichtigkeit und Gewichtigkeit wir keineswegs erkennen, sondern damals nachdrücklich betont haben, doch auch darauf hingewiesen, daß die Durchführung dieses Gesetzes von uns sehr große finanzielle Opfer fordern wird, viel Geld. Wir haben das betont, weil wir es ernst mit der Hochschulreform meinen, weil wir der Meinung sind, daß eine veränderte Gesellschaft veränderte Hochschulen braucht. Das, was dieses Budget, das Budget der ÖVP-Alleinregierung, für die Hochschulen zu geben bereit ist, reicht nicht zu einer „kleinen Reform“, das reicht nicht einmal zu einer winzigen Reform der Hochschulen. (Abg. Dr. Tull: *Eine Mini-Reform!* — Heiterkeit.)

In diesem Zusammenhang möchte ich doch auch betonen, daß wir noch einiges anderes vermissen. Wo bleiben die Maßnahmen zur Reform der Hochschulorganisation, zur Stärkung des akademischen Mittelbaues? Wie soll die Dozenten-, die Assistentenfrage gelöst werden? — Dies ist, wie wir alle wissen und wie die Professoren immer wieder betonen, eine der wichtigsten Fragen. Wo bleiben die speziellen Studiengesetze, die Studienordnungen, zum Beispiel für das sozialwirtschaftliche Studium? Wie soll die Entlastung von administrativen Aufgaben vor sich gehen?

Die Lösung durch nichtbesetzte Dienstposten kann ja wohl keine Endlösung sein? Die Professoren fordern dringend — und unserer Meinung nach zu Recht — eine Änderung der Besoldungsordnung. Wir fragen uns wirklich: Ist es zeitgemäß, ist es leistungsgerecht, entspricht es dem wissenschaftlichen, dem sozialen Status des Hochschulprofessors, wenn ein Ordinarius ungefähr gleich entlohnt wird wie ein beamteter Ministerialrat?

Wir sind der Meinung, daß die neue Geltung der Wissenschaft auch eine Änderung im Finanziellen erfordert. Kurz: Was wir brauchen, meine Damen und Herren, sind optimale und nicht optische Lösungen! Was wir brauchen, sind Taten und nicht Vertröstungen mit dem neuen Schlagwort: „Wird geprüft werden“. Dutzende Male haben wir im Hohen Haus immer wieder bei einer Anfrage gehört: „Wird geprüft“. Das sind nicht Lösungen, das sind unserer Meinung nach Vertröstungen. Es geht um mehr als die Hochschulen in diesem Fall, es geht um die Zukunft überhaupt. Das haben wir Sozialisten immer betont.

Wir werden nicht bestehen können — auch wirtschaftlich nicht —, wenn wir Bildungs- und Erziehungsprobleme nur zögernd und mangelhaft lösen. Das ist eine Tatsache. Die Interdependenz zwischen Erziehungsplanung und Wirtschaftswachstum ist mehr als nur ein theoretisches Studienprojekt oder ein gutklingender Slogan; sie ist eine harte Realität.

Diese Realität zwingt uns Sozialisten, im Bewußtsein unserer Verantwortung, unserer Verantwortung gegenüber dem ganzen Volk, nicht nur gegenüber den Hochschulen, immer wieder zur Forderung zurück, ein umfassendes Hochschulkonzept zu erstellen. Ein umfassendes Hochschulkonzept ist notwendig, und ich darf dem Herrn Kollegen Kummer heute sehr herzlich danken, daß er erstmalig auf dieses wichtige Problem der „Hochschulplanung“ — ein ungewohntes Wort auf der rechten Seite — heute sehr eingehend zu sprechen kam. Diese Hochschulplanung muß von allen Aspekten her angegangen werden, von der raumordnungsmäßigen Verteilung der Hochschulen — und dazu gibt es die verschiedensten Ansichten, nicht nur eine — bis zur wissenschaftlichen Schwerpunktebildung, zu der ich nur betonen möchte: aber im Rahmen einer gesamteuropäischen Wissenschaftspolitik!

Meine Damen und Herren! Die Öffentlichkeit wird jetzt schon ständig mit aktuellen Hochschulfragen mannigfacher Art konfrontiert. Wir hören von der katastrophalen Raumnot an den Hochschulen, vom Mangel an akademischen Lehrern, von der Unzulänglichkeit der Ausstattung, von den steigen-

Dr. Hertha Firnberg

den Studentenzahlen, und gerade der letzte Umstand ist von außerordentlich großer Bedeutung. Wir unterschätzen nicht die Wichtigkeit der Tatsache, daß im Wintersemester 1965/66 die Studentenzahlen etwa auf das 2,6fache des Standes von 1953/54 gestiegen sind, das akademische Lehrpersonal seit den Jahren 1955/56 aber nur einen Zuwachs von 25 Prozent hatte.

Wir haben Verständnis für alle berechtigten Wiunsche der „hochschullosen“ Bundesländer, das möchte ich betonen. Wer die Hochschuleröffnung in Linz erlebt hat, konnte sich dem Erlebnis dieses wirklichen Volksfestes, dieser Teilnahme aller an diesem großen Tag für Linz nicht entziehen. Aber ich muß betonen, daß es nicht minder wichtig ist, bestehende Hochschulen in diese Expansion einzubeziehen. Man kann die großen bestehenden Hochschulen nicht verkümmern lassen, und ich gestehe gerne, daß ich hier als Wienerin für die große, alte, traditionsreiche Wiener Universität spreche.

Meine Damen und Herren! Eine umfassende Hochschulplanung heißt aber auch die Beseitigung von Ungleichgewichten, und hier gibt es viele. Ich habe eines gefunden, auf das ich hinweisen möchte, nämlich die ungleiche Belastung der Professoren durch die Zahl der Studierenden. Im österreichischen Durchschnitt kommen 68 Studierende auf einen Hochschullehrer. Auf der Hochschule für Welthandel, die eine ganz sonderbare Struktur des Lehrkörpers hat, nämlich rund 50 Prozent Ordinariate zu 50 Prozent Extraordinariaten, gibt es 171 Studierende je Hochschullehrer, in Salzburg 19. Das ist nicht nur studienbedingt. Die rechts- und staatswissenschaftlichen Studien zeigen zum Beispiel eine Studentenzahl von 146 pro Hochschullehrer in Wien, in Salzburg von 31. Das ist ein Ungleichgewicht, das sicherlich zu denken gibt.

Wie immer diese Hochschulplanung vor sich geht, meine Damen und Herren, eines ist sicher: Wenn wir alle Aspekte berücksichtigen, wenn wir alle Seiten beraten, dann wird es die richtige sein. Was diese Hochschulplanung nicht sein darf, das ist eine Geheimbesprechung im stillen Kämmerlein unter Ausschluß der Öffentlichkeit, ja sogar unter Ausschluß des Akademischen Rates. Es ist mehr oder weniger eine „Geheimverhandlung“ zwischen dem Herrn Minister, seinen Beamten und seinen Experten. Ich hörte zum erstenmal von einem „Planungsteam“; wir als Abgeordnete wissen nicht einmal, wer in diesem „Planungsteam“ ist. Nein, meine Damen und Herren, die Hochschulen sind ein Anliegen des ganzen Volkes, und wir alle haben das Recht, dabei mitzusprechen.

Ich möchte zu diesem Problem ein einziges Zitat aus der großen Rede des jetzigen Premiers Wilson im Jahre 1963 bringen, mit dem er eigentlich den Grundstein für den Gewinn seiner Wahl legte. In der Rede beschäftigte er sich mit den Problemen der wissenschaftlichen Revolution und sagte im Zuge dieser Rede:

Die ganze Nation, nicht nur die Wissenschaftler und Techniker, ist in der wissenschaftlichen Revolution mit eingeschlossen und muß an ihrer Entwicklung teilhaben. Deshalb muß es uns allen möglich sein, sowohl durch unsere parlamentarischen Vertreter als auch durch unsere Gewerkschaften, positiven Anteil an der Ausarbeitung dieses Planes zu nehmen.

Wir stehen auf dem gleichen Standpunkt. Meine Damen und Herren! Wir stehen ja erst am Beginn einer Entwicklung, deren Ende wir noch gar nicht absehen. Wir sind noch lange nicht auf ihrem Höhepunkt. Wenn wir uns den heute mehrfach zitierten OECD-Bericht nur flüchtig ansehen, dann erkennen wir die Größe der Problematik. Dieser Bericht bringt eine Vorausschätzung des Akademikerbedarfes: wir werden innerhalb von 15 Jahren einen Mehrbedarf von 50.000 Akademikern zu decken haben. Denn von allen Bereichen her, von der Wirtschaft, der Verwaltung, dem Transportwesen, der Forschung, steigt der Bedarf an Akademikern durch die Verwissenschaftlichung unserer Welt. Es werden Ingenieure und Techniker gebraucht — allein der Bedarf, der durch die Einführung von Elektronenrechnern eintritt, wird an die 1000 geschätzt —, Naturwissenschaftler, Nationalökonom, Statistiker, Lehrer, Psychologen, Ärzte, Juristen, Soziologen, Akademiker jeder Richtung, und der Bedarf an akademisch geschulten Sozialarbeitern ist meiner Meinung nach hier noch gar nicht ganz mit eingeschätzt. Das heißt aber: mehr Studenten, mehr Studenten, die fertig werden, mehr Studenten, die zeitgerecht fertig werden.

Wir geben gern zu, daß das Studienbeihilfengesetz — und hier, Herr Kollege Harwalik, können Sie nicht bestreiten, daß wir dieses Gesetz mühsam der Österreichischen Volkspartei abgerungen haben, das steht außer Streit (Abg. Harwalik: Ich habe selbst den Antrag für die Volkspartei eingebracht! Ich war mit meinen Freunden Antragsteller zum Studienbeihilfengesetz! Wir haben eine Initiative entfaltet, Sie haben eine entfaltet! Warum das leugnen? — Abg. Jungwirth: Und geschrieben haben Sie: „Kollektivierung der Studenten“!), jawohl! (Ruf bei der SPÖ: Sie haben dem öffentlichen Druck gehorcht!) — auf diesem Gebiet sicherlich manches gebessert hat, aber vieles bleibt noch offen. (Ruf bei der SPÖ: Stoßen mußte man

2380

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dr. Hertha Firnberg

Sie dazu!) Das zeigt zum Beispiel, Herr Kollege Harwalik, die Diskrepanz zwischen der Studentenzahl und der Doktoratszahl im Jahre 1965/66. Die Zahl der inländischen Studenten ist seit 1953/54 auf das 2½fache gestiegen, die Zahl der Doktorate ist um 1 Prozent niedriger als in diesen Jahren. Das muß uns doch zu denken geben. (*Ruf bei der ÖVP: Das liegt nicht an der Studienbeihilfe!*)

Meine Damen und Herren! Wir finden in dem Bericht der OECD eine ganze Fülle interessanter Informationen, die in diesem Bericht enthalten sind: der Schwund bei Technikern, bei Medizinstudenten, bei den anderen Studienrichtungen, und eine Zahl, die uns auch zu denken geben muß: die durchschnittliche Studiendauer — ich nenne den extremen Fall — bei Chemie ist 18 bis 19 Semester (*Abg. Dr. Kummer: Das ist wohl ein Extremfall!*) — das ist ein Extremfall —, in anderen Fällen sind es 15, 16 Semester, jedenfalls lange Studienzeiten. Hier müssen Systemmängel verschiedenster Art vorliegen, hier müssen Lösungen gefunden werden, wenn wir den Akademikerbedarf, den unsere Wirtschaft hat, decken wollen.

Ich möchte prinzipiell eines sagen: Die Antwort auf den „Massenansturm auf die Hochschulen“, wie wir jetzt sehr oft lesen können, kann und darf kein Numerus clausus sein! Wir dürfen den Studienwillen unserer Jugend und auch der Älteren nicht eindämmen.

Wir finden doch außerordentlich viel Erfreuliches, wenn wir die Hochschulstatistik näher durchsehen: zum Beispiel die Tatsache, daß die Bereitschaft zum Lernen und zum Studieren nicht nur in unserer Jugend, sondern in unserem ganzen Volk sehr groß ist. Wir lesen aus dieser Statistik die Tatsache, daß nicht weniger als 15.000 Menschen, die im Berufsleben stehen, auch an Hochschulen studieren — Stundengeben nicht gerechnet —, unter ihnen 8350 Angestellte und Arbeiter. Wenn eines ein Appell an uns sein muß, mehr zu tun, auch für die berufstätigen Studierenden, dann war es jene Fernsehsendung, die uns die blinde Sekretärin zeigte, die jetzt als Juristin promovierte in einer normalen Studienzeit.

Die Antwort auf den gesteigerten Bildungswillen unserer Jugend, unserer Erwachsenen kann und darf nur sein, an der Ausweitung aller notwendigen Einrichtungen, der personalen, der finanziellen, der räumlichen Vorsorgen zu arbeiten, mehr als es bisher geschehen ist.

Meine Kollegin Dr. Klein-Löw hat heute in ihrer Rede wiederum unseren alten Grundsatz gebracht: Allen Begabten eine Chance! Allen Begabten! Das ist ein alter sozialistischer Grundsatz. Er wird heute erzwungen durch

die allgemeine Entwicklung. Wir müssen die Begabungsreserven ausschöpfen, und wir tun es nicht genug. Begabungsreserven auszuschöpfen, meine Damen und Herren, geht nicht mit engherzigem Festhalten an Bildungsprivilegien; es geht auch nicht durch die so oft gehörte hämische Spöttelei, daß Arbeiter ihre Kinder lieber verdienen schicken, weil sie keinen Konsumverzicht leisten wollen. (*Abg. Hartl: Das stimmt doch heute nicht mehr!*) Es geht schon gar nicht durch den reaktionären Konservatismus, der den Blick zurück auf die Kapuzinergruft wendet. (*Abg. Hartl: Aber! Aber! Das stimmt doch nicht, gnädige Frau!*)

Keinen Erfolg können wir bei den Eltern haben, die Demokraten sind und Wert darauf legen, ihre Kinder demokratisch und republikanisch zu erziehen, wenn wir ihnen nicht die Gewißheit geben, daß ihre Kinder auch vor nazistischen Gefährdungen geschützt sind. Deshalb möchte ich den Herrn Minister fragen, wie weit der Fall Borodajkewycz steht, ob die Beendigung dieses Falles — höchst an der Zeit, denn er setzte im März 1965 ein — endlich vor der Türe steht. Ich stelle diese Frage im Interesse unserer studierenden Jugend, im Interesse unserer Republik, der Sie, Herr Minister, keine Kränze gewidmet haben.

Die Begabungsreserve unseres Volkes zu mobilisieren, meine Damen und Herren, dazu bedarf es mehr. Es bedarf dazu einer großen, einer kühnen Vision einer neuen Gesellschaft, die eine Bildungsgesellschaft sein muß. Ich glaube nicht, meine Damen und Herren von der Volkspartei, daß diese Vision Ihnen gelingt. (*Abg. Hartl: Aktion 20!* — *Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihl: Si tacuisses!*) Wir müssen feststellen, daß heute noch in hohem Maße das soziale Bildungsgefälle besteht. Von den fast 40.000 österreichischen Hörern im Wintersemester 1965/66 stammen nur 2186 aus der breiten Sozialschicht der Arbeiter. 5 Prozent der Studenten (*Abg. Dr. Kummer: Woher kommt das?*) sind Arbeiterkinder und von den Mädchen sogar nur 3,5 Prozent. Das ist nicht eine Frage der Begabung — wie die sehr verdienstvolle Burgenland-Studie auch für uns in Österreich nachgewiesen hat —, das ist ein Versagen des Bildungssystems dieses Unterrichtsministeriums, dem es nicht gelungen ist, die Begabtenreserven unseres Volkes aufzuschließen. (*Abg. Dr. Kummer: Das sind Phrasen, die Sie jetzt bringen!*) Nein, das sind keine Phrasen! Es ist nicht gelungen, und es war die Bemühung auch nicht hier. Es ist anderen Ländern gelungen, in denen die Regierung und der Unterrichtsminister bemüht war. Ich bin daher der Meinung, daß es dieser Regierung auch nicht gelingen

Dr. Hertha Firnberg

wird, denn der enge, reaktionäre Horizont dieser Regierung macht sie unfähig, die gewaltigen Probleme, vor die uns die wissenschaftliche Revolution stellt, überhaupt zu bewältigen. Das ist meine Überzeugung. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kummer: Eine solche Behauptung hätte ich Ihnen nicht zugetraut!)

Wir Sozialisten lehnen also dieses Budget, soweit es die Hochschulen betrifft, als unzureichend und inkompotent ab. Wir lehnen es ab, ebenso wie wir die Konzeptlosigkeit und die Verhandlung hinter verschlossenen Türen ablehnen. (Abg. Dr. Kummer: Das ist eine Schweinerei!) Und, meine Damen und Herren von der Volkspartei, wir werden noch stärker als bisher seit der Anprangerung der Kulturrechte (Abg. Harwalik: Wie recht habe ich vormittag gehabt!), wir werden noch stärker als bisher unseren Hochschul- und Bildungsplan, der für die erste Etappe von meiner Kollegin Klein-Löw dargelegt wurde, dem ganzen Volk zur Mitsprache und zur Mitarbeit vorlegen! (Starker Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Regensburger. Ich erteile es ihm. (Zwischenruf: Der Marathonläufer!)

Abgeordneter **Regensburger** (ÖVP): Hohes Haus! Ein Großteil der Ausführungen und Feststellungen der Frau Kollegin Dr. Firnberg hat wie Zauberei gewirkt. Ich habe schon fast erwartet, daß sie nachzuweisen versucht, daß ehemals nicht die Eva den Apfel vom verbotenen Baum nahm, sondern der Adam, und wenn die SPÖ nicht wäre, es heute auch keinen Apfelmost gäbe. (Abg. Dr. Kummer: Sehr gut! — Abg. Ing. Häuser: Sehr geistreich! — Abg. Weikhart: Das hat Niveau! — Abg. Dr. Tull: Ein Gedankenblitz!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Bundesminister Dr. Piffl-Perčević hat in seiner Eröffnungsrede anlässlich der 5. Konferenz der europäischen Unterrichtsminister (*anhaltende Zwischenrufe*) mit Grund festgestellt, daß die Aufgaben, die heute dem Schul- und Bildungswesen in der Welt gestellt sind, von Tag zu Tag vielschichtiger und weitreichender werden. Er begründete dies mit der raschen Entwicklung von Wissenschaft und Technik und der Rückwirkung dieser Entwicklung auf das Leben der Menschen von heute. Weiters forderte der Herr Minister in seiner Rede die Ausschöpfung aller Begabungen, weil in der Zukunft der universell gebildete Fachmann immer mehr und der weniger Geschulte immer weniger gesucht und benötigt werden wird.

Er faßte seine Feststellungen mit Recht folgendermaßen zusammen — ich zitiere —: „Von der Arbeit in der Schule hängt heute das Wirtschaftspotential eines Landes — und

unseres Kontinents — ebenso ab wie von seinen natürlichen Hilfsquellen und der organisatorischen und politischen Bewältigung seiner wirtschaftlichen Probleme.“

Daß den vorgenannten Erkenntnissen auch im Budget Rechnung getragen wird, kann von niemandem ehrlich bestritten werden. Weder in der Ersten noch in der Zweiten Republik sind so viele Mittel im Vergleich mit dem Gesamtbudget zur Verfügung gestellt worden, wie dies im Unterrichtsbudget seit wenigen Jahren der Fall ist. (Abg. Harwalik: Sehr richtig!)

Die zur Verfügung stehenden Mittel des Bundes für die zur Debatte stehenden Kapitel sind den Damen und Herren des Hohen Hauses bekannt. Es ist aber wissenswert, was auch die Länder und Gemeinden im Vergleich zum ordentlichen Haushalt im Durchschnitt für die Schulen zur Verfügung stellen. Zum Beispiel: Das Land Vorarlberg mit einem Pro-Kopf-Einkommen (Land und Gemeinden) im ordentlichen Haushalt von 4019 S gibt 3474 S für Schulzwecke in Land und Gemeinden pro Kopf eines Kindes im schulpflichtigen Alter aus, Tirol gibt bei 3553 S 1333 S aus, die Steiermark bei 2912 S 1193 S, Salzburg bei 3800 S 1767 S. Ich will die Aufzählung nicht fortsetzen, aber mit diesen Beispielen beweisen, daß auch Länder und Gemeinden das Möglichste an finanziellen Mitteln für die Schule zur Verfügung stellen.

Die Pflichtschule vermittelt den Schulpflichtigen neben der Familie das Bildungsfundament und die Basis für eine weitere Wissensbereicherung; ich möchte mich daher kurz der Pflichtschulsituation — den Polytechnischen Lehrgang ausgenommen — zuwenden.

Ich habe bereits im Finanz- und Budgetausschuß über die Pflichtschulsituation im Lande Tirol gesprochen und festgestellt, daß bei uns 350 Lehrer fehlen und eine Reihe von Schulen geschlossen werden mußten. Selbstverständlich liegen diese Dinge, was gerade den Lehrermangel betrifft, nicht nur an der finanziellen Lage des Bundes und auch nicht nur an der finanziellen Lage des Lehrers selber, sondern ich habe zum Budget 1966 eine ganze Reihe von Gründen aufgezählt, die den Lehrerberuf eben zuwenig attraktiv erscheinen lassen.

Wie wird sich die Pflichtschulsituation und die Schülersituation in Österreich weiter entwickeln? Der OECD-Bericht gibt uns darüber Auskunft, und zwar im Hinblick auf die Entwicklung von 1965 bis 1975. Die Zahl der Schüler in öffentlichen Volksschulen wird um 88.344 steigen, das ist um 16,1 Prozent, die Zahl der Schüler an öffent-

2382

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Regensburger

lichen Hauptschulen um 46,5 Prozent anwachsen, das sind also fast 50 Prozent. In diesem Zusammenhange muß aber festgestellt werden, daß diese Entwicklung in den nächsten zehn Jahren nicht allein mit der demographischen Welle zu erklären ist, sondern sich auch hier der Absatz 2 des § 5 des Schulpflichtgesetzes, also die Hauptschulpflicht, auswirkt. Die Zahl der Schüler an öffentlichen Sonder schulen wird um 25,6 Prozent steigen. Infolgedessen ist der Gesamtzuwachs an öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen 177.167 Schüler, das sind 23,8 Prozent.

Dieser Zunahme der Schülerzahlen entspricht ein Mehrbedarf von 5159 Klassen, das sind um 21,2 Prozent mehr.

Das Schulbauprogramm von 1965 bis 1975 auf dem Sektor der allgemeinbildenden Pflichtschulen — auch wieder ohne Polytechnische Lehrgänge — erfordert einen Gesamtbauaufwand von 6500 Millionen Schilling.

Die öffentlichen Aufwendungen für das Schul- und Bildungswesen in Österreich werden vergleichsmäßig zum Jahre 1963, als für diese Zwecke noch 3790 Millionen Schilling ausgegeben wurden, bis zum Jahre 1975, wenn man allen Anforderungen gerecht werden will, auf 11.432 Millionen Schilling steigen müssen. Auch die Länder und Gemeinden werden ihre Aufwendungen von 1600 Millionen Schilling für das Jahr 1963 bis auf mehr als 3 Milliarden Schilling im Jahre 1975 steigern müssen.

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich dem Herrn Bundesminister Dr. Piffl noch einen nachträglichen Dank abstellen, und zwar im Zusammenhang mit der 15. Gehaltsgesetz-Novelle. Der Herr Bundesminister hat nämlich in der Regierungsvorlage einen Paragraphen zu Fall gebracht. Dieser Passus sah recht harmlos aus. Es hieß einfach bei Ziffer 24: „§ 51 Abs. 2 hat zu entfallen“.

Was bedeutete das aber? Das bedeutete, daß ab Wirksamkeit der 15. Gehaltsgesetz-Novelle die Professoren aus dem Jesuitenorden an der theologischen Fakultät in Innsbruck nun so besoldet werden wie die übrigen Hochschullehrer. Diese besoldungsrechtliche Sonderstellung der Professoren an der theologischen Fakultät in Innsbruck hat historische Wurzeln. Es war nämlich bis nun so, daß ein Ordinarius den Gehalt eines Extraordinarius und ein Extraordinarius überhaupt keinen Bezug erhielt.

Nun zu dieser historischen Wurzel. Diese Sonderstellung fußt auf einer Allerhöchsten Entschließung vom 4. November 1857. In der Folge wurde wohl öfter dieser Mißstand aufgezeigt, aber weil es manchmal sehr nahe daran war, daß die theologische Fakultät an der Universität Innsbruck überhaupt zur Auf-

lösung kommen sollte, ist dieses besoldungsrechtliche Problem immer wieder in den Hintergrund getreten. Im Jahre 1880 wurde diese Ungerechtigkeit an der theologischen Fakultät in Krakau, wo diese Sonderstellung auch bestand, beseitigt. Aber obwohl in der Folge dann durch Dekan Joseph Miller am 10. August 1907 eine Eingabe an das Unterrichtsministerium gestartet wurde und in der späteren Folge Theologieprofessoren am 9. Dezember 1919 wieder eine Eingabe machten, blieb für Innsbruck die ganze Angelegenheit ungelöst. Auch beim Abschluß des Konkordates 1934 trat keine Änderung ein.

Durch die Initiative des Herrn Bundesministers Dr. Piffl ist diese Ungerechtigkeit beseitigt worden, und ich darf ihm nachträglich noch herzlichst dafür danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbunner** (*der so eben den Vorsitz übernommen hat*): Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. van Tongel das Wort.

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich nur mit zwei Fragen beschäftigen, darunter mit einer, die in der letzten Frage stunde des Hohen Hauses nicht geklärt werden konnte, weil sich der Unterrichtsminister bemüßigt gesehen hat, mit lapidaren Worten jedes sachliche Eingehen in die gestellte Frage zu vermeiden.

Vielleicht erinnern sich einige Damen und Herren des Hohen Hauses daran, daß ich am 19. Oktober dieses Jahres eine eigenartige Anfragebeantwortung auf eine schriftliche Anfrage meiner Fraktion durch den Unterrichtsminister hier bekanntgegeben habe, und zwar habe ich zunächst den Wortlaut der Anfrage und dann die ministerielle „Nichtantwort“ verlesen. Es hat sich um folgendes gehandelt:

Seit Jahren frequentiert die Deutsche Sport hochschule Köln, eine Sportschule von höchstem internationalen Ansehen, unser staatliches Skiheim in Obergurgl. Durchschnittlich haben etwa 130 Personen an diesen Kursen teilgenommen. Festgestellt sei, daß sich unter den 130 Teilnehmern nicht nur bundesdeutsche Sportler, junge Sportler, sondern vor allem auch Ausländer, ja sogar solche aus dem Fernen Osten befunden haben. Der Effekt dieser Sport hochschule beziehungsweise dieser Kurse in Österreich war der, daß eine Reihe von jungen Menschen Österreichs Schönheit, Österreichs Skisport und dessen hervorragende Leistungen kennengelernt, sich mit Land und Leuten vertraut gemacht hat und zweifellos auch in den folgenden Jahren wieder nach Österreich gekommen ist und somit ein Aktivposten unserer Fremdenverkehrswerbung, wenn

Dr. van Tongel

auch nicht im kommerziellen, sondern im ideellen Sinn, geworden ist.

Nun ist für dieses Heim Obergurgl ein neuer Leiter bestellt worden, und zwar in der Person des Professors Hoppichler. Dieser Professor Hoppichler hat, wie der Herr Minister in seiner Anfragebeantwortung am vergangenen Mittwoch gesagt hat, einen Bericht erstattet über Vorkommnisse im Zusammenhang mit einem Skikurs der Sporthochschule Köln in Obergurgl. Wie ich erhoben habe, soll es sich um folgendes gehandelt haben:

Einmal sind die jungen Leute zu spät gekommen, ein anderes Mal sollen sie frech gewesen sein, und ein drittes Mal sollen einige wenige alkoholisiert gewesen sein. — Also, ich glaube, es soll in Sportheimen bei Skikursen schon mehr vorgekommen sein.

Das Unterrichtsministerium bekam vom Professor Hoppichler — der, nebenbei bemerkt, den anwesenden Sportlern über ihr Verhalten keine wie immer geartete Vorhaltung gemacht hat, nichts kritisiert hat, nichts ausgestellt hat, zwar nicht mehr zum Abschiedsabend erschienen ist, wohl aber von den Sportlern, den Gästen, den deutschen und anderen Gästen, kleine Geschenke entgegengenommen hat — einen Antrag, nach Unterrichtsminister Dr. Piffl einen „Bericht“. Nun hat ein Beamter dieses Ressorts — seinen Namen kenne ich nicht, ich konnte ihn nicht erfahren, er interessiert mich im übrigen auch gar nicht besonders — der Deutschen Sporthochschule Köln zu Handen des Rektors einen Brief übermittelt, in dem das Unterrichtsministerium nicht etwa versucht hat, die Angelegenheit zu bereinigen, klarzustellen oder etwa die Kölner um eine Stellungnahme zu ersuchen und der gleichen, sondern lapidareröffnet hat, die Sporthochschule Köln sei in Obergurgl nicht mehr genehm und werde dort nicht mehr aufgenommen.

Meine Damen und Herren! Die selbstverständliche Folge dieses Affronts war die Tatsache, daß die Leitung der Sporthochschule Köln ab sofort darauf verzichtet hat, ihre Kurse in Österreich abzuhalten, und daß sie seither die alljährlichen Kurse in der Schweiz abhält. Dies zu Deklamationen, die wir häufig in diesem Hohen Hause hören.

Der Unterrichtsminister hat auf meine diesbezüglichen Fragen in der Fragestunde geantwortet: Die Angaben in der Anfrage sind nicht richtig. — Auf meine erste Zusatzfrage hat er geantwortet: Professor Hoppichler hat nicht den Vorschlag gemacht, die Kölner nicht mehr aufzunehmen, sondern er hat einen „Bericht“ erstattet. Auf meine zweite Zusatzfrage, was ein Beamter des Unterrichtsressorts verfügt hat, hat er lapidar gesagt, diese Darstellung stimme nicht.

Ich habe mir erlaubt, gestern das bei der Gruppe I zu rügen, und ich möchte das hier nicht mehr wiederholen, weil ich nicht zweimal dasselbe sagen möchte, nämlich daß eine solche Antwort eine Mißachtung des Frage-rechtes der Abgeordneten ist.

Ich möchte nur folgendes hier feststellen: In dieser Art und Weise kann man mit einem renommierten ausländischen Institut von hohem Rang, wie der Deutschen Sporthochschule Köln, nicht umgehen. Wie der Effekt dieses Vorgehens beweist, wurden hier namhafte und wesentliche österreichische Interessen außerordentlich geschädigt.

Und nun zum zweiten Punkt: In der heutigen Fragestunde habe ich mir die Frage erlaubt, ob es bekannt ist, was der Österreichische Bundesverlag hinsichtlich einer etwaigen zweiten Auflage des vielbesprochenen „Öster-reich-Lexikons“ unternommen hat. Der Unterrichtsminister hat darauf geantwortet, er lehne jede Zensur ab — dies ist hier schon mehrfach besprochen worden — und der Minister sei sogar so weit gegangen, daß er nicht einmal mit dem von ihm eingesetzten Leiter und Direktor des Österreichischen Bundesverlages, dem aktiven Ministerialrat seines eigenen Ministeriums, nämlich des Unterrichtsministeriums, Dr. Peter Lalics, gesprochen habe. Ich will nicht polemisiieren. Das kann man halten, wie man will. Jedenfalls hat der Unterrichtsminister diesen Standpunkt eingenommen.

Ich darf aber feststellen, daß in der Wochenzeitung „Die Wochenpresse“ vom 31. August 1966 zwei Briefe enthalten sind, und zwar ein Brief des Herrn Dr. Richard Bamberger, eines namhaften Mitarbeiters an dem „Öster-reich-Lexikon“, der in diesem Leserbrief behauptet, es sei unrichtig, daß er ein Honorar von soundsoviel hunderttausend Schilling bekommen habe, er sei nur mit einem Hono-raranteil von 1,57 Prozent vom Umsatz be-teiligt. Ich will das gerne glauben. Das intere-siert mich auch nicht weiter.

Aber der zweite Leserbrief ist gezeichnet von dem aktiven Ministerialrat Dr. Peter Lalics, dem Direktor des Österreichischen Bundesverlages, von einem Mann, den der gegenwärtige Unterrichtsminister zum Direktor — dieses Recht steht ihm nämlich zu — des Österreichischen Bundesverlages ernannt hat. (Abg. Dr. J. Gruber: Er war schon früher dort! Er war es schon unter Drimmel!) Ich nehme gerne die Korrektur zur Kenntnis; Sie werden es viel-leicht besser wissen. Ich berichtige mich also: Er wurde nicht von Dr. Piffl, sondern von Dr. Drimmel ernannt.

In diesem Leserbrief sind einige sehr interes-sante Dinge enthalten, die ich Ihnen, meine Damen und Herren, zur Kenntnis bringen darf.

2384

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dr. van Tongel

Dr. Lalics legt dar, daß es notwendig ist, nach 130 Jahren wieder eine österreichische nationale Enzyklopädie herauszugeben, denn Österreich habe kein eigenes Lexikon; es sei daher ein notwendiges Beginnen gewesen, dieses „Österreich-Lexikon“ herauszugeben.

Dagegen ist gar nicht zu sagen.

Er schreibt wörtlich — jetzt zitiere ich —:

„Es war daher dringend notwendig, unser Vaterland vom eigenen, österreichischen Standpunkt aus zu betrachten und darzulegen. Bei 5850 Stichwörtern des ersten Bandes ist es aber kaum zu verwundern, wenn den Herausgebern dieser oder jener Fehler unterlaufen ist. Er wird bei der nächsten Auflage eliminiert werden.“

Ich muß dem Herrn Ministerialrat Peter Lalics zugestehen, daß er objektiver, sachlicher und besserungsfähiger ist, als ihn der eigene Unterrichtsminister heute hingestellt hat: Der Fehler „wird bei der nächsten Auflage eliminiert werden“. Der Unterrichtsminister Piffl lehnt es aber ab, Herrn Lalics zu befragen, ob er eine zweite Auflage machen will.

Aber jetzt, meine Damen und Herren, geht's los:

„Es hat jedoch den Anschein, als ob gewisse Kritiken letzten Endes gar nicht so sehr gegen vermeintliche und wirkliche Fehler sowie ungeschickte Formulierungen gerichtet sind als vielmehr gegen das Werk selbst, gegen seine österreichischen Linie, die in ihr dokumentierte österreichische Idee und seine klare und eindeutige österreichische Haltung.“

Meine Damen und Herren! Derselbe Vorgang! Wer es in diesem Staat wagt, irgendwo Kritik, zugegeben berechtigte Kritik zu üben, der ist entweder ein Nazi oder ein Anti-österreicher. Diese verwerfliche Methode wird hier, nachdem sich niemand anderer über das „Österreich-Lexikon“ aufgereggt hat als die freiheitlichen Abgeordneten dieses Hohen Hauses, in einem offenen Brief eines aktiven Ministerialrates in einer österreichischen Wochenzeitung, der „Wochenpresse“ zum Ausdruck gebracht. Und da glaubt man, daß wir uns so etwas gefallen lassen.

Und es geht weiter: „Hier wird tatsächlich die erste wahrhaft österreichische Enzyklopädie geboten, die österreichische Dinge mit österreichischen Augen sieht und in österreichischem Sinne festlegt.“ Das wäre an sich durchaus zu begrüßen. „Daß das Werk dadurch die Gegner Österreichs auf den Plan ruft, ist ein Beweis dafür, welch gute Waffe man mit ihm jedem, der pro Austria fühlt und wirkt, in die Hände gibt.“

Gezeichnet: „Ministerialrat Dr. Peter Lalics, Direktor des Österreichischen Bundesverlages“.

Die „Gegner Österreichs“, die dieses Werk auf den Plan gerufen hat, waren die freiheitlichen Abgeordneten, die in diesem Hohen Hause gewagt haben, Dutzende von markanten und aufreizenden Fehlern dieses Werkes, die der Direktor des Verlages selber zugibt, aufzuzeigen.

Ich frage das Hohe Haus, ich frage Sie, meine Damen und Herren, was Sie von einer Unterrichtsverwaltung halten, die solches duldet und solche aktive Ministerialräte in ihrem Ressort beschäftigt. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Leitner das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Anbetracht dessen, daß wir noch ungefähr ein Dutzend Redner zu erwarten haben, werde ich mich bemühen, mich möglichst kurz zu fassen. Ich muß aber doch auf einige Dinge eingehen, die meine Herren und Damen Vorredner behandelt haben.

Im Vorjahr habe ich in der Budgetdebatte von dieser Stelle aus über die Schul- und Bildungssituation im ländlichen Raum gesprochen. Ich habe hiebei festgestellt, daß in diesem Raum pro 1000 Einwohner viel mehr Pflichtschüler vorhanden sind und daß daher dieser Raum und diese Gemeinden viel mehr materielle Leistungen zu erbringen haben als die Großstädte, als die Ballungszentren in Österreich. Denken wir an den Gebäudeaufwand, aber auch an den Sachaufwand.

Es gibt in Tirol 127 Pflichtschüler auf 1000 Einwohner, und in Wien gibt es nur 53, also nur 40 Prozent. Das heißt also, daß man hier auch nur für 40 Prozent der Schüler zu sorgen und zu bezahlen hat.

Der ländliche Raum hat drei große Probleme zu bewältigen: einmal steigende Schülerzahlen durch steigende Einwohnerzahlen, zweitens steigende Schülerzahlen durch den Aufbruch des Bildungswillens und der besseren Bildungsvoraussetzungen insbesondere im Hinblick auf die höheren und auf die mittleren Schulen.

Wenn heute hier verschiedentlich gesagt wurde, daß die bürgerlichen Parteien, daß die Österreichische Volkspartei bildungsfeindlich wären, so muß ich sagen, daß ich im Vorjahr darauf sehr deutlich geantwortet habe. Von Bildungsfeindlichkeit ist keine Spur, aber man muß beachten, daß diese ländlichen Gemeinden enorme Leistungen für diese Bildungssituation erbringen. Weiters haben wir steigende Schülerzahlen durch die Einführung des 9. Schuljahres.

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Ich habe im Vorjahr verlangt und tue es auch heuer wieder, daß es unsere gemeinsame Sorge sein soll, eine solche Schulpolitik zu machen, daß der Pflichtschulbereich auch in entlegenen Landgebieten nicht zu Schaden kommt. Wir wissen heute, daß durch den Lehrermangel Schulraum freisteht, daß Schulhäuser leer sind und daß das Bildungsgefälle, welches eigentlich beseitigt werden soll, in Gefahr ist, größer zu werden.

Ich möchte hier objektiverweise feststellen, daß die Einführung des 9. Schuljahres durchwegs gut gelungen ist. In Tirol gibt es 82 Polytechnische Klassen in 55 Standorten. Es unterrichten aber nur 37 Lehrer mit voller Lehrverpflichtung, 58 Lehrer mit halber Lehrverpflichtung. Außerdem müssen noch 326 Lehrer aus dem Pflicht- und Berufsschulbereich eingesetzt werden, damit der Unterricht voll geleistet werden kann. Diese Lehrkräfte fehlen aber jetzt an der Volks- und an der Hauptschule. Wir haben wohl gehört, daß seit 1959 um 28 Prozent mehr Lehrkräfte im Pflichtschulbereich tätig sind, aber diese Zahl reicht gerade in den Bundesländern mit steigender Bevölkerungszahl nicht aus. Die Schulgesetze 1962 haben den Mangel, daß sie viel zu stark auf die großstädtischen Zentren Rücksicht nehmen und das Land hiebei vernachlässigen. Man könnte, wenn die Sozialistische Partei behauptet, daß das alles auf sie zurückzuführen ist, sagen, daß man eben nur den Wiener Standpunkt im Auge gehabt hat, um hier die Lehrer zu beschäftigen, die angeblich keine Beschäftigung hatten, während man auf den ländlichen Bereich viel zuwenig Rücksicht genommen hat. Die Lehrersituation verschlechtert die Schul- und Bildungssituation für die Kinder in diesem Raum, daß es zum Teil unverantwortlich ist. Zwei Beispiele möchte ich nur kurz anführen:

Der Tiroler Landtag besuchte die Gemeinde Schmirn. Die Zufahrtsstraße ist schmal und steil, ein Omnibusverkehr im Winter daher nicht möglich. Deshalb ist es auch nicht möglich, daß die Kinder die an sich nahegelegene Hauptschule besuchen. Im Vorjahr gab es für diese Kinder noch zwei Lehrkräfte. Es war eine zweiklassige Volksschule vorhanden. Heuer muß ein Lehrer 68 Kinder von der ersten bis achten Volksschulstufe unterrichten. „Einklassig geteilter Unterricht“ nennt sich das so schön. Der Lehrer ist überfordert, die Kinder haben nur rund 60 Prozent dernormalen Unterrichtszeit.

Im Böchental, in einem sehr abgelegenen Waldgebiet, das nur über Bayern erreichbar ist, gibt es keine Schule mehr. Das Schulhaus steht leer, die Kinder werden in das benachbarte Bayern zur Schule geführt, dort wurden

sie verständnisvoll aufgenommen. Den Transport führen Eltern selber durch. Im Winter wird aber dieser Transport nicht mehr möglich sein.

Solche Beispiele gäbe es in Tirol sehr viele. Es wurden 11 einklassige Schulen geschlossen, 65 neue Klassen konnten nicht eröffnet werden, obwohl es auf Grund der hohen Schülerzahlen notwendig gewesen wäre, 200 Klassen konnten nicht geteilt werden, weil eben keine Lehrer vorhanden sind, obwohl sie dem Gesetz nach geteilt werden müßten. Insgesamt fehlen in Tirol heuer schon 412 Pflichtschullehrer.

Mit aller Eindringlichkeit muß aufgezeigt werden, daß sich die Situation auf dem Pflichtschulsektor infolge des Lehrermangels in den nächsten Jahren weiter verschärfen wird. In den Jahren 1968 und 1969 gibt es nämlich nur einen ganz geringen Lehrernachwuchs, weil durch das Auslaufen der Lehrerbildungsanstalten und durch die Einführung der Pädagogischen Akademie der normale Nachwuchs zwei Jahre ausbleibt. Und wie viele Absolventen des Musisch-pädagogischen Gymnasiums Lehrberufe ergreifen, muß auch erst abgewartet werden. Vielleicht sind unsere Erwartungen zu optimistisch. Zusätzliche Überraschungen liegen im Bereich der Möglichkeit.

Ausländische Untersuchungen bestätigen die alte Erfahrungstatsache, daß der Bildungsfortschritt nicht so sehr vom neuen Schulgebäude abhängt, sondern von der Lehrerpersönlichkeit, diese ist der ausschlaggebende Faktor.

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die Kinder entlegener Gebiete vor einem regelrechten Notschulbetrieb zu bewahren, weil diese Kinder dann für ihr ganzes Leben benachteiligt wären und weil dem Volk viele beste Begabungen verlorengehen.

Diese beinahe ausweglose Situation hinsichtlich des Lehrermangels in einigen Ländern ist aber nicht auf eine Vernachlässigung des Lehrernachwuchses, auf eine bildungsfeindliche Einstellung zurückzuführen. Das Land Tirol gibt schon lange besondere Stipendien für den Lehrernachwuchs. Diese Form des Darlehens im Betrag von 5000 S hat einen beachtlichen Anklang gefunden. Insgesamt wird das Land Tirol im kommenden Jahr rund 5,5 Millionen Schilling an Stipendien für die Lehrerbildung, für die Heranbildung von Lehrern für die mittleren und höheren Schulen auswerfen. Das allein reicht aber zur Beseitigung des Lehrernotstandes nicht aus. Der heute schon sehr viel zitierte OECD-Bericht weist nach, daß im Jahre 1969/70 in ganz Österreich rund 5500 Pflichtschullehrer fehlen werden.

Ich bitte den Herrn Unterrichtsminister, zu untersuchen, wie dieser Mangel in der

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

nächsten Zeit gemildert werden kann und ob es allenfalls möglich ist, die Pädagogische Akademie vorerst nur einjährig zu führen oder die einjährigen Maturantenlehrgänge weiterzuführen. Das würde nämlich bedeuten, daß der Lehrernachwuchs nur ein Jahr ausbleibt und daß man vielleicht auch mehr Zustrom zu diesen einjährigen Schulen und Akademien erwarten könnte. Wenn dann in weiterer Folge der Lehrernachwuchs wieder zunimmt, wenn der Lehrermangel nicht mehr so drückend ist, wäre eine Ausdehnung auf die normal vorgesehene Zeit wohl gerechtfertigt und auch möglich.

Zu einer anderen Sache ganz kurz etwas. Hohes Haus! Im Vorjahr faßten wir hier bei diesem Kapitel eine Entschließung, betreffend die Forderung von Zuwendungen für die Theatert der Gebietskörperschaften und für das Laienspielwesen. Ich freue mich, feststellen zu können, daß dieser Entschließung Rechnung getragen wurde. Es ist sonst nicht immer der Fall, daß Entschließungen sehr bald und rasch einen echten Erfolg aufzuweisen haben. Erstmalig ist heuer im Kapitel Volksbildung eine Ansatzpost für die Förderung des Laienspielwesens aufgenommen worden. Sicher kann der Betrag von 300.000 S nur ein erster Beginn sein, hoffentlich aber ein erfolgreicher, und ich bitte bereits jetzt, diese Post in den nächsten Jahren zu erhöhen. Ich hoffe, daß durch die freiwerdenden Mittel beim Abbau des Abgangs der Bundestheater eine solche Erhöhung möglich sein wird. Über die Bedeutung des Laienspielwesens, glaube ich, brauche ich hier nichts zu sagen. Ich habe das bereits im Vorjahr getan.

Jetzt ein Wort zu den Hochschulen. Ich wollte hier nur einige Forderungen für die Universität Innsbruck anbringen. Aber nach den Ausführungen der Frau Dr. Firnberg habe ich mich doch gefragt, ob ich nicht vielleicht in einem falschen Parlament sitze, ob wir in Österreich sind mit einer alten Kultur- und Bildungstradition, auch mit einer alten Hochschul- und Universitätstradition, ob wir nicht im vergangenen Jahr die 600-Jahr-Feier der Universität Wien gefeiert haben, ob wir nicht in zwei Jahren, 1969, die 300-Jahr-Feier der Universität Innsbruck begehen, ob es wahr ist, daß viele Studenten aus Deutschland in Innsbruck studieren.

Ich bin heuer zufällig mit einer Studentin aus Deutschland zusammengekommen, die in Innsbruck Medizin studieren wollte. Ich habe sie gefragt, warum sie nach Innsbruck geht. — Ja, weil sie in ihrer Heimat, in Deutschland, zwei Jahre warten muß, daher hat sie versucht, nach Innsbruck zu gehen; aber hier hat sie als ausländische Studentin ebenfalls

keinen Platz gefunden, weil wir alle Österreicher zuerst aufnehmen, so wie es auch richtig ist.

Ich habe mich nach den Ausführungen der Kollegin Dr. Firnberg gefragt, ob ich nicht in einem afrikanischen Entwicklungsland bin. Ich weiß auch, daß wir auf dem Hochschulsektor viel zu tun haben, aber wenn es jetzt so dargestellt wird, daß wir überhaupt nichts haben, daß wir nur zurückgeblieben sind, daß wir nur warten müssen, bis die Sozialistische Partei endlich die Hochschule entdeckt hat: jetzt wird es besser werden, in Zukunft — ich glaube, das ist eine falsche und irreführende Darstellung, und das wird ihr niemand abnehmen in diesem Lande. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ing. Kunst: Herr Abgeordneter! Haben Sie schon vergessen, wie die Verhältnisse an der Universität in Innsbruck sind, wo die Professoren im Keller unterrichten müssen? Das ist eine Katastrophe! Sind Sie sehr stolz auf die Zustände an der Universität in Innsbruck?*) Herr Kollege Kunst, ich komme gleich auf die Wünsche der Universität Innsbruck zu reden, aber so wie es von Ihrer Seite dargestellt wurde, so ist es nämlich auch nicht, denn sonst würden diese deutschen Studenten nicht nach Innsbruck kommen, um zu studieren. Wir kennen die Situation. (*Abg. Ing. Kunst: Stimmt es nicht, daß sie im Keller unter primitivsten Verhältnissen unterrichten müssen, daß sich viele Professoren in einem Raum auf die Prüfungen vorbereiten und Prüfungen abnehmen müssen! Loben Sie das doch nicht so!*) Herr Kollege Kunst, ich habe mir nachher noch die Universität Innsbruck öfter angesehen. Ich weiß nicht, ob Sie auch dort waren. Ich habe mir auch an der Wiener Universität die Raumsituation angesehen, ich kenne das alles. (*Abg. Ing. Kunst: Dann sprechen Sie nicht ein so großes Lob aus!*) Ich habe kein Lob ausgesprochen. Ich habe mir nur gedacht, daß zwischen den Worten der Kollegin Firnberg großer Ärger herauszuhören ist, nämlich großer Ärger darüber, daß die Studentenschaft wenig zur SPÖ tendiert, denn wenn diese Sozialistische Partei schon seit jeher so bildungsfreundlich gewesen wäre, dann müßte sie doch in der Studentenschaft mehr Anklang gefunden haben (*Beifall bei der ÖVP*), und zweitens, daß die Sozialistische Partei bei den Hochschulprofessoren so wenig Anklang findet, denn wenn sie schon so bildungsfreundlich wäre und wir so bildungsfeindlich, dann müßte sie doch dort einen viel größeren Anklang und Widerhall finden. Oder ist die Bildungsgesellschaft, von der auch gesprochen wurde, eine Gesellschaft, die eben nicht zum Marxismus tendiert, sondern auf Grund der Bildung eine andere Einstellung hat?

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Wenn die Kollegin Firnberg bedauert hat, daß zuwenig Arbeiterkinder studieren, weil es nur 5 Prozent sind, so möchte ich dieses Bedauern unterstreichen. Von der Landwirtschaft studieren nur 2 Prozent der Kinder (*Abg. Ing. Kunst: Das ist auch bedauerlich!*), und das möchte ich auch unterstreichen. (*Abg. Dr. Stella Klein-Löw: Das ist doch der Beweis für unsere Behauptung!*) Wenn wir uns aber anschauen, Frau Kollegin Klein-Löw, wer in den Studentenheimen, die von der Sozialistischen Partei für die Arbeiter gebaut werden, aufgenommen wird, so müssen wir leider feststellen, daß es weniger Arbeiterkinder als vielmehr Kinder von BSA-Funktionären sind. (*Beifall bei der ÖVP.*) In den bäuerlichen Bildungsheimen hingegen haben wir Bauernkinder aufgenommen.

Wenn die Bildungspolitik nur vom Blickwinkel der Großstadt gemacht wird, dann sind diese Zustände nicht zu verwundern. Unsere Aufgabe ist es — und ich habe, seit ich in diesem Haus bin, immer wieder darauf hingewiesen —, eine Bildungssituation herzustellen, die tatsächlich jedem Kind die gleichen Chancen gibt, auch dem Landkind, das in einer entlegenen Gegend wohnt.

Nun aber möchte ich zur Universität Innsbruck noch einiges sagen. Wir begehen 1969 die 300-Jahr-Feier. Durch die Bereitstellung von Mitteln des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck in der Höhe von 300 Millionen Schilling wird es möglich sein, bei dieser 300-Jahr-Feier die Fakultät für Bauwesen und Architektur zu eröffnen.

Aber die bestehenden Fakultäten haben darüber hinaus ein großes Ausbauprogramm. Sie haben ein Programm erstellt, welches den dringenden Notwendigkeiten und dem starken Zustrom von Studenten entspricht. Der Akademische Senat hat dieses Programm einstimmig beschlossen und hat eine entsprechende Reihung vorgenommen. Der dringendste Bauwunsch ist ein Zubau an das Universitätshauptgebäude, damit dort die neue Aula mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1000 Personen untergebracht werden kann und das Rektorat und die Quästur darin Aufnahme finden. Das derzeitige Auditorium maximum faßt maximal 200 Personen. Wenn mit dem Bau nicht rasch begonnen werden kann, wird die Fertigstellung auch 1969 nicht möglich sein, und dann erhebt sich die Frage, ob wir die Festlichkeiten und die Festfeiern in einem Bierzelt abhalten sollen. Das ist sicherlich nicht möglich. Ich bitte daher, hier rasch entsprechende Taten zu setzen.

1968, also bereits ein Jahr vorher, findet in Innsbruck die Universiade, das Sportfest der akademischen Jugend der Welt, statt. Das

Ausbauprogramm sieht eine neue Sportanlage für die Universität vor, und es wäre notwendig und würde vom Sportverständnis Österreichs zeugen, wenn die Sportanlage für dieses Weltfest zur Verfügung stünde.

Sicher braucht die Universität noch viele weitere Bauten, um ihren Aufgaben halbwegs gerecht zu werden. Ich möchte hier nur noch an zwei erinnern.

Ich habe voriges Jahr schon davon gesprochen, daß die Raumsituation unwürdig und unsozial im wahrsten Sinne des Wortes ist. Das konnten die Abgeordneten aller Parteien in Innsbruck feststellen. Das muß man aber auch in anderen Hochschulorten feststellen. Ich möchte von den dringendsten Vorhaben nur die Errichtung eines Gebäudes für die naturwissenschaftlichen Institute und eines Gebäudes für die geisteswissenschaftlichen Institute der Philosophischen Fakultät erwähnen, weil erst die Errichtung dieser Gebäude es möglich machen wird, daß die anderen Fakultäten ihren dringendsten Raumbedarf decken können.

In zirka fünf Jahren wird die derzeitige Fülle an den Universitäten durch einen neuen Zustrom explosionsartig vergrößert. Es muß rechtzeitig Vorsorge getroffen werden, damit wir nicht infolge Raummangels den Numerus clausus einführen müssen. Daher ist von unserer Seite heute schon einmal eine Anleihe für Bundesschulbauten gefordert worden. Ich möchte sagen: Vielleicht noch wichtiger als der Ausbau des höheren oder des mittleren Schulwesens ist jetzt der Ausbau der Universitäten, und daher muß bei dieser Bundesanleihe ein entsprechender Anteil für die hohen Schulen reserviert werden.

Ich weiß, daß der Herr Unterrichtsminister ein echtes Verständnis für die Bildungssituation und für den Ausbau der Ausbildungsmöglichkeiten in ganz Österreich, aber insbesondere auch für den ländlichen Raum hat. Ich bitte ihn dringend, diese Bemühungen fortzusetzen, damit das Gefälle zwischen den ungünstigen und den günstigen Gebieten in Österreich abgebaut wird, verminder wird — beseitigen werden wir es nicht können —, damit diese Kinder dort die gleichen Berufschancen haben.

Es werden alle Anstrengungen notwendig sein, um für die Kinder entlegener Gebiete eine echte Begabtenförderung zu gewährleisten, weil nur eine solche die Voraussetzung für die Begabungsfundierung, für das Aufspüren brachliegender Begabungen ist. Unser Vaterland darf diese wertvollen Begabungen, die sich im ländlichen Raum befinden, nicht verlieren. Die Gesellschaft wird sie in Zukunft notwendig brauchen. Österreich wird diese

2388

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

unverbrauchten Kräfte dringend benötigen. Bemühen wir uns gemeinsam, daß sie nicht verlorengehen. Leisten wir hier sachliche Arbeit und keine Demagogie. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Broda das Wort.

Abgeordneter Dr. **Broda** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin bekanntlich kein Lehrer, kein Schulmann, kein Pädagoge. Ich hatte daher wirklich nicht die Absicht, wie die Kollegen Pädagogen sagen, mich an der wechselseitigen Benotung von Regierung und Opposition über Verdienst und Versäumnis auf dem Sektor der österreichischen Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung zu beteiligen. Allerdings kann ich nicht leugnen, Herr Landesschulinspektor Kollege Harwalik, daß ich naturgemäß eher Vertrauen zur Benotung durch meine Kollegin, die Frau Direktor Dr. Stella Klein-Löw, habe als durch Sie. Das hängt wohl damit zusammen, daß ich wahrscheinlich ihren pädagogischen Grundsätzen näher stehe.

Aber wie gesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte mich daran nicht beteiligen, ich wollte mich auch gar nicht in die Polemik, die natürlich eine so lange, interessante Aussprache mit sich bringt, einschalten. Lediglich die Ausführungen meines unmittelbaren Vorredners, des Kollegen Dr. Leitner, veranlassen mich, noch ein paar Worte dazu zu sagen.

Herr Kollege Dr. Leitner, haben Sie nicht das Gefühl gehabt, daß Sie gerade nach Ihrem Streitgespräch mit meiner Klubkollegin, Frau Dr. Firnberg, sehr viel von dem, was sie hier sehr eindrucksvoll auseinandergesetzt hat und was Sie dann an ihren Ausführungen kritisiert haben, selbst bestätigt haben, daß wir nämlich einen ungeheuren Nachholbedarf im österreichischen Hochschulwesen, auch in Ihrer engeren Heimat, in Tirol, haben? Das ist mir an dieser Wechselrede aufgefallen. Herr Kollege Kunst aus Tirol, Ihr Landsmann, hat mich mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß der letzte Teil Ihrer Ausführungen, in dem Sie über die Verhältnisse an der Innsbrucker Hochschule gesprochen haben, eigentlich genau das bestätigt hat, was Sie vorerst kritisiert haben, nämlich die Kritik der Frau Dr. Firnberg.

Und noch etwas. Herr Kollege Dr. Leitner, Sie haben es hier für richtig gehalten, den Bund Sozialistischer Akademiker zu zitieren und in die Diskussion hereinzu ziehen. Ich werde Ihnen darauf etwas antworten.

Ja, es ist ganz gut, daß jetzt auch einmal der Bund Sozialistischer Akademiker, und zwar von Ihnen und auf Ihrer Seite, zitiert worden ist. Wenn man objektiv und leidenschaftslos die Diskussion, die jetzt durch viele Stunden über Hochschulfragen, Fragen der Wissenschaft und Forschung hin und hergeht, verfolgt hat, so hat man eines feststellen können: daß es erfreulich und eindrucksvoll ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie viele von den Gedanken und Grundsätzen, die erstmalig und zuerst allein und von Ihnen bekämpft vom Bund Sozialistischer Akademiker in die Hochschuldiskussion geworfen worden sind, nun von Ihnen übernommen worden sind (*Beifall bei der SPÖ*), nun Gemeingut des ganzen Hohen Hauses geworden sind. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, daß wir tatsächlich — ich zitiere jetzt Ihre Schlußworte — in sachlicher Arbeit gemeinsam weiterschreiten können.

Ich meine damit das gemeinsame Bekenntnis zur Planung — Kollegin Firnberg hat darauf hingewiesen, in der Rede des Kollegen Dr. Kummer hörten wir es —, das gemeinsame Bekenntnis zur Notwendigkeit des Hochschulkonzeptes, das gemeinsame Bekenntnis zur Kampfansage — wie Sie am Schluß gemeint haben — gegen jeden Numerus clausus, das gemeinsame Bekenntnis dazu, daß es kein Bildungsprivileg geben soll, daß alle Arbeiter- und Bauernkinder die Möglichkeit haben sollen, an österreichischen Hochschulen ihrer Begabung entsprechend aufgenommen zu werden, um zu studieren.

Das ist wahrhaft erfreulich, und das war durchaus berechtigt, Kollege Dr. Leitner, daß Sie in dieser Stunde den Bund Sozialistischer Akademiker, der ein so großes Verdienst daran hat, daß wir jetzt doch so weit gekommen sind in Österreich, zitiert haben. Danke, Kollege Dr. Leitner, für diese Erinnerung an die erfolgreiche Tätigkeit des Bundes Sozialistischer Akademiker. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Sehr verehrte Damen und Herren! Bevor ich mich meinem Thema, das sind die Fragen der Forschungsförderung, der Schaffung eines österreichischen Forschungsrates, zuwende, und bevor ich vorerst, Herr Kollege Harwalik, doch noch einige allgemeine Bemerkungen mache, die wir vielleicht gemeinsam — ich sagte es Ihnen schon einmal — dem Herrn, den Sie im Volksgarten getroffen haben, im Volksgarten dann wieder sagen können, darf ich noch auf eine Frage eingehen, die auch in der Diskussion bei den letzten Rednern eine Rolle gespielt hat. Die sozialistischen Abgeordneten wollen in keiner Weise in die echte Hochschulautonomie eingreifen. Die Kritik, die wir üben, besteht vielmehr aus kritischen Bemerkungen

Dr. Broda

über übrigens sehr wohl vom Amtsvorgänger des Herrn Bundesministers für Unterricht Dr. Drimmel und sicherlich auch vom gegenwärtigen Herrn Bundesminister für Unterricht auf Grund seiner praktischen Erfahrungen im Amt festgestellte Mängel am Berufungsvorgang und an der Art und Weise, wie der Besetzungsvorgang vor sich geht.

Ich erinnere die Kolleginnen und Kollegen an Bemerkungen des Amtsvorgängers des gegenwärtigen Herrn Unterrichtsministers in einer Beratung des Finanz- und Budgetausschusses, wo er dargelegt hat, wieviel Unterschriften auf einem solchen Besetzungsakt erforderlich sind, wieviel Aktenvorgänge gesetzt werden müssen, ehe es wirklich zum Vorschlag der Besetzung im Ministerrat und zur Weiterleitung an die Präsidentschaftskanzlei kommt. Ich bin ganz überzeugt — es ist jetzt etwa drei Jahre her —, daß die Zahl der Unterschriften, die in einem solchen Akt gesetzt werden müssen, in der Zwischenzeit nicht geringer geworden ist, daß sicherlich noch einige Unterschriften hinzugekommen sind. (Bundesminister Dr. Piffl-Perčević: Sind weniger geworden!) Sind geringer geworden. Also, wir werden davon ja sicherlich noch hören, und das ist erfreulich.

Da jetzt so viel von Tirol die Rede war, darf ich an den Herrn Bundesminister für Unterricht die Frage richten — und ich wäre sehr froh, wenn er sie heute beantworten könnte —, wie es mit der Besetzung der lange Zeit schon vakanten zweiten Lehrkanzel für Philosophie an der Innsbrucker Universität steht. Ich höre aus Tiroler Kreisen, daß es als großer Mangel empfunden wird, daß diese Lehrkanzel noch immer unbesetzt ist. Man hat seinerzeit zuerst primo et unico loco Professor Stegmüller vorgeschlagen, eine Berufung kam nicht zustande, jetzt ist im Dreiervorschlag an erster Stelle Professor Hübner vorgeschlagen. Ich glaube, es gibt Schwierigkeiten, um diesen Gelehrten aus dem Ausland zu gewinnen. Da die Verzögerungen, die nach Meinung so mancher Kritiker der früheren Koalition im Besetzungsvorgang durch die Koalitionsregierung, die Koalitionspartner, jetzt weggefallen sind, so wäre ich sehr dankbar, Herr Bundesminister für Unterricht, zu hören, ob und inwieweit Schwierigkeiten, die der Besetzung der zweiten Lehrkanzel für Philosophie an der Innsbrucker Universität entgegenstehen, beiseite geräumt sind beziehungsweise in absehbarer Zeit beseitigt werden können.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute hat unter anderem Herr Kollege Harwalik eine Grundsatzdiskussion darüber gegeben, wie nun nach sechs, sieben

Monaten Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei Regierung und Opposition einander gegenüberstehen und in welcher Form Mehrheit und Minderheit ihre Auffassungen im Hohen Haus, überhaupt in der Öffentlichkeit konfrontieren. Ich glaube, Herr Kollege Harwalik, es war gar nicht schlecht, daß an einem Hochschultag, Wissenschaftstag, Forschungstag des Nationalrates der XI. Gesetzgebungsperiode — und da stimme ich mit Ihnen überein —, der über beträchtliche Leistungen und Fortschritte auf diesem Gebiet immerhin schon berichten kann, es hier eine sehr ernste Diskussion darüber gegeben hat, wie nun Worte und Taten, Reden und Handeln zueinander stehen.

Und ich möchte Ihnen folgendes sagen: Die sozialistische Opposition kritisiert am Verhalten der Österreichischen Volkspartei als Regierungspartei vor allem dieses Mißverhältnis von Worten und Taten, von Reden und Handeln. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Nach sechs Monaten genügt es eben nicht mehr, nur die Reklametrommel der Selbstbewährer zu röhren und von den Versäumnissen der Koalition zu sprechen und immer wieder an sie zu erinnern. Wir sind jetzt längst im offenen Meer einer neuen Phase der Innenpolitik unseres Landes. Merken Sie das nicht? Regierung und Mehrheit werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß, wenn jetzt über Geleistetes und Versäumtes gesprochen wird, man von der Gegenwart spricht und daß man von der Zukunft sprechen wird und es hier heißen wird: Hier möge sich die Öffentlichkeit und die Wählerschaft ein Urteil darüber bilden, wie das Verhältnis von Worten und Taten, von Leistungen und Handeln wirklich ist. Darum geht es, Herr Kollege Harwalik, und nicht darum, daß man sich gegenseitig benotet und qualifiziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ein wahrhaft erschütterndes Beispiel für Versäumtes, auch Versäumtes in diesem Kapitel Unterricht des vorliegenden Budgets bildet nach wie vor die katastrophale Lage des österreichischen Forschungswesens. Ohne ausreichende Förderung der wissenschaftlichen Forschung gibt es keine Zukunft unseres Landes und gibt es keine weiteren Fortschritte in unserem Land, besteht die große Gefahr — das hatte Frau Dr. Firnberg gemeint, Kollege Dr. Leitner —, daß Österreich wirklich zu einem unterentwickelten Land werden wird.

Ich habe dem, was Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi sehr nachdrücklich zu dieser Frage ausgeführt hat, in tatsächlicher Hinsicht kaum etwas hinzuzufügen.

2390

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dr. Broda

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für ein paar sehr trockene, aber sehr konkrete Ziffern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Mehrheit! Sie haben uns ein 78 Milliarden-Budget vorgelegt, das Sie in wenigen Wochen beschließen wollen. Darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, wieviel in diesem 78 Milliarden-Budget für Forschungskoordination, das heißt an Mitteln für den österreichischen Forschungsrat, Kapitel Unterricht, Aufgabenbereich 12, Post Nummer 31, ausgegeben werden soll: 16 Millionen Schilling! 16 Millionen Schilling von 78 Milliarden Schilling im Gesamtbudget für das Zentrum des österreichischen Forschungswesens — das soll der österreichische Forschungsrat sein, das ist seine Koordinationsaufgabe. Ich habe mir auch das von Frau Dr. Firnberg kontrollieren lassen wie vieles, weil sie Statistikerin und daher Mathematikerin ist (*Abg. Doktor Kummer: Aber nicht objektiv!*) — das kommt schon, Kollege Kummer —: 16 Millionen von 78 Milliarden sind zwei Zehntausendstel des Gesamtbudgets.

Kollege Kummer hat in seiner Rede darauf hingewiesen, daß man natürlich nicht nur diese Mittel als Mittel für die österreichische Forschung ansehen darf — ich werde auch noch darauf zu sprechen kommen —, daß es ja weitere Budgetmittel für Forschungswesen sehr zerstreut und zersplittert im Budget, was auch kein Vorteil ist, gibt. Kollege Kummer hat darauf hingewiesen, daß natürlich auch die Wirtschaft und die private Hand einiges für die Förderung des Forschungswesens ausgeben.

Aber, Kollege Dr. Kummer, auch da muß ich das wiederholen, was ich unbestritten durch Ihren Redner hier vor sechs Monaten bei der Vertretung unseres Initiativantrages über den Forschungsrat gesagt habe. Wir haben derzeit ein Volkseinkommen von etwa 240 Milliarden Schilling. Nach den international gültigen Ziffern — sie wurden vom Kollegen Scrinzi genannt — müßte man annehmen, daß so wie in vergleichbaren Ländern 1,5 bis 3 Prozent für Zwecke der Forschungsförderung ausgegeben werden. Das wäre also, wenn ich für Österreich nur einen Durchschnitt von 2 Prozent nehme, eine jährliche Aufwendung von rund 5 Milliarden Schilling. Das wäre etwa ein adäquater Aufwand für unsere Forschungsförderung durch öffentliche Hand und Private. Wir haben natürlich keine genauen Ziffern darüber, weil das keine Budgetziffern, sondern Wirtschaftsziffern sind, aber nach den Studien, die angestellt worden sind — der Kollege Scrinzi hat darauf Bezug

genommen —, ist wohl anzunehmen, daß die gesamte Forschungsförderung in Österreich heute, Kollege Kummer, noch immer unter 1 Milliarde Schilling liegt. (*Abg. Dr. Kummer: Vergessen Sie nicht die Schwierigkeit der Grundlagenforschung!*) Ja, das vergesse ich schon alles nicht. Bleibt aber übrig, daß wir im Verhältnis zu vergleichbaren Ländern sehr viel weniger ... (*Abg. Dr. Kummer: Was ist vergleichbar?*) Es wurde schon auf das Beispiel Holland verwiesen, dann wurde auf andere kleine europäische Länder verwiesen, nicht nur auf die Großmächte. Ja, ja, ich weiß es schon. Ich habe zum Beispiel die Ziffer für Großbritannien — ein größeres Land als Österreich —: 2,5 Prozent. Das liegt schon über den 2 Prozent, die ich angenommen habe. In den USA sind es 3 Prozent, in Japan sind es auch etwa soviel. Aber das habe ich alles nicht angenommen ... (*Abg. Dr. Kummer: Was ist zum Beispiel mit der Schweiz, Herr Kollege Broda?*) Ich habe die Ziffer nicht zur Verfügung, ich weiß es nicht.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, darüber besteht doch gar keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns, sondern es erhebt sich nur die Frage, welchen Weg wir gehen sollen, daß wir mit etwa 3 Promille Forschungsförderung insgesamt — öffentliche Hand und private Forschungsförderung — nicht das Auslangen finden können und daß man hier weiterkommen muß. Ich erinnere Sie nur an die Rede des Abgeordneten Doktor Hauser, der in der Diagnose mit mir überhaupt nicht differiert hat, als wir den Initiativantrag zur Schaffung eines Österreichischen Forschungsrates als Körperschaft öffentlichen Rechtes diskutiert haben. Nur ist das Problem eben das, daß wieder sechs Monate vergangen sind und diesbezüglich nichts geschehen ist.

Ich leugne nicht, daß die Mittel erhöht worden sind. Sie brauchen also diesbezüglich auch gar nicht mit mir zu polemisieren. Ich nenne sie gleich. Wir haben 1966 für die Post Forschungsrat im Budget 12 Millionen Schilling gehabt und haben 1967 16 Millionen Schilling. Das ist ganz gewiß eine Steigerung, aber es ist eine Steigerung, die nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein ist, sondern nach wie vor ein Tröpfchen auf den heißen Stein. Das ist unsere Kritik, Kollege Harwalik, im Minderheitsbericht. (*Abg. Dr. Kummer: Aber doch relativ eine Steigerung!*) Ja, eine bedeutende Steigerung für den ganz kleinen Betrag, der bisher eingesetzt war und weiter eingesetzt ist. Aber ich komme ja gleich zu praktischen Schlußfolgerungen.

Meine Damen und Herren! Das ist unsere Kritik im Minderheitsbericht, die Sie so hart empfunden haben. Wir haben gesagt, man

Dr. Broda

darf sich nicht so laut röhmen, daß dies das Budget mit dem Vorrang für Wissenschaft und Forschung ist, wenn nach wie vor die absoluten und relativen Ziffern — abgesehen von den sehr geringen Ziffern, die die Wirtschaft für die Forschung aufwendet — so minimal sind. Und daher die berechtigte Kritik, die Sie so verletzt hat und die wir in unserem Minderheitsbericht geübt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was soll denn der Forschungsrat? Der Forschungsrat soll — ich zitiere den Kollegen Hauser, er hat darauf in der Junidiskussion Bezug genommen — neue Impulse vermitteln, er soll die Forschung beleben, er soll auch der Wirtschaft den Impuls vermitteln, daß hier mehr geschehen muß als bisher, und er soll vor allem koordinieren.

Der Mangel an Koordination im gegenwärtigen Budget auf allen Gebieten der Forschung ist ein weiterer Punkt unserer Kritik. Ich will Ihnen jetzt nicht die einzelnen Ansatzposten des Budgets aufzählen, wo überall Mittel für Forschungsaufgaben bereitgestellt werden. Das ist unübersichtlich, das dient nicht der wirklichen Vermittlung von Forschungsimpulsen und macht es nicht leichter, auf diesem Gebiet wirklich weiterzukommen. Aber trotzdem soll auch hier anerkannt werden, daß etwa im Kapitel 63: Handel, Gewerbe und Industrie, die dortige Post von 12 Millionen 1966 auf 20 Millionen für 1967 erhöht worden ist.

Das sind die zwei zentralen Posten für Forschungsförderung durch den Staat, die eine Post im Kapitel Unterricht mit — jetzt — 16 Millionen Schilling und die zweite Post im Kapitel Handel, Gewerbe und Industrie mit — jetzt — 20 Millionen Schilling. Das sind nach wie vor Minimalziffern, wirklich „Mini“-Ziffern der Forschungsförderung in diesem Budget.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man alle anderen verstreuten Posten noch zusammenzieht, die mittelbar der Forschung zugute kommen, wobei die Trennung zwischen Forschung und Unterricht im Unterrichtsbudget naturgemäß nicht leichter zunehmen ist, sodaß diese Ziffern eher zu hoch liegen, so haben wir insgesamt — ich bin auf nicht mehr gekommen — Mittel von 125,6 Millionen Schilling, die 1967 mittelbar der Forschung zugute kommen. (Abg. Doktor Kummer: Aber jedenfalls ein Fortschritt, Kollege Broda!) Es ist ein Fortschritt, aber kein Fortschritt, der so bedeutend ist, daß er Sie veranlassen dürfte, wenn Sie sich nicht dessen zeihen lassen wollen, was wir tun, daß Sie sich zu viel Selbstlob spenden und Vorschußlorbeeren austeilten, daß Sie

dieses Budget als ein Budget des Vorrangs für Wissenschaft und Forschung bezeichnen. Das ist meine Antwort auf diese Frage, Kollege Kummer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Juni den sozialistischen Initiativantrag auf Schaffung eines Österreichischen Forschungsrates als Körperschaft öffentlichen Rechtes vorgelegt. Wir haben diese Vorschläge gemacht, weil wir glauben, daß es anders keine Möglichkeit der Koordination der Forschung gibt, weil wir glauben, daß es anders keine Möglichkeit gibt, der Forschung wirklich Impulse in einem größeren Ausmaß zu verleihen. Wir haben auch gleichzeitig Finanzierungsvorschläge gemacht — Sie erinnern sich noch daran —, wir erwähnen sie ja auch im Minderheitsbericht.

Wir haben als echten Alternativvorschlag zu Ihren Vorschlägen gesagt, daß eine Art von Notopfer — ich zitiere wieder den Kollegen Scrinzi —, der 3prozentige Zuschlag zur Gewerbesteuer für Betriebe mit mehr als 50.000 S Gewerbesteuerbetrag nicht unangemessen hoch sein würde. Wir haben weiter gemeint, daß durch die Schaffung einer Körperschaft öffentlichen Rechtes als Forschungsrat durch Bundesgesetz die Möglichkeit bestehen würde, eine echte Steuerfreiheit für Spenden für Wissenschaft und Forschung — nicht, wie wir es jetzt haben, das ist unbefriedigend — einzuführen.

Und jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, komme ich zu unserer weiteren Kritik. Dieser Initiativantrag der Sozialistischen Partei — er liegt seit Juni 1966 im Unterrichtsausschuß begraben — wurde nicht in Verhandlung gezogen. Es wurde auch jene Verheißung, die uns die Mehrheit damals in Aussicht gestellt hat, daß sie nämlich ehestens eine Regierungsvorlage einbringen würde, damit dann über beide Anträge oder mit Vorrang für die Regierungsvorlage über diese diskutiert werden könnte, nicht erfüllt. Auch das ist nicht geschehen. Seit Juni, meine sehr geehrten Damen und Herren — und nur das ist jetzt zu konfrontieren bei der Abrechnung und Verrechnung zwischen Regierung und Opposition —, ist auf diesem so wichtigen Gebiet nichts geschehen, gar nichts geschehen, weder von der Regierung noch von der Mehrheit im Parlament. (Abg. Hardwalik: Zweimal Budget im Jahr!) Zugegeben, aber das wäre kein Hindernis gewesen, daß man endlich die Kompetenzstreitigkeiten zwischen Unterrichtsverwaltung und dem Handelsministerium in dieser Frage, die jahrelang verhindert haben (Abg. Dr. Kummer: Sie wissen nicht, unter welchem Zeitdruck wir stehen!) — sofort! —, daß ein gemeinsamer

2392

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dr. Broda

Vorschlag ausgearbeitet worden ist — das hat ja übrigens nichts mit der Koalition zu tun —, überwinden hätte können. Ich weiß weder etwas von einer Regierungsvorlage, die im Unterrichtsministerium ausgearbeitet wird, noch von einer Regierungsvorlage, die im Handelsministerium ausgearbeitet wird. Ich nehme aber an, daß der Herr Bundesminister für Unterricht uns heute noch darüber berichten wird.

Nun wollen wir einen praktischen, einen wirklich konstruktiven Vorschlag machen. Wir wollen einen Vorschlag machen, meine sehr geehrten Damen und Herren, um Ihnen von der Mehrheit dieses Hauses zu ermöglichen, Schwierigkeiten, die es sicherlich gibt, und Probleme, die es auf diesem sehr komplizierten Gebiet gibt, zu beseitigen. Wir wollen auch, falls der Herr Bundesminister für Unterricht sich auf diesem Gebiet helfen lassen will, weiterhelfen. Ich habe Ihnen namens meiner Fraktion — wir wollen nicht immer tauben Ohren predigen, sondern wir wollen, wie gesagt, konkrete Vorschläge machen — nun folgende zwei Anträge vorzulegen.

Sehr gut, Kollege Withalm, daß Sie da sind, damit Sie gleich Ihre Fraktion beraten können, daß es eine gute Sache wäre, hier zuzustimmen. Aber hören Sie zuerst zu, bevor Sie sich dagegen aussprechen.

Wir schlagen Ihnen erstens vor, daß beim Bundesministerium für Unterricht als federführendem Ressort eine Enquête durchgeführt werden möge, zu der man alle Kreise, die an der Forschung interessiert und davon betroffen sind, wie Hochschulen, Industrie, Gewerbe, Interessenvertretungen, Arbeitnehmervertreter, wissenschaftliche Institutionen außerhalb der Hochschulen und natürlich auch die gesetzgebenden Körperschaften, einlädt. Dort soll das Problem der Koordination der Forschung in Österreich, und zwar sowohl der Forschung außerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen als auch der Grundlagenforschung, der angewandten Forschung, der Zweckforschung, einer gründlichen sachlichen, leidenschaftslosen Debatte und Prüfung unterzogen werden. Dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, soll man versuchen, den gordischen Knoten zu lösen, Kompetenzschwierigkeiten und echte Interessengegensätze, die es hier zweifellos gibt, zu überwinden und einen einheitlichen Vorschlag für die Schaffung eines Österreichischen Forschungsrates als großer Koordinationsstelle der Forschung in Österreich zu machen in Form einer Regierungsvorlage, die dann von der auf dieser Enquête als zuständig erarbeiteten Zentralstelle ausgearbeitet werden möge.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Withalm! Wir haben ja unsere Erfahrungen mit Enquêtes. Ich habe die Enquête über die Presserechtsreform in Erinnerung, die Enquête über die Strafrechtsreform, die Enquête über das Finanzstrafgesetz. Diese Aussprachen, die nicht leicht zu steuern sind, haben doch meistens konkrete Ergebnisse gebracht. Insbesondere hat die letztgenannte Enquête, die über das Finanzstrafgesetz — das war im Jahre 1957 —, zur Ausarbeitung des Entwurfes für ein Finanzstrafgesetz geführt. Vorher schien es auch, als ob die Schwierigkeiten unüberwindlich seien. (Abg. Dr. Kummer: Diese Enquêtes waren nicht zwecklos!) Sie waren nicht zwecklos. Ja, ich bin Ihrer Meinung! Ich glaube wirklich, daß diese Enquêtes zu etwas führen. Ich weiß, daß es gar nicht leicht ist, so eine Enquête — ich wiederhole das noch einmal — zu steuern, weil sehr viele Auffassungen divergieren. Aber ich glaube, daß wir hier — und ich meine das nicht ironisch, genauso wie unsere Mitarbeit im Sommer nicht ironisch war, im Ausschuß, unter dem Vorsitz des Herrn Kollegen Harwalik — dem Herrn Bundesminister für Unterricht wirklich helfen könnten, den gordischen Knoten, wie ich schon sagte, zu lösen und weiterzukommen. Ich sehe sonst keine rechte Möglichkeit.

Ich lege Ihnen daher folgenden Antrag für eine Entschließung vor, eine Entschließung, die ich den Herrn Präsidenten bitte zur Abstimmung zu bringen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die sozialistischen Abgeordneten halten die Schaffung eines umfassenden Forschungsrates zur Förderung und Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung in Österreich für eine besonders vordringliche Aufgabe. Sie haben deshalb bereits vielfache Initiativen in dieser Richtung unternommen, die jedoch bei der ÖVP bisher leider auf keinen fruchtbaren Boden gefallen sind. Der letzte Initiativantrag der sozialistischen Abgeordneten zur Schaffung eines Forschungsrates wurde zwar antragsgemäß einer ersten Lesung unterzogen, doch hat der Obmann des Unterrichtsausschusses diesen Antrag bisher nicht auf die Tagesordnung einer Sitzung des Unterrichtsausschusses gesetzt.

Die sozialistischen Abgeordneten sind der Meinung, daß die Veranstaltung einer Enquête zu diesem Fragenkomplex ein geeignetes Instrument wäre, die Öffentlichkeit über die Wichtigkeit dieses Anliegens neuerlich zu informieren und darüber hinaus allen interessierten Stellen innerhalb und außerhalb der österreichischen Hochschulen

Dr. Broda

Gelegenheit geben würde, ihre Meinungen auszutauschen und sich zu einem gemeinsamen Vorschlag durchzuringen.

Die unterzeichneten Abgeordneten beantragen daher:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, bis zum 15. Februar 1967 eine Enquête über die Schaffung eines österreichischen Forschungsrates zu veranstalten, zu der alle interessierten Stellen, insbesondere Vertreter der Hochschulen, der mit Forschungsfragen beschäftigten Ministerien, der bestehenden Forschungsinstitute, der Interessenvertretungen sowie Vertreter des Nationalrates einzuladen sind, damit die Frage der Schaffung eines umfassenden Forschungsrates einer ausführlichen Beratung unterzogen und das Ergebnis dieser Beratungen dem Gesetzgeber nutzbar gemacht werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle diesen Entschließungsantrag zur Diskussion, wobei ich gleich als Vergleichsvorschlag, Herr Kollege Withalm, natürlich auf die Begründung in der Einleitung verzichte. (Abg. Dr. Withalm: *Die Einleitung ist unmöglich!*) Ich mache sofort einen Vergleichsvorschlag, weil ich sehe, daß sich die Möglichkeit von Vergleichsverhandlungen abzeichnet. Ich bin ohne weiteres bereit, auf den Einleitungsteil zu verzichten und lediglich dann in abgeänderter Form, falls die Damen und Herren von der Mehrheit und die Kollegen von der Freiheitlichen Partei sich anschließen sollten, es auf den Spruch der Entschließung zu begrenzen; wobei ich allerdings zu bedenken ersuche, daß eine Terminbegrenzung schon erforderlich ist, weil wir ja sonst nur eine neue Entschließung zu der anderen haben, ohne daß wir dann die Möglichkeit hätten, mit dem Herrn Bundesminister für Unterricht in absehbarer Zeit die Durchführung dieser Enquête zu beschließen.

Ich glaube, daß der Herr Bundesminister für Unterricht ebenfalls die Annahme dieser Entschließung empfehlen kann, und ich bitte den Herrn Präsidenten, sie dann mit zur Beratung zu stellen.

Im Zusammenhang mit der Entschließung stelle ich einen zweiten Abänderungsantrag zum vorliegenden Entwurf für ein Bundesfinanzgesetz. Er hat folgenden Wortlaut:

Abänderungsantrag

zur Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz 1967, betreffend die Erhöhung der Ausgaben für die wissenschaftliche Forschung im Rahmen des Kapitels 1/12126.

Die sozialistischen Abgeordneten haben im Nationalrat einen Initiativantrag auf Schaffung eines umfassenden Forschungsrates eingebbracht, die Frage der Forschungsförderung an die Spitze ihres Minderheitsberichtes zum Budget 1967 gestellt und in der heute eingebrochenen Entschließung neuerlich mit Nachdruck die Schaffung eines umfassenden Forschungsrates als Körperschaft öffentlichen Rechtes urgirt.

Da die unterzeichneten Abgeordneten hoffen, daß im kommenden Jahr die Schaffung dieses Forschungsrates realisiert werden kann, ist auch für dessen Tätigkeit durch eine angemessene Erhöhung des Budgetansatzes als erste Etappe Vorsorge zu treffen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Regierungsvorlage betreffend ein Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (204 der Beilagen) in der Fassung des Ausschußberichtes (258 der Beilagen) wird abgeändert wie folgt: Die Budgetpost 1/12126 wird von 38,378 Millionen Schilling auf 72,378 Millionen Schilling erhöht zwecks Erhöhung der Post 31 b (Forschungsrat) von 16 Millionen Schilling auf 50 Millionen Schilling.

Zur Bedeckung verweisen die unterzeichneten Abgeordneten auf die im sozialistischen Initiativantrag Nr. 7/A enthaltenen Finanzierungsvorschläge und werden bei der Behandlung der Budgetgruppe Finanzen die erforderlichen Anträge stellen.

Das sind jene Anträge, die in unserem Initiativantrag bereits angeführt sind, daß nämlich in Form einer der Höhe nach vertretbaren Forschungsumlage, also einem Zuschlag zur Gewerbesteuer, die notwendige Bedeckung für die Ausgaben des durch Bundesgesetz zu schaffenden Österreichischen Forschungsrates geschaffen werden soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mache darauf aufmerksam, daß wir wiederholt in Bundesfinanzgesetzen im Hinblick darauf, daß eine gesetzgeberische Maßnahme für das kommende Budgetjahr zu erwarten war, solche Ansätze geschaffen haben. So ist ja auch die Entstehung des derzeitigen Antrages für den Forschungsrat; er wurde ja auch schon vor vielen Jahren geschaffen im Hinblick darauf, daß man annahm, daß es zu einer bundesgesetzlichen Regelung der Materie Forschungsrat kommen würde. Nun ist in der von mir vorliegenden Antragsformulierung dafür vorgesorgt, daß statt der jetzt vorgesehenen 16 Millionen Schilling als erste Etappe

2394

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dr. Broda

für 1967 ein Ansatz von 50 Millionen Schilling in das Bundesfinanzgesetz eingesetzt werden soll, der natürlich nur dann verbraucht werden wird, wenn es zu der bundesgesetzlichen Regelung darüber kommt. Das ist der zweite Antrag, den die sozialistischen Abgeordneten Ihnen hiermit vorlegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluß und stelle Ihnen zur Erwürdigung: Wenn Sie für unseren Entschließungsantrag der Sache nach stimmen oder wenn wir einen solchen gemeinsamen Entschließungsantrag hier heute formulieren und annehmen, dann schaffen wir dem Herrn Bundesminister für Unterricht die Grundlage und die moralische Legitimation, diese große Enquête, diese Beratung durchzuführen, wo wir alle Fragen der Forschungsförderung, ihrer Zentralisierung und endlichen Koordinierung im Lichte der internationalen Erfahrungen und der notwendigen Maßnahmen in Österreich gemeinsam beraten könnten, um die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Bundesregierung uns in angemessener Frist die so lange ausstehende und notwendige Regierungsvorlage für die Schaffung eines Österreichischen Forschungsrates vorlegen kann.

Ich bin zuversichtlich, daß es darüber heute, meine sehr geehrten Herren Kollegen, eine Vergleichsmöglichkeit gibt, andernfalls, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Mehrheit, verehrter Kollege Harwalik, wird unsere Kritik an Ihren Budgetvorschlägen in Zukunft auch in diesem Kapitel noch weit schärfer sein als in diesem Jahr. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Die beiden Anträge des Herrn Abgeordneten Dr. Broda sind genügend unterstützt und stehen zur Diskussion.

Als nächstes Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Leisser das Wort.

Abgeordneter Leisser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Das Hauptkennzeichen eines demokratisch gesinnten Menschen ist sicherlich die Toleranz. Und zur Toleranz gehört, daß man zuhören kann, auch wenn es vielleicht manchmal schwerfällt.

Es hat heute vormittag die Frau Kollegin Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw gesagt, daß sie als Professorin gelernt hat, zuzuhören. Das ist sehr richtig, denn der Lehrer soll nicht immer nur reden, er soll auch auf seine Schüler hören. Das bringt ihm vielleicht manchmal viel mehr ein, als wenn er nur immer redet.

Es haben heute alle Lehrer und alle Redner — viele waren ja Lehrer — eine ganze Reihe von Problemen vorgebracht, die wert sind,

daß man über sie nachdenkt. Ich habe den Eindruck, daß wir uns auf dem Gebiete des Rationalen sehr oft treffen können, aber auf dem Gebiete des Irrationalen und des Emotionellen, da bauen wir oft eine Mauer auf — ich sage wir, ich nenne hier nicht eine Partei, sondern ich nenne alle Fraktionen dieses Hauses —, eine Mauer der Kränkungen, der Beleidigungen, der Verdächtigungen, der Verleumdungen, eine Mauer des Spotts und der Ironie. Ich glaube, wir sollten uns doch vornehmen, uns zu bemühen, diese Mauer etwas abzubauen, jedenfalls keine neue zu errichten. Denn wir wissen alle, daß die Jugend uns das nicht abnimmt, daß sie uns im Gegen teil sehr heftige Vorwürfe macht, wie sich die parlamentarische Demokratie in Österreich manchmal auf diesem Gebiet auswirkt.

Das Budget kennt sehr viele Ziffern und Zahlen, dahinter aber stehen Menschen. Beim Sektor Unterricht und Kultur sind diese Menschen zum Beispiel Jugendliche und Schüler und auch Lehrer. Ihnen möchte ich ein paar kurze Worte widmen, vor allem den Lehrern, die an den allgemeinbildenden höheren Schulen wirken.

Immer hören wir, der Beruf des Lehrers müsse in der Achtung des Volkes steigen und solle sozial gehoben werden, dann würden sich sicher mehr Menschen finden, vor allem mehr einsatzbereite und tüchtige Menschen, eben Persönlichkeiten, die bereit sind, diesen Beruf zu ergreifen. Die Lehrer des 20. Jahrhunderts wurden schon fünfmal gezwungen, der Jugend jeweils eine andere Gesinnung beizubringen. Gesinnung und Lehrer wurden so zum Gespött.

Viele Erwachsene glauben auch, die Beschäftigung mit Kindern sei kein für den Mann geeigneter Beruf, sei eher noch Sache der Frau, der Lehrerin. Vor allem gebildete Kreise glauben, es genüge, ein entsprechendes Wissen zu haben — und schon könne man gut unterrichten. Es werden da immer die bekannten Verse aus Goethes Faust angeführt: „Es trägt Verstand und rechter Sinn mit wenig Kunst sich selber vor.“

Die Erwachsenen haben oft unangenehme Erinnerungen an ihre eigene Schulzeit, und täglich kommen die Kinder heim und berichten von den Lehrern. Wir wissen, daß Kinderurteile keineswegs immer objektiv sind, aber die Eltern glauben ihren Kindern, weil sie mit ihnen eben mehr Kontakt haben und viel weniger Kontakt mit den Lehrern. Kommen der Vater oder die Mutter einmal am Sprechtag in die Schule und treffen sie den Lehrer, wie er gerade müde und vielleicht etwas erregt aus der Klasse kommt, die 40 und mehr Kinder faßt, und ist sein Wort etwas schärfer und etwas unwirscher und ist sein Urteil

Leisser

über das Kind anders, als es die Eltern erwarteten, so hat dann natürlich der Lehrer schuld, und sofort wird der ganze Stand kritisiert und herabgesetzt.

Sicherlich hat auch die historische Entwicklung des ganzen Lehrerstandes und die soziale Herkunft mancher Lehrer darauf ein gewirkt, wie der Stand in der Öffentlichkeit beurteilt wird und daß einzelne Berufsangehörige in ihrer Selbsteinschätzung eine gewisse Unsicherheit zeigen. Was werfen wir dem Lehrer nicht alles vor: Schulmeisterhochmut, Eitelkeit, harte, kränkende Behandlung, Machttrieb, geistige Enge, Pedanterie, Fachblindheit, immer alles besser wissen zu wollen, Weltfremdheit und sicher gäbe es auch noch manche andere Dinge, Fehler und vielleicht sogar Laster, die man dem Lehrer aufbürdet. Ich gebe schon zu, daß auch in unserem Stand Versager zu finden sind, aber welcher Stand hat und kennt solche Versager nicht? Sicher treten die Schwächen beim Lehrerstand stärker in Erscheinung, weil die Lehrer massiert in einem Kollegium auftreten, weil ihnen vor allem kritische Kinder und Jugendliche gegenüberstehen, die jeden kleinen Mangel kolportieren und übertreiben, weil sie ihn ja gar nicht richtig einschätzen und beurteilen können.

Wenn wir ehrlich sind, sind wir doch alle in unserem Leben einer Reihe von Lehrern begegnet, die uns etwas gegeben haben durch ihr Wissen, durch ihr Können und durch ihre Persönlichkeit.

Josef Lehrl schreibt so herrlich über die Deutschstunden seines Lehrers Johann Friedrich, die dieser an Winternachmittagen hielt: „Er sprach und erzählte, und wenn die Dämmerung kam, ließ Friedrich kein Licht auf drehen, sondern er trug vor, und auf einmal schwieg er und schaute zum Fenster hinaus über die Dächer der Stadt.“ Und Lehrl sagt: „Wir haben erst viel später einsehen gelernt, wieviel wir in unserer Bildung jenen Stunden schulden, in denen der Lehrer schwieg, auf daß wir das Wort der Geschichte hören konnten, die aus der Stadt zu uns gesprochen hat.“

Vor kurzem fragte mich ein Kollege, ein Gemeindeoberhaupt einer Stadt in der Nähe von Wien: „Glaubst du, daß es die Tüchtigsten sind, die als Nachwuchs in unserem Berufsstand hineinwachsen? Warum gehen dann so viele aus unserem Stande weg und drängen hinaus?“ Es ist richtig: Unser Stand hat zuwenig Aufstiegsmöglichkeiten, und da müssen wir uns schon Gedanken darüber machen. Der tüchtige Lehrer sieht neben sich den weniger tüchtigen Lehrer, der gleich viel verdient wie er. Wir wollen schon haben, daß sich die

Enge des Schulbetriebes lockert, wir erwarten vom Direktor, daß er Zeit hat für seine Kollegen, mit ihnen zu reden, sie zu beraten, ihnen zu helfen, auch in ihren privaten Belangen. Natürlich muß dann der Direktor vom bürokratischen Kram dispensiert werden. Das gleiche erwarten wir von den Landeschulinspektoren. Sie sollen sich ein wirkliches Bild über die Leistungen der Lehrer machen können, nicht nur ein Bild, das sich aus einer zufälligen kurzen Inspektion ergibt. Wir erwarten auch vom zuständigen Ministerium, daß es immer wieder Brücken schlägt zu den einzelnen Schulen. Erst dann werden die Verordnungen und Erlässe verwirklicht werden, wenn sie vom Leben und vom Blut der Schulfront erfüllt sind. Lassen wir dem Lehrer seine Methode, geben wir ihm bei aller Notwendigkeit, daß der Kanon des Lehrplanes eingehalten wird, doch die Möglichkeit, dem Unterricht seinen Akzent zu geben. Diese Freiheit brauchen wir, wenn wieder mehr Persönlichkeiten in unseren Beruf hineinwachsen sollen. Sie sind sicherlich in der heutigen Zeit weniger geworden. Wir wissen aber, daß es genug Menschen gibt, die gerne lehren möchten. Sie fürchten und scheuen aber die Zwangsjacke der Schule. Wir wollen keine verbogenen Lehrer haben, die in Konferenzen Gemeinplätze sagen, sondern Lehrer mit Zivilcourage, die auch einmal gegen den Stachel locken, die nicht alles für ein Evangelium halten, was von oben kommt, sondern die auch ihre eigene Exegese ausüben.

Wir wissen, daß unser Berufstand auch finanziell ausreichend dotiert sein soll. Die Gewerkschaft hat manches erreicht. Es wird allerdings nicht überall anerkannt, weil eben das Fordern leichter ist, als die Forderungen auch durchzusetzen. Unser Beruf verlangt und schenkt aber viel, was man mit Geld nicht bezahlen kann. Vor jungen Menschen zu stehen, sie zu lehren und zu erziehen, braucht einen glasklaren logischen Verstand, einen starken Willen und ein grundgütiges, sonniges Herz. Dieses Abenteuer ist wert, daß sich ihm die Besten und die Tüchtigsten unterziehen. Es ist ein Hochgefühl, auch in der heutigen, so materialistisch gesinnten Zeit, in jugendlichen Herzen das Staunen über die Wunder des Daseins zu wecken. Das erhebt, das läßt reifen, das stärkt die eigene Persönlichkeit. Wir dürfen heute nicht fragen: Was sollen wir tun?, sondern vielmehr: Wie müssen wir sein?, nämlich wertvolle, ganze Menschen!

Wir haben in Niederösterreich Randschulen, die an Lehrermangel leiden. Wir wissen, daß an einigen höheren Schulen gerade Niederösterreichs Pflichtfächer überhaupt nicht unterrichtet werden. Zu Beginn des vorigen Schuljahres wurden in Niederösterreich an den

2396

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Leisser

allgemeinbildenden höheren Schulen fast 2000 — genau 1961 — Mehrdienstleistungsstunden in der Woche unterrichtet; das wären etwa 93 Dienstposten.

Wir verstehen es nicht, daß junge Kollegen nicht bereit sind, aus der Großstadt hinauszugehen, um an Schulen auf dem flachen Land zu unterrichten. Ich getraue mich zu sagen, daß das ein Manko an staatsbürgerlichem Pflichtbewußtsein ist. Ich sage das ganz offen und ganz klar, denn auch die Kinder abgelegener Gebiete unserer Heimat haben ein Anrecht auf eine höhere Bildung.

Wir wissen, daß in großen Notzeiten auch große Erzieher aufgestanden sind: Pestalozzi, Komensky, Grundtvig, Tolstoj, Don Bosco und manche andere. Ein großer Pädagoge sagte: „Einer muß es erfahren, den göttlichen Ruf vernehmen im Weinen der wunden Kreatur, dann haben die Kärrner einige Jahrhunderte genug zu tun, um Einrichtungen zu schaffen, die erzieherische Arbeit zu ordnen und über Bildung zu philosophieren.“

Wir erwarten von unseren Lehrern, daß sie die Jugend zu beruflicher Tüchtigkeit, gesellschaftlicher Tauglichkeit und zu personhafter Tapferkeit erziehen. Ein Mensch mit diesen Eigenschaften ist erst ein wahrhaft Gebildeter. Doch die Lehrer können das nicht allein leisten. Jedes Glied in der Gemeinschaft muß zu seiner besonderen Aufgabe auch eine erzieherische Pflicht übernehmen. Nicht der Erzieher allein ist es, der den anderen formt und bildet, nein, dazu kommen noch die Dichter, die Wissenschaften, die Kirche, der Staat, die Familie, die Berufsstände, und auch wir Parlamentarier gehören dazu. In diesem Haus und außerhalb dieses Hauses tragen auch wir unseren Teil dazu bei. Vergessen wir bei unseren Reden und bei unserem Verhalten darauf nicht! Auf uns schaut gerade die Jugend. Versuchen wir, sie die Demokratie richtig zu lehren! Helfen wir aber auch mit, das Ansehen des Lehrers zu fördern, und unterstützen wir junge Menschen, die Lehrer werden wollen! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Liwanec das Wort.

Abgeordneter Liwanec (SPÖ): Hohes Haus! Ich habe mir vorgenommen, ohne Pathos zu reden und keine Leitartikel zu verlesen, sondern nur zum Kapitel 13 einiges zu sagen. Ich werde mich bemühen, es in wenigen Minuten zu tun, und bitte dafür um Entschuldigung. Ich weiß, daß Schulfragen ausführlich behandelt werden müssen. Mir persönlich scheint das Kapitel 13 genauso wichtig zu sein. Trotzdem will ich mich bemühen, es kurz zu machen.

Ich zitiere eingangs Withalm: „Über Geschmack läßt sich streiten.“ Dieses Zitat ist meine Antwort auf den Diskussionsbeitrag seines Parteifreundes Harwalik.

Ich sage zum Budget des Kapitels 13: Es ist unübersichtlich, nicht nur, weil sich die Umschichtungen im Gesamtbudget auch hier auswirken, sondern weil es auch die Praxis des Bundesministeriums für Unterricht ist, Förderungsbeiträge für mehrere Zwecke in einem auszuweisen. Die Öffentlichkeit hat dadurch keine Kontrollmöglichkeit, wie ihre Steuergelder verwendet werden. Ich werde in einigen Punkten darauf zu sprechen kommen.

Für das Kapitel 13 stimmt für 1967 so wenig, wie sie für 1966 gestimmt hat, die Behauptung vom Bildungs- oder Kulturvorrang. Sie ist auch für das Jahr 1967 eine Phrase geblieben. Nur einige Ansätze wurden geringfügig erhöht. Ich werde aber an einem Beispiel klarmachen, wie sich diese scheinbare Erhöhung auswirkt.

Museen und Ausstellungen: Die Museen haben als einzige in einem europäischen Land keine Möglichkeit, selbst zu budgetieren. Das ist ein Mangel, den wir leider noch sehr zu spüren bekommen werden. Ich rege an, daß das internationale Beispiel auch in Österreich Eingang finden möge. Ein Beispiel soll das erklären: Will ein Museum einen Ankauf tätigen, muß die Kaufabsicht vom Finanzministerium bewilligt werden. Wird sie genehmigt, muß der Kaufpreis genehmigt werden, und die Bezahlung erfolgt ungefähr ein Jahr nach dem ersten Versuch des Ankaufs.

Ich spreche auch davon, daß dadurch der Verwaltungsaufwand gigantisch steigt und einen großen Teil der Beträge, die sonst für echte Förderungszwecke zur Verfügung stünden, auffrißt. Mir scheint, daß diese Praxis auf die Dauer nicht durchführbar ist.

Im erwähnten Budget ist die Post für Anschaffung, Herstellung und Ausbau der Sammlung, die im Jahre 1966 3,45 Millionen betrug, auf 4,85 Millionen erhöht worden. In Wirklichkeit bedeutet diese scheinbare Erhöhung eine Verringerung um fast 8 Millionen Schilling. Sie werden fragen, warum. Sie haben das Budget sicherlich nicht so genau kontrolliert und können auch von Verfügungen des Finanzministeriums noch nichts wissen. Bisher konnten die Museen ihre Einnahmen für Anschaffungen verwenden. Das wird ab 1. Jänner 1967 nicht mehr der Fall sein, diese Einnahmen müssen der zentralen Verrechnungsstelle im Bundesministerium für Finanzen abgeführt werden. Man nimmt den Museen und den für Ausstellungen Verantwortlichen auf diese Art mehr weg, als man ihnen ziffernmäßig im

Liwanec

Budget nach außen hin gibt. Man nenne diese Methode, wie man will, mir scheint, daß mit dieser sehr „ver-Schmitz-ten“ Budgetierung auf die Dauer gesehen die Kunst leiden muß.

Es kommt etwas anderes dazu. Auf allen Gebieten wird der von mir bekrittelte erhöhte Verwaltungsaufwand spürbar. Ich warne vor der Entwicklung und bitte, daß man diese Vorgänge untersuchen möge. Sie finden sie — ich bin kurz — auch bei bildender Kunst, Literatur, Musik und Filmwesen.

Zum Film einige Worte! Der Herr Bundesminister hat auf eine Anfrage seiner Parteifreundin Bayer mitgeteilt, daß für den Kinder- und Jugendfilm und für den Kulturfilm mehr Mittel vorhanden sein werden. Es war 1966 keine Kontrolle des Hauses und der Öffentlichkeit möglich und wird auch 1967 nicht möglich sein, weil das Bundesministerium für Unterricht diese Beträge wieder in einem ausweist. Ich frage: Ist es wirklich gesichert, daß der Kulturfilm, der Kunstmil, der Jugendfilm, der in Österreich sehr viel bedeutet, auch 1967 vom Bundesministerium gefördert wird? Ich wiederhole diese bereits einmal gestellte Frage eindringlich und frage dazu: Welche Beträge vom Gesamtaufwand werden für die Spielfilmproduktion abgezweigt? Welche Beträge fließen in die „Studiofilm“ und in die „Neue Thalia Filmproduktion“? Wieviel Subventionen und in welcher Höhe aus 132930 und 31 d gehen auf diese Art in die Spielfilmproduktion?

Ich leite über zum Fernsehen und erwähne den Jubiläumsfilm „Kaiser Franz Joseph“. Ich werde zum Inhalt nichts sagen. Darüber wurde — nicht von sozialistischer, sondern von unabhängiger Seite — bereits geurteilt. Dieser Film hätte, vom Fernsehen produziert, ungefähr 120.000 S kosten dürfen oder gekostet. Er hätte, produziert von einer Filmproduktion, vielleicht 200.000 bis 250.000 S kosten können. Die „Studiofilm“, die diesen Fernsehfilm außer Haus produziert hat, erhält — der Betrag wird sich noch erhöhen — 600.000 S für den Jubiläumsfilm „Kaiser Franz Joseph“. Vielleicht hätte man da und dort sparen können. Vielleicht hätte man den background Triest oder Pöcking auch weglassen können, aber das ist eben dem Produzenten und ÖVP-Vertrauensmann nicht möglich gewesen. Ich sage dazu, daß es eine Schande ist, daß in einer Demokratie diese Vorgangsweise möglich ist. Es ist auch eine Schande, daß es Herr Dr. Otto Habsburg für notwendig findet, durch Hintertürchen in Österreich bekannt zu werden. Ich weiß, Sie werden wieder sagen, wir machen ihn über Gebühr populär. Wir lehnen nur diese Dinge ab, und ich habe das Gefühl, auch auf

der rechten Seite müssen sich sehr viele Abgeordnete befinden, die das auch tun, es aber nicht sagen. Jedenfalls scheint es mir kein Zeichen demokratischer Gesinnung gewesen zu sein.

Über die Zensur wurde schon sehr viel gesprochen. Ob die „Zeitventil“-Zensur durch Herrn Generaldirektor Scheidl eine Zensur oder nur das Eingreifen eines Chefredakteurs ist, mag dahingestellt sein. Nur ist der Herr Bundesminister wieder einmal schlecht informiert. Herr Scheidl ist kein Chefredakteur, er kann im besten Fall mit dem Chefadministrator einer Zeitung verglichen werden. Obwohl die ÖVP, ihre Mehrheit ausnützend, den Gesellschafterbeschuß und -vertrag sofort geändert hat, gibt es keinen Punkt, der ihn legal ermächtigt, diese Eingriffe in das Programm durchzuführen.

In einem Zwischenruf wurde bereits gefragt: Wie ist das mit der Wochenschau gewesen, war das keine Zensur, als der Obmann der Österreichischen Volkspartei es erreichte, daß ein Stück aus einer Wochenschau herausgeschnitten werden mußte? Darüber wird nicht geredet, aber dafür ist der Herr Bundesminister für Unterricht letzten Endes ja auch nicht zuständig.

Zum Rundfunk noch einige Worte. Das Bundesministerium beziehungsweise der Herr Finanzminister budgetiert unter Ansatz 1303, Kunstmförderungsbeiträge, zweckgebundene Gebarung, neuerlich 15 Millionen Schilling. Ich mache wieder darauf aufmerksam, daß es sich dabei um eine der beiden Monatsgebühren handelt, die die österreichischen Rundfunkhörer zu bezahlen haben, die dem notleidenden Rundfunk weggenommen und dem Bundesministerium für Verkehr beziehungsweise Unterricht gegeben werden. Ich persönlich nehme nicht an, daß der neue Aufsichtsrat der Österreichischen Rundfunk Ges. m. b. H., in dem sich die ÖVP in der Mehrheit befindet, bereits beschlossen oder daran gedacht hat — es gibt ihn noch nicht —, in Zukunft diese Ungerechtigkeit wieder zu beschließen, dem österreichischen Rundfunkteilnehmer 14 statt 12 Monatsbeiträge anzulasten. Ich bin fast überzeugt, daß ein solcher Beschuß nicht zustandekommen wird.

Ich frage, was der Herr Bundesminister tun wird, wenn ihm diese 15 Millionen in dem ohnehin knappen Budget zur Unterstützung der Kunst fehlen werden. Ich habe bereits gefragt und keine Antwort bekommen, aber ich tue es trotzdem noch einmal.

Wir Sozialisten haben in diesem Hause zu den Studios der Bundesländer schon einige Male Stellung genommen. Ich mache darauf aufmerksam, daß, noch von der alten Leitung,

2398

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Liwanec

neuerlich Änderungen vor allem im Nachrichtenwesen durchgeführt wurden, die die Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien betreffen. Ich habe festgestellt, daß der Herr Landeshauptmann von Wien von diesen Änderungen überhaupt nicht informiert wurde, daß er nicht befragt wurde. Ich weiß, daß das in keinem der westlichen Bundesländer möglich ist. (Abg. Gratz: *Das ist angewandter Föderalismus!*) Ich sage dazu: Wir haben jetzt darüber zu wachen, daß nichts geschieht in dieser Gesellschaft, was die kommende Lösung präjudiziert. Der Generalintendant und die Direktoren dürfen nichts vorfinden, das sie nicht mehr gutmachen können und das vom ehemaligen ÖVP-Generalsekretär jetzt noch durchgeführt wird. Wir haben Möglichkeiten, hier nicht nur zu wachen, sondern auch etwas dagegen zu tun, und ich möchte ausdrücklich warnen vor der jetzt eingeschlagenen Praxis, sei es auf dem Personalsektor oder bei der Verfügung über große Geldbeträge.

Ich frage, fast zum Schluß, noch einmal den Herrn Bundesminister: Kunstmöglichkeitenbeitrag jährlich, wie gesagt, rund 15 Millionen. Auf meine Frage beim vergangenen Budget: Wann wird der Beirat, der im Gesetz vorgesehen ist, einberufen?, keine Antwort. Er ist seit vier Jahren nicht mehr zusammengetreten. Wann wird das Gesetz erfüllt? Wann werden endlich wieder die Mitglieder des Beirates über die Verteilung der Gelder wenigstens informiert, wenn sie schon nichts mitzureden haben?

Das ganz kurz, meine sehr verehrten Damen und Herren, obwohl, wie gesagt, noch viel zum Kapitel 13 zu sagen wäre. Mir scheint, es ist auf einige Jahre noch überschrieben: „Kapitel 13: Unglück für die Kunst mit Piffl.“ (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Luptowits das Wort.

Abgeordneter Luptowits (SPÖ): Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir diskutieren heute Unterricht, Kunst und Kultus. Sie alle werden gemerkt haben, daß weitaus der größte Teil der Redner sich mit Unterricht befaßt hat. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, daß also Kunst sozusagen nicht ebenbürtig dem Unterricht wäre. Dabei muß ich daran erinnern, daß doch Kunst vielleicht die Quelle all der denkerisch-schöpferischen Leistungen auch im Unterricht ist. Wir können uns aber eine Wissenschaft doch ohne Kunst überhaupt nicht vorstellen. Deshalb, glaube ich, sollten wir die Dinge wirklich wieder ins Lot bringen und sagen, daß beides zumindest gleichwertig ist. Die Impulse,

die von der Kunst ausgehen, sollten wir hier nicht unterschätzen.

Aber das hat wohl die Ursache darin, daß auch das Ministerium „Unterrichtsministerium“ heißt. Ein unglücklicher Terminus. Das führt auch dazu, daß natürlich der Minister „Unterrichtsminister“ heißt, das heißt, er ist quasi eingeengt in bestimmte bildungspolitische Probleme und betrachtet — das merken wir ja sehr stark in der gesamten Kulturpolitik unseres Landes — alle anderen Dinge, sagen wir, doch etwas peripher. Das bedauern wir sehr. Ich meine, gerade hier das Parlament sollte doch das Podium sein, wo wir zumindest einmal im Jahr über die brennenden Probleme der gesamten Kulturpolitik diskutieren, wobei ich die Bildungspolitik selbstverständlich als eigenes Problem herausschälen möchte, weil sie mir ja auch sehr, sehr wesentlich erscheint. Aber wir sollten doch die Kultur und die Kunst nicht nur dann strapazieren, wenn wir einen Staatsbesuch haben, an Sonn- und Feiertagen, ansonsten die Kultur sozusagen in ihrem Schattendasein belassen.

Ich meine, daß es vornehmliche Aufgabe auch der Politiker wäre, hier, sagen wir, einen Wandel zu schaffen, denn nicht nur die Politik im allgemeinen, also auch die Innenpolitik und Außenpolitik, sollten einen stärkeren kulturpolitischen Akzent bekommen, wie wir ja in vielen Ländern Europas und Außereuropas feststellen; nur bei uns scheint man diesen Gedanken noch nicht aufgegriffen zu haben, daß gerade die Kulturpolitik einen viel größeren Einfluß auf das gesamte politische Geschehen haben sollte. Wir haben hier also etwas nachzuholen und sollten uns mit stärkerer Kraft dieser Aufgabe widmen; denn eines ist klar: Jeder Mensch hat Recht auf Kultur. Aber ebenso klar sollte sein, daß wir alle zusammen eine große Verpflichtung gegenüber der Kultur haben, und dieser Verpflichtung sollte und dürfte sich keiner entziehen.

Bevor ich zum Budget im besonderen Stellung nehme, möchte ich doch einen kleinen Vorfall berichten, der sich bei der Inauguration des Rektors der Wiener Universität ereignet hat, weil dieser Vorfall vielleicht — ich will es nicht behaupten — aber doch symptomatisch ist für das Ansehen oder für die Stellung des Abgeordneten im gesellschaftlichen, im politischen Sein unseres Staates. Der Rektor begrüßte die Ehrengäste — Kollege Harwalik war ja dabeigewesen — und meinte dann mit süffisantem Lächeln: Sollte sich einer der Anwesenden also nicht richtig eingekleidet finden, dann möge er sich an das Bundeskanzleramt wenden, das hätte die Reihenfolge festgelegt. Nicht begrüßt wurde

Luptowits

der anwesende Obmann des Unterrichtsausschusses, Herr Abgeordneter Harwalik, der sich bei der Hochschuldebatte hier im Hause damals besonders an die Professoren gewandt hat, nicht begrüßt wurden die anwesenden Mitglieder des Unterrichtsausschusses. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist der Dank!*) Ich habe mich damals gefragt: Ist das ein Lapsus, ist das eine Taktlosigkeit, oder ist das System? Ganz gleich, was es auch sein mag — hier meine Stellungnahme:

Wenn ein Abgeordneter eingeladen wird, erlebt er es doch vielfach, daß er weit hinter einem Bezirkshauptmann, hinter einem Ministerbeamten rangiert und nach diesem begrüßt wird. Selbst dann, wenn er seine Fraktion oder so, wie in diesem Falle, das Parlament vertritt, wird er sozusagen entsprechend der realistischen Einschätzung des Begrüßenden oder des Eröffnenden ganz weit hinten gereiht. Na ja, von dem Standpunkt desjenigen, der die Gäste begrüßt, der vielleicht eben eine Subvention bekommen hat oder einen Verwaltungsakt erledigt bekommen hat, ist es ja sehr begreiflich, das ist realistisch, daß dieser Beamte, der hier vor ihm aufscheint, natürlich für ihn die nähere Bindung darstellt. Ja was ist denn schon ein Abgeordneter? Das ist so eine bessere Dekoration, die man irgendwo anhängt oder aufbringt, wenn man sie gerade braucht. Aber ich meine: Dürfen wir uns dann wundern, wenn die Autorität im politischen Geschehen, also im konkreten Verfassungsstaat, so gering ist? Auch der anderen parlamentarischen Einrichtungen? Manchmal habe ich den Eindruck, daß für uns tatsächlich nur mehr rein dekorative Funktionen übrigbleiben; aber ich sehe darin eine ganz, ganz große Gefahr. Wenn nämlich das Parlament nur dekorative Institution sein soll und nichts mehr anderes, dann, glaube ich, brauchen wir hier nicht mehr zu sitzen, denn dann kann man hier ja Popanzen hersetzen, die auf Schnürchen gezogen Hand heben und so weiter ihre Arbeit vollbringen. Ich meine, wir sollten dieses Problem wirklich einmal ordentlich durchdenken, und auch der Herr Bundeskanzler sollte vielleicht Seines dazu beitragen, denn die Personalisierung allein auf die in der Verwaltung stehenden Personen halte ich für eine sehr, sehr bedenkliche Entwicklung.

Ich meine, wir Abgeordneten haben es sicherlich nicht notwendig, unser Selbstbewußtsein durch eine Scheinautorität des Abgeordnetendaseins aufzumöbeln, das haben wir wirklich nicht notwendig, aber ich meine, die Institution sollte doch in den Mittelpunkt des Geschehens gestellt werden. Wir sollten uns daran gewöhnen, und wir sollten alles

unternehmen, die Kraft der Legislative gegenüber der Exekutive zu stärken, denn die Freiheit des Parlaments, das ist meine tiefste Überzeugung, kann nur durch ein starkes Parlament garantiert werden.

Ich habe zum Budget 1966 festgestellt, daß wir, na ja, eine Kulturpolitik haben, sagen wir, die sehr bescheiden in ihren Anfängen dasteht, und ich habe damals gesagt, wobei ich die Bildungspolitik bewußt ausgeklammert habe, was ich auch heute tue, weil ich mich ja nur mit einer bildungspolitischen Frage befassen will, daß wir alle zusammen an einer Kulturpolitik praktisch nur basteln. Wir sind ein besserer Bastlerklub, und der Herr Unterrichtsminister ist sozusagen der Oberbastler, der die Materialien verteilt und hier und da ein wenig mithilft. Wir sollten, glaube ich, diese Dinge wirklich etwas genauer prüfen und uns Gedanken machen: Wie könnten wir hier neue Wege beschreiten?

Doch bevor ich hier fortsetze, möchte ich doch ein klein wenig die Entschließung aller drei Parteien dieses Hauses zur Frage der Hochschule für Kärnten in Erinnerung bringen. Ich kann berichten, daß das Land Kärnten und die Stadt Klagenfurt je 10 Millionen Schilling bereits in den Budgets für die ersten Vorarbeiten vorgesehen haben. Aber wenn ich heute so den Kollegen Dr. Kummer gehört habe, dann habe ich bestimmte Untertöne vernommen, so Oberschwingungen und Unterschwingungen, und ich weiß nicht — ich lasse mich gern vom Herrn Minister überzeugen, daß dem nicht so ist —: Sollte das als Sprachrohr des Ministeriums gelten, als er hier eine quasi ganz vorsichtige Stellung gegenüber unseren Wünschen einnahm, oder war das nur seine private Meinung? Ich nehme an, es war seine private Meinung, denn ich hoffe ja, da der Herr Unterrichtsminister und alle Damen und Herren, da alle drei Parteien diesem Entschließungsantrag zugestimmt haben, daß Kärnten wirklich zu dem Hochschulprojekt kommt, das wir uns vorstellen.

Wir bedauern natürlich, daß noch kein gesamtösterreichisches Konzept da ist, wo wir uns unser Plätzchen genau suchen könnten, aber so hoffe ich, daß bis zum Frühjahr kommenden Jahres doch mit Hilfe auch des Budgets diese Möglichkeit geboten sein wird.

Wie gesagt, wir basteln also an einer Kulturpolitik, und dem Herrn Unterrichtsminister, dem Oberbastler, sollten wir hier wirklich nicht alle Schuld in die Schuhe schieben. Sicherlich nicht. Ich meine, er ist überfordert. Wie kann man auch von einem Menschen von der Schule über Sport, über Kultus, über Kunst und

Luptowits

weiß der Kuckuck, was da noch alles drinnen ist im Budget, verlangen, daß er das alles meistern soll? Der Tag hat nur 24 Stunden, die geistige Potenz und die physische Kraft, das alles hat auch seine Grenzen. Ich meine, man müßte hier doch zumindest das tun, was man anderswo auch getan hat, ihm einen Helfer zur Verfügung stellen, der sich insbesondere um diese Dinge besonders kümmern sollte. (Abg. Hartl: *Er will Staatssekretär werden!*)

Wenn wir nur Kultur verwalten werden, dann werden wir wahrscheinlich nicht weit im In- und Ausland kommen. Es mögen auch gute Juristen und Dr. phil. Kultur verwalten, ich glaube aber, sie sollten alle zusammen doch auch eine Bindung zur Kultur haben, bevor sie sich dieser Aufgabe widmen. Der Minister sollte nach meiner Meinung nur Denkanstöße geben, eigene Ideen entwickeln, andere Ideen übernehmen, sie anreichern lassen und sie dann umformen und gießen in bestimmte Verordnungen und Gesetze.

Der Herr Bundesminister hat im Budgetausschuß dazu gemeint: Derzeit müssen wir eben Schulen bauen, und wir können uns nicht in verstärktem Maße diesen kulturellen Aufgaben widmen. Wenn ich also jetzt konsequent weiterdenke, dann muß ich mich doch fragen: Und zwischendurch sollen wir den Geist auf Urlaub schicken und sollen warten, bis alle Schulen gebaut sind? Dann haben wir Paläste aus Glas und Beton, und wenn wir dann hineinschauen werden, was haben wir da? Es fehlt uns also der Geist, der diese modernen Gebäude erfüllen sollte.

Ich will damit sagen: Ein Aussetzen der Kulturpflege ist undenkbar. Ich meine, es müßte doch bei allem Respekt und aller Notwendigkeit der Bildungspolitik auch auf diesem Gebiet nicht ein solcher Rückschritt beziehungsweise ein so langsames Vorwärtsschreiten sein.

Vor einigen Monaten las ich in einer Zeitung — ich weiß nicht mehr, welche es war —: Der Bundeskanzler legte ein Bekenntnis zur Poesie ab. Nun, Bekenntnis klingt immer gut, Poesie klingt auch sehr gut, das ist sozusagen die Verbrämung, Bekenntnis und Poesie zusammen klingt ja noch besser. Da dachte ich natürlich schon: Halt, wieder ein Vorrang, Poesie hat also Vorrang! Leute der Straßenverkehrsordnung belehrten mich, da ich ja nur begeisterter Fußgänger bin, es gebe nur einen Vorrang. Aber ich dachte schon, der Herr Bundeskanzler werde in Zukunft seine Reden in freien Rhythmen halten und das Bundesgesetzblatt in Hexametern drucken lassen. Aber wie gesagt, es ist nicht dazu gekommen, zum Glück für uns, zum Glück für die Sprache, zum Glück aber auch für den Herrn Bundeskanzler, so glaube ich.

Ich spreche also über die Literaturförderung in diesem Budget, denn ich meine, daß der Ansatz sehr, sehr bescheiden ist. Wenn wir vom Dichter und vom Schriftsteller in unserem Gemeinwesen sprechen und von seiner zentralen Aufgabe, die er zu erfüllen hat, dann sollten wir doch nicht auch finanziell so leichtfertig an diesen Gedanken vorübergehen. Denn eines, glaube ich, wollen weder Dichter noch Schriftsteller: sie wollen keine Almosenempfänger sein — sie wenden sich mit Recht empört gegen diese Zumutung —, sondern sie wollen arbeiten können, sie wollen, daß ihre Tätigkeit in allen Bevölkerungskreisen Widerhall findet, und sie wollen eine Anerkennung ihrer Leistung.

Wenn wir diese Frage diskutieren, dann sollten wir dabei mit mehr Demut ans Werk gehen. Vielleicht könnten wir uns das Wort eines Dichters vor Augen halten, der gesagt hat: „Dichter sind die nicht anerkannten Gesetzgeber der Welt.“ Aber die Dichter und Schriftsteller haben in unserem Lande nicht die Stellung, die sie eigentlich haben sollten. Ja, welche Stellung sollten sie haben? Was sollten sie eigentlich tun? Was erwarten wir von ihnen? Ich glaube, wir erwarten von ihnen, daß sie der Verwilderung der Sprache entgegentreten, denn was da täglich von den Mikrofonen und Fernsehschirmen auf Märkten und Plätzen brüllt und tobt und tratscht und platscht, das ist oftmals wirklich grauenhaft!

Und wer sollte hier sozusagen der Meister sein oder das Korrektiv bilden gegenüber dieser Verwilderung? Das, meine ich, können nur die Dichter und Schriftsteller tun. Wir sollten diese Leistung anerkennen. Wir sollten vor allem die begabten Autoren fördern und besonders an den Nachwuchs denken. Ich habe alle Achtung und Ehrfurcht vor der Leistung der Dichter und Schriftsteller der Vergangenheit, aber wir sollten nicht dauernd Kränze vor Denkmäler legen, sondern wir sollten lieber die Kränze den Schaffenden in der Zukunftwinden, damit sie das Gefühl haben, daß ihre Aufgabe und ihre Leistung anerkannt wird. Sicherlich ist manchmal ihre Sprache etwas verworren, ihre Bilder sind manchmal erschreckend, aber wir sollten trotzdem dieser Konfrontation nicht ausweichen, denn unsere Aufmerksamkeit wird so manchen Autor auch zum Nachdenken anregen, er wird vielleicht auch für seine Arbeit etwas lernen und daraus auch Schlüsse ziehen für sein weiteres Schaffen.

Aber darüber hinaus sollten wir noch bedenken, daß wir die Reflexionen und Reaktionen der Dichter und Schriftsteller nicht missen können. Ja ich bin sogar der Meinung, sie sollten noch mehr anregen, noch mehr in Frage stellen, noch mehr provozieren. Wenn

Luptowits

ich daran denke, was Sokrates gesagt hat knapp vor seinem Tode zu seinen Richtern! Er hat gesagt: Ihr solltet mich eigentlich auf Staatskosten am Leben lassen, damit ich all das in Frage stelle, wessen ihr mich jetzt verurteilt! Das hat Sokrates so kraß ausgedrückt. Ich meine, auch wir sollten in den Dichtern und Schriftstellern die Menschen sehen, die viel in Frage stellen und viel anregen und viel provozieren. Sie haben ja das bessere Einfühlungsvermögen, sie erkennen vielfach tiefer die grundlegenden Prinzipien des sozialen Lebens als wir Politiker. Täuschen wir uns doch nicht! Wenn ich ein gutes Buch lese, gewinne ich doch oftmals viel, viel mehr, als wenn ich selbst sinniere und nachdenke, und der Gedanke, den ich erstrebe, oder das, was ich mir vorstelle, will einfach nicht kommen.

Aber der Dichter und der Schriftsteller reicht mir seine hilfreiche und gütige Hand. Deshalb hat es mich gefreut, daß auch wir bei uns in Österreich den Versuch von Dichtern und Schriftstellern sehen, in den ungeistigen Raum der Gegenwart hineinzuwirken. Es ist gerade Dr. Kraus, der hier in Wien mit seiner literarischen Gesellschaft eine sehr fruchtbringende Tätigkeit vollbringt, wie es überhaupt sehr problematisch ist, eine literarische Gesellschaft am Leben zu erhalten. Ich bin selbst Sekretär einer literarischen Gesellschaft, ich weiß, wie schwierig es ist, die Mitglieder an dieser Aufgabe zu interessieren. Was also Dr. Kraus hier in Wien tut — wie ich gehört habe, will er demnächst ein Jugendforum ins Leben rufen —, das kann man doch wirklich nur wärmstens begrüßen und ihm wirklich Erfolg zu dieser Aufgabe wünschen. Denn wir sollten wieder zu den Dichtern und Schriftstellern finden. Vielleicht kann das zuständige Ministerium — ich will jetzt nicht sagen: das Unterrichtsministerium, denn das hat ja mit Unterricht an und für sich nichts zu tun, sondern mit Kunstförderung — in Form einer Stiftung, wie Dr. Kraus es auch vorgeschlagen hat, diesen Künstlern helfen.

Ich glaube, wir sollten stolz darauf sein, daß wir eine österreichische Literatur haben, welche die Förderung verdient. Es sollte wirklich nicht am Gelde liegen, daß unsere Dichter und Schriftsteller ins Ausland abwandern.

Noch einige Feststellungen zur Theaterfrage. Ich habe zu dieser Frage bereits anlässlich des Budgets 1966 gesprochen, ich kann das nur ganz kurz wiederholen. Herr Minister! Machen wir doch endlich einmal einen Schritt zum Ernst, denn so geht das wirklich nicht weiter! Wie können wir Leistung und Qualität verlangen, wenn die finanzielle Basis nicht gegeben ist? Sie haben mir im Ausschuß

geantwortet, Sie hätten schon einmal versucht — vor zwei Jahren, glaube ich —, ein Gespräch zu führen, dabei wäre aber nichts herausgekommen. Nun, dann soll man das Gespräch immer wieder zum Wohle der österreichischen Theaterkultur wiederholen. Hiebei sollte man nicht verzagen und kleinmütig werden, denn diese Gleichgültigkeit und Ignoranz könnte uns eines Tages sehr, sehr leid tun. Entwickeln wir doch ein Denkmodell, welche Aufgaben die Staatsbühnen zu erfüllen haben, welche Aufgaben die Privatbühnen, die Länderbühnen und dann die Festspiele von Salzburg über das Burgenland über die Komödienspiele in Spittal bis zu den Wasserspielen am Hämmerle-Teich in Vorarlberg, wie ein deutscher Kritiker schrieb. Ich glaube, daß wir alle diese Dinge doch ernsthaft überlegen sollten.

Zum Abschluß noch einige Gedanken zur Volksbildung, zur Erwachsenenbildung, weil ich auch im Ausschuß von der Antwort des Herrn Ministers enttäuscht war. Ich hatte auch schon dort den Eindruck, daß die Erwachsenenbildung, die Volksbildung, wie wir sie nennen, sozusagen im Schatten des gesamten Ministeriums steht, und ich weiß nicht, ob es gut ist, daß gerade heute in dieser stürmischen Entwicklung der Erwachsenenbildung so wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Wenn wir an Frankreich denken, wo man derzeit ein Gesetz beschließt, wonach 17 Prozent des gesamten Budgets für Bildungszwecke, unter anderem auch für Erwachsenenbildung, für Umschulung, Weiterbildung und allgemeine Bildung zur Verfügung gestellt werden, dann kann uns wirklich nur der blasse Neid packen. Sosehr ich die Landesverteidigung bejahe, aber Oerlikon und Fliegende Tonnen enden nach ein paar Jahren auf irgend einem Schrotthaufen. Die Bildungsinvestitionen aber, die wir tätigen, werden doch dauernde Früchte tragen. Ich meine, daß gerade das Schwergewicht, das wir derzeit auf die Erstausbildung legen, in den nächsten Jahrzehnten wahrscheinlich nicht mehr wird halten können.

Ein junger deutscher Nationalökonom, Weizsäcker, hat Untersuchungen angestellt und ist dabei zu folgendem Ergebnis gekommen: Er sagt, daß wir bis zum 25. Lebensjahr viel zu sehr Wert auf die Erstausbildung legen. Wir werden in den nächsten Jahrzehnten, meinte er, bis zum 50. Lebensjahr 15 Prozent unserer gesamten Zeit zur Verfügung stellen müssen, um uns anzupassen, um uns weiterzubilden. Gerade die Franzosen waren es ja, die den Ausdruck von der permanenten Bildung geprägt haben, vielfach belacht und verlacht, aber heute, glaube ich, anerkennt es jeder, daß es ohne permanente, ohne dauernde

Luptowits

Bildung nicht weitergeht. Denn wir merken es ja: Wenn sich die Menschen nicht bilden, dann klafft plötzlich eine Kluft zwischen Theorie und Praxis. Wohin weicht dann der Mensch aus, wenn die Kluft zu groß ist? In die Emotion. Das kann doch keiner von uns irgendwie, auch politisch nicht, wollen.

Wir sollten gerade dieser Weiterbildung und dieser allgemeinen Bildung ein viel größeres Augenmerk schenken als bisher. Gerade der technische Fortschritt mit der Umstrukturierung unseres Bildungswesens wird das dringend von uns verlangen. (Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)

Das wären meine Gedanken, meine Anregungen, Herr Minister! Ich hoffe, daß es Ihnen möglich sein wird, einige dieser Gedanken — sie konnten ja nur kurz vorgetragen werden — in Ihrem Ministerium anzureichern, sie vielleicht auf Hochspannung zu bringen und sie dann in Gesetze, Verordnungen oder Empfehlungen umzusetzen. Sollte ich Sie, meine Damen und Herren, zum Nachdenken angeregt haben, dann soll Ihre Ausdauer, Ihre Aufmerksamkeit und mein Beitrag nicht umsonst gewesen sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kulhanek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Kulhanek (ÖVP): Hohes Haus! Ich darf vorerst auf meinen Vorvoredner zurückkommen, den Herrn Abgeordneten Liwanec. Ich kann so wenig an seinen Äußerungen vorbeigehen, als es ihm unmöglich war, an Franz Joseph vorbeizugehen. Ich bin also nicht in der Lage zu überprüfen, wieweit die Kostenfrage richtig ist. Mir stehen diese Ziffern nicht zur Verfügung. Wohl darf ich aber sagen, daß die Bemühung vorhanden war, ein ausgewogenes Bild von diesem Kaiser zu entwerfen, denn man hat sowohl einen Julius Deutsch eingeladen, der auch gesprochen hat, und man hat auch einen Dr. Neugebauer eingeladen, der allerdings dann abgesagt hat. (Abg. Benya: Recht hat er gehabt!) Aber da hat dann ein Stückchen vom Detail, vom Mosaik, gefehlt, nicht durch unsere Schuld, sondern durch Ihre Schuld.

Ich habe mich schon einmal in diesem Hohen Hause... (Abg. Konir: Wer ist im Rundfunk zum Ausgleich eingeladen worden?) Das kann aber den Eindruck der Fernsehsendung nicht verbessern. (Abg. Konir: Nur verschlechtern!) Ich habe mich schon einmal bemüht, hier im Hohen Hause dieses Odium doch langsam verschwinden zu lassen, daß Sie immer vermeinen, es sei in das Jahr 1918 notwendigerweise eine Zäsur zu legen, als würde dieses Österreich wirklich erst seit damals existieren.

Damals hat mir auf diese Rede die Frau Abgeordnete Jochmann — schade, daß sie jetzt nicht hier ist — eine sehr ehrliche Antwort gegeben: Verlangen Sie von uns Sozialisten nicht, jene Zeit zu lieben, die uns nur gelehrt hat, sie zu hassen. Ob das richtig ist oder nicht, man hat eine solche Meinung zu respektieren! Aber gleicherweise hat man die Meinung jener Menschen zu respektieren, die voll Stolz und Ehrfurcht vor der großen Geschichte unseres Vaterlandes stehen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Gratz: Des Vaterlandes, aber nicht einer Person! — Zwischenruf des Abgeordneten Hartl. — Abg. Benya: Sie wären ein Burggendarf! — Abg. Weikhart: Den man aber nicht in die Sonne stellen darf, sonst zergeht er! — Heiterkeit!)

Nun darf ich auf die Ausführungen meines direkten Vorredners, des Abgeordneten Luptowits, noch zu sprechen kommen. Er hat in seiner Rede die gleiche Kritik gebracht, wohl nicht mehr so scharf, wie in der Debatte im Frühsommer, bei dem Vorwurf gegenüber dem Unterrichtsminister, daß er Kultur mehr verwalte als Kultur schaffe. Ich glaube, daß er damit nicht meint oder die Aufforderung an den Unterrichtsminister richtet, er müsse jetzt zu malen oder Theaterstücke zu schreiben oder Gedichte zu entwerfen beginnen, sondern daß er sich in der ihm möglichen Tätigkeit mittelbar der Kunst gegenüber initiativ zeigt, also eben eine stärkere Kraft entwickeln sollte. Aber wenn Sie das so gemeint haben, dann werden wir notwendig mit der Frage konfrontiert: Ist alles, was sich uns als Kunst gegenüberstellt, förderungswürdig? Und wenn nicht, was ist nur förderungswürdig? Das ist eine sehr schwierige Frage, eine sehr vielschichtige Frage und vor allem eine Frage, deren Beantwortung niemals allseits befriedigt. Ich glaube, da sind wir uns einig.

Ich darf vielleicht nur einige Beispiele zur Illustration bringen. Wer ab und zu fernsieht, dem wird die Figur des Kommissars Maigret bekannt sein, der eine Phantasiegestalt des Krimi-Autors Simenon ist und dem man jetzt erst vor kurzer Zeit in einer Stadt in Osthollland ein Denkmal gesetzt hat, von dem die Kritik feststellt, daß es unten aussieht wie ein Schafhirte aus den Karpaten, oben wie ein Tiroler Bergbauer und in der Mitte wie ein aus Seenot geretteter Matrose. Auf die Frage, woran man denn dann den Kommissar Maigret erkennen kann, kam die lapidare Antwort: An der Aufschrift auf dem Sockel.

Ich glaube, das dürfte eine Kunstrichtung sein, bei der es vielleicht uns beiden nicht schwerfallen wird, zu entscheiden, ob sie förderungswürdig ist oder nicht.

Aber die Frage stellt sich schon anders, wenn ich es mit einem Autor zu tun habe, der einen

Kulhanek

Bestseller hervorgebracht hat. Ich darf Sie an die Erotik-Schriftstellerin Françoise Sagan erinnern, die mit ihrem Roman „Bonjour, Tristesse“ einen Welterfolg erzielt hat, die, nachdem sie andere Romane geschaffen hatte, jetzt im Theaterwesen tätig ist, wo sie ein exzellentes handwerkliches Können besitzt. Man hat sie gefragt, ob sie wisst, welchen Platz sie in der Literatur einnehme. Sie hat geantwortet: Ich weiß nicht, welchen Platz ich einnehme, aber ich weiß sehr wohl, daß ich einen Platz in der Geschichte der Aufführungen einnehme. — Wenn also selbst der Autor eines Bestsellers nicht von sich weiß, ob er seine geistigen Produkte der Literatur zuzählen kann oder nicht, um wieviel schwieriger ist das dann für jenen, der nur als Förderer auftreten soll.

Und ein letztes Beispiel, nur um mich verständlich zu machen: Ein Autor aus Ihren Kreisen: Günther Grass. Bei seinem Stück „Die Plebejer proben den Aufstand“ hat die Kritik unisono festgestellt, daß darin nichts anderes als eine einzige vernichtende Kritik an Bert Brecht geübt wird, eine Kritik, die, wenn man sie logisch zu Ende denkt, sogar den Autor mit einschließt; also nach Jahrzehnten ein Urteil, das sich auf den Autor, der heute noch lebt, erstreckt. Und nun soll man die Frage beantworten, ob hier tatsächlich Förderungswürdigkeit vorgelegen hätte oder nicht.

Ich habe diese Beispiele nur gebracht, um zu zeigen, daß es wirklich schwer ist, aus der individuellen Differenziertheit der Einstellung des einzelnen zur Kunst ein Urteil abzuleiten. Ich halte es deshalb, Herr Kollege, nicht für gerecht, wenn, zumal auf der einen Seite verschiedene Einstellungen zur Kunst bestehen, man auf der anderen Seite global den Vorwurf erhebt, daß das zuständige Ministerium Kultur mehr verwalte als Kultur schaffe.

Ich habe mich bemüht, meinen Unterrichtsminister in Schutz zu nehmen, eine Aufgabe, der ich mich persönlich sehr gern unterworfen habe.

Nun darf ich zu meinem eigentlichen Thema kommen. Ich wurde vom Verkehrsgewerbe gebeten, dafür einzutreten, daß auch für dieses Gewerbe die für die Aufrechterhaltung der Existenz erforderlichen modernen Voraussetzungen geschaffen werden und daß man auch für das Verkehrsgewerbe genügende und ausreichende Lehrkanzeln schafft, und zwar für Verkehrsrecht, für Verkehrswissenschaft, für Verkehrswirtschaft und für Verkehrspolitik. Zurzeit haben wir nur zwei Institute in Österreich. Das eine ist das Institut für Transportwissenschaft auf der Hochschule für Welthandel und das zweite

das Institut für Verkehrspolitik in Graz, wo Hofrat Schantl als Lehrbeauftragter tätig ist. In der Schweiz gibt es allein in sieben Städten solche Lehrkanzeln; von Deutschland will ich gar nicht sprechen.

Daß die Zeit auch beim Verkehrsgewerbe nicht stehengeblieben ist, brauchen wir ja, glaube ich, nicht näher zu beleuchten. Der Verkehr ist schließlich dynamischer geworden, er soll rascher, billiger, bequemer werden, man muß auch neue Transportmöglichkeiten schaffen, um den Verkehr durch eine großräumige Arbeitsteilung nach gewissen Produktionszentren bewältigen zu können. Die Technik hat neue Möglichkeiten und Voraussetzungen geschaffen, sie reichen heute fast bis ins Weltall hinein.

Es sind neue Konkurrenzen entstanden: Der Strom, die weiße Kohle, wird über den Draht befördert, das Öl, die flüssige Kohle, wird durch das Rohr befördert, und heute laufen in Amerika schon Versuche, die ergeben, daß man in ungefähr acht oder zehn Jahren Post und Stückgut mittels Raketen befördern wird. Alles das verlangt von dem Beruf, der im Verkehr tätig ist, eine entsprechende Vorbereitung.

Was den Reiseverkehr betrifft, so wissen wir, daß die Menschen des 20. Jahrhunderts wieder Nomaden geworden sind, daß sich hier eine gewaltige Umwälzung angebahnt hat, daß man rechtzeitig Vorkehrungen treffen muß, um gegen die Konkurrenz der anderen, des Flugzeuges, der Bahn bestehen zu können.

Es ist notwendig, uns auf die EWG vorzubereiten, es wird ein neues Margentarifsystem zu erstellen sein. Um dem Zug der Zeit zu folgen, muß das Verkehrsgewerbe trachten, auch die Hilfe der Wissenschaften für die Praxis zu gewinnen.

Ich bin mir schon klar, daß ich hier notwendig in Kollision mit jenen gerate, die dafür plädieren, neue Universitäten zu gründen. Darum geht ja heute der Kampf, ob es besser ist, Bestehendes auszubauen oder Neugründungen vorzunehmen. Heute wird vielfach von Fehlplanungen gesprochen, die in den Erweiterungen in Salzburg, in Linz und in Klagenfurt liegen. Im Hintergrund ist auch schon im Burgenland ein Universitätsverein entstanden. Ich glaube kaum — der Abgeordnete Melter ist nicht da —, daß sich die Alemannen um den Bodensee nicht auch um eine neue Universität bemühen werden.

Es war also notwendig, daß man noch rechtzeitig die Wünsche des Verkehrsgewerbes der Öffentlichkeit bekanntgibt, um auch sie in die Lage zu versetzen, ihren Existenzkampf auf moderner Grundlage zu führen.

2404

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Kulhanek

Deshalb darf ich dem Hohen Hause einen Entschließungsantrag zur Kenntnis bringen. Ich bin sehr erfreut, daß sich auch die Oppositionsparteien bereit gefunden haben, ihn mitzuzeichnen.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Nationalrat ersucht den Bundesminister für Unterricht, dafür Sorge zu tragen, daß im Rahmen der festzulegenden Studienpläne für die Studien der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften, die immer mehr an Bedeutung gewinnen, die volks- und betriebswirtschaftlichen Fragen des Verkehrs und Transportes entsprechend berücksichtigt werden.

Insbesondere sollen an den Hochschulen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Lehrkanzeln für Fragen des Verkehrs und Transportes eingerichtet werden. An den juridischen Fakultäten sollen im Rahmen der verschiedenen Disziplinen der Rechtswissenschaften die verschiedenen Bereiche des Verkehrsrechtes im ausreichenden Maße behandelt werden.

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, den Antrag in die Diskussion miteinzubeziehen.

Ich darf vielleicht noch zur Rechtfertigung dieses Antrages und dieser Forderung des Verkehrsgewerbes einige Daten aus der Geschichte bringen. Ich glaube, darüber zu diskutieren, ob ein Verkehrsgewerbe notwendig ist, erübrigt sich, gleichviel ob wir diese Betrachtungen hinsichtlich der Zeit der Postkutsche oder der Zeit des Fiakers oder des modernen Zustelldienstes anstellen. Aber es handelt sich hier nicht nur um ein Gewerbe, das notwendig ist, sondern auch um ein Gewerbe, das volkstümlich war, das gerade in Wien hier, der jeweiligen Gesellschaftsordnung angepaßt, unserer Gesellschaft sehr namhafte Typen geschenkt hat.

Eine Menge Lieder sprechen davon, wie sehr dieses Gewerbe mit dem Volke verbunden gewesen ist, beginnend mit dem einfachen Lied: „Trara, trara, die Post ist da“, oder, noch auf die gemächliche Zeit hindeutend, wo es geheißen hat: „Dirndl steh auf, ziag's Kittei an, Fuhrleut san do, sie wassern schon“, bis hinauf in das stolze Alter der Fiakerära, wo das Lied: „I hab zwa harbe Rappen“ doch, glaube ich, einen Höhepunkt in diesem Gewerbe dargestellt hat, das in den zwanziger Jahren schon langsam absinkt, wo es dann schon wehmütiger aus den Leierkästen der Werkelänner klang: „Hüaho, alter Schimmel, hüaho“, bis es dann zum Schluß in dem letzten Lied, dem Abschiedslied, ausklingt: „Stellt's meine Roß in' Stall, bald kriagn's zum letztenmal a Sackerl Hafer und a Heu,

hängt's vor die Tür a Schloß, dann seid's mi endlich los, weil i jetzt nimmer zu die Fuhrleut ghör“.

Es ist dies ein Abschied, der vielleicht schwerer war als von anderen Gewerben, denn überall in den Gewerben ist die Handarbeit langsam durch die Maschinenarbeiterersetzt worden, aber hier hat man ja den lebenden, den sprechenden, den mitführenden Kameraden und Weggefährten verloren und damit einen harten Tribut an das wohl siegreiche, aber gefühllose Zeitalter der Technik zahlen müssen.

Wenn man heute mit einer gewissen Wehmut, aber auch Sympathie zurückdenkt, so wird das dem Gewerbe nicht viel helfen. Es wird ihm auch nicht helfen, wenn solche Versuche gemacht werden wie in einer Grafschaft in England, in Derbyshire, wo die erste Fahrschule für Postkutschen errichtet worden ist, wo man fahren lernt, ohne dann eine Prüfung ablegen zu müssen, ohne Führerschein darf man dann mit den Pferden die Straße benützen.

Ich freue mich nur, daß dieser Antrag heute von allen Parteien unterstützt worden ist, damit auch diesem geschichtlich so profilierten Stand die Möglichkeit gegeben wird, nun auf neuer Grundlage seine Existenz weiterzufristen.

Da darf ich vielleicht noch ein sprechendes Merkmal abschließend erwähnen. (Abg. Doktor Broda: Herr Kollege Kulhanek: Der ARBÖ unterstützt Ihre Initiative!) Freilich, ich werde die Initiativen links und rechts sammeln, damit das Gewerbe hier mit deren Hilfe besser fortkommen kann. (Abg. Dr. Tull: Aber beim Kapitel Handel!) Bitte, die Zeit und die Art können wir uns ausmachen.

Aber ich wollte sagen: Als damals zur Zeit der Postkutsche der Siegeslauf der Eisenbahn begann, glaubte man wirklich, daß nun das Verkehrsgewerbe am Ende seiner Existenz angelangt wäre. Als dann später mit dem zunehmenden Verlangen der Reisenden nach steigender Bequemlichkeit der Autobusverkehr wieder langsam die Eisenbahn zu konkurrenzieren begann, erschien ein erster neuer lichter Schimmer am Horizont. Wenn heute in diesem schweren Konkurrenzkampf zwischen Schiene und Straße nun auch noch der Verkehr in der Luft mit eingreift und den Kampf erschwert, eines ist niemals geschehen: weder in einer Phase der Veränderung noch zu irgendeiner anderen Zeit hat dieses Gewerbe eine Pragmatisierung seiner Arbeitsplätze, seiner Betriebsstätten gefordert. Auch heute fordert es nur die Möglichkeit, sich mit modernen Mitteln die Konkurrenz leichter zu gestalten und das Leben zu fristen.

In dem Sinne freue ich mich, daß diesem Gewerbestand auch für die Zukunft die Möglich-

Kulhanek

keit gegeben wird, die alte Tüchtigkeit wieder unter Beweis stellen zu können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Worte gemeldet ist die Frau Abgeordnete Czerny. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Anna Czerny (SPÖ): Hohes Haus! Einige Reden meiner Fraktionskollegen, insbesondere meiner Kollegin Firnberg, haben auf der rechten Seite dieses Hauses mitunter recht heftigen Widerspruch erweckt. Ich möchte aber jetzt ausdrücklich erwähnen und festhalten: Wenn diese Kritik heute an dieser Stelle gefallen ist, dann sind diese kritischen Worte nicht um der Kritik willen gefallen, sondern deswegen, weil meine Partei die echte Sorge hat, unser Volk aus dem Bildungsnotstand, in dem es sich befindet, herauszuführen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das möchte ich einleitend gesagt haben.

Ich werde Ihnen jetzt gleich ein kleines Beispiel anführen, daß es tatsächlich in Österreich auf diesem Gebiete eine Reihe von Fragen gibt, die einer Bereinigung harren.

Wenn Sie die Zeitungen gelesen haben, dann werden Sie festgestellt haben, daß erst in diesen Tagen ein junger Mensch von 22 Jahren wegen Mordes verurteilt wurde. Er war taubstumm und hat nicht einmal die TaubstummenSprache beherrscht. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Da muß ich sagen, daß hier das Versäumnis des Schulbesuches vorliegt. Seit dem zweiten Weltkrieg sind bereits mehr als 20 Jahre vergangen, und dieser junge Mensch hat nicht einmal Gelegenheit gehabt, eine solche Schule zu besuchen, deswegen, weil er nicht in einer großen Stadt aufgewachsen ist.

Hier gibt es also noch Dinge, die in Zukunft zu bereinigen sind. Ich sage das deswegen, weil ich der Meinung bin: Jeder Österreicher und jede Österreicherin, mögen sie auch in irgendeiner Form körperbehindert sein, ob taubstumm, blind oder sonst körperbehindert, muß die Möglichkeit haben, in diesem Lande eine entsprechende Schulbildung zu genießen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist eine Notwendigkeit, von der wir uns auf gar keinen Fall drücken können.

Und noch einiges, was ich hier zu überlegen geben möchte: Die Ausbildung für alle diese Menschen muß eine sinngemäße Fortsetzung dadurch finden, daß man sich darum kümmert, daß sie nach dieser Ausbildung auch einen entsprechenden Posten finden. Hohes Haus! Ich möchte Ihnen nur ein einziges Beispiel aus meiner Erfahrung in den letzten Tagen erzählen.

Eine Blinde, die eine Ausbildung als Telefonistin erfahren hat, hat nicht die Mög- kheit, in ihrer Heimatstadt oder in unmittelbarer Nähe ihrer Heimatstadt einen Posten, der für sie geeignet ist, zu finden, weil die Apparate, die sie als Blinde zu bedienen gelernt hat, nicht vorhanden sind.

Und nun frage ich Sie: Ist das eine gerechte Behandlung dieser Menschen? Und wenn es nur hundert Menschen in Österreich sind, die ein solches Schicksal auf sich nehmen müssen, dann sind diese hundert Menschen so viel wert wie tausend andere, die die Möglichkeit haben, alles zu lernen und alle ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten entsprechend zu entfalten. Daher eine sinngemäße Fortsetzung all der Notwendigkeiten, die sich aus diesen Schulen ergeben!

Ich möchte aber nicht unerwähnt lassen: Allen jenen Lehrpersonen, die an Blindenanstalten, an Schulen für Taubstumme oder für Körperbehinderte tätig sind, gehört ein besonderer Dank ausgesprochen, denn sie sind nicht nur Lehrer, sie sind von einer inneren Berufung erfüllt, weil ihr Lehrertum viel schwieriger auszuüben ist als bei Kindern, die mit allen Gaben, die die Natur zu vergeben hat, ausgestattet sind. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und nun, meine Damen und Herren, habe ich eine Bitte an Sie. Ich habe auch im Ausschuß die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß es uns in Österreich an Bundeserziehungsanstalten für Mädchen fehlt. Es wurde mir damals mitgeteilt, daß diese Frage — dieser Satz wurde heute schon gebracht — geprüft wird. Hier muß ich wohl auch sagen: Für die Frauen werden manche Fragen geprüft, das heißt, auf die lange Bank geschoben. Dieses kleine Land Österreich wird aber auf keine Begabung verzichten können. Es wird auch die Begabungen aus dem ungeheuren Reservoir, das Österreich zu bieten hat, nehmen müssen.

Daher habe ich an den Herrn Unterrichtsminister die große Bitte, er möge im Interesse jener Mädchen, die nicht das Glück haben, in einer großen oder größeren Stadt aufzuwachsen, aber doch das Zeug in sich haben, wenigstens eine Mittelschule besuchen zu können, dafür sorgen, daß die entsprechende Anzahl von Bundeserziehungsanstalten im ganzen Bundesgebiet errichtet wird. An ihm wird es liegen, den notwendigen Zweikampf mit dem Herrn Finanzminister um die entsprechenden Mittel zu führen. Ich glaube, der Herr Finanzminister ist jung genug, unverbraucht genug, unbelastet von manchen Dingen, er hätte die Aufgabe, auch hier einmal alle seine Fähigkeiten zu entwickeln und etwa neue Finanzierungsmöglichkeiten zu finden. (*Abg. Peter: Sie überfordern ihn!*) Ich bitte sehr, er ist aber noch sehr jung, er kann noch dazulernen. (*Heiterkeit.*)

2406

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Anna Czerny

Nun möchte ich doch die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf eine Frage lenken, die insbesondere jene Familien betrifft, die zwei oder drei Kinder in die Schule zu schicken haben: das ist die Frage der verschiedenen Lehrbücher für einen Gegenstand. Auch diese Frage habe ich im Unterrichtsausschuß angeschnitten. Der Herr Minister hat gesagt, daß eine Vereinigung dieser Angelegenheit in die Wege geleitet ist.

Ich möchte ihn daran erinnern, daß das mehr als notwendig ist, weil es nicht angeht, daß für ein und denselben Gegenstand zwei, drei und vier Lehrbücher zur Auswahl sind und es jeweils auf den Lehrer ankommt, welches Buch er wünscht. Wenn zwei oder drei Kinder da sind, können sie dieses Buch nicht verwenden, sondern es muß jedes Jahr ein neues Buch gekauft werden. Das ist eine Belastung der Familien, die durch die Kinderbeihilfe in keiner Weise abgegolten wird.

Schließlich und endlich, um weder Ihre Aufmerksamkeit allzu lange in Anspruch nehmen noch die Debatte ins Unendliche ausdehnen zu wollen, bitte ich, einen Entschließungsantrag anzunehmen, den ich auch im Interesse der studierenden weiblichen Jugend dem Hohen Haus namens meiner Fraktion unterbreiten möchte. Wir sind davon überzeugt, daß die Frage der Quartierbeschaffung für Studentinnen möglicherweise in Graz gelöst ist, aber ob diese Frage in Wien oder in den anderen Städten, die Hochschulen haben, auch entsprechend gelöst ist, das möchte ich der praktischen Erfahrung jener überlassen, die damit beschäftigt sind, Quartiere für diese Studentinnen zu beschaffen. Wir wissen, daß auch hier die Anforderungen an die Kassen der Eltern sehr groß sind. Es ist daher eine unabdingbare Notwendigkeit, auch hier einen Weg einzuschlagen, der einen offensichtlichen Notstand endlich zum Verschwinden bringt.

Ich erlaube mir daher, dem Hohen Haus folgenden Entschließungsantrag zu unterbreiten (Abg. Dr. Gorbach: Schon wieder!):

Im Zuge der Beratungen des Budgetentwurfes im Finanz- und Budgetausschuß konnten sich die unterzeichneten Abgeordneten davon überzeugen, daß der Bau von Studentinnenheimen in den meisten Hochschulstädten dem tatsächlichen Bedarf beziehungsweise dem Anteil weiblicher Studierender an der Hörerschaft nicht entspricht. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, bei der Vollziehung des Bundesfinanzgesetzes 1967 darauf zu achten,

daß das Ausmaß der Förderung von Studentinnenheimen dem Anteil der weiblichen Studierenden an der Gesamtzahl der Hörer der österreichischen Hochschulen entspricht.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Antrag in die Beratungen einzubeziehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner: Sowohl der vom Herrn Abgeordneten Kulhanek eingebrachte Entschließungsantrag als auch der von der Frau Abgeordneten Czerny eingebrachte Antrag sind entsprechend unterstützt und stehen mit zur Verhandlung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Haas. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Haas (SPÖ): Hohes Haus! Als niederösterreichischer Abgeordneter möchte ich mich heute kurz mit schulischen Problemen Niederösterreichs beschäftigen und versuchen, Ihnen einige Sorgen dieses Bundeslandes näherzubringen. Sorgen gibt es nämlich auf dem Schulsektor in Niederösterreich mehr als genug.

Problem Nr. 1 ist — so wie in den übrigen Bundesländern — der Lehrermangel. Ich will aber jetzt nicht darlegen, worauf dieser Mangel zurückzuführen ist, denn das ist von dieser Stelle schon sehr oft dargestellt worden.

Bei uns in Niederösterreich wird aber der Mangel an Lehrern an den allgemeinbildenden Schulen allmählich so groß, daß es kaum mehr möglich ist, trotz verschiedener schulorganisatorischer Maßnahmen, wie Schließung von sogenannten Zwergschulen, trotz Verpflichtung der Lehrer zur Mehrdienstleistung, den Schulbetrieb in gewohntem Umfange aufrechtzuerhalten. Rund 10 Prozent der in Niederösterreich nötigen Lehrer fehlen! Das sind, in Zahlen ausgedrückt, zirka 650 Lehrer!

Besonders fühlbar bemerkbar macht sich der Lehrermangel an den mittleren und höheren technischen Lehranstalten, wo bei einem dienstpostenplanmäßigen Stand von 524 Lehrkräften 60, also mehr als 10 Prozent, fehlen. Bei 50 Prozent dieser 60 fehlenden Lehrkräfte handelt es sich um Diplomingenieure, die für die Erteilung des Unterrichtes in den rein technischen Fächern gebraucht werden. Hier besteht also schon eine ernste Gefahr, und es ist wirklich zu befürchten, daß die Qualität der Abgänger dieser Schulen zu Schaden kommt. Gerade auf diesem Gebiet aber wird es ungemein schwer sein, in absehbarer Zeit eine spürbare Besserung der Situation zu erreichen, weil Diplomingenieure überall im Lande gesucht werden. Die deshalb von der Privatwirtschaft gebotenen Gehälter geben daher auch dem zum Lehrberuf neigenden Akademiker wenig Anreiz, die Lehreraufbahn mit

Haas

dem niedrigen Anfangsgehalt und den geringen Aufstiegsmöglichkeiten einzuschlagen.

Wollen wir also dem Lehrermangel im allgemeinen und im speziellen zu Leibe rücken, so müssen wir uns in diesem Hause doch auch einmal damit beschäftigen, die Besoldung der Lehrer an den verschiedenen Schultypen neu zu regeln und in eine entsprechende Relation zu den Gehältern, die in der Privatwirtschaft gezahlt werden, zu bringen.

Auch auf dem Gebiet der allgemeinbildenden höheren Schulen sind in unserem Bundesland noch einige Wünsche offen, vor allem was den Bau von neuen Schulgebäuden betrifft. Es ist erfreulich, daß mit dem schon seit Jahren dringend notwendig gewordenen Neubau des Gymnasiums in Gmünd vor einigen Wochen begonnen wurde und daß man damit rechnet, in zwei Jahren dort den Schulbetrieb aufzunehmen zu können.

Ich möchte aber, Herr Bundesminister, daran erinnern, daß in Gänserndorf die derzeitigen Verhältnisse am Gymnasium ähnlich denen in Gmünd sind, und daß es notwendig wäre, auch dort so rasch als möglich mit dem Bau zu beginnen.

Ebenso dringend notwendig ist aber auch der Bau einer zweiten höheren Schule in St. Pölten, da die bestehende Schule derzeit dermaßen überfüllt ist, daß es bei der Abwicklung des Unterrichtes oft zu großen Schwierigkeiten kommt. Diese Überfüllung ist auf das große Einzugsgebiet der Stadt St. Pölten zurückzuführen wie auch auf den Umstand, daß St. Pölten — im Vergleich zu Wiener Neustadt und Krems — seit jeher mit höheren Schulen schlechter bedacht war.

Es ist in diesem Zusammenhang begrüßenswert, daß der Bau einer allgemeinbildenden höheren Schule in Lilienfeld in absehbarer Zeit in Angriff genommen wird, was sicherlich auch dazu beitragen wird, die Überfüllung in St. Pölten zu lindern.

Nach wie vor unerledigt ist die Angelegenheit Niederösterreichs, bezüglich des Artikels 14 Abs. 4 der Bundesverfassung, welcher das Vorschlagsrecht bei Lehrerernennungen regelt.

Ich habe mich schon zweimal hier in diesem Hohen Hause mit dieser Angelegenheit beschäftigt und dargelegt, warum wir Sozialisten uns mit dem niederösterreichischen Ausführungsgesetz zum Bundesschulaufsichtsgesetz nicht einverstanden erklären können. Nach wie vor verlangen wir Sozialisten deshalb nach einer Novellierung des Artikels 14 durch den Bundesgesetzgeber zur neuerlichen Bekundung des demokratischen Geistes, der den Schulgesetzen 1962 zugrunde lag.

Von seiten der ÖVP wird diesbezüglich immer — zuletzt hat das Frau Abgeordnete Dr. Bayer im Frühjahr bei der Budgetberatung getan — eingewendet, daß trotz der Bestimmung im niederösterreichischen Ausführungsgesetz, wonach der Vorschlag des Kollegiums des Bezirksschulrates nicht unbedingt berücksichtigt werden muß, bisher nur drei Fälle vorgekommen sind, bei denen der Reihungsvorschlag des Bezirksschulrates mißachtet wurde.

Das stimmt! Aber daß es stimmt, kann doch kein Argument dafür sein, daß man wegen der geringen Anzahl von verworfenen Reihungsvorschlägen des Bezirksschulrates eine Novellierung des Gesetzes als nicht notwendig erachtet!

Die Auslegung des Artikels 14 durch die ÖVP-Mehrheit in Niederösterreich ist nicht rechtens und hat nur den Zweck, der sattsam bekannten Personalpolitik des ÖAAB in Niederösterreich zu dienen.

Lassen Sie mich das näher erläutern: Die letzten Lehrerwahlen in Niederösterreich — ich meine die Wahl in die Dienstbeschreibungs- und Disziplinarkommissionen — ergaben für die sozialistischen Lehrer zwischen 21 und 28 Prozent Stimmenanteil.

Bisher gab es in der niederösterreichischen Ernennungskommission auf Grund der Vorschläge der Kollegien der Bezirksschulräte und des Kollegiums des Landesschulrates zwischen 90 und 95 Prozent einstimmige Beschlüsse.

Bei 6 bis 10 Prozent der Ernennungsfälle gab es Mehrheitsbeschlüsse, die selbstverständlich nach den Wünschen und Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei ausfielen. Diese 6 bis 10 Prozent Mehrheitsbeschlüsse gehen stets zu Lasten des Besitzstandes an schulfesten Stellen der Sozialistischen Partei. Kraft des niederösterreichischen Ausführungsgesetzes mit der Möglichkeit, die Verfassungsbestimmung über die Mitwirkung der Kollegien der Bezirksschulräte bei Lehrerernennungen zu umgehen, hat die ÖVP Niederösterreichs den Sozialisten ein Drittel ihres Besitzstandes an Lehrer- und Leiterstellen bisher streitig gemacht.

Für den machthungrigen und nimmersatten ÖAAB in Niederösterreich ist also die derzeitige gesetzliche Regelung in Niederösterreich der Weg, allmählich die sozialistischen Lehrer auszuhungern! Das ist für uns ein unhaltbarer Zustand, mit dem wir uns auf die Dauer nicht abfinden werden, und auch eine Methode, die wir nicht tatenlos zur Kenntnis nehmen können. Wir Sozialisten werden deshalb, solange keine für alle zufriedenstellende Lösung dieser Angelegenheit erfolgt, dieses durch die ÖVP gezeigte Unrecht immer wieder aufzeigen! Ich

Haas

appelliere daher an Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, bei der Beseitigung dieses durch die Willkür der ÖVP in Niederösterreich gesetzten Unrechtes, das wahrlich im Widerspruch zu dem Geiste steht, in dem man vor Jahren hier in diesem Hause das große Schulgesetzwerk beschlossen hat, mitzuwirken.

Novellieren wir also den Artikel 14 der Bundesverfassung nicht nur zum Nutzen und zur Vollendung der modernen österreichischen Schulgesetzgebung, sondern auch dafür, daß endlich einmal in Niederösterreich mit der einseitigen Parteipolitik der ÖVP bei Lehrer-ernennungen Schluß gemacht wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lukas. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Lukas (SPÖ): Hohes Haus! Es gibt Probleme, die man nicht mit Verordnungen und Erlässen abstellen oder abändern kann, sondern für deren Bekämpfung ein ganzes Team notwendig ist, damit man eventuell auch eine langjährige Arbeit, die meistens für eine Krisenerscheinung eingesetzt wird, leisten kann. Ein solches Krisenproblem im österreichischen Schulwesen ist der Lehrermangel. Es wurde darüber schon oftmals in diesem Hause gesprochen, und das Parlament wird sich auch noch in den kommenden Jahren mit diesem Problem befassen müssen.

Wir haben im abgelaufenen Schuljahr auf dem Pflichtschulsektor einen Abgang von 3100 Lehrkräften verzeichnet. Am Beginn des Schuljahres 1966/67 stieg der Abgang von Pflichtschullehrern auf rund 4000 an. Das Polytechnische Jahr, das mit Herbst 1966 wirksam wurde, hat natürlich auch seine personellen Ansprüche gestellt. Damit haben wir ja gerechnet.

Aber es gibt ein Bundesland — und damit möchte ich Herrn Abgeordneten Peter richtigstellen —, das trotz des Polytechnischen Jahres keinen Lehrermangel hat; es ist Wien. Wien hat derzeit noch ein Lehrerreservoir. Für den Polytechnischen Jahrgang wurden 1113 Klassen in Österreich eröffnet, sodaß ein Mehrbedarf von rund 700 Lehrkräften eintrat. Die Anstrengungen des Unterrichtsministeriums, der Landesregierung und auch der Lehrerschaft waren stärker als Jahre vorher und haben einen schönen Erfolg gehabt. Vor allem die Maturantenjahrgänge wurden durch die gezielte Werbung stärker und brachten uns 544 Lehrkräfte für das Schuljahr 1966/67.

Der Herr Abgeordnete Leitner hat ein Leidlied über den Lehrermangel in Tirol gesungen; ich habe ihn recht gut verstehen können. Aber

trotzdem muß ich ihm sagen: Die Bemühungen der Tiroler Landesregierung waren nicht entsprechend, denn wenn ich eine Statistik über die Maturantenjahrgänge ansehe, so stelle ich fest, daß Tirol nur 49 erwerben konnte, während andere Länder weit über 100, ja über 200 erreichten. (Abg. Regensburger: Herr Kollege, Sie haben die falsche Brille auf!) Nein, ich habe nicht die falsche Brille auf. Auch das haben Sie, Kollege Regensburger, vom Unterrichtsministerium zugeschickt bekommen. (Abg. Dr. Tull: Er hat es nicht gelesen!) Ich nehme an, daß diese Statistik des Herrn Unterrichtsministers stimmt. Wenn Sie sie nicht angesehen haben, dann lesen Sie sie bitte nach.

Wenn im Sommer 1967 an den auslaufenden Lehrerbildungsanstalten um rund 320 Maturanten mehr sein werden, als es im heurigen Jahre waren, so ist das zwar nicht viel, zeigt aber sicherlich an, daß man mit entsprechender Werbung auch für den Lehrberuf Erfolge erzielt. Man muß für die Werbung zum Lehrberuf wirksame, moderne Werbemethoden finden, die innere Kraft ausstrahlen und für die Jugend glaubwürdig sind. Ich habe schon einmal eine Enquête angeregt, die zu einer wertvollen Diskussion führen müßte, Wege aufzeigt, die für die Bekämpfung dieses Problems dienstbar sind und die Länder in dieser Aufgabe koordiniert.

Außer der Werbung gehört natürlich auch eine namhafte finanzielle Besserstellung der Pflichtschullehrerschaft dazu. Wenn nun im Jahre 1968 die Pädagogischen Akademien die Berufsausbildung der Pflichtschullehrerschaft übernehmen und vornehmen werden, so müssen auch die Gehälter der Pflichtschullehrer nach einem akademischen Studium attraktiv gestaltet werden. Unterläßt man es auch dann noch, dann wird man die Werbung für den Lehrberuf nicht ernst nehmen, sondern man wird sich eher die Meinung bilden, daß der Lehrer in Österreich nicht geschätzt ist, daß das Gerede von der Bildung nicht wahr ist, und wird zum Schluß auch den propagierten Bildungsplan der Regierungspartei als eine politische Mausefalle betrachten.

Ein umfassender Bildungsplan muß sich auch die Verwirklichung der Schulgesetze zum Ziele setzen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf jene Länder führen, wo die Österreichische Volkspartei eine absolute Mehrheit besitzt. Es ist dies Tirol und Vorarlberg. In Tirol und Vorarlberg besuchen nur 18 und 19 Prozent der Pflichtschüler die Hauptschule. Diese Prozentsätze werden auch dem Ministerium schon aufgefallen sein. Es wäre wirklich an der Zeit, mit den Landesregierungen in Tirol und Vorarlberg darüber ein klares Wort zu sprechen. Die Ursache mag vielleicht darin

Lukas

liegen, daß die Landesregierungen keinen großen Wert auf den Bau von Hauptschulen legen. Eine weitere Ursache scheint auch darin zu liegen, daß man dort in keiner Weise die Absicht hat, dem österreichischen Schulgesetz vollkommen zu entsprechen, und daher die Hauptschulen nicht zweizügig gestalten will. Es ist mir auch aufgefallen, daß die vom Unterrichtsministerium herausgegebene Schulstatistik nichts über die Zweizügigkeit der Hauptschulen berichtet. Ich will derzeit annehmen, daß damit noch keine entsprechende Einstellung zur zweizügigen Hauptschule bekundet wurde.

Nicht werbend für den Lehrberuf ist auch das Finanzausgleichsgesetz 1967, das schon jetzt, bevor es in Kraft tritt, Unruhe unter die Pflichtschullehrerschaft Österreichs brachte, weil darin eine teilweise Veränderung der Lehrerbesoldung festgelegt wird. Wenn auch die Bundesregierung erklärt, daß eventuelle Mehrkosten, die durch Neueinstellung von Lehrern entstehen, refundiert werden, so ist es doch möglich, durch drastische Einsparungen der Länder auf dem Gebiete des Schulwesens mit dem Finanzausgleich Gewinne zu erzielen.

Wie sehr diese Befürchtungen berechtigt sind, beweist eine amtliche Weisung der Finanzabteilung der Landesregierung Salzburg. Die Finanzabteilung hat der Schulabteilung des Landes die Weisung erteilt, die Dienstposten für die Pflichtschullehrer nur in einem vertretbaren Ausmaße zu vermehren, und auch eine genaue Überprüfung verlangt, inwieweit die Errichtung von zweizügigen Hauptschulen tatsächlich erforderlich ist und ob der zweizügige Ausbau von Hauptschulen allenfalls auf einen längeren Zeitraum erstreckt werden kann. Auch spricht diese amtliche Weisung, daß das neue Finanzausgleichsgesetz ein Ausweichen auf die Mehrdienstleistung nicht mehr möglich macht. Die Lehrerschaft von Salzburg hat sich bereits in Versammlungen zusammengefunden und dagegen protestiert.

In Österreich fehlen derzeit 1000 Lehrer. Der OECD-Bericht vermutet ein Ansteigen der Schülerzahlen bis zum Jahre 1975 um 20 bis 30 Prozent. Und dann gibt es sogenannte österreichische Beamte, die auf Kosten der Schule finanzielle Ersparnisse der Länder erzielen wollen! Die Besorgnis der Lehrerschaft und der Elternschaft ist daher berechtigt. Der Herr Finanzminister wird aus diesem Beispiel wohl erkennen, welche Gefahren im Finanzausgleichsgesetz schlummern, es ist eine Gefährdung der praktischen Entwicklung des österreichischen Schulgesetzwesens. (Abg. *Grundemann-Falkenberg: Das ist eine Unterstellung!*) Die Pflichtschullehrerschaft erkennt im Finanzausgleichsgesetz eine Bagat-

lisiierung der guten österreichischen Lehrerarbeit durch den Finanzminister! (Abg. *Grundemann-Falkenberg: Nein, das stimmt doch nicht!*)

Der Herr Unterrichtsminister hat über Er suchen der Gewerkschaft, Sektion Pflichtschullehrer, sofort bei den Ländern Erkundigungen eingeholt, hiebei die Gefahren aufgezeigt und gegen solche Entwicklungen protestiert. Dafür dankt ihm die Lehrerschaft. Dieses Salzburger Beispiel läßt erkennen, was für ein negativer österreichischer Geist sich in konservativen Beamtengehirnen entwickelt. Die österreichischen Lehrer wissen, daß sie nun wachsam sein müssen, damit das natürliche Recht unserer Jugend auf eine bestmögliche Bildung nicht geschändet wird.

In eineinhalb Jahren öffnen die Pädagogischen Akademien Österreichs ihre Pforten, um, wie im Schulgesetz vorgesehen ist, eine zeitgemäße, fortschrittliche Lehrerbildung zu gestalten. Es werden aber bis zum Herbst 1968 noch keine Pforten vorhanden sein, denn es wird bis zu diesem Termin nicht eine einzige staatliche Pädagogische Akademie bezugsreif sein. Obwohl einige Akademien bis zum letzten Steckkontakt durchgeplant sind, hat man in der vergangenen Woche ganz still und leise die ersten Erdarbeiten in Salzburg zum Bau der Akademie begonnen.

Herr Bundeskanzler! — Er ist leider schon weg, aber er müßte ersucht werden, daß er gegen diese Zustände, gegen diese Laxheit im Bautenministerium auftritt.

Herr Unterrichtsminister! Wir bitten Sie, energisch zu werden, denn sonst könnten Sie ein Opfer dieser Laxheit des Bautenministeriums werden.

Im Jahre 1968 werden zwei katholische Pädagogische Akademien bezugsreif sein, doch der Staat bleibt in Schwierigkeiten hängen. Schwierigkeiten muß sich aber das Bautenministerium selbst zuschreiben, wenn ich an das Beispiel Klagenfurt denke. In Klagenfurt wird man die Pädagogische Akademie auf einem Gelände errichten, das vor wenigen Jahren noch Klagenfurter Sumpfgebiet war. Eine Jury hat das Ministerium vor diesem Gelände gewarnt. Die Stadtgemeinde hat ein anderes Gelände empfohlen und dort dem Bund ein Grundstück um den gleichen Preis angeboten. Doch die Eigenwilligkeit des Ministeriums hat gesiegt. Die Mehrauslagen, die durch den Bau im Sumpfgebiet entstehen, werden die österreichischen Bürger als Steuerzahler zu tragen haben.

Der Studiumsbeginn an den Pädagogischen Akademien wird im Jahre 1968 in ganz Österreich verworren sein, denn in jedem Ort, wo Akademien eröffnet werden, wird man in ver-

2410

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Lukas

schiedenen Objekten unterrichten müssen, wird man hohe Mietzinse abverlangen, in keiner Weise wird der Zustand eine Werbung für den Lehrberuf sein. Darüber müssen wir uns doch klar sein.

Das Unterrichtsministerium hat in den letzten zwei Jahren in sieben Bundesländern 14 Musisch-pädagogische Realgymnasien errichtet. Und wenn nun die Lehrerbildungsanstalten im kommenden Schuljahr ebenfalls in Realgymnasien umgewandelt werden, wird es in Österreich 45 Musisch-pädagogische Realgymnasien geben. Das Unterrichtsministerium hat auch dem OECD-Plan entsprechend die Neugründungen in den Bezirksstädten vorgenommen, weil die Erforschung ergab, daß die Lehrerreserven stärker im ländlichen Bereich liegen. Mit dieser Ortsauswahl, die vollkommen richtig ist, werden wirklich echte Begabtenreserven in unserer Jugend erfaßt, die Österreich schon in nächster Zukunft dringend als Maturanten und Akademiker brauchen wird.

Nur wächst hier ein neues Problem heran, das aber ebenso gemeistert werden muß, wenn wir das notwendige Ausmaß von geistigem Nachwuchs erreichen wollen. Es werden durch diese Neugründungen von höheren Schulen in Bezirksstädten weite Kreise von begabten Arbeiter- und Bauernkindern erfaßt, doch den Eltern fehlen sehr oft die Mittel für das Studium ihrer Kinder. Die hohen Bücherrpreise, die vielen Hefte, die in den Hauptschulen vielfach von den Gemeinden beigestellt wurden, der weitere Zufahrtsweg und somit erhöhte Fahrtkosten, die bessere Bekleidung und viele andere Dinge noch wachsen zu einer Ausgabensumme, die so manchem begabten Kind das Studium verbietet.

Herr Kollege Dr. Leitner hat im Budgetausschuß den Vorschlag gemacht, man solle doch die Stipendien erhöhen und sie auch vermehren. Ich gehe noch einen Schritt weiter und schlage vor, man möge für Schüler der Oberstufe der höheren Schule eine gestaffelte Studienbeihilfe schaffen, denn nur über diesem Wege werden wir jene Anzahl von geistig schaffenden Kräften erhalten, die der Staat braucht, nur über diesem Weg werden wir der Bildungsaufgabe unseres Volkes gerecht werden. Das Wie und Wer soll bei weiteren Beratungen behandelt werden. Es ist dies von mir, da ich Einblick habe in die Familien und in die Lebensverhältnisse unserer studierenden Landjugend, eine ernste Anregung. Schieben wir sie nicht auf die lange Bank, sondern erkennen wir diese bedeutsame Aufgabe, die beiträgt zum Aufstieg unseres Volkes.

Der Herr Abgeordnete Ofenböck hat heute zum Sport gesprochen und war der Meinung, daß er der erste Redner ist, der über Sport in

diesem Hause gesprochen hat. Ich möchte ihm sagen, daß in diesem Haus schon sehr viele Abgeordnete über Sport gesprochen haben. (Abg. Ofenböck: Ich habe nicht gesagt, daß ich der erste bin, Herr Kollege!) Ich möchte ihm sagen, daß im heurigen Jahr ein anderer Abgeordneter als erster gesprochen hat. Herr Kollege Ofenböck, Sie waren heute der erste Redner zum Sport, das stimmt. (Abg. Ofenböck: Das haben Sie gesagt! Ich danke Ihnen dafür!)

Wenn man die Verteilung der Mittel im Sportbudget durchsieht, wird man nachdenklich. Ich bin vollkommen der Auffassung des Herrn Abgeordneten Ofenböck. Zwar war seine Rede eine Rede, deren Inhalt ich schon vor 40 Jahren gehört habe, die praktisch schon zum Volksgut gehört. Jede Mutter weiß es, wie bedeutsam Sport für ihre Kinder ist. Darum hat es auch das Hohe Haus gewußt. Er hat, vielleicht unbewußt, vielleicht auch bewußt, das Budget angeklagt. Es ist weit zuwenig nach seinem Ermessen im Budget enthalten. Auch ich bin dieser Meinung, aber ich empfinde, daß auch die Mittel nicht ganz richtig verteilt sind.

Es sind an Subventionen für den Pferderennsport, und zwar nur für drei Vereine, 3 Millionen Schilling vorgesehen. Ich wende mich nicht gegen die 3 Millionen Schilling. Wir alle wissen, im Pferderennsport gibt es sehr begüterte Sportler, aber sicherlich wird es auch im Pferderennsport unbemittelte Sportler geben, die recht tüchtige Sportreiter sind. Darum wende ich mich nicht dagegen. Aber wenn ich dann eine zweite Subventionspost anschau, die sich als „Allgemeine“ bezeichnet, worin 5,2 Millionen Schilling verzeichnet sind, und diese gegenüberstelle, so offenbart sich in mir das Zeichen, das hier dieses Allgemeine mindereingeschätzt wurde. Hinter dem Ausdruck „Allgemeine“ verbirgt sich die sporttreibende österreichische Jugend, die mehr als eine Million Mitglieder in tausenden Vereinen zählt.

In den Vereinen, in den Dachverbänden und in den Fachverbänden wird für richtige Freizeitgestaltung, für sportliche Leistung, für Gesundheit, Körperfunktion und auch für Erziehung gesorgt und auch gearbeitet. Für den echten österreichischen Leistungs- und Breitensport, für die österreichische sporttreibende Jugend hat man aber nur 5,2 Millionen Schilling übrig. Das nennt man Verkennen der Tatsache.

Als österreichischer Sportfunktionär protestiere ich gegen eine solche Behandlung durch Nichterkennen und Nichtbeachten der ehrenamtlichen Arbeit, die Sportfunktionäre für Österreich leisten.

Lukas

Auch eine neue Budgetpost, die sich „Sportplätze der offenen Tür“ nennt, ist zu erkennen. Sie ist zu begrüßen, doch ist sie viel zu niedrig dotiert, denn mit einer halben Million Schilling bleibt bestenfalls nur der hoffnungsvolle Name übrig. Wenn auch daran gedacht ist, damit in den Gemeinden anzuregen, sich dieser Aktion anzuschließen, mitzuhelfen, dann muß vom Bund ein stärkeres Wollen bekundet werden, als es eine halbe Million Schilling vermag.

Das Unterrichtsministerium hat im Bundesgesetzblatt ein ausgezeichnetes Instrument der Beratung und des praktischen Gestaltens. Man möge daher auch dem aus dem Jahre 1965 stammenden Antrag des Bundesportrates entsprechen, einer gesetzlichen Grundlage bei Wahlung der durch die Bundesverfassung den Ländern zukommenden Kompetenzen in Sportangelegenheiten näherzutreten, eingehend zu behandeln und dann auch zu schaffen, um gesamtösterreichische Sportförderungsmaßnahmen damit zu bewirken, die weit über die Möglichkeit der Bundesländer hinausreichen. Diesen Antrag haben verantwortliche und ernst zu nehmende Sportfunktionäre Österreichs erarbeitet und gestellt, die im Dienst für die österreichische Jugend wirken und daher in ihrem Wollen beachtet werden sollen.

Die Jugend Österreichs hat ein natürliches Recht auf Förderung der Bildung, des Sports und der Gesundheit durch den Staat. Das vorliegende Budget erkennt diese Aufgaben noch nicht. Der schwarze Riese mit der Riesentatkraft macht sich in diesem Budget in keiner Weise bemerkbar. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ofenböck: Die Hälfte Ihrer Ausführungen zum Sport waren heute schon einmal zu hören!*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Deutschmann. Ich ertheile es ihm.

Abgeordneter Deutschmann (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie werden sich wundern, daß ein praktizierender Bauer zum Kapitel Kultur Stellung nimmt. Ich möchte Ihnen die Versicherung abgeben, daß ich mich bemühen werde, kurz zu sein. Es ist ja heute schon sehr viel gesprochen worden über die Schulorganisation, über Wünsche, über Forderungen und Auswirkungen.

Ich möchte auch als praktizierender Bauer bekunden, daß die Bauernschaft nicht an diesen Problemen desinteressiert ist. Ich ergreife aber deshalb das Wort, weil der Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi Bemerkungen gemacht hat, die ich doch beantworten muß.

Ich habe mich eigentlich gewundert, Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi, daß Sie in Ihren

Ausführungen, die, das muß ich offen sagen, oftmals zu unterstreichen gewesen sind, dann letzten Endes eine Gruppe von Mandataren angegriffen haben, der ich auch angehöre, und deshalb möchte ich Ihnen jetzt kurz die Antwort geben.

Vielleicht wissen Sie nicht mehr, was Sie gesagt haben. Ich habe mir einen Auszug aus dem stenographischen Protokoll verschafft. Gestatten Sie mir, daß ich das jetzt zum Vortrag bringe. Es heißt unter anderem:

„...weil wir wissen, daß die konservativen Parteien — das gilt nicht nur hier in Österreich, sondern ganz allgemein — durch Jahrzehnte auch ausgesprochen bildungsfeindliche Parteien waren.

An dem guten Willen des Herrn Bundesministers, ... in Ihrer Partei eine Änderung herbeizuführen, zweifeln wir nicht, aber wir wissen, daß Sie hier auf große Widerstände stoßen.

Ich weiß nicht, ist es nur gut erfunden — aber es könnte wahr sein, so gut ist es —, jedenfalls wird mit dieser Anekdote gerade die Bildungsfeindlichkeit Ihrer Partei demonstriert: Einem ÖVP-Bürgermeister wird in die Schuhe geschoben, daß ein Lehrer bei ihm vorgesprochen hat mit dem bescheidenen Wunsch, man möge endlich für die Schule eine Karte von Europa besorgen, worauf derselbe Dorfpotentat nur zu sagen hatte: Z'wegen was brauchen wir denn eine Karte von Europa? Wer weiß, kommt ana von uns amol hin! (*Abg. Grundemann-Falkenberg: Eine Verhöhnung sondergleichen!*)

Meine sehr geehrten Abgeordneten des Hohen Hauses! Ich fühle mich nicht betroffen, aber ich bin auch ein Landbürgermeister. Und aus diesen Ausführungen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, konnte man ersehen, daß der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi von der Bildungsfeindlichkeit der ländlichen Bevölkerung spricht. (*Abg. Meißl: Sie werden sich doch nicht betroffen fühlen! — Abg. Dr. Scrinzi: Das ist ja falsch!*) Ich muß Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Scrinzi, mit Bedauern sagen, daß ich nicht angenommen habe, daß Sie so wenig Verbindung zu Land und Leuten in der breiten Masse haben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Grundemann-Falkenberg: Diese Ergüsse hätten Sie sich sparen können!*)

Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi! Ich weiß nicht, wie Sie das mit diesem ÖVP-Bürgermeister gemeint haben. Aber ich muß Ihnen auch noch sagen, daß wir Bürgermeister draußen auf dem Lande, und sei es in der kleinsten Gemeinde, als freigewählte Mandatare des Volkes wirken und daß wir genauso wie die Damen und Herren hier im Hohen Hause unsere Aufgabe und

2412

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Deutschmann

unsere Berufung ernst nehmen. Ich finde es wirklich nicht angebracht, Herr Abgeordneter, daß man hier in diesem Hause über die ländliche Bevölkerung und über einen Landbürgermeister — es kann sich ja nur um einen solchen handeln — so abfällige Bemerkungen macht. (Abg. Altenburger: Das ist System bei ihnen!)

Ich möchte Ihnen aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, den Beweis erbringen, wie bildungsfreudlich die ländliche Bevölkerung und mit ihr der Gemeinderat und letzten Endes die Bürgermeister sind. (Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel.) Hier im Hohen Hause befassen sich die Abgeordneten bei der Budgetdebatte mit dem Kulturbudget. Wir Bürgermeister draußen in den Gemeinden — und ich nehme hier keinen aus — befassen uns tatsächlich mit den Schul- und Bildungsproblemen in unseren Gemeinden und Dörfern. Ich glaube sagen zu können, meine sehr Geehrten, wenn Sie heute in die Dörfer und in unsere Landgemeinden hinausschauen und wenn Sie sich die Mühe antun, nachzuschauen, wie unsere Schulhäuser ausschauen, so werden Sie feststellen, daß wir als Bürgermeister im ländlichen Raum sehr viel für die Bildung und die Schule getan haben. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. van Tongel: Wer hat das bestritten? — Rufe bei der ÖVP: Scrinzi!) Herr Dr. van Tongel, muß ich Ihnen hier noch einmal die Stelle vorsehen, wo der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi erklärt hat, wie sich ein Bürgermeister in einer Gemeinde gegenüber einem Lehrer benommen hat? (Abg. Dr. van Tongel: Wo haben wir Ihre Tätigkeit bestritten?) Nicht meine! Ich spreche im Namen der Bürgermeister. (Abg. Grundemann-Falkenberg: Die sind viel früher für Europa eingetreten als er!)

Der Herr Vorredner Lukas, auch ein Kärntner, hat von den Schwierigkeiten gesprochen und hat auch darauf verwiesen, daß in Tirol nur 18 Prozent der Kinder die Hauptschule besuchen. Ich habe in der letzten Budgetdebatte schon erklärt, daß es uns nicht an der Bildungsfähigkeit fehlt, sondern an den Bildungsmöglichkeiten. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Situation zu ernst ist, als daß man sie so mit einem Handschütteln abtun könnte. Ich muß Ihnen offen sagen: Ich habe mich wirklich gewundert, daß man hier in diesem Hohen Hause solche Worte gebraucht!

In vielen Gemeinden ist das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der Lehrerschaft sehr gut. Das beweist auch, daß die Landgemeinden bestrebt sind, Wohnhäuser für die Lehrer zu errichten, damit auch der gute Lehrer auf dem Lande verbleibt. Das ist auch wiederum ein Beweis, daß unser Hauptanliegen an diese Lehrerschaft ist, unserer Jugend, die ja

die Zukunft eines Volkes bedeutet, ein Wissen und Können zu vermitteln, daß sie auch in Zukunft bestehen kann.

Ich möchte nun zum Schluß kommen. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es weiterhin die Aufgabe von Bund, Land und Gemeinden sein wird, Bildungsmöglichkeiten zu schaffen und somit den Bildungsstand zu heben.

Ich möchte nur abschließend noch einmal feststellen, daß es mich wirklich schockiert, daß solche Ausführungen in diesem Hohen Hause zum Vortrag kommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Robak. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Robak (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! (Abg. Dr. van Tongel — zur ÖVP gewendet —: Seien Sie jetzt endlich ruhig mit Ihrer blöden Stänkerei! — Abg. Glaser: Was sich der Tongel einbildet, ist schon allerhand! — Unruhe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte im Rahmen der heutigen Debatte zum Kapitel Unterricht als burgenländischer Abgeordneter die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf ein besonderes Problem lenken, nämlich auf das Schulproblem der kroatischen Minderheiten. Einleitend möchte ich auch sagen, daß ich dieses Problem leider nicht in zehn Minuten behandeln kann. Dies sage ich, damit keine Mißverständnisse entstehen.

Die burgenländischen Kroaten sind in den Jahren 1529 bis 1533 im Zuge der Türkenkriege aus Dalmatien in den Raum des heutigen Burgenlandes gekommen. Die österreichische Volkszählung 1961 zeigt hinsichtlich ihrer Zahl folgende Ergebnisse: Kroatisch sind 24.617 oder 9,08 Prozent und gemischtsprachig 3920 oder 1,45 Prozent der Gesamtbevölkerung des Burgenlandes. Diese Zahlen, so glaube ich, dürften aber nicht echt sein. Ich bin der Meinung, daß das Ergebnis laut Diözesanschematismus 1961 mit 37.828 der Wirklichkeit näher kommt. Diese 37.000 Kroaten wohnen zum großen Teil in 42 geschlossenen Ortschaften. Ich möchte auch vorausschicken, daß ich aus einer kroatischen Gemeinde komme, seit 1945 ohne Unterbrechung Bürgermeister bin und bei jeder Wahl mit großer Mehrheit gewählt wurde. Ich war auch von 1945 bis 1962 gewählter Abgeordneter und Vertreter dieser kroatischen Minderheit. Ich spreche auch in meiner Familie und im Umgang mit der kroatischen Bevölkerung des Burgenlandes kroatisch. Diese Feststellung halte ich für sehr wichtig, weil es im Burgenland einige

Robak

Leute gibt, die auf dem Standpunkt stehen: Wer ein Kroate ist, bestimmen wir! Ich bin aber der Meinung, Kroate ist jeder, der sich als Kroate fühlt und bekennt, auch dann, wenn er verlangt, daß seine Kinder und Kinder anderer kroatischer Eltern in der Schule deutsch unterrichtet werden.

Meine Damen und Herren! Das ist das Problem, zu dem ich heute Stellung nehmen möchte.

Tausende kroatische Eltern im Burgenland wollen, daß ihre Kinder in der Volksschule nur deutsch unterrichtet werden, damit sie als Erwachsene im Leben leichter bestehen können gegenüber jenen, deren Muttersprache Deutsch ist, und konkurrenzfähig werden.

Im Burgenland gibt es kein Minderheitenproblem im üblichen Sinn, das möchte ich auch vorausschicken. Die Bewohner des Burgenlandes — Deutsche, Kroaten und Ungarn — leben in einmaliger Eintracht, sie haben ein einziges Bestreben, nämlich möglichst rasch die jahrhundertealte wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit zu überwinden und den Anschluß an die übrigen österreichischen Bundesländer zu erreichen.

Wenn die burgenländischen Kroaten auch ihre kroatische Muttersprache sprechen, sie fühlen sich aber als Österreicher, und in ihrer Loyalität und Treue zu Österreich lassen sich unsere burgenländischen Kroaten von niemandem übertreffen, und zwar aus dem Grund, weil sie in Österreich alle Freiheiten haben, die sie sich nur wünschen können. Sie können seit dem Jahre 1921, seit sie zu Österreich gehören, unbehindert ihre Sprache sprechen und ihren Lebensstil beibehalten, ihre Religion unbehindert ausüben und ihre Zeitungen lesen. Niemand bereitet ihnen Schwierigkeiten.

Schon am 12. März 1926 hat der größte Denker, den diese unsere Minderheit hervorgebracht hat, Mate Miloradić, von Ungarn aus den burgenländischen Kroaten eine Botschaft geschickt. In dieser Botschaft heißt es:

„Ihr dürft nun sehen, in Freiheit Eurem kroatischen Volkstum und Eurer Sprache dienen und sie ehren und pflegen; wir Alten waren fast wie Märtyrer; böse haben sie uns angeschaut und uns zur Seite geschoben, wo sie nur konnten.“

Bei uns im Burgenland ist es jetzt so, daß es überhaupt keine Schwierigkeiten gibt. Es gibt keine Schwierigkeiten für unsere Minderheiten, weder für die kroatisch noch auch für die ungarisch sprechenden Burgenländer, wenn es sich darum handelt, im Staatsdienst einen Posten zu bekommen.

Ich habe mir die Mühe genommen und bei verschiedenen Ämtern Aufstellungen verlangt,

aus denen hervorgeht, daß der Prozentsatz jener Kroaten, die bei der Landesregierung, bei der Post, bei der Gendarmerie, bei der Krankenkasse und bei allen übrigen öffentlichen Institutionen beschäftigt sind, weit über das hinausgeht, was die Burgenländer Kroaten auf Grund ihrer Stärke gegenüber der Gesamtbevölkerung verlangen könnten. Ich möchte hier vor aller Öffentlichkeit sagen: Hier kann sich Italien an Österreich ein Beispiel nehmen.

Ich möchte hier nicht weiter Zahlen aus dieser Statistik vorbringen, ich möchte aber sagen, daß es bei uns im Burgenland überhaupt keine Schwierigkeiten gibt, außer daß es unter den Kroaten Meinungsverschiedenheiten gibt. Während die überwiegende Zahl der kroatischen Bevölkerung, vor allem die Jugend, für den Deutschunterricht in der Schule ist, tritt der kroatische Kulturverein „Hrvatsko kulturno drustvo“ dafür ein, daß in den kroatischen Gemeinden in der Schule kroatisch unterrichtet wird. Wir haben nichts dagegen, wir begrüßen es, wenn Sie die Möglichkeit haben. Aber es gibt Menschen, die anderer Meinung sind. Und weil diese Kräfte des Kulturvereines seit jeher in den Schulbehörden und unter der Lehrerschaft ihren Einfluß haben, werden vor allem seit 1945 viele kroatische Kinder in den Volksschulen gegen ihren Willen und gegen den Willen ihrer Eltern kroatisch unterrichtet; sicher, in der einen Gemeinde mehr und in der anderen Gemeinde weniger. Wenn man einwendet von Seiten des Kulturvereines, daß in manchen Gemeinden nur zwei bis drei Stunden in der Woche unterrichtet wird, so wird von den Betroffenen eingewendet, daß sie der Meinung sind, daß auch diese wenigen Stunden den Kindern fehlen, um die deutsche Sprache so erlernen zu können, wie dies notwendig ist. Für die ärmere Bevölkerung, die nur die Volksschule besuchen kann, vor allem in den kleinen und vom Verkehr abgelegenen Dörfern, bildet im Leben und vor allem in ihrem Berufsleben die kroatische Sprache ein schweres Hindernis vor allem dann, wenn sie gezwungen sind, in deutschsprachigen Dörfern oder Städten ihr Brot zu verdienen.

Und hier möchte ich einige Beispiele von prominenten Kennern der Minderheitenfrage vorbringen, damit nicht der Eindruck entsteht, ich gehöre zu denen, die die kroatische Minderheit germanisieren wollen.

So hat zum Beispiel der Vorstand des Instituts für Ethnologie der Freien Universität Berlin zur Frage der Minderheit folgendes ausgeführt:

„Konnte es im 19. Jahrhundert noch darauf ankommen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, das eigene Volkstum zu bewahren, so erteilt das 20. Jahrhundert unmittelbar verständlich

2414

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Robak

die Auflage, den Anschluß an den technischen, industriellen und sozialen Fortschritt nicht zu verlieren. Das können Minderheiten aber nur, wenn sie auch die Sprache der Mehrheit gut beherrschen und dadurch befähigt sind, jedes Amt auszufüllen und jede Aufgabe der Wirtschaft übernehmen zu können.“

Der bekannte Kroatenkenner Generalstaatsarchivar a. D. Rudolf Kistling nennt die Kroaten des Burgenlandes eine gesättigte Mehrheit, während ein anderer, Thomas Baaker, Sachverständiger für die Minderheiten, dessen Gattin übrigens aus dem Burgenland stammt — beide sind ortskundig —, folgendes sagt:

„Alles in allem scheint es, daß der Kampf um Maßnahmen zur dauernden Sicherung des Bestandes der ethnischen Gruppe ein verlorenes Beginnen ist und daß der Wille der kroatischen Minderheit wohl unausgesprochen, aber durchdringend die Assimilation ist.“

Hohes Haus! Es ist auch eine alte Erfahrung, daß, je größer das Entgegenkommen gegen eine Minderheit, umso schwächer ihr innerer Widerstand ist. Und ich kann mir vorstellen, daß der Mann, dessen Buch ich einmal gelesen habe, recht hat, wenn er sagt: Vom Standpunkt des Bestandes der kroatischen Minderheit wäre es besser gewesen, wenn das Burgenland bei Ungarn geblieben wäre, denn dann hätten die Kroaten Aussicht gehabt, sich durch Jahrzehnte oder durch Jahrhunderte noch zu halten.

Ich möchte auch sagen, daß kleine isolierte Minderheiten sich in der modernen Welt nur dort halten können, wo die Siedlungsgebiete der Minderheit in unwegsamen Gebieten liegen und von der Außenwelt abgeschnitten sind oder wo das Staatsvolk auf einer höheren Kulturstufe steht.

Hier möchte ich wieder einen Prominenten zitieren.

So erklärte der Präsident des Außenpolitischen Ausschusses der Bundesvolksversammlung Jugoslawiens am 14. Juni 1960 in einem Vortrag vor der Gesellschaft für Außenpolitik in Wien über die Stellung der nationalen Minderheiten in Jugoslawien unter anderem — ich zitiere aus dem Grund einen jugoslawischen Spezialisten, um auch von dieser Seite nicht mißverstanden zu werden; ich habe hier sein Protokoll, er schreibt:

„Bevor ich nun auf die Frage des Schul- und Bildungswesens im allgemeinen eingehe, möchte ich doch einige Worte sagen über einen in unserem Minderheitenproblem bestehenden Aspekt, der sich in erster Linie auf die größte Volksgruppe in Jugoslawien, auf die skiptarische, bezieht. Das von dieser Minderheit bewohnte Gebiet Kosowo ist nämlich als der

rückständigste Teil Jugoslawiens zu bezeichnen. Im Vorkriegsjugoslawien konnte dieses Gebiet nur noch mit einigen entlegenen Bezirken Mittelbosniens und Mazedoniens verglichen werden. Hier war noch der richtige Balkan im ursprünglichen Sinne des Wortes, hier war der Standard am niedrigsten und der Analphabetenprozentsatz am höchsten.“

Das deckt sich mit dem, was ich vorher behauptet habe. Ich möchte aber auf die richtige Materie zurückkommen und dazu sagen, daß die Vertreter des kroatischen Kulturvereines sich bei der Verfechtung ihrer Forderungen für die Minderheit darauf berufen, daß im Artikel 7 des Staatsvertrages die Rechte der burgenländischen Minderheit und der burgenländischen Kroaten garantiert sind. Ich möchte nur einige Zeilen des Staatsvertrages zitieren. Es heißt dort: „Sie haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen.“

In diesem Zusammenhang werden Schulpläne, soweit das notwendig ist, revidiert und in der Schulaufsichtsbehörde eine Abteilung für slowenische und kroatische Minderheiten errichtet werden.

Hier muß ich darauf hinweisen, daß es sich dabei um ein Recht handelt. Wir und ein großer Teil der Kroaten des Burgenlandes sind aber der Meinung, daß daraus keine Pflicht werden darf. Wir haben wohl die Pflicht, für das Recht zu kämpfen, aber wir haben kein Recht, aus einem Recht eine Pflicht zu konstruieren.

In Österreich ist das Recht der kroatischen Minderheit nicht nur im Staatsvertrag garantiert, sondern auch in der Bundesverfassung, und, was ich besonders betonen möchte, diese garantierten Rechte werden in Österreich auch eingehalten. Aber ich muß auch darauf hinweisen, daß es ein Wunsch der Minderheit ist, die deutsche Sprache so gut wie möglich zu erlernen. Hier dürfen wir nicht eine nicht wiedergutzumachende Schuld auf uns laden. Wenn die Schule die Kinder der Minderheit nicht genügend mit der deutschen Sprache vertraut macht, wird nicht nur wertvolle Kräfte verzichtet, sondern man benachteiligt diese Kinder dadurch, daß man sie in ihrer Weiterbildung behindert. Wer kroatisch unterrichtet werden will, soll sein Recht in Anspruch nehmen, und ich bin der letzte, der sich nicht vehement dafür einsetzen würde, wenn einem Kroaten auf diesem Gebiet Schwierigkeiten gemacht werden. Aber ich bin auch der Meinung, daß man schließlich und endlich auch einen Indianer in Nordamerika nicht dazu zwingen kann, wenn er englisch unterrichtet werden will, die Stammesdialekte oder

Robak

die Stammessprache zu lernen, wenn er glaubt, daß die englische Sprache für ihn besser ist. Bei uns im Burgenland ist es aber leider so: Wir werden gezwungen, zumindest ein Teil, die kroatische Sprache zu erlernen, auch dann, wenn wir das nicht wollen.

Ich sage: Ein Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist, daß sie die Möglichkeiten haben müssen, ihr Schicksal selbst zu entscheiden. Was im Burgenland auf dem Gebiet des Minderheitenschulwesens geschehen ist, ist kein Schutz der Minderheit, sondern eine Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit innerhalb der Minderheit. Man kann sich in einem kleinen Kreis um den einflußreichen kroatischen Kulturverein herum nämlich nicht vom Wunschkatalog eines Reservates, eines Naturschutzparks für die kroatische Minderheit trennen. Man kann und darf aber nicht ganz einfach eine ganze Landschaft zum kroatischen Naturschutzpark umgestalten und jede Population natürlicher Lebensräume künstlich unterbinden. Im Burgenland tut man das aber.

Ich muß aber weiterkommen und möchte den Herrn Bundesminister auf etwas aufmerksam machen. Herr Bundesminister! Sie haben auf meine mündliche Anfrage am 11. Mai 1966, ob Sie nunmehr in der Lage sind, definitiv bekanntzugeben, wann mit der Vorlage eines Minderheitenschulgesetzes für das Bundesland Burgenland gerechnet werden kann, folgende Antwort gegeben: „Wir haben uns vor 13 Monaten mit dieser Materie in der Richtung der Erarbeitung eines diesbezüglichen Gesetzes beschäftigt. Bei der Befassung mit dem Stoff sind die Experten sowohl des Unterrichtsministeriums als auch des Bundeskanzleramtes — Verfassungsdienst jedoch zu der Meinung gekommen, daß der gegenwärtige § 7 des burgenländischen Landesschulgesetzes den Anforderungen des Artikels 7 des Staatsvertrages entspricht und daher ein neues Minderheitenschulgesetz für das Burgenland nicht zwingend erforderlich ist.“

Es stimmt: Das burgenländische Minderheitenschulgesetz 1937 ist 1962 Bundesrecht geworden. Aber der Unterschied zwischen dem burgenländischen Minderheitenschulgesetz und dem slowenischen in Kärnten liegt darin, daß in Kärnten nur jene Kinder den Unterricht in slowenischer Sprache erhalten, deren Eltern sie dazu besonders anmelden. Im Burgenland sind viele tausend Eltern gegen einen wenn auch nur teilweisen Unterricht in kroatischer Sprache.

Aus Zeitungsartikeln weiß ich, und auch aus mündlichen Anfragen an Sie, Herr Bundesminister, aber auch aus Resolutionen an den ehemaligen Herrn Bundeskanzler Gorbach wird bekannt sein, daß es im Burgenland eine

große Unzufriedenheit gibt, was den Minderheitenschulunterricht betrifft. Anstatt vermittelnd einzugreifen, hat das Unterrichtsministerium im Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, ausgegeben am 15. Juni 1966, eine Verordnung herausgegeben, sicher auf Grundlage des burgenländischen Schulgesetzes und auch des Staatsvertrages. Auf Grund dieser Verordnung wurden Lehrpläne erstellt, und ich muß dazu sagen: Diese Regelung ist eine Verschlechterung gegenüber der bisherigen Praxis und wird von vielen burgenländischen Kroaten als eine Provokation betrachtet. Sie ist nicht geeignet, Herr Bundesminister, das Problem zur Zufriedenheit aller zu lösen. Ich sage ausdrücklich: zur Zufriedenheit aller jener, die kroatisch unterrichtet werden wollen, aber auch jener, die glauben, daß die deutsche Sprache für sie wichtiger und besser ist. Das verbriefte Recht der Minderheit in der Bundesverfassung und im Staatsvertrag ist nicht als Pflicht anzusehen, und hier möchte ich wieder einen Prominenten, Bebler, den ich bereits zitiert habe, noch einmal zitieren. Er befaßt sich unter anderem mit dem Problem der Minderheit in Jugoslawien. — Ich bringe wieder mit Absicht vor, damit von der Seite keine Möglichkeit besteht, zu sagen: Ihr habt ein Problem in Südtirol. Er sagt:

„Das Bekenntnis zu einer Volkszugehörigkeit und die Eintragung dieser Zugehörigkeit in verschiedenen Urkunden gibt Rechte, schafft aber keine Pflichten. Ein Minderheitenangehöriger kann wohl als solcher dies oder jenes fordern, er muß es aber nicht. Dieses Moment ist für das Schulwesen von einer gewissen Bedeutung. Eltern, die sich als Minderheitenangehörige bekannt haben, sind nicht verpflichtet, ihre Kinder in die Minderheitenschule gehen zu lassen. Das Recht, welches man hierzulande als Elternrecht zu bezeichnen pflegt, wird durch das Bekenntnis zur Minderheit keineswegs beeinträchtigt. Den Eltern steht es beispielsweise völlig frei, ihre Kinder in diese oder jene, in eine Minderheiten- oder in eine Mehrheitenschule zu schicken.“

Ich habe jetzt von Kindern gesprochen, deren Eltern kroatisch sind. Ich möchte nun mit einigen Worten aber sagen, daß das Problem viel ärger ist, wenn es Eltern und Kinder betrifft, die die kroatische Sprache überhaupt nicht beherrschen, wohl aber in kroatischen Dörfern wohnen und ebenfalls den kroatischen Schulunterricht tolerieren müssen.

Ich habe hier eine kleine Aufstellung. In der Gemeinde Hornstein sind 32 Prozent deutschsprachig, außerdem 18 Prozent gemischtsprachig. Bei den Gemischtsprachigen ist entweder die Mutter oder der Vater deutsch, aber ob Mutter oder Vater, die deutsche Sprache

2416

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Robak

ist für die burgenländischen Kroaten so anziehend, daß, wenn auch nur ein Elternteil deutsch ist, mit den Kindern und auch in der Familie deutsch gesprochen wird, sodaß das Kind in die Schule kommt, ohne ein Wort kroatisch zu können — und dieses Kind muß kroatisch unterrichtet werden. Laut Volkszählung sind aber 40 Prozent als deutschsprachig und 14 Prozent als gemischtsprachig angegeben. Ich könnte noch eine Reihe anderer Gemeinden nennen, Hackerberg zum Beispiel, wo 71 Prozent deutsch- und nur 29 Prozent kroatischsprachig sind, und auch dort muß kroatisch unterrichtet werden.

Hohes Haus! Ich glaube, Ihnen in großen Zügen verständlich gemacht zu haben, worum es im Burgenland geht. Es ist nicht meine Absicht, über das Notwendige hinaus zu dramatisieren. Aber man darf sich nicht wundern, daß zwanzig Jahre nach Wiedererrichtung der demokratischen Republik unsere Geduld zu Ende ist und wir vor aller Öffentlichkeit gegen einen Zustand demonstrieren, der mit grundsätzlichen Verfassungsprinzipien zum Schutze der persönlichen Freiheit in Widerspruch steht. Wir verlangen nicht mehr, als daß ein Gesetz beschlossen wird, das den neuen demokratischen Verhältnissen angepaßt ist. Das Gesetz soll weder die Freiheit des einzelnen noch die Freiheit der Minderheit gefährden.

Dazu möchte ich noch einen Satz sagen. Nur die Kroaten selbst können wissen, was für sie richtig ist und was nicht. Sie müssen das Recht haben, frei über ihre Zukunft zu entscheiden. Ich möchte in diesem Zusammenhang, Sie, Herr Bundeskanzler Klaus, zitieren. Sie haben vor einigen Monaten auf eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Serrini folgenden Satz geprägt: „... eine alle Kreise, die betroffen sind, befriedigende und zugleich staatsvertragskonforme Lösung zu finden.“ Wir wollen nichts anderes als das, was Sie, Herr Bundeskanzler, formuliert haben. Ich fühle mich als der Dolmetsch jener großen Masse der kroatisch sprechenden Bevölkerung, die das kroatische Wort wohl in der Familie gebraucht, aber deutsch unterrichtet werden will.

Ich möchte daher einen Entschließungsantrag stellen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Robak und Genossen, betreffend Minderheitenschulgesetz für das Burgenland.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Unterricht wird aufgefordert, in kürzestmöglicher Frist dem Nationalrat eine Regierungsvorlage, betreffend ein Minderheitenschulgesetz für

das Burgenland, ähnlich dem Minderheitenschulgesetz für Kärnten, vorzulegen. In diesem Gesetz soll insbesondere der Grundsatz verankert sein, daß ein Schüler nur mit Willen der Eltern beziehungsweise des Vormundes verpflichtet werden kann, kroatisch als Unterrichtsgegenstand zu erlernen beziehungsweise als Unterrichtssprache zu gebrauchen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Entschließungsantrag in Behandlung zu nehmen. Das Hohe Haus möchte ich bitten, sich das zu überlegen, was ich hier gesprochen habe. Wir haben in Südtirol gesehen, wohin es führt, wenn ein Staat nicht berechtigten Wünschen Rechnung trägt. Wir wollen das verhindern, und ich bitte Sie daher, diesem Antrag in der großen Mehrheit zuzustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wallner: Der vom Herrn Abgeordneten Robak eingebrachte Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Verhandlung.

Zum Wortgemeldet ist der Herr Abgeordnete Ströer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ströer (SPÖ): Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Heute wurde sehr viel über Bildung, über Bildungsstätten und über Bildungseinrichtungen gesprochen. Ich möchte mich mit der politischen Bildung beschäftigen und einige Bemerkungen zur Notwendigkeit der politischen Bildung machen.

Vorerst aber gestatten Sie mir, zwei, drei Sätze zu dem Entschließungsantrag zur Kulturpolitik, den meine Fraktion eingebracht hat. Wir haben das Verlangen nach einem Berufsausbildungsgesetz aufgenommen. Damit keine falsche Deutung entsteht, möchte ich gleich bemerken, daß wir genau wissen, daß die Frage der Berufsausbildung bei einem anderen Kapitel besprochen werden muß. Wir werden das natürlich auch tun. Wir wollten aber durch die Aufnahme dieses Absatzes ausdrücken, daß wir der Meinung sind, daß auch das Bundesministerium für Unterricht Interesse an der Berufsausbildung haben müßte. Schließlich und endlich zeichnet das Bundesministerium für Unterricht für die berufsbildenden mittleren Schulen verantwortlich, aus denen jährlich eine große Anzahl von Absolventen hervorgeht. Wir meinen daher, das Bundesministerium für Unterricht sollte unsere Bemühungen um eine gesetzliche Neuregelung der Berufsausbildung unterstützen.

Aber nun zum eigentlichen Thema: In der gestrigen Debatte wurde von mehreren Rednern auf die Bedeutung der politischen Parteien hingewiesen. Parteien seien in einer Demokratie notwendig, wurde festgestellt, denn sie

Ströer

bilden für das Staatsvolk die Brücke zu den staatlichen Einrichtungen. Ich möchte dem beipflichten, aber gleichzeitig die Frage aufwerfen, ob wir auch genügend tun, um vor allem die jungen Menschen mit den Einrichtungen des Staates vertraut zu machen, ob wir auf dem Gebiete der politischen Bildung und der staatsbürgerlichen Erziehung alles tun, was erforderlich ist, um in den jungen Menschen ein gesundes Staatsbewußtsein zu verankern.

Der Herr Abgeordnete Withalm sagte gestern, daß seiner Meinung nach das Interesse der Bevölkerung und auch der jungen Generation an politischen Fragen seit dem 6. März größer geworden ist. Ich stimme dem nicht ganz bei, vor allem nicht dem Datum, denn ich habe nicht den Eindruck, daß es die ÖVP, der manches gelungen ist seit dem 6. März (*Abg. Dr. Withalm: Bravo, bravo! Sehr gut!*), zustande gebracht hat, das Interesse der jungen Menschen für die Politik zu vergrößern. (*Abg. Dr. Gorbach: Doch!*) Ich glaube das nicht, denn wir merken, daß das Interesse der Jugend für politische Angelegenheiten leider nach wie vor sehr gering ist. (*Abg. Dr. J. Gruber: Bei euch!* — *Abg. Dr. Withalm: Sie sollten einmal zu einem Jugendparlament bei uns kommen!*)

Meine Damen und Herren! Interesse besteht vielleicht in verstärktem Maße für politischen Klatsch oder für Skandalgeschichten im öffentlichen Bereich, aber wir merken, daß doch noch ein Desinteresse besteht, wenn es um ernste Fragen der Politik geht.

Ich sage das deshalb, weil ich der Ansicht bin, daß es nicht gut wäre, wenn wir meinten, zwischen den Bürgern und ihren staatlichen Einrichtungen sei ohnedies alles in Ordnung und wir brauchten nichts mehr zu tun. Das wäre Selbstbetrug und könnte einmal für die politischen Parteien und für unser Land gefährlich werden. Ich meine, wir sollten vielmehr alles tun, um das Interesse der Bevölkerung und besonders das Interesse der Jugend an politischen Fragen zu wecken. Übersehen wir die Haltung der jungen Menschen, könnten wir nämlich an Wahltagen einmal unangenehme Enttäuschungen erleben.

Noch etwas möchte ich sagen: Übersehen wir nicht, daß eine Jugend, der jede Bindung zum Staat fehlt, die nichts von den demokratischen Parteien hält und nichts. Gutes vom Gesetzgeber erwartet, am anfälligsten für radikale Gruppen und für die Politik „starker Männer“ ist. Ich glaube, alle im Hohen Haus vertretenen Parteien werden mir beipflichten, wenn ich verlange, daß wir eine solche Gefährdung nach Möglichkeit abwenden müssen.

Was die Einstellung der Jugend zu den politischen Parteien und zur Politik, zur Demo-

kratie betrifft, gibt es eine recht interessante Untersuchung, die der Wiener Soziologe Dipl.-Ing. Gehmacher angestellt hat, eine Studie, die als repräsentativ zu bezeichnen ist. Er hat sich mehr als ein Jahr mit dieser Frage beschäftigt. Diese Studie hat nur einen Nachteil: Sie bezieht sich auf Untersuchungen, auf Befragungen Jugendlicher aus den arbeitenden Schichten.

Diesem Untersuchungsergebnis ist zu entnehmen, daß leider 28 Prozent der Politik vollkommen desinteressiert gegenüberstehen, daß 30 Prozent der Befragten meinen, die Politik sei keine saubere Angelegenheit, und daß nur 12 Prozent Interesse zeigten und erklärten, sich mit Politik zu beschäftigen. Ein Vergleich mit Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland — die Fragen wurden ziemlich gleich gestellt — ergibt, daß das Interesse der Jugendlichen an politischen Fragen in der Bundesrepublik Deutschland etwas größer ist als das Interesse der österreichischen Jugendlichen.

Bedenklich ist, daß hinter dem politischen Unbehagen, das dieser Untersuchung zu entnehmen ist — ich möchte Sie nicht mit Einzelheiten belästen —, ein umfassender Pessimismus gegenüber gesellschaftlichen Idealen besteht. Erfreulich ist aber, daß die Mehrheit der Jugend, die Mehrheit der Befragten, eine gute demokratische Gesinnung hat.

Freilich — und das stelle ich ausdrücklich fest —, auf die konkrete Frage, ob der Befragte bereit sei, in eine politische Partei einzutreten oder in einer Partei aktiv mitzuwirken, sagten nur 17 Prozent der Befragten bestimmt ja. 25 Prozent sagten vielleicht, und 27 Prozent waren unentschlossen. 31 Prozent erklärten, eine aktive Mitarbeit in einer politischen Partei abzulehnen.

Ich sage noch einmal: Meine Ausführungen dienen nur dem Zweck, uns vor der Ansicht zu bewahren, wir hätten nichts mehr zu tun. Ich sage, gerade das Gegenteil trifft zu.

Und nun, am heutigen Tag, am Tage der großen Kulturdebatte im Hohen Haus, erreicht uns eine sehr betrübliche Nachricht. In einer im Westen erscheinenden Tageszeitung erscheint folgende Notiz unter dem Titel „Staatskundestreich“ — Sie werden zugeben, das kann ich mir nicht entgehen lassen —, in dem es unter anderem heißt — ich mache es kurz —:

„Die Lehrplankommission hat entschieden: Der Geschichtsunterricht an höheren Schulen wurde amputiert. Die Unterstufe verlor effektiv eine Geschichtsstunde; die Oberstufe erhielt viel weniger, als man ihr zuerst zusagte. Ein Schuljahr mehr — aber für die Staatskunde blieb davon nichts!“

2418

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Ströer

Mögen denn also, da dies nun geschehen, die Politiker aller Couleurs und aller Ebenen nicht mehr sagen, die Jugend kenne ihren Staat nicht; selbe Politiker haben nämlich keinen Finger gerührt, um dies zu ändern. Freilich hätten sie das Recht, eine solche Änderung herbeizuführen; vielmehr sogar die Pflicht und die Verantwortung. Und von Verantwortung dem Staat gegenüber ist doch in Reden so oft die nunmehr leer gewordene Rede.“

Was die Sozialisten betrifft, meine sehr verehrten Damen und Herren, würden wir es außerordentlich bedauern, wenn es tatsächlich zu dieser Reduktion des Geschichtsunterrichtes käme, die ja auf Kosten der staatsbürgerlichen Erziehung ginge. Das wäre — ich sage es noch einmal — sehr, sehr beauerlich. Immer wieder klagen Lehrer und Erzieher, daß viel zuwenig Zeit sei, um diese Fragen behandeln zu können. Wir müssen mehr tun, stelle ich fest, um aus Bürgern Staatsbürger zu machen, und vor allem mehr tun, um die jungen Menschen mit den Einrichtungen unserer demokratischen Republik vertraut zu machen. Das heißt mit anderen Worten: mehr und nicht weniger staatsbürgerliche und politische Erziehung, und zwar überall, in den Schulen und in den außerschulischen Gemeinschaften. Sie werden einwenden, es sei dafür keine Zeit in den Schulen, manche werden vielleicht einwenden, dafür gäbe es kein Geld. Wenn ich mir die Ansätze im Budget ansehe, die für die staatsbürgerliche Erziehung, für den staatsbürgerlichen Unterricht eingesetzt sind, komme ich natürlich zu dem Schluß, daß es der Herr Unterrichtsminister schwer haben wird, denn er hat 1,2 Millionen Schilling dafür, und das erscheint mir für diese Tätigkeit wirklich zu wenig zu sein, wenn wir bedenken, daß der Wunsch nach Seminaren für Lehrer und Jugenderzieher besteht. Dann natürlich werden diese Mittel nicht ausreichen.

Noch eine Bemerkung, die an die Lehrer gerichtet ist. Wir dürfen nicht versäumen, die Lehrer und Erzieher aufzufordern, auch die jüngste Geschichte nicht zu vernachlässigen. Immer wieder hören wir, daß man der jüngsten Geschichte sehr gerne aus dem Weg geht. Das gibt mir Gelegenheit, auf zwei Einrichtungen hinzuweisen, die in den letzten Jahren entstanden sind und die sich für das Kapitel Zeitgeschichte, jüngere Geschichte, einen Namen gemacht und einige Bedeutung erworben haben. Es ist das Institut für Zeitgeschichte, und es ist das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Beide Institutionen helfen den Lehrern, stehen den Jugendorganisationen und natürlich vor allem den Studierenden zur Verfügung.

Über Beschuß der Koalitionsregierung wurde vor Jahren beschlossen, ein Dokumen-

tationswerk über den österreichischen Widerstand herauszugeben. Ich benütze die Gelegenheit, auf diese Sache zu verweisen. Damals wurde ein Ministerkomitee eingesetzt, es bestand aus den Herren Ministern Dr. Broda und Dr. Piffl-Perčević. Dieses Ministerkomitee hat sich nach dem 6. März aufgelöst. Nun erhebt sich die Frage, ob die gemeinsam entstandene Sache jetzt nur noch von einer Partei allein weitergeführt und zu Ende geführt werden soll oder ob es nicht zweckmäßig wäre, hier auch die zweite Partei, die nach wie vor an diesem Werk großes Interesse hat, zur Arbeit mit heranzuziehen.

Wir müssen mehr politische Bildung, mehr Erziehung, mehr Wissen um die Republik und mehr Wissen über die Parteien verbreiten und vertiefen. Ich sage das schon aus dem Grund, weil immer mehr österreichische Jugendliche in die östlichen Nachbarstaaten fahren und immer mehr Jugendliche aus diesen Staaten nach Österreich kommen. Es entwickeln sich Gespräche, die zu begrüßen sind. Wir sollten aber unsere Jugendlichen, unsere jungen Menschen in die Lage versetzen, in Diskussionen bestehen zu können, denn wir machen die Feststellung, daß die jungen Leute aus den Ostländern sehr gut über die Einrichtungen ihres Landes informiert sind und über ein großes Maß an politischem Wissen verfügen. Wir müssen schon aus diesem Grund alles tun, um auch unseren Jugendlichen viel politisches Wissen mitzugeben. Ein großer Pädagoge und Humanist sagte einmal — es war Pestalozzi —: „Ohne politische Erziehung ist das souveräne Volk ein Kind, das mit dem Feuer spielt und jeden Augenblick sein Haus in Gefahr bringt.“ Ich danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hauser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Hauser** (ÖVP): Hohes Haus! Nur damit es nicht heißt, die Demokratie bestehe im Niederstimmen, melde ich mich zum Wort, um zu begründen, warum die Österreichische Volkspartei manchen Entschließungsanträgen, die im Zuge der heutigen Debatte eingebracht wurden, nicht zustimmt.

Zum Entschließungsantrag des Herrn Abgeordneten Robak, ganz zum Schlusse gestellt, betreffend ein Minderheitenschulgesetz für das Burgenland: Wir möchten diesem Antrag in seiner apotaktischen Fassung deswegen nicht zustimmen, weil die Frage eines solchen Minderheitenschulgesetzes auch in der Bevölkerungsgruppe, um die es geht, umstritten ist. Ich glaube, Herr Robak vertritt hier die Minderheit einer Minderheit mit seinen Auffassungen. (Abg. Robak: Die Mehrheit! 65 Prozent!)

Dr. Hauser

Das soll aber gar nicht heißen, daß der Herr Unterrichtsminister nicht bereit wäre, die Frage zu prüfen. Wir wollen nur nicht durch die bindende Entschließung eine Zwangsregelung hervorrufen, die sich in Kärnten, wie Sie wissen — und Sie spielen auf die Kärntner Regelung an —, auch als schon wieder änderungsbedürftig erweist, wenn Sie die dortigen Verhältnisse kennen. Wir lehnen aus diesem Grund also diesen Entschließungsantrag ab.

Der Herr Abgeordnete Broda hat im Zuge seiner Ausführungen einen Abänderungsantrag zum Budget und einen Entschließungsantrag vorgelegt.

Den Abänderungsantrag, der auf eine Erhöhung der Budgetpost für den Forschungsrat hinzielt, lehnen wir — das werden Sie verstehen, Herr Abgeordneter — deswegen ab, weil Sie für die Finanzierung dieser Erhöhung unter Verweisung auf Ihren eigenen Antrag ein System vorschlagen, das wir nicht akzeptieren können. In diesem Ihren Antrag haben Sie bekanntlich — ich habe mich in meiner Rede vom Sommer ausführlich damit befaßt — als Finanzierung eine Erhöhung des Gewerbesteuermeßbetrages vorgeschlagen. Ich möchte heute und zu dieser Stunde nicht meine Rede von damals wiederholen. Sie sind eigentlich in Ihrer Rede sehr stark auf meine Ausführungen von damals eingegangen. Die Wirtschaft leistet für die Forschung bereits aus eigenem sehr viel; nicht nur was die betriebliche Forschung betrifft, sondern auch für die überbetriebliche Forschung im Wege von Beiträgen für die kooperativen Forschungsinstitute und so weiter. Der Antrag, der auf eine budgetäre neue Unterstützung seitens der Industrie und der Wirtschaft hinzielt (*Abg. Jungwith: Wollen Sie vielleicht einen Zuschlag zur Lohnsteuer?*), ist nach unserer Meinung deshalb verfehlt, weil es sich hier ja nicht nur um Forschungsförderungsmittel für die Wirtschaft, sondern auch für die Hochschulen handeln würde. Nun war es Tradition, daß der Staat für diesen Bereich aus Budgetmitteln das Seine leistet. Wir können daher dieser Finanzierungsquelle, die Sie erschließen wollen, nicht zustimmen.

Nach der Philosophie, die Sie uns hier im Zuge mancher Debattenbeiträge dargestellt haben, würden wir wahrscheinlich ohnedies nur eines hören: Wer zahlt denn das letztlich? Doch nicht die Wirtschaft! Denn die neue Steuerbelastung, die Sie hier der Wirtschaft auferlegen wollen, von der werden wir sicher hören, daß sie ohnedies wieder auf den Preis überwälzt wird, und dann zahlen es eh wieder die Konsumenten. Mit dieser Philosophie haben Sie sich überhaupt bei allen Ihren Debattenbeiträgen leicht getan. (*Zwischenruf bei der*

SPÖ.) Ich glaube also, wir werden auf diese Weise der Abänderung, so wünschenswert eine Erhöhung der Forschungsmittel im Bereich des Budgets wäre, sicher nicht zustimmen können. Ich darf mir aber näheres ersparen, vielleicht lesen Sie meine Ausführungen vom Sommer nach.

Nun zum zweiten Antrag des Herrn Doktor Broda, betreffend eine Entschließung, die eine Enquête zum Thema Forschungsrat anregt. Ich darf sagen: Eine Enquête hat einen bestimmten Sinn. Sie soll offenbar die beteiligten Gruppen zum Gespräch anregen und aus dem Gespräch Gedanken für irgendeine Lösung entwickeln. Ich glaube, gerade dieses Kapitel, das wir heute beraten, ist wohl Zeugnis dafür, daß die ÖVP für solche kooperative Gespräche mit den beteiligten Kreisen immer Verständnis gehabt hat. Wir haben das bei den Schulgesetzen so getan, wir haben das zuletzt bei den Hochschulstudiengesetzen getan — ich glaube, der Ressortführung kann man sicher nicht vorwerfen, daß sie nicht unter dauerndem Gespräch und in Kooperation mit allen Beteiligten ihre Entwürfe erarbeitet. Die Enquête, die Sie also anregen, die nur diesen Sinn eines Gespräches haben kann, lehnen wir ab, nicht weil wir dieses Gespräch scheuen, sondern weil wir es bereits führen, Herr Abgeordneter Broda. (*Abg. Dr. Broda: Höchst geheim!*)

Sie vermissen die Initiativen dieses Gesprächs. Ich darf Ihnen sagen: Wir arbeiten an einem solchen Entwurf, ich bin wieder mit dabei, ich habe ja für dieses Thema schon lang Interesse gezeigt, wir stehen eigentlich vor dem Abschluß dieser Arbeiten. (*Abg. Benya: Nur keine Fremden! Die könnten auch Gedanken haben!*) Unter Beziehung von Hochschulprofessoren, unter Beziehung auch der Wirtschaft (*Abg. Dr. Pittermann: Der schwarzen Wirtschaft!*), weil wir den Versuch machen wollen, ein Gesetz zu erstellen, das beide Bereiche umfaßt. (*Abg. Dr. Broda: Aber ohne meine Wortmeldung hätte man davon nichts gehört!*) Darf ich eines sagen, Herr Abgeordneter Dr. Broda! (*Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Withalm.*) Wenn wir also einen solchen Entwurf erstellt haben, so wird er begutachtet, und dann wird sicherlich auch denkbar sein, im Zuge des Begutachtungsverfahrens eine Enquête über den vorgelegten Entwurf abzuführen. Aber wenn Sie sich in der sehr scharf formulierten Einleitung Ihres Entschließungsantrages beklagen, daß Ihr eigener Antrag nicht auf die Tagesordnung des Unterrichtsausschusses kommt ... (*Abg. Dr. Broda: Herr Dr. Hauser! Ich habe Ihnen ja einen Vergleichsvorschlag gemacht!* — *Abg. Dr. Pittermann: Wozu einen Vergleich, wenn man die Mehrheit hat?*) Wenn Sie sich

2420

Nationalrat XI. GP. — 32. Sitzung — 29. November 1966

Dr. Hauser

schon einmal so weit verstiegen haben, uns in der Einleitung Ihres Antrages das alles vorzuhalten — quod est in actis, Sie wissen ja —, dann müssen wir wohl schon aus diesen Gründen uns einer solchen Entschließung verwehren.

Sie beklagen sich darüber, daß Ihr eigener Antrag vom Herrn Obmann des Unterrichtsausschusses nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Haben Sie doch Verständnis dafür! Dieser Ihr Antrag wurde sowohl von der Wirtschaft als auch von den Hochschulen als eine ungeeignete Basis für ein solches Gespräch betrachtet. Das hat also keinen Sinn, in einem Ausschuß mit einem völlig ungeeigneten Antrag zu operieren. (Abg. Dr. Broda: *Das ist eine feine Philosophie!*) Das ist eine sehr praktische Philosophie. (*Heftige Zwischenrufe bei der SPÖ.* — Abg. Dr. Broda: *Das ist eine feine Auffassung von Parlament!*) Nein, aber, Herr Dr. Broda, Sie können uns nicht verwehren, daß wir den Versuch machen, einen Entwurf vorzulegen, der diesen beteiligten Kreisen durchaus gerecht wird! (Abg. Dr. Broda: *Ich bin Ihnen für Ihre Offenheit sehr dankbar!*) Und dann, wenn wir diesen Entwurf haben, werden wir hier im Haus im Ausschuß zu debattieren haben. Es wird Ihr gutes Recht sein, jene Gedanken, die Sie in Ihrem Initiativ-antrag entwickelt haben, auch bei der Debatte beizusteuern. Aber daß wir auf Basis eines nach Auffassung der Mehrheit und der be-teiligten Gruppen ungeeigneten Entwurfes eine Ausschußarbeit leisten, das, glaube ich, werden Sie uns nicht zumuten. (Abg. Dr. Pittermann: „*Demokratie ist Diskussion, aber nur, wenn wir wollen!*“)

Ich möchte also nochmals sagen: Warten Sie ab, daß wir diese bereits am Ende der Arbeit sich befindenden Entwürfe dem Hause vorlegen. (Abg. Dr. Withalm: *Er diskutiert ja!* — Abg. Weikhart: *Er diskutiert nicht, er entschuldigt sich nur!* — Abg. Dr. Broda: *Diese Nachtstunde war sehr aufschlußreich!* Wir danken Ihnen für diese Unterrichtsstunde praktischer Demokratie!) Sicherlich! Das ist sehr demokatisch, Herr Abgeordneter Dr. Broda. (Ruf bei der SPÖ: *Was Demokratie ist, bestimmen Sie!*) Sie werden Gelegenheit haben, mit Ihrem Antrag in der Debatte im Ausschuß beizusteuern. (Abg. Dr. Broda: *Herr Doktor Hauser! Was wir beisteuern werden, überlassen Sie uns!* Da brauchen wir nicht Ihre Ratschläge!) Es ist doch durchaus verständlich, daß wir nicht auf Basis des Entwurfes, den die Hochschulen und die Wirtschaft ablehnen, ein Gespräch im Ausschuß beginnen. Das würde uns ja zu nichts führen. Wir haben schon mehrfach ähnliche Situationen gehabt. Was war das Schicksal solcher Anträge? Sie

sind eben liegengeblieben, weil sie nicht als geeignet befunden wurden. Deshalb also, Herr Abgeordneter Broda, nicht weil wir uns unter eigenen Druck setzen müssen. Die Enquête hätte nur den Sinn, eine Initiative hervorzu-rufen, die nicht da ist. Weil wir aber schon den ganzen Sommer über an dieser Sache arbeiten und der Text praktisch fertig ist, deswegen lehnen wir die Entschließung ab. Es soll nämlich dann nach zehn Monaten oder später nicht heißen, dieses Gesetz sei zustande gekommen, weil Sie nach einer Enquête gerufen haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber nun doch noch eine kleine Freude zum Abschluß: Dem Antrag der Frau Abgeordneten Czerny, der die Studentinnenheime betrifft, werden wir beitreten. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: *Großzügig!* — Abg. Probst: *Das ist aber nett!* So was! So sind wir, und nett sind wir! Dafür eine nette Mehrheit! — Abg. Dr. Broda: Herr Dr. Hauser, es tut mir weh! — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident **Wallner** (*das Glockenzeichen gebend*): Der Herr Abgeordnete Scrinzi hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm und bemerke hiezu, daß nach § 49 des Geschäftsordnungs-gesetzes die Redezeit mit fünf Minuten be-schränkt ist. (Abg. Dr. J. Gruber: *Wie tut man denn da, wenn man etwas Erfundenes berichtet? Wieder etwas erfinden!*)

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPÖ): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die tat-sächliche Berichtigung ist erforderlich ge-worden, weil der Herr Abgeordnete Deutschmann mir hier etwas unterstellt hat, was ich nicht gesagt habe. (Ruf bei der ÖVP: *Er hat aus dem Protokoll zitiert!*) Weil er etwas behauptet hat, was ich nicht gesagt habe! Was er vorgelesen hat, habe ich gesagt. (Ruf bei der ÖVP: *Dann stimmt es eh!*) Aber, Herr Abgeordneter Deutschmann, Sie haben behauptet, ich hätte gesagt: „*Die ÖVP-Bürgermeister*“ (Abg. Deutschmann: *Das steht doch drinnen!*) wären bildungsfeindlich. Nein, ich habe folgendes gesagt. (Abg. Peter: *Sie haben das Protokoll falsch gelesen!* — Abg. Grundemann-Falkenberg: *Das lassen wir uns nicht gefallen!*) Aber Herr Graf Grundemann, warum diese Aufregung? Sie waren gar nicht dabei! (Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Fachleutner: *Treten Sie ab!* — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.) Herr Präsident! Ich ersuche, dieses unfaire Vorgehen, die fünf Minuten, die ich zur Berichtigung habe, mir durch Zwischenrufe zu verkürzen, nicht zuzulassen und mir diese Zeit einzurechnen!

Präsident Wallner: Ich bitte, den Redner sprechen zu lassen! (Abg. Altenburger: *Was haben Sie gesagt, was Sie nicht gesagt haben? — Heiterkeit. — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.* — Abg. Peter: *Altenburger wird munter!*)

Abgeordneter Dr. Scrinzi (fortsetzend): Warten Sie es ab! Um Mitternacht solche Geistesblitze, das ist unerhört.

Meine Damen und Herren! Ich habe zu berichtigen, daß ich das, was der Herr Abgeordnete Deutschmann in dieser allgemeinen Form behauptet, hier nicht gesagt habe. Ich habe einleitend — und das ist zum Verständnis notwendig — darauf hingewiesen, daß die konservativen Parteien durch Jahre und Jahrzehnte hindurch sich durch ihre Bildungsfeindlichkeit ausgewiesen haben, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa. Zu dem stehe ich. Ich rufe in Erinnerung die Haltung der konservativen Parteien anlässlich des Staatsgrundgesetzes 1867, die Haltung und die Rolle der konservativen Parteien beim Reichsvolksschulgesetz 1869. (Abg. Machunze: *Da waren wir noch nicht da!*) Ich könnte sehr viel ... Aber das ist verständlich, weil mir etwas unterschoben wird, damit Sie für morgen einen guten Aufhänger haben: „FPÖ bauernfeindlich! FPÖ gegen Bürgermeister! Darauf kommt es Ihnen an. Was Besseres ist Ihnen im Laufe des Tages nicht eingefallen.

Außerdem habe ich diese Geschichte in den Rahmen einer Anekdote gestellt und habe gesagt: Es gibt eine Anekdote, sie soll einen niederösterreichischen Bürgermeister betreffen. (Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: *Nein, das haben Sie nicht gesagt!*) Einen niederösterreichischen Bürgermeister betreffen! Jawohl! Ich habe dazu noch gesagt: Se non è vero, è ben trovato — wenn es nicht wahr ist, ist es gut erfunden. (Zwischenrufe.) Aber warum denn mit vier Stunden Verspätung diese Spätzündung? Warum denn? Dauert das bei Ihnen immer so lang? (Abg. Steiner: *Es stünde Ihnen besser an, sich zu entschuldigen!*) Ich habe mich gar nicht zu entschuldigen! Gar nicht! Ich habe hier zu berichtigen. Und das habe ich nicht gesagt! (Abg. Fachleutner: *Ein unhöflicher Mann!* — Gegenruf des Abg. Peter.)

Es hat sogar noch der Abgeordnete Glaser den Zwischenruf gemacht oder hat es später angebracht — das weiß ich im Moment nicht —, daß diese Anekdote von einem gewissen Otto Pflanzl stamme. (Abg. Glaser: *Otto Pflanzl!* — Andauernde Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich bitte Sie: Damit haben Sie die Sache dorthin gewiesen, wohin ich sie gesetzt hatte.

Aber offensichtlich habe ich doch einen Kern getroffen in der rechten Seite des Hauses.

Präsident Wallner (das Glockenzeichen gebend): Bitte den Redner aussprechen zu lassen! (Abg. Steiner: *So eine Arroganz!* — Abg. Dr. Pittermann: *Die Patienten werden ungeduldig, Herr Primarius!*)

Abgeordneter Dr. Scrinzi (fortsetzend): Ich bitte Sie, welche Patienten meinen Sie? Die auf der rechten Seite des Hauses? Dafür kann ich bitte wirklich nichts. (Zwischenruf des Abg. Altenburger.)

Aber wir brauchen nicht so weit zurückgreifen. (Abg. Altenburger: *Was Sie betrieben haben 1938!* — Abg. Peter: *Hören Sie mit den „Nazi“ auf!*) Ich sage Ihnen folgendes. Lesen Sie bei Peter Rosegger nach, was von der „Bildungsfreundlichkeit“ der konservativen Parteien vor 50 Jahren in diesem Lande zu sehen war! (Stürmische Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der FPÖ.) Und dann empfehle ich Ihnen noch etwas. (Anhaltende Unruhe.)

Präsident Wallner (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, sich zu beruhigen! (Anhaltende stürmische Rufe und Gegenrufe. — Präsident Wallner gibt wiederholt das Glockenzeichen.) Bitte um Ruhe!

Abgeordneter Dr. Scrinzi (fortsetzend): Dann empfehle ich Ihnen noch eine Lektüre: Ludwig Thoma, Josef Filser, seinen Briefwechsel. Dort hat er den Typus von Abgeordneten geschildert, der sich hier offensichtlich durch meine Feststellungen betroffen gefühlt hat, zu Recht betroffen gefühlt hat! (Lebhafter Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Wallner: Ich bitte um Ruhe!

Zum Wort gemeldet ist der Herr Unterrichtsminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Unterricht Dr. Piffli-Perčević: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer mit ausländischen Kultur- und Unterrichtsministern spricht, gleichviel, welcher Parteizugehörigkeit sie sind — und dazu war etwa vor einem Jahr Gelegenheit bei der Unterrichtsministerkonferenz hier in Wien, aber auch zu anderen Anlässen —, und wer ausländische Kulturdebatten zur Hand nimmt, der wird eine frappierende Parallelität mit den Debatten in diesem Hohen Hause anlässlich der jeweiligen Kulturbudgets feststellen.

Ich muß fast das Wort „frappierend“ zurücknehmen. Es ist eigentlich nicht frappierend, sondern es ist sehr einleuchtend, wenn man erkennt, daß alle Staaten einer ähnlichen gesellschaftlichen, industriellen, kulturellen Entwicklung mit gleichartigen Pro-

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević

blemen zu kämpfen haben. Es ist daher keineswegs in Österreich der Ausdruck von der explosion scolaire entstanden, von dem explosionsartigen Sichentwickeln aller gesellschaftlichen und damit bedingt kulturellen und schulischen Belange. Kein einziger Staat, den wir sehen könnten, ist in der Lage gewesen, bisher den typischen Erscheinungen dieser explosion scolaire gerecht zu werden, diese Erscheinungen zu meistern. Ich möchte dies an einigen wenigen Beispielen zeigen.

In der Debatte wurde etwa darauf verwiesen, daß im Bundesland Salzburg 100 Lehrer — ich nehme an, es ist auf die Pflichtschullehrerschaft Bezug genommen worden — fehlten. Das ist, bezogen auf 2400 Pflichtschullehrer im Bundesland Salzburg, ein geringerer Prozentsatz (Abg. Peter: *Lautsprecher! Man hört ja nichts, was der Minister sagt! — Gegenrufe bei der ÖVP*), als der Lehrermangel in den USA ausmacht, weil in den USA jeder zehnte Lehrer fehlt. Also auch die USA haben mit derartigen Mängeln zu kämpfen, wenngleich zweifellos die Lehrerbezüge in den Vereinigten Staaten günstiger gestaffelt und gestaltet sind als etwa bei uns.

Es wurde auch erwähnt, daß wir mit unseren Hochschulanliegen hinsichtlich der Bauten und der Unterbringung und der Lehrkanzeln in einer Weise, die eben zu den gerügten Situationen führe, nicht nachkämen. Ich darf erwähnen, daß in einem Land, das zu den Siegermächten gehört, das am Meere gelegen ist und weitaus reicher ist als Österreich — die Nation gehört zu den reichsten, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet —, die Hochschulsituation so ist, daß ein Numerus clausus selbst für die eigenen Landeskinder besteht. In einer Rundfunkreportage, die vor wenigen Wochen hier in Wien gehalten wurde, wurde eine Studentin aus diesem Lande gefragt, was sie nach Österreich geführt habe, um hier Medizin zu studieren. Es wurde die Antwort gegeben, daß in diesem Lande nur 125 Mediziner in jedem Jahre aufgenommen würden, daß die anderen Landeskinder außer Landes gehen müßten.

Hier bitte ich nun, wenn wir über die großen Schwierigkeiten auf unserem Hochschulgebiete sprechen, sehr zu beachten, daß wir ein Land sind, das wesentlich ärmer ist und keinen Numerus clausus hat, weder für die eigenen Landeskinder — das ist ja für uns völlig klar und selbstverständlich —, aber auch nicht für die Ausländer. Demgegenüber haben alle anderen Länder, die viel reicher sind und viel größere Möglichkeiten als wir hätten, selbst eigenen Landeskindern, meistens aber den Ausländern gegenüber einen Numerus clausus.

Wenn wir uns also auf den Standpunkt stellen, daß wir eine so offene Türe haben — und dazu haben sich jedenfalls die großen Parteien dieses Hauses bekannt, insbesondere in der Debatte und in der Abstimmung über den Text des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes —, dann sind das Konsequenzen, die nicht einfach den Bestrebungen einer solchen Explosion der Studentenzahlen einschließlich der Ausländer angelastet werden dürfen. Jeder fünfte Student in Österreich ist Ausländer, dadurch entsteht eine Situation, die nur langsam und mit großer Opferbereitschaft behoben werden kann. Ich erwähne — das wurde heute bereits erwähnt —, daß in Deutschland für die Mediziner — selbst für die eigenen Landeskinder! — ein Numerus clausus besteht; das gibt es bei uns nicht. Wir müssen unseren Studenten leider schwierige Verhältnisse an den Laborplätzen, in den Seziersälen und so weiter zumuten, weil wir der Meinung sind, ein Numerus clausus dürfe weder für unsere noch für ausländische Studenten generell eingeführt werden. Das Hochschul-Studiengesetz bietet erste legistische Anhaltspunkte dafür, bei mangelnden Laborplätzen Ausländer nach Maßgabe ihrer Kenntnisse gestaffelt zuzulassen.

Ich darf aber auch erwähnen, daß bei der Hochschulplanung, die zweifellos zu den wichtigsten Aufgaben des Unterrichtsressorts gehört, weswegen hiefür auch eine eigene Planungsabteilung oder ein eigenes Planungsinstitut im Entstehen begriffen ist, ein beachtliches Vorbild besteht. In der Bundesrepublik Deutschland hat der Deutsche Wissenschaftsrat einen Plan aufgestellt, mußte aber nach wenigen Jahren, nach zwei Jahren, zur Kenntnis nehmen, daß er bereits obsolet sei, weil die Entwicklung, also die explosion scolaire, derart fortgeschritten sei, daß dies nicht einmal bei den ersten Planungen voll miteinkalkuliert werden konnte. Dies ist ein Hinweis darauf, mit welchen Schwierigkeiten auf diesem Gebiete zu rechnen ist, insbesondere wenn wir unsere Schulen allen voll und ganz offenhalten wollen.

Es wurde weiters Klage geführt, daß es um unser Forschungsbudget sehr schlecht bestellt sei. Darüber haben sämtliche Kultusminister geklagt. Ich erwähne die OECD-Ministerkonferenz vom Jänner dieses Jahres in Paris, wo alle einheitlich darüber geklagt haben, daß die Dotierung auf diesem Gebiet nicht ausreichend sei. Ich möchte aber vorschlagen, bei allen diesen Vergleichen doch zu bedenken, daß die Budgets völlig unterschiedlich aufgebaut sind, daß zum Beispiel ein Budget, das nicht wie unseres die großen Soziallasten enthält, natürlich sofort andere

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević

Prozentsätze erbringt. Wenn die Soziallasten weggedacht würden, wären die Relationen der anderen Budgets mit jenen unseres Budgets vergleichbar. Es würde sich zeigen, daß unsere Position nicht so schlecht ist wie jetzt, wenn man nicht unser Budget, das also mit größeren Aufgaben befaßt ist als die Budgets vieler anderer Staaten zum Vergleich heranziehen würde, um festzustellen, wieviel Prozent hier von für die Forschung bereitstehen. Hierzu ist auch zu sagen, daß Länder wie zum Beispiel Holland, das als Beispiel herangezogen wurde, völlig andere Bedingungen haben. Als Land am Meer hat Holland ganz andere Forschungsaufgaben und Forschungsnotwendigkeiten. Alle nicht neutralen Länder, aber auch die neutralen Länder, so die neutrale Schweiz, wenden gewaltige Summen für die Forschung zu Verteidigungszwecken auf. Diese Beträge sind in diesen Zahlen enthalten. Bei uns sind sie nicht enthalten, weil wir auf diesem Gebiete bekanntlich nicht die gleichen Aktivitäten entfalten wie etwa die großen oder sonst etwa bestimmten Blöcken angehörenden Mächte.

Schließlich möchte ich noch kurz zu einigen Details Stellung nehmen. Hinsichtlich des Polytechnischen Lehrganges verweise ich darauf, daß sich die Handelskammer in Düsseldorf gezwungen sah, aus eigenem Kurse mit Deutsch- und Mathematikunterricht einzurichten, weil die Schulen nicht die für die Wirtschaft nötigen Wissensgrade erbringen. Daher springt die Handelskammer hier ein. In Österreich springt hier der Staat in Form der Polytechnischen Lehrgänge ein, deren Lehrplan sehr stark auf Deutsch und Mathematik abgestellt ist.

Herr Abgeordneter Dr. Kummer hat gefragt, wie es um die neuen Studiengesetze steht. Ich habe in einem anderen Zusammenhang schon darauf verwiesen, daß auf diesem Gebiete eine sehr kluge und sachgemäße, nicht übereilte Behandlung, die viel Geduld erfordert, notwendig ist.

Gerade bei der Inauguration des Rektors der Technischen Hochschule in Graz wurde darauf verwiesen, daß es gefährlich sei und nicht gerechtfertigt werden könne, die neuen Studiengesetze in einer Zeit zu bringen, in welcher die nötigen materiellen Vorkehrungen für die neuen Gedanken noch nicht getroffen seien. Auch diese Mahnung oder diese Idee legt es nahe, daß wir uns auf diesem Gebiet nicht einer Ungeduld hingeben; keineswegs aber in dem Sinne, daß wir uns nicht damit beschäftigen, aber daß wir die Sache sehr gründlich und ernst nehmen. In diesem Sinne habe ich auch — ich glaube, es war gestern — dem Herrn Abgeordneten Dr. Broda, eine,

wie ich hoffe, ihn befriedigende Auskunft geben können.

Hinsichtlich der Anfrage wegen der zweiten Lehrkanzel für Philosophie in Innsbruck verweise ich darauf, daß von dem Dreivorschlag die Verhandlungen mit den zwei Erstgereichten zu keinem Erfolg führten und die Verhandlung mit dem Drittgereichten im Gange ist.

Hinsichtlich des Kunstförderungsbeitrages möchte ich darauf verweisen, daß wir der Rechtsmeinung sind, das Kunstförderungsbeitragsgesetz aus dem Jahre 1950 gelte weiter, sodaß die Beiträge, der sogenannte 14. Beitrag, der von den Teilnehmern des Rundfunks eingehoben wird, nicht auf einer Entscheidung sozieterer Organe, sondern auf dem Gesetz basieren.

Weil ich gerade bei diesem Thema bin, möchte ich noch dem Herrn Abgeordneten Scheibengraf auf seine im Finanz- und Budgetausschuß gestellte Anfrage, wieso im Budget ein höherer Betrag als im vergangenen Jahr veranschlagt ist, eine ergänzende Antwort geben. Das kommt daher, daß auch der Erfolg etwas höhere Einnahmen erwarten läßt. Offenbar hängt das mit der starken Vermehrung der Apparate, Autos, zweiten Wohnungen und ähnlichem mehr zusammen. Jedenfalls ist hier eine Entwicklung festzustellen, die uns berechtigt, einen etwas höheren Beitrag als in den vergangenen Jahren zu erwarten. Die entsprechenden Kommissionen sind einberufen und werden — ich muß zugeben, mit Verspätung — ihre Tätigkeit ausüben.

Die Nachricht über die Staatsbürgerkunde, die der Herr Abgeordnete Ströer verlesen hat, ist in dieser Weise völlig verfrüht. Die Kommissionen, die sich mit den Lehrplänen beschäftigen, haben auf diesem Gebiete noch keineswegs ein abschließendes Wort gesprochen. Es gibt erst Teilabsprachen über die einzelnen Fächer, die sich jetzt erst im Stadium der Koordinierung befinden. Von einer Regelung ist noch keineswegs zu sprechen. Im übrigen verweise ich darauf, daß Staatsbürgerkunde nicht nur in einem eigens so zu benennenden Schulfach zu lehren ist, sondern daß sich hiefür eine ganze Reihe von Fächern anbietet, wie Deutschunterricht, Geschichtsunterricht, Lateinunterricht, dort, wo Griechisch gelehrt wird, etwa die Beschäftigung mit der attischen Demokratie. Viele andere Gelegenheiten bieten sich, dem jungen Österreicher in Staatsbürgerkunde eine sehr gezielte Ausbildung zu geben.

Ich möchte zum Schluß eine Überlegung vortragen: In der Budgetdebatte, die wir im Juni dieses Jahres abführten, vermeinte die Frau Abgeordnete Dr. Klein-Löw, es

Bundesminister Dr. Piffl-Perčević

sei nicht richtig, etwa einem Kind die Frage zu stellen, wen es lieber habe, den Vater oder die Mutter. Dies meinte sie im Zusammenhang damit, man könne im kulturellen Bereich doch nicht fragen, welche Aufgabe wichtiger und welche weniger wertvoll sei.

Ich möchte dieses Beispiel mit allen Beschränkungen, die jedem Beispiel zuzubilligen sind, aufgreifen und sagen: Eine Familie mit mehreren Kindern wird zweifellos die Notwendigkeit haben, die Lage der einzelnen Kinder sehr genau zu überprüfen. Das eine Kind wächst rascher als das andere, es wird häufiger einen neuen Anzug brauchen als das andere. Natürlich darf das andere nicht etwa im Bettelkleid herumgehen. Aber die Notwendigkeiten einem kranken Kinde gegenüber, einem zurückgebliebenen werden andere sein als einem Kinde gegenüber, das sich aus eigener Kraft durchringt. Das eine Kind wird Nachhilfestunden brauchen, das andere nicht.

Mit diesem Beispiel möchte ich sagen: Alle Kinder müssen den Eltern gleich viel wert sein, ihnen gleich lieb sein. So muß sich der Unterrichtsminister bemühen, allen seinen Ressortanliegen gegenüber die gleiche Liebe aufzuwenden. Aber es gibt in der Situation des Tages, in der Situation der Jahre, vielleicht in der Situation eines bestimmten Jahrzehntes, das es zu meistern gilt, die Notwendigkeiten nicht der verschiedenenartigen Wertung, aber der verschiedenartigen Dringlichkeit der Anliegen. Hier gilt es immer von neuem zu prüfen, welche Dringlichkeiten die Akzentsetzungen erfordern.

Ich glaube, daß Debatten wie diejenige, die heute vor uns abließ, für den Unterrichtsminister ein unerlässlicher Maßstab dafür sind, sich zu prüfen und sein Ministerium zur Prüfung zu veranlassen, wo für die kommenden Jahre die Akzente zu setzen sind.

Ich bin daher allen jenen, die hier zum Rednerpult getreten sind, überaus dankbar für ihre — und seien es noch so kritische — Wortmeldungen, weil sie in jeder Hinsicht ermöglichen, zu prüfen, zu sehen, welche Anliegen bestehen, welche Wertungen ihnen beigemessen werden, damit der Unterrichtsminister dann in der Entscheidung, die ihm nach der Verfassung eben übertragen ist, Anhaltspunkte dafür hat, wo die Akzente am richtigsten zu setzen sind. Wenn ich in der heutigen Debatte richtig gehört habe, dann muß ich sagen: Es war ziemlich eindeutig, wo die Hauptakzente gelegen sind.

Ich danke daher allen Abgeordneten für ihr bewiesenes Engagement, für die Anliegen des Unterrichts, der Kultur insgesamt,

zu welcher die Unterrichtsangelegenheiten gehören, und bitte sie, auch weiterhin durch kritische und durch wohlmeinende Anregungen die Tätigkeit des Unterrichtsministeriums im Interesse aller österreichischen Kinder, aller Österreicher zu fördern.

Nochmals meinen Dank für die Anteilnahme an den Anliegen meines Ressorts. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Wallner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall. Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe VI beendet.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe VI. Diese umfaßt: Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 14: Kultus, Kapitel 71: Bundestheater.

Zu dieser Gruppe liegt ein Abänderungsantrag vor, und zwar zu Kapitel 12. Demzufolge soll die Budgetpost 1/12/126 von 38,378.000 S auf 72,378.000 S erhöht werden, wodurch eine Erhöhung der Post 31 b (Forschungsrat) von 16 Millionen auf 50 Millionen Schilling ermöglicht werden soll.

Ich werde zunächst über diesen Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Broda und Genossen zu Kapitel 12, Budgetpost 1/12/126 abstimmen lassen und, falls dieser Antrag keine Mehrheit findet, über die Budgetpost 1/12/126 in der Fassung der Regierungsvorlage. Sodann werde ich über alle übrigen Teile der Kapitel 12, 13, 14 und 71 unter einem abstimmen lassen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die der Budgetpost 1/12/126 in der Fassung des Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Broda und Genossen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist die Minderheit. Abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über die Budgetpost 1/12/126 in der Fassung der Regierungsvorlage abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Ich lasse nunmehr über die übrigen Teile des Kapitels 12 sowie über die Kapitel 13, 14 und 71 in der Fassung der Regierungsvorlage abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Ich lasse nunmehr zunächst über den zu dieser Gruppe eingebrachten Entschließungsantrag abstimmen, der dem Ausschußbericht beigedruckt ist. In dieser

Präsident Wallner

Entschließung wird die Bundesregierung erachtet, alles zu unternehmen, um die Errichtung des von der Europäischen Organisation für Kernphysikalische Forschung geplanten Protonenbeschleunigers in Österreich zu erreichen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Es sind noch fünf weitere Entschließungsanträge zu dieser Gruppe eingebracht worden, über die ich in folgender Reihenfolge abstimmen lasse:

zuerst über den gemeinsamen Entschließungsantrag der Abgeordneten Kulhanek, Kostroun, Dr. Scrinzi und Genossen, sodann

zweitens über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Stella Klein-Löw und Genossen,

drittens über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Broda und Genossen,

viertens über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Anna Czerny, Lola Solar und Genossen, und

fünftens über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Robak und Genossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Kulhanek, Kostroun, Dr. Scrinzi und Genossen, betreffend die Berücksichtigung volks- und betriebswirtschaftlicher Verkehrs- und Transportfragen in den Studienplänen für die Studien der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtswissenschaften und Errichtung entsprechender Lehrkanzeln.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den zu dieser Gruppe eingebrachten Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Stella Klein-Löw und Genossen, der zehn an den Bundesminister für Unterricht gerichtete Wünsche beziehungsweise Forderungen enthält.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Broda und Genossen, betreffend die Veranstaltung einer Enquête bis zum 15. Februar 1967 über die Schaffung eines Österreichischen Forschungsrates.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Anna Czerny, Lola Solar und Genossen, in dem der Unterrichtsminister aufgefordert wird, darauf zu achten, daß das Ausmaß der Förderung von Studentinnenheimen dem Anteil der weiblichen Studierenden an der Gesamtzahl der österreichischen Hochschulhöher entspricht.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen noch zum Entschließungsantrag der Abgeordneten Robak und Genossen, betreffend die Einbringung eines Minderheitenschulgesetzes für das Burgenland, ähnlich dem Kärntner Minderheitenschulgesetz, wobei der Grundsatz verankert werden soll, daß ein Schüler nur mit Willen der Eltern beziehungsweise des Vormundes verpflichtet werden kann, kroatisch als Pflichtgegenstand zu erlernen beziehungsweise als Unterrichtssprache zu gebrauchen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Er ist abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Mittwoch, 9 Uhr, mit folgender Tagesordnung ein:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (204 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 (258 der Beilagen), Spezialdebatte über Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres, und Beratungsgruppe XII: Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 23 Uhr 40 Minuten